

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A)

Ich rufe unseren Tagesordnungspunkt 3 a und b auf:

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus**

– Drucksache 17/6916 –

Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

– Drucksachen 17/7067, 17/7130 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Norbert Barthle
Carsten Schneider (Erfurt)
Otto Fricke
Roland Claus
Priska Hinz (Herborn)

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP

Parlamentsrechte im Rahmen zukünftiger europäischer Stabilisierungsmaßnahmen sichern und stärken

– Drucksachen 17/6945, 17/7067, 17/7130 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Norbert Barthle
Carsten Schneider (Erfurt)
Otto Fricke
Roland Claus
Priska Hinz (Herborn)

Zu dem Gesetzentwurf, über den wir später namentlich abstimmen werden, liegen ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke, ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD, zwei Entschließungsanträge der Fraktion Die Linke und ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache zwei Stunden vorgesehen. – Auch darüber scheint es keine Meinungsverschiedenheiten zu geben, sodass wir so verfahren können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir entscheiden unter diesem jetzt aufgerufenen Tagesordnungspunkt über ein Projekt, das nicht wenige für das wichtigste einzelne Gesetzgebungsvorhaben dieser Legislaturperiode halten. Ihm kommt tatsächlich überragende Bedeutung zu, sowohl mit Blick auf die wirtschaftlichen und finanziellen Größenordnungen als auch mit Blick auf die exemplarische neue Regelung parlamentarischer Mitwirkung bei einem Vorgang, der bislang typischerweise in die exekutive Zuständigkeit fiel.

(C)

Darüber ist nun wochenlang in den verschiedensten Gremien des Bundestages und in den Fraktionen verhandelt worden. Es wird nicht wirklich überraschen, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen mit dieser Entscheidung sehr schwergetan haben. Das wird sicher auch in der Diskussion deutlich werden. Ich weise deswegen schon jetzt darauf hin, dass über diese gerade vereinbarte Redezeit hinaus einzelne Kolleginnen und Kollegen, die deutlich machen wollen, warum sie für sich am Ende zu einer anderen Abwägung gekommen sind, als es die überwiegende Auffassung der jeweiligen Fraktion ist, das während dieser Debatte tun können. Damit folgen wir sowohl unserem Selbstverständnis wie den Regelungen, die wir in unserer Geschäftsordnung dafür vorgesehen haben.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Kollegen Volker Kauder für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Heute fallen wir im Deutschen Bundestag eine wichtige Entscheidung, eine wichtige Entscheidung für die Zukunft unseres Landes und für die Zukunft Europas. Wir fallen nicht nur eine inhaltliche Entscheidung, sondern – der Präsident hat es angesprochen – es findet heute auch ein kleiner, aber doch sehr bedeutender Paradigmenwechsel statt. Man kann sagen: Von einem Europa der nationalen Regierungen, die in den Räten beieinandersitzen, sind wir auf dem Weg zu einem Europa der Parlamente. Eine solche Parlamentsbeteiligung, wie wir sie heute beschließen, hat es bei Aufgaben, die zunächst einmal rein als Regierungshandeln gesehen wurden, im Deutschen Bundestag noch nie gegeben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Selbst über das, was wir im Zusammenhang mit dem Einsatz der Bundeswehr beim Parlamentsbeteiligungsgesetz gemacht haben, gehen wir heute weit hinaus. Bisher lief Parlamentsbeteiligung immer so ab: Die Regierung hat einen Antrag vorgelegt, und wir haben dazu Ja oder Nein gesagt, oder die Regierung hat verhandelt und uns Ergebnisse mitgeteilt. Heute beschließen wir, dass wir zunächst darüber entscheiden, wie sich die Vertreter unserer Regierung in den jeweiligen Gremien zu verhalten haben. Das ist etwas ganz Neues. Es stärkt die Rechte des Parlaments und geht weit über das hinaus, was das Bundesverfassungsgericht von uns verlangt hat. Das heißt, die ganz bedeutenden Fragen „Wer kann unter einen Schutzschirm kommen?“, „Wie sieht Hilfe aus?“ und „Welche Bedingungen verlangen wir dafür, dass wir Hilfe gewähren?“ werden in Zukunft hier im Deutschen Bundestag entschieden, und das ist auch richtig so.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Klar ist, dass es für uns nicht einfacher wird. Wir müssen die Themen im Deutschen Bundestag inhaltlich beraten. Es kann sein, dass wir sehr schnell entscheiden müssen; denn bestimmte Entscheidungen lassen nicht

(B)

(D)

Volker Kauder

- (A) auf sich warten. Dies alles wissen wir. Dazu sind wir bereit.

Ich möchte sagen: Wir wissen sehr wohl, dass schnelle Entscheidungen intensivere Beratungen erfordern. Aber eines ist klar: Eine Beratung, die mehrere Monate dauert, führt nicht immer zu besseren Ergebnissen als eine schnellere Beratung, wenn sie intensiv durchgeführt wurde. Ich kann nur sagen: Das, was wir heute vorlegen, ist das Ergebnis eines intensiven Beratungsprozesses,

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Das stimmt!)

sowohl was die Beteiligungsrechte als auch was die inhaltliche Seite anbelangt. Ich möchte auch feststellen: Es war ein Prozess, in dem jeder die Gelegenheit und Möglichkeit hatte, sich einzubringen, seine Fragen zu stellen und sich zu beteiligen. Es war ein guter Gesetzgebungsprozess, ein gutes Gesetzgebungsverfahren. Wir fühlen uns von niemandem überfahren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im Übrigen: Zu manch einer Äußerung, die ich in diesen Tagen gelesen habe – es hieß zum Beispiel: Regierung überfährt Parlament –, und zu all dem, was ich so höre, kann ich nur sagen: Es sollte sich bitte niemand täuschen. Wir sind selbstbewusst genug, um unsere Rechte wahrzunehmen. Deswegen haben wir auch großen Wert darauf gelegt, dass nicht die Regierung uns einen Vorschlag zur Parlamentsbeteiligung macht, sondern dass wir dies selber tun. Diesen Anspruch haben wir:

- (B) Wir sind ein selbstbewusstes Parlament und nehmen unsere Rechte wahr, so wie wir es für richtig und notwendig erachten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wenn man sich die Äußerungen mancher Wirtschaftsverbände in den letzten Tagen vor Augen führt, wird klar und deutlich, dass es heute um mehr als nur um die Erhöhung bzw. Erweiterung eines Rettungsschirmes in Europa geht. Vielmehr geht es hier tatsächlich um unsere Zukunft. Es geht um Arbeitsplätze. Es geht um Perspektiven, vor allem die der jungen Generation.

Wir haben in unserer Generation, der ersten Nachkriegsgeneration, Europa als eine große Friedensversicherung angesehen, und wir haben damals gesagt: Wir müssen in Europa zusammenkommen und eng zusammenarbeiten, damit es in Europa nie wieder kriegerische Auseinandersetzungen gibt. – Diesen Anspruch, den wir in unserer jungen Generation damals hatten, haben wir erfüllt. Dieses Europa ist ein friedliches Europa und hat damit die Voraussetzung für Sicherheit und Wohlstand geschaffen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dieses Zusammenwachsen in Europa und dieses „Nie mehr Krieg in Europa“ waren die existenziellen Voraussetzungen dafür, dass wir es in Europa zu Wohlstand gebracht haben. Die heutige junge Generation wird mit dem Satz „Nie mehr Krieg in Europa“ nur relativ wenig anfangen können. Sie wird ihn bestätigen und sagen:

- (C) Das ist ja in Ordnung. – Für die jetzige junge Generation bedeutet Europa eine Perspektive und die Möglichkeit, überall in Europa arbeiten, leben und sich ausbilden lassen zu können. Das heißt, mit diesem Europa können wir im Wettbewerb auf der Welt vorankommen.

Schauen wir uns doch einmal die Situation an. Es gibt große starke Zentren in Asien: in China, in Indien. Selbst ein starkes Deutschland wäre zu schwach, um einen Wettbewerb mit ihnen aufzunehmen. Deswegen haben wir in unserer heutigen Zeit ein existenzielles nationales Interesse an der Stabilität in Europa und an der Stabilität des Euro.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Heute geht es darum, dass wir ein Instrument verbessern bzw. schärfen, das wir brauchen, um Probleme in Europa lösen zu können. Um dies auch den Menschen zu sagen, die uns heute zuhören: Es geht nicht um Griechenland und um die Auszahlung von Geld an Griechenland,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ein wahres Wort!)

sondern es geht schlicht und ergreifend darum, dass wir einen Schutzschirm spannen können, dass wir denjenigen, die Schwierigkeiten haben bzw. in Schwierigkeiten geraten sind, unterstützend helfen und dass wir dafür sorgen, dass andere nicht angesteckt werden. Dies ist in unserem deutschen nationalen Interesse.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(D) Wir sorgen vor, damit wir mit unserer Wirtschaftskraft in keiner Situation unter Druck kommen. Bei manchen Äußerungen, wie zum Beispiel „Was lädt Deutschland sich hier auf?“, kann ich nur sagen: Wir sorgen dafür, dass wir unsere nationale Produktionskraft erhalten können. Wir sind in Europa noch immer die Produktionsnation und müssen dafür sorgen, dass das auch so bleibt und dass unser Mittelstand ausreichend mit Kapital versorgt werden kann. Deswegen haben wir ein nationales Interesse an der Stabilität unserer Banken.

Natürlich ist dies nur ein erster Schritt, und natürlich haben all diejenigen recht, die sagen: Wir müssen aber auch Instrumente finden, mit denen es uns möglich ist, Länder, die in Schwierigkeiten gekommen sind, zu restrukturieren und ihnen eine Perspektive zu geben. – Genau dies haben wir in einem weiteren Schritt vor, nämlich bei dem sogenannten ESM, dem Europäischen Stabilitätsmechanismus. Wir werden dafür sorgen, dass die Privaten noch stärker daran beteiligt werden; wir werden Instrumente dafür schaffen, dass Länder, die in Schwierigkeiten gekommen sind, mit Perspektive restrukturiert werden können, und wir werden dafür sorgen, dass auch Kontrollen und Überprüfungen schärfer werden.

Ich habe mich sehr gefreut, dass im Europäischen Parlament einen Tag vor dieser Diskussion heute im Deutschen Bundestag ganz entscheidende und wegweisende Dinge vorgebracht wurden, die zu einer schärferen Kontrolle und besseren Struktur führen.

Volker Kauder

- (A) (Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gegen den Widerstand der Bundesregierung! Jetzt freuen Sie sich schon über Ihre Niederlagen!)

Dazu kann ich nur sagen: Diejenigen, die behaupten, es bewege sich in Europa nichts zum Positiven, können einen Blick auf das werfen, was gestern im Europäischen Parlament geschehen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir können unseren Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament dazu nur gratulieren, dass dies geschehen ist.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie gratulieren ihnen dafür, dass sie sich gegen die Bundesregierung durchgesetzt haben!)

– Lieber Herr Trittin, was Sie – das gilt auch für die SPD – in den letzten Tagen geboten haben, ist schon besonders bemerkenswert. Auf bestimmte Anzeigen, die sich hart an der Grenze dessen bewegen, was man sich in einer Demokratie noch erlauben kann, will ich gar nicht zu sprechen kommen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit Steuergeldern, die für Fraktionsarbeit vorgesehen sind, solche Anzeigen zu schalten, ist nicht in Ordnung, liebe Kolleginnen und Kollegen, um das mal klar zu sagen.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Sigmar Gabriel [SPD]: Endlich reden Sie mal mit uns! Gott sei Dank haben Sie sich in Ihrer Rede jetzt mal an uns gewandt!)

Herr Kollege Trittin, es ist durchaus richtig, wenn wir jetzt sagen: In einer solchen Situation sind wir uns unserer Verantwortung bewusst. – Das wird auch von Ihnen und von der SPD – wenn Sie heute zustimmen – so formuliert. Aber so zu tun, als ob Sie dabei nie ein Erkenntnisproblem gehabt hätten, ist schon bemerkenswert. Bei den Euro-Bonds rotierten Sie herum: Zunächst einmal hat Herr Steinbrück im Jahr 2010 gesagt, dass es sie auf gar keinen Fall geben dürfe. Dann hat er gesagt: Ja. – Sie haben auch mitgemacht. Ja, nein, ja. – Ich kann nur sagen: Bei uns war die Position klar: keine Vergemeinschaftung von Schulden. Wir waren immer gegen Euro-Bonds.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Lachen bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wenn man erwischt wird, wie man rumeiert, nutzt auch ein doofes Geschrei nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren auf der linken Seite des Hauses.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden heute einen wichtigen Beitrag für unser Land, für die Zukunft Europas und für die Stabilität des Euro leisten. Wir werden heute, abgestimmt mit dem Deutschen Bundestag, einen Beitrag leisten, der unserer Regierung bei den schwierigen Verhandlungen, die auf

europäischer Ebene stattfinden werden, den Rücken stärkt. Heute werden wir sicherlich eine breite Zustimmung im Deutschen Bundestag, aber auch in unserer Koalition haben. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es gibt Kolleginnen und Kollegen, die heute eine andere Auffassung haben.

(Michael Schlecht [DIE LINKE]: Das ist auch gut so!)

Aber wir werden zeigen, dass diese Koalition handlungsfähig ist und die Probleme, die auf sie zukommen, sachgerecht lösen kann.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Und die Sie sich selber schaffen, auch?)

Wir werden zeigen: Deutschland ist bei dieser Koalition in guten Händen, Europa auch.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Peer Steinbrück für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Peer Steinbrück (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gegen den ersten Teil Ihrer Rede, Herr Kauder, habe ich nicht viele Einwände. Ich hatte nur den Eindruck, dass das eine Rede war, die eher auf die Fraktionsebene – in den Fraktionssaal der CDU/CSU – gehörte. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den zweiten Teil mit dem leichten Florettangriff gegen meine Fraktion vergessen wir schnell. Bezogen auf meine Einwendungen und meine Position zu den Euro-Bonds haben Sie sich im Datum geirrt. Ich bin vor Ausbruch der Krise innerhalb der Währungsunion in der Tat gegen Euro-Bonds gewesen, aber nicht mehr in der Phase, als Euro-Bonds gegebenenfalls unter bestimmten Bedingungen, unter einer gewissen Konditionalität –

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Ah!)

– Das ist doch nichts Neues für Sie. Entschuldigen Sie bitte. Sie lesen doch meine Interviews genauso wie ich Ihre. Also vergessen Sie es! Und ich will mich davon nicht ablenken lassen.

Ich will mit der Bemerkung beginnen, dass wir es, wie ich glaube, gemeinsam in diesem Haus – damit meine ich das gesamte politische Spektrum – versäumt haben, den Menschen unseres Landes rechtzeitig eine neue Erzählung von und über Europa zu liefern. Stattdessen haben wir Europa in den vergangenen Jahren in unseren Beiträgen sehr stark reduziert: auf eine Währungsunion, einen Binnenmarkt, eine Dienstleistungsrichtlinie. Wir haben die Menschen mit finanztechni-

Peer Steinbrück

- (A) schen Begriffen und Abkürzungen überflutet und sind selten in der Lage gewesen, uns selbst und vor allen Dingen den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes die Komplexität dessen darzustellen, was in Europa passiert.

Wir haben Europa auf eine intergouvernementale Veranstaltung von 26 Männern und Frau reduziert. Wir haben gleichzeitig einer Entwicklung Vorschub geleistet, dass sich die Europäische Kommission in dem einen oder anderen Fall Kompetenzen aneignete, die eigentlich nicht auf ihre Ebene gehörten, sondern in den nachgelagerten Ebenen sehr viel besser hätten organisiert werden können. Das fängt bei dem Krümmungsgrad der Salatgurke an, geht über Regelungen zur Glühbirne bis hin zu Eingriffen in den ÖPNV.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch abgeschafft! Handelsklassen sind abgeschafft!)

Jacques Delors hat darauf hingewiesen, dass wir über diese Debatten andere Themen verdunkelt haben. Über die Beschäftigung mit der Währungskrise haben wir die Themen verdunkelt, welches Verhältnis Europa zu den USA hat, zu Russland hat, wie ein außen- und sicherheitspolitisches Konzept aussieht, wie das soziale Europa aussieht. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass heute viele Menschen eher ein gewisses Unverständnis gegenüber dem, was auf der europäischen Ebene passiert, ja Skepsis, gegebenenfalls sogar gewisse Ressentiments haben. Einige dieser Ressentiments werden entweder durch naive oder unbedachte Äußerungen, auch aus dem Regierungslager, eher geschürt als abgebaut.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Also müssen wir über Europa eine Neuerzählung entwickeln. Diese Neuerzählung beginnt dort, wo Herr Kauder im ersten Teil seiner Rede gewesen ist. Diese Neuerzählung über Europa beginnt in einer kleinen Kirche in Cornwall, in einer kleinen Kirche in der Bretagne oder in einer kleinen Kirche in der Altmark, wo man Gedenktafeln sieht – das sage ich insbesondere denjenigen der jüngeren Generation, die uns zuhören –, und zwar mit den Namen der Toten aus den Kriegen von 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945. Auf diesen Gedenktafeln sind die Namen von Familien zu lesen, deren Ehemänner und Kinder in diesen Kriegen verheizt worden sind.

Das heißt, in einer historischen Rückbetrachtung ist dieses Europa die Antwort auf 1945. Es ist nicht deutlich genug zu machen, dass seit 1945 und danach diejenigen, die mit der europäischen Integration begannen, Schuman, Monnet, De Gasperi, auch Adenauer, in einem privilegierten – –

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Vor allem Adenauer, heißt das! – Weitere Zurufe von der CDU/CSU)

– Sind Sie nicht in der Lage, einem solchen Redebeitrag einigermaßen ruhig zu folgen?

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Klaus Ernst [DIE LINKE])

- Wie nervös müssen Sie eigentlich sein, dass Sie eine solche Formulierung zum Anlass für Einlassungen nehmen? (C)

(Beifall bei der SPD)

Mit Beginn dieses europäischen Projektes Anfang der 50er-Jahre durch die Namen, die ich nannte, bewegen wir uns in einem privilegierten Ausnahmezustand, jedenfalls gemessen an der europäischen Geschichte. Das ist das eine.

Das andere ist, dass dieses Europa die Antwort auf das 21. Jahrhundert vor dem Hintergrund ist, dass sich global ökonomische und politische Machtverhältnisse verändern. Wenn wir die Vorstellung haben, dass Deutschland in Europa in einer Alleinstellung diesen globalen Veränderungen, den Machtverschiebungen, den neuen Schwergewichten, gewachsen sein könnte, dann täuschen wir uns selber.

Aber Europa ist mehr als das. Europa ist Rechtsstaatlichkeit, Sozialstaatlichkeit, die Tatsache, dass man die Regierung verklagen kann. Europa ist Freizügigkeit, Medien- und Pressefreiheit. Europa ist kulturelle Vielfalt. Europa ist so, dass niemand nachts Angst haben muss, dass jemand an der Tür klingelt und einen abführt. Vor dem Hintergrund dieser Qualitäten, insbesondere der Medien- und Pressefreiheit, ist es umso beschämender gewesen, dass weder die Europäische Kommission noch der Europäische Rat noch die nationalen Parlamente gegen die ungarische Pressegesetzgebung so aufgetreten sind, wie dies notwendig gewesen wäre.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

Es bleibt hinzuzufügen, dass es ohne das Einvernehmen und die Zustimmung unserer europäischen Nachbarn keine deutsche Wiedervereinigung gegeben hätte. Es bleibt schließlich auch hinzuzufügen – was Sie ja alle wissen –, dass dieses Europa mit einem Bruttosozialprodukt von über 12 Billionen Euro und über 500 Millionen Menschen einen ökonomischen Stellenwert hat.

All dies ist Europa. Das ist der Hintergrund – wenn Sie so wollen: der Überbau – für die heutigen und kommenden Beschlüsse, an denen wir uns orientieren sollten.

Sie, Frau Bundeskanzlerin werden den Vorwurf ertragen müssen, dass Sie diesen Hintergrund für unsere Bürgerinnen und Bürger nicht hinreichend beleuchtet haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ein Leitgedanke, eine Perspektive oder eine Strategie auch unter Einschluss eines Planes B oder C ist seit Beginn der Krise in der europäischen Währungsunion vor ungefähr anderthalb Jahren, im Frühjahr 2010, nicht erkennbar. Sie haben mindestens lange Zeit versäumt, den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland zu erklären, warum und dass die Bundesrepublik Deutschland einen bedeutenden und auch belastenden Beitrag zur Stabilisierung Europas leisten muss.

Peer Steinbrück

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben Europa politisch nach innenpolitischen Stimmungslagen und innerparteilichen Rücksichtnahmen betrieben. Sie haben laviert, unglaubwürdige Dementis abgegeben, mehrfache Volten geschlagen und nach Ihren europäischen Arien in Brüssel manchmal auch deutschümelnde Volkslieder, nicht nur im Sauerland, gesungen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Widersprüche innerhalb des Regierungslagers und innerhalb Ihrer eigenen Fraktion sind offensichtlich. Es sind nicht nur Widersprüche; es sind klaffende Risse.

Ihr Satz, Frau Merkel, „Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“ ist ja nicht falsch; denn uns allen ist bewusst, dass in dem Fall, dass der Euro scheitert, automatisch auch die europäische Integration um zwei Jahrzehnte zurückgeworfen wird und einer monetären Renationalisierung selbstverständlich auch eine politische Renationalisierung zulasten Europas folgt.

Dieser Satz von Ihnen ist also richtig. Nur: Der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer sieht diesen Zusammenhang im Gegensatz zu Ihnen nicht. Er glaubt auch nicht, dass eine Stärkung der europäischen Institutionen mit zusätzlichen Kompetenzen etwas zur Lösung der aktuellen Krise beitragen könnte. Tatsächlich? Sie und wir reden aber mit Blick auf die rigidiere Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik, auf eine makroökonomische Überwachung, auf den Abbau der Staatsverschuldung und auf mögliche Sanktionen über nichts anderes als über eine Stärkung der europäischen Institutionen und ihrer Kompetenzen.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Will sagen: In welchem Orbit zieht Herr Seehofer eigentlich seine Umlaufbahnen?

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: In einem kleineren sicherlich! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zwischen Chiemsee und Starnberger See!)

Wie passt das zu Ihrer Position?

Ich habe übrigens gestern in München erfahren, dass Herr Seehofer zusammen mit Frau Stamm, der Präsidentin des Bayerischen Landtages, Anfang dieser Woche eine Pressekonferenz gegeben hat, in der sie signalisierten, heute in der Abstimmung dem Gesetzentwurf zuzustimmen, aber ab morgen erklären zu wollen, warum das nicht so gemeint sei. Warten wir also die morgigen Erklärungen ab.

Ihre Medizin, Frau Bundeskanzlerin, Zeit zu kaufen, indem mit Hilfskrediten der Kapitaldienst Griechenlands und anderer finanziert wird, und Griechenland parallel dazu einer radikalen Diätkur zu unterziehen, mit der das Land dann sehen soll, wie es wieder auf die Beine kommt, ist gescheitert. Der erste Teil stellt sich als Pla-

cebo dar, und der zweite Teil, die Diätkur, als eine lebensgefährliche Angelegenheit für Griechenland. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Ansatz, Zeit zu kaufen, ist übrigens auch deshalb gescheitert, weil die Zeiten immer schlechter geworden sind, seit Sie vor anderthalb Jahren damit begonnen haben. An die doppelte Medizin glauben übrigens weder die Märkte noch die Menschen, weder die Menschen bei uns noch die Menschen in Griechenland. Es ist an der Zeit, dass die Politik die Bürger auch nicht mehr glauben zu machen versucht, dass dies eine Lösung sei und dass diese Strategie verfangen könnte.

Griechenland wird aus eigener Kraft auf absehbare Zeit nicht mehr zu einigermaßen verträglichen Konditionen an die Kapitalmärkte zurückkehren können. Das ist die nackte Realität.

Die bloße Finanzierung seines Kapitaldienstes ändert rein gar nichts an der fundamentalökonomischen Voraussetzung dafür, jemals wieder Wind unter die Flügel zu bekommen, und der Rausschmiss aus der Währungsunion, der übrigens verfahrensrechtlich gar nicht vorgesehen ist, auch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eine Diät à la Brüning'scher Notverordnungen, über die der Wirtschaftsmotor mit massiven Folgen für das griechische Wirtschaftswachstum und den Arbeitsmarkt abgewürgt wird, bringt den Patienten endgültig auf das Lager und nicht mehr auf die Beine. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Ertüchtigung, die Mandatserweiterung des temporären Rettungsschirms mit dem Kürzel EFSF und die Umsetzung des gestern in der Tat lobenswerterweise vom Europäischen Parlament verabschiedeten sogenannten Sixpacks, also verschiedener Vorschläge der Europäischen Kommission, sind ein richtiger Schritt. Auf die Darstellung von Einzelheiten verzichte ich in der Annahme, dass uns allen das geläufig ist.

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Die Annahme ist falsch!)

Die SPD wird daher unbenommen ihrer grundsätzlichen Kritik am Krisenmanagement der Bundesregierung aus einer übergeordneten Verantwortung für die Gesetzesänderung stimmen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die mit dieser Gesetzesänderung verbundene Einigung über die Beteiligungsrechte des Bundestages im Vorfeld von Entscheidungen des Managements über diesen Fonds tragen wir ebenfalls mit. Diese Rechte stellen eine Stärkung der parlamentarischen Beteiligung dar, wie sie den Vorgaben der beiden Urteile des Bundesverfassungsgerichts entspricht.

Richtig ist allerdings auch: Wir stimmen heute über notwendige Schritte ab, die dazu dienen, die Europäi-

Peer Steinbrück

- (A) sche Währungsunion zu stabilisieren. Hinreichend sind sie nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen die Reden und die Zitate von Frank-Walter Steinmeier, Sigmar Gabriel und mir sowie anderen Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion nicht aufzählen,

(Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]:
Das ist auch besser so!)

in denen wir Ihnen seit anderthalb Jahren Vorschläge gemacht haben, aus denen hervorgeht, wie eine umfassendere und tiefgreifendere Strategie zur Stabilisierung der Euro-Zone aussehen könnte. Kommen Sie mir nicht immer wieder, Herr Kauder, mit den ewigen Hinweisen – diesen von Ihnen selbst geklebten Pappkameraden, die Sie dann hier theatralisch erwürgen –, die die Schuldunion betreffen, in die die SPD dieses Land hineinjagen will.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Genau so!)

– Überhaupt nicht! Sie können überall nachlesen, was wir formuliert haben. – Diese Hinweise sind nichts anderes als Ausdruck Ihrer eigenen Ratlosigkeit und vor allem Ihrer Unwahrhaftigkeit, weil Sie längst den Weg in eine Haftungsunion beschritten haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Klaus Ernst [DIE LINKE])

(B)

Sie haben diesen Weg in eine Haftungsunion durch das Versagen des Europäischen Rates im Mai 2010 beschritten, wo die EZB zu einem Ersatzakteur gemacht bzw. genötigt wurde. Wenn mich nicht alles täuscht, wird inzwischen intern – zumindest in der Regierung, jedenfalls am Rande des Treffens des IWF – eine weiter gehende Instrumentalisierung der Europäischen Zentralbank und über mögliche Hebelwirkungen des Rettungsfonds debattiert. Ich bin gespannt, ob dies heute im Rahmen dieser Debatte offen angesprochen wird, weil das im Hinblick auf das Abstimmungsverhalten der beiden Regierungsfractionen sehr delikater werden könnte.

Im Übrigen hat Frau Merkel den Finger zugunsten einer weiteren Haftungsgemeinschaft gehoben, als sie am 21. Juli der Mandatserweiterung des Rettungsfonds zustimmte, die zum Inhalt hat, dass dieser auch auf den Sekundärmärkten, also direkt von Banken, Staatsanleihen aufkaufen darf. Frau Merkel, wenn ein Land seine Staatsanleihen nicht zurückzahlen kann: Können Sie dem Publikum erklären, wer dann haftet? Würden Sie mir zustimmen, dass die Bundesrepublik Deutschland pro rata mit 27 Prozent an einer solchen Haftungsgemeinschaft beteiligt ist? Ist es nicht an der Zeit, dies offen darzulegen und die Menschen dementsprechend zu informieren?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]:
Steht doch im Gesetz!)

Mit dem bisherigen Krisenmanagement kommen wir jedenfalls nicht aus. Auch das Sixpack wird nicht reichen. Ich bin mir ganz sicher, dass wir, bezogen auf Griechenland, an einem Schuldenschnitt unter Einbeziehung der Gläubiger nicht vorbeikommen. Warum nehmen Sie nicht das ziemlich einhellige Urteil der Fachwelt zur Kenntnis, wonach wir an einem solchen Schuldenschnitt nicht vorbeikommen? Wir reden längst nicht mehr über das Ob, sondern darüber, wie, wann und unter welcher Begleitung mögliche Kollateraleffekte minimiert werden können.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang wird es um die Rekapitalisierung von Banken gehen; das ist richtig. Aber ich würde gerne Stichworte aufgreifen, die wir schon früher genannt haben. Es ist an der Zeit, grenzüberschreitend in Europa auch ein Verfahren für eine Bankeninsolvenz vorzusehen, sodass einige Banken geordnet abgewickelt werden können. Dies ist eine Antwort auf die leidige Problematik des „too big to fail“ oder die Erpressbarkeit, der die Politik unterliegt, indem sich Banken als systemrelevant immunisieren, mit dem Ergebnis, dass die Steuerzahler anschließend zahlen müssen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Griechenland wird ein wirtschaftliches Hilfsprogramm benötigen, um die realökonomischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, um wieder Überschüsse zu produzieren. Wo ist dieser Ansatz aufgegriffen worden? Wer ergreift die Initiative, die europäischen Strukturfonds, den Kohäsionsfonds und gegebenenfalls auch das Aufkommen aus einer Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte zu benutzen, um Länder wie Griechenland wettbewerbsfähiger zu machen?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen einen verbindlichen Fahrplan zum Abbau der Staatsverschuldung. Die EZB muss auf ihre alleinige geldpolitische Funktion zurückgeführt werden, und sie darf nicht mehr fiskalpolitisch instrumentalisiert werden, wie es in den letzten anderthalb Jahren der Fall war.

(Beifall bei der SPD)

Finanzmarktgeschäfte sind zu besteuern, gegebenenfalls auch im Konvoi von den kontinentaleuropäischen Ländern, die dazu bereit sind. Ich finde es bemerkenswert, dass die Europäische Kommission mit Blick auf die Besteuerung von Finanzmarktgeschäften inzwischen ehrgeiziger ist als diese Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht darum, die Wachstumsstrategie Europa 2020 zu konkretisieren und Sorge dafür zu tragen, dass sie nicht ebenso scheitert wie die Lissabon-Strategie für das erste Jahrzehnt dieses Jahrhunderts. Es geht darum, die Wirtschafts- und Fiskalpolitik sehr viel rigider zu koor-

(C)

(D)

Peer Steinbrück

- (A) dinieren, jedenfalls damit anzufangen, bevor man lange über die Einführung einer Wirtschaftsregierung räsoniert. Es geht darum, Steuerdumping, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung zu bekämpfen. Das Thema der Regulierung der Finanzmärkte gehört dringend wieder auf die Tagesordnung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will eine abschließende Bemerkung machen.

(Zurufe von der CDU/CSU: Das ist gut!)

– Mein Gott, dieses rituelle Echo, das ich von der CDU/CSU bekomme!

(Zurufe von der CDU/CSU)

Es könnte sein, dass hinter der Finanzkrise weit mehr noch eine politisch-legitimatorische Krise liegt. Die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft, dass Risiko mit Gewinn belohnt, aber dass Verspekulieren mit Ruin bestraft wird, gilt offenbar nicht mehr. Haftung und Risiko fallen auseinander, Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert. Die Verursacher der Krise werden nicht an der Finanzierung der Folgekosten beteiligt, weil sie sich, wie ich gesagt habe, als systemrelevant immunisiert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Jan Korte [DIE LINKE]: Das haben Sie doch gemacht!)

- (B) Die Politik erscheint nicht mehr als Handelnder, sondern als Getriebener. Ich erinnere an die Daumenbewegungen, die Ratingagenturen vollführen.

Täuschen wir uns nicht: Das prägt die Wahrnehmung von vielen Menschen und ihr Verhältnis zu Staat und Politik. Der Journalist Cordt Schnibben hat in einem Artikel geschrieben: „Die ideologischen Folgen des monetären Kollapses sind dauerhafter als die wirtschaftlichen, ...“. – Das könnte sein. Das Paradigma der Deregulierung, die Fixierung auf Quartalsbilanzen, die Margenmaximierung und die Verachtung der alten Deutschland AG haben einem ungezähmten Kapitalismus Raum gegeben. Dieser neigt zu Exzessen, er neigt zur Zerstörung von Vermögen, und er erschüttert auch die Ideale der Demokratie.

(Beifall bei der SPD)

Was wir jetzt erleben – das müsste eigentlich die beiden Regierungsfractionen beschäftigen –, greift auch das bürgerlich-liberale und das konservative Selbstverständnis von Haftung und Risiko, Belohnung und Bestrafung, Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums, Maß und Mitte an. Es sind Ihre Wählerinnen und Wähler, die davon betroffen sind. Vielleicht waren es Ihre Wähler. Diese wollen heute jedenfalls nicht, dass Sie ihnen das Ideal des Modells Irland wie eine Monstranz vorhalten, und können wahrscheinlich mit der Beschlusslage des Leipziger Parteitags der CDU als Antwort auf die jetzige Situation auch nicht mehr so viel anfangen.

Das eindimensionale Programm der FDP – weniger Staat, mehr Markt, weniger Steuern – ist jedenfalls eine

Beschädigung der Handlungsfähigkeit des Staates und wirkt nicht nur angesichts dieser Finanzkrise und Staatsverschuldung anachronistisch, die Wähler bewerten es auch zunehmend als anachronistisch. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Klaus Ernst [DIE LINKE])

Die Bundesregierung und die Regierungsfractionen geben weder die Einsicht noch die Kraft zu erkennen, das Krisenmanagement von einem Durchlavieren in einen umfassenderen Lösungsansatz zu überführen. Ich wette, Sie werden den Deutschen Bundestag weiterhin scheinbarweise mit Fortsetzungskapiteln konfrontieren.

Sie haben weder die Einsicht noch die Kraft, zu erkennen, dass das, was über den ungezähmten Finanzkapitalismus stattfindet, durchaus zu einer sozialen Entfremdung in dieser Gesellschaft beitragen könnte.

Ihnen und Ihrer Regierung, Frau Bundeskanzlerin, fehlt in Zeiten der Gefahr die wichtigste politische Qualität: Vertrauen. Vertrauen erwächst aus Überzeugung und Begründung, aus Konsistenz und Erkennbarkeit. Aber genau daran fehlt es dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund geraten Ihre großen Sprechblasen – „Herbst der Entscheidungen“, „Jahr des Vertrauens“ und „die geistig-moralische Wende“ – zu einer sehr bitteren Pointe. Nach dem chinesischen Kalender befinden wir uns im Augenblick im Jahr des Hasen. Nach meiner Wahrnehmung vermittelt diese Regierung auch genau diesen Eindruck. (D)

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Rainer Brüderle ist der nächste Redner für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat: Die Welt sortiert sich neu. Dies ist kein europäisches Zeitalter mehr. Zwei Drittel des weltweiten Wirtschaftswachstums stammen von Schwellenländern, etwa China, Indien, Brasilien und Russland. Europa muss sich in diesem verschärften weltweiten Wettbewerb neu aufstellen. Ich teile die Einschätzung, dass Europa für uns Staatsräson ist. Deutschland darf sich nie wieder singularisieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir brauchen Europa, aber wir müssen es richtig machen.

Jetzt geht es darum, dass wir die Wirtschaftskraft Europas schützen und stärken. Auch müssen wir unsere

Rainer Brüderle

- (A) Währung schützen und stabil halten, damit Europa eine gute Perspektive hat. Eine Lehre der Geschichte ist: Wenn das Geld schlecht wird, wird alles schlecht. – Auch das haben wir in der deutschen Geschichte gehabt: von Hyperinflation über Massenarmut bis hin zum Krieg und den fatalen Fehlentwicklungen in Deutschland.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deshalb ist unsere Mitgift für die europäische Zukunft die deutsche Stabilitätskultur. Deswegen schaffen wir die EFSF als einen Zwischenschritt hin zu einem dauerhaften Mechanismus.

Die Kriterien, die wir damals mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt – eine Wirtschafts- und Währungsunion, keine politische Union! – auf den Weg gebracht haben, wurden gerissen: als Erstes von Rot-Grün in Deutschland, aber auch von Frankreich. Die Kriterien wurden in der Summe 68-mal gerissen. Aber Konsequenzen und Sanktionen gab es nie. Deshalb müssen wir einen Stabilitätspakt II schaffen. Das, was wir heute beschließen, ist der Zwischenschritt auf dem Weg dahin, einen Stabilitätspakt II zu schaffen und zu gestalten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Entscheidend ist, dass man Regeln hat, die eingehalten werden. Europa kann und muss rechtsstaatlich sein. Aber Rechtsstaatlichkeit heißt auch, dass man vereinbarte Regeln einhält. Die Realität darf nicht sein, dass man Beschlüsse fasst und Verträge schließt, die nicht eingehalten werden. Deshalb müssen wir dies neu ausrichten.

- (B) (Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir brauchen quasi Automatismen. Herr Steinbrück, Sie haben sich zu dem bekannt – Stichwort „Sixpack“ –, was gestern im Europaparlament beschlossen wurde. Aber Sie wissen, dass Ihre Genossen und auch die Grünen dagegen gestimmt haben. Sie haben es abgelehnt, die Stabilität in Europa zu stärken. Als es ernst wurde, haben sie sich mal wieder vom Acker gemacht.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Widerspruch der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eines hat Rot-Grün in Europa beschlossen: Wenn Deutschland Exporterfolge hat, dann müssen wir sie in der Makroökonomie zurückführen. Erklären Sie einmal den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Betriebsräten und den Gewerkschaften, dass wir unsere Erfolge, die wir aufgrund von Fleiß und Anstrengungen erreicht haben, einseitig zurückführen müssen. Das ist Ihre Politik. Das müssen Sie den Arbeitnehmern in Deutschland einmal erklären.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

In den Worten hart, in den Taten weich: Das erinnert an Ihren Umgang mit dem Stabilitätspakt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deshalb ist es entscheidend, dass es nationale Schuldenbremsen gibt und private Gläubiger beteiligt werden, dass es Tests für Wettbewerbsfähigkeit und Elemente ei-

ner staatlichen Insolvenzordnung gibt und dass die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank – Herr Steinbrück, da haben Sie recht – wiederhergestellt wird. Ihre Aufgabe ist Geldpolitik und nicht Fiskalpolitik. Deshalb schaffen wir heute dieses Instrument, damit diese Fehlentwicklung bei der Europäischen Zentralbank, die Gelddruckmaschine an der falschen Stelle einzusetzen, gestoppt wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie doch zu verantworten!)

Volker Kauder hat zu Recht herausgestellt, dass durch unsere Beratungen etwas Modellhaftes für Europa entstanden ist, nämlich eine umfassende Parlamentsbeteiligung. Vielleicht werden noch andere Länder unserem Beispiel folgen. Ohne den Willen Deutschlands, ohne den Willen des deutschen Parlaments wird es eine Auszahlung von weiteren Mitteln nicht geben. Die klare Botschaft ist: Der Souverän, die Vertretung des Volkes, entscheidet darüber. Das ist auch richtig.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir müssen doch allem, worüber im Dunstkreis von Tagungen aufgeblasen diskutiert wird, klar entgegentreten. Der Rettungsschirm darf nicht zu einer Investmentbank werden – Stichwort „Hebelwirkung“. Warren Buffett hat die Hebelprodukte als Massenvernichtungswaffen bezeichnet. Dieser Unfug muss unterbleiben. Wir sollten diesen Versuchungen widerstehen.

(Peer Steinbrück [SPD]: Ja!)

Wenn wir anders handeln würden, Herr Steinbrück, dann kämen wir auf die schiefe Ebene. Da sind wir einer Meinung.

(Peer Steinbrück [SPD]: Das müssen Sie anderen sagen!)

– Nein, Herr Schäuble hat sich dazu klar geäußert. Ich habe heute Morgen im Deutschlandfunk gesagt: Einem ehrenwerten Finanzminister wie Wolfgang Schäuble zu unterstellen, dass er hier tarnt und täuscht, ist unredlich. Dieser Mann ist in Ordnung und hat unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So weit ist es schon!)

– Herr Trittin, Sie haben Deutschland das Dosenpfand beschert. Sie möchten gerne Finanzminister werden. Wir werden verhindern, dass Sie Europa eine Blechwährung bescheren werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir müssen den Finanzjongleuren ihr Spielzeug wegnehmen. Der Entschließungsantrag der SPD heute enthält einen richtigen Gedanken. Dieser umfasst die Eigenkapitalunterlegung von Risikoprodukten. Das halte ich für richtig. Darüber sollten wir diskutieren, und dies machen wir. Das Bundesverfassungsgericht hat für den

(C)

(D)

Rainer Brüderle

- (A) Rettungsschirm einen klaren Deckel hinsichtlich der Rettungsinstrumente gesetzt.

Herr Steinbrück, Sie haben heute ein bisschen an Ihrem Image der Vergangenheit, an Ihrem Heiligenschein poliert. Das ist verständlich; denn der Wettlauf, wer Kanzlerkandidat der SPD wird, hat begonnen nach dem Motto „Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der schönste Sozi im Land?“.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Okay, das kann man so machen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Aber wie war es denn bei der Lehman-Krise? Da haben Sie gesagt: Das ist ein rein amerikanisches Problem. Dass uns das voll erwischt hat, das haben Sie nicht erkannt.

(Peer Steinbrück [SPD]: Lesen Sie meine Rede!)

Das hat uns viel Zeit gekostet. Dann haben Sie über die Hypo Real Estate schwadroniert, und an der Börse hat es gebumst. Also, so doll ist es mit den Erkenntnissen nicht. Sie sind da sehr selektiv.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Daraus folgt die klare Erkenntnis: Besserwisser sind noch keine Bessermacher.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

- (B) Sie haben heute vieles von dem, was Sie draußen erzählen, nicht gesagt. Ich zitiere einmal: Griechenland ist pleite – es ist so langsam Zeit, sich das einzugestehen –; ohne einen Schuldenschnitt kommt man da nicht heraus; im Extremfall geht es um ein geordnetes staatliches Insolvenzverfahren. – Wenn der Vizekanzler nur zart andeutet, dass man das nicht völlig ausschließen kann, wird er von Ihnen massiv beschimpft. Sie predigen das.

(Peer Steinbrück [SPD]: Von mir nicht!)

– Sind Sie kein Sozialdemokrat mehr, Herr Steinbrück?

(Peer Steinbrück [SPD]: Ich bin Steinbrück!)

– Sie sind Steinbrück; das ist bemerkenswert. Sie sind nicht mehr Sozialdemokrat; Sie sind Steinbrück.

(Peer Steinbrück [SPD]: Quatsch!)

Möglicherweise ist das ein Fortschritt. Herzlichen Glückwunsch!

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Aber, Herr Steinbrück, wo waren Sie, wo war Herr Steinmeier, als Herr Gabriel, Ihr Parteivorsitzender, die SPD sich bei dem ersten Hilfspaket für Griechenland hat kraftvoll enthalten lassen? Das ist eine tolle Haltung: Nicht Ja, nicht Nein; man enthält sich; „Ich weiß nicht, was ich wissen will“, meine Damen und Herren.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Dem fällt nichts mehr ein!)

So kann man das nicht machen.

(C)

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie stimmen heute zu, weil es ja gar nicht anders geht.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Das gilt aber für Sie auch!)

Vorher haben Sie gesagt: Ich weiß nicht. Vielleicht sagen Sie morgen wieder Nein. Das ist Zickzack. Ihre Genossen in Europa sagen Nein; Sie sagen: Es ist notwendig.

(Axel Schäfer [Bochum] [SPD]: Das ist unwahr!)

Irgendwann müssen Sie sich einmal entscheiden, was Sie wollen, welche Meinung Sie haben, und Sie dürfen die Menschen nicht nur verwirren.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 2 Prozent!)

Thema Euro-Bonds. Das ist in Ihrem Entschließungsantrag gar nicht mehr drin. Uns haben Sie dafür beschimpft, dass wir gegen diese Vergemeinschaftung der Schulden sind. Ich empfehle Ihnen, den Arbeitnehmern an den Werkstoren einmal zu sagen, was auf sie zukommt, wenn Deutschland für sämtliche Schulden Europas geradesteht. Das ist wie eine Enteignung breiter Teile der deutschen Bevölkerung.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ihre Basis lehnt das ab. Das Bundesverfassungsgericht lehnt das ab.

(D)

(Zuruf von der SPD: Was?)

Die Wirtschaftsweisen lehnen es ab. Diese neue Form von Zinssozialismus ist der falsche Weg.

Stellen Sie sich hier einen Moment vor, wir hätten jetzt in Deutschland eine rot-grüne Regierung. Dann wären wir schon längst in der Transferunion, in den Transfermechanismen Europas. Es ist ein Glücksfall, dass jetzt eine bürgerliche Regierung dran ist.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Solche Regierungen haben immer die Wegmarken der Republik gesetzt: bei den europäischen Verträgen, bei der Wiedervereinigung und jetzt bei der Neuausrichtung Europas.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Eine rot-grüne Regierung wäre ein hohes Risiko für die europäische und deutsche Entwicklung. Deshalb müssen Sie dort bleiben, wo Sie sind: in der Opposition.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Brüderle, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Rainer Brüderle (FDP):

Nein, ich beantworte keine Zwischenfragen. Ich diskutiere am Stück.

Rainer Brüderle

(A) Es war Gerhard Schröder, der den Euro als „kränkelnde Frühgeburt“ bezeichnet hat. Die Entscheidungen dieses Kanzlers wirken bis heute und sind Mitursache für die europäische Krise: Ihre Aufnahme Griechenlands, Ihre Fehlentscheidung bezüglich Griechenlands, Ihre Brechung des Stabilitätspaktes, das sind doch die Ursachen der heutigen Probleme. Sie sollten in Demut hier sitzen, die Köpfe nach unten senken und keine dicken Backen machen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

Die Augen der Welt

(Christine Lambrecht [SPD]: Sind entsetzt über Ihre Rede!)

bezüglich der Euro-Rettung sind auf Deutschland gerichtet,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber die Ohren der Welt werden gerade zugehalten!)

und zwar deshalb, weil Deutschland wieder Powerhouse der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Das ist ein Ergebnis des Fleißes der Menschen in Deutschland, aber auch der richtigen Politik dieser Koalition.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Sigmar Gabriel [SPD]: Hören Sie auf das Pfeifen im Wald?)

Zu Zeiten von Rot-Grün waren wir der kranke Mann Europas. Heute sind wir das Powerhouse.

(B)

Meine Damen und Herren, es geht weit über Europa hinaus. Wir müssen sehen, dass weltweit neue Strategien entwickelt werden. Die Chinesen wollen ihre Währung in den Vordergrund stellen. Außerdem spielt die Dollar-dominanz eine Rolle. Die Äußerungen des Präsidenten der USA der letzten Tage – auch wenn es Wahlkampf war – haben bei mir den Eindruck erweckt, dass die Amerikaner möglicherweise gar kein Interesse daran haben, dass der Euro in Europa eine Erfolgsgeschichte ist.

Umso wichtiger ist es, dass wir das Richtige machen. Die Bundeskanzlerin hat klare Signale zur Änderung der europäischen Verträge gesetzt. Wenn jemand Geld nimmt, muss er Kontrolle akzeptieren. Wenn er die Ursachen nicht beseitigt, muss es Durchgriffsrechte geben. Dann muss er temporär einen Teil seiner Souveränität an Europa abtreten. Nur die Hand aufzuhalten und die Ursachen der Fehlentwicklung nicht zu beseitigen, ist nicht solidarisch. Das ist unfair. Deshalb muss das ein Ende haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die Chance, mit dem Stabilitätspakt II den ESM neu auszurichten, müssen wir nutzen. Der ESM könnte eine Art Wettbewerbfähigkeitsminister sein. Wir brauchen keinen europäischen Finanzminister. Wir brauchen klare Strukturveränderungen, die Europa voranbringen.

Wir haben lange miteinander gerungen. Wir haben diskutiert, und wir haben uns entschieden. Wir stehen – und das ist gut so –, und wir werden auch weiter ste-

hen. Wir sind da, und wir bleiben da. Wir werden auch in Zukunft für die richtigen Ziele kämpfen. Es ist gut, dass Deutschland Rot-Grün erspart bleibt. (C)

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Gregor Gysi für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Brüderle, ich habe Ihnen wieder gerne zugehört.

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Wir auch!)

Ich muss Ihnen allerdings eines sagen: Wenn Sie weiter so leidenschaftlich sind, bekommen Sie bald einen Herzinfarkt. Passen Sie etwas auf!

Herr Brüderle, mit Ihrer Rede haben Sie den Wahlkampf eröffnet. Sind Sie sich so sicher, dass es Neuwahlen gibt, dass Sie glauben, jetzt schon solche Attacken reiten zu müssen? Das ist wirklich interessant.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herrn Steinbrück habe ich natürlich auch gern zugehört. Herr Steinbrück, Sie haben festgestellt, die CSU werde heute zustimmen und morgen erklären, warum es falsch sei. Sie haben mir aber heute schon erklärt, dass es falsch sei und Sie trotzdem zustimmen. Darauf wollte ich lediglich einmal hingewiesen haben. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Das Bundesverfassungsgericht hat eine höhere Parlamentsbeteiligung gefordert. Herr Kauder hat erklärt, diese Vorgabe sei übererfüllt. Ich sage Ihnen: Ich halte es für einen Skandal, dass schon wieder ein Geheimausschuss gebildet werden soll, der entscheidet, ob Tranchen aus dem aufgestockten Rettungsfonds ausbezahlt werden.

(Zuruf des Abg. Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was heißt das denn? Die Mitglieder dieses Geheimausschusses dürfen noch nicht einmal die anderen Abgeordneten, geschweige denn die Bevölkerung informieren. Hierbei geht es aber um das Geld der Bevölkerung. Es ist unerhört, dass die Bevölkerung nicht informiert wird, wenn dieses Geld ausgegeben wird. Das ist nicht hinnehmbar. Das ist keine wirkliche Parlamentsbeteiligung.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Präsident der USA hat erklärt, dass die Krise in Europa der ganzen Welt Angst mache. Außerdem hat er gesagt, dass die Regierungen in Europa nicht rasch genug und nicht konsequent genug entschieden hätten. Jeder

Dr. Gregor Gysi

- (A) weiß, dass er damit in erster Linie die deutsche Bundesregierung gemeint hat. Weiter hat Herr Obama gesagt, dass wir hier in Europa nicht die richtigen Schlussfolgerungen aus der Krise des Jahres 2008 gezogen hätten. Wir hätten uns den Herausforderungen, um die es eigentlich geht, nicht gestellt. Ich weiß nicht, ob Obama über WikiLeaks bei uns abschreibt, aber auf jeden Fall ist es genau das, was wir Ihnen seit geraumer Zeit sagen. Nun sagt es selbst der amerikanische Präsident. Vielleicht hören Sie ja wenigstens ihm zu.

(Beifall bei der LINKEN)

Am letzten Wochenende fanden zwei Jahrestagungen statt, zum einen vom Internationalen Währungsfonds und zum anderen von der Weltbank. Da gab es, glaube ich, zwei wichtige Momente. Erstens hat der US-Finanzminister erklärt, dass die Staatsschulden und der Bankenstress in Europa größte Risiken für die Weltwirtschaft nach sich ziehen. Zweitens hat die Direktorin des Internationalen Währungsfonds, Madame Lagarde, gefordert, was wir ebenfalls seit Jahren fordern: die großen privaten Banken öffentlich-rechtlich zu gestalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Das sagt die ehemalige, konservative Finanzministerin Frankreichs!

(Beifall bei der LINKEN – Christian Lindner [FDP]: Und wer soll das bezahlen?)

Wir können diese Banken nicht privat lassen, weil die Abhängigkeit der Regierungen und Parlamente von den großen privaten Banken politisch, demokratisch und auch wirtschaftlich unerträglich ist.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Aber Sie vollziehen auch nicht die weiteren Schritte, die erforderlich sind. Sie alle erklären immer, wir bräuchten gegen die privaten amerikanischen Ratingagenturen endlich eine öffentlich-rechtliche Ratingagentur in Europa. Wo bleibt sie denn? Wo ist Ihr Vorschlag? Wo ist das Konstrukt?

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Richtig!)

Nichts passiert diesbezüglich! Die Frau Bundeskanzlerin, der französische Präsident – alle sprechen jetzt von der Finanztransaktionsteuer. Nun kommt der EU-Chef Barroso und sagt: 2014 soll sie eingeführt werden. Darf ich Sie daran erinnern, dass dieser Bundestag in der Lage war, zur Rettung der Banken innerhalb einer Woche 480 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen? Für die Finanztransaktionsteuer aber brauchen Sie sechs Jahre. Noch glaubt kein Mensch, dass sie 2014 kommt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen – und das muss eines Tages auch die FDP begreifen – die Unabhängigkeit der Euro-Staaten von den großen privaten Banken, das heißt: vom derzeitigen Finanzmarkt. Wie könnten wir das erreichen? Wir könnten das erreichen, wenn wir endlich eine öffentlich-rechtliche Bank in Europa schüfen – oder die Europäische Zentralbank dazu machten –, die berechtigt sein soll –

(Christian Lindner [FDP]: Die WestLB!)

- Kommen Sie mir nicht mit Ihrer blöden WestLB, die Sie mit in den Sumpf gefahren haben, und zwar weil Sie verlangt haben, dass sie wird wie die Deutsche Bank, statt zu sagen, sie soll eine öffentlich-rechtliche Bank sein. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Die Sparkassen sind öffentlich-rechtlich, und die sind nicht unser Problem. – Also zurück: Diese öffentlich-rechtliche europäische Bank könnte dann an Staaten wie Griechenland, Italien, Irland, Spanien oder Portugal zinsgünstige Kredite geben. Dann wären sie nicht mehr auf die privaten Banken angewiesen. Dann könnten die privaten amerikanischen Ratingagenturen diese Staaten sogar herabstufen, solange sie wollen – es änderte ja nichts daran, dass sie zinsgünstige Kredite von dieser Bank bekämen. Dann wäre das Problem gelöst. Warum gehen Sie denn nicht diesen Weg? Stattdessen machen Sie die privaten Banken täglich mächtiger.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Höhepunkt ist, dass eine private Bank bei der Europäischen Zentralbank – also von unser aller Geld, dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aller Euro-Staaten – Kredite für 1,5 Prozent Zinsen bekommt. Anschließend gibt sie das Geld weiter an Griechenland für 18 Prozent Zinsen. Das ist eine unvertretbare Zocke, die Sie zulassen, gegen die Sie nichts unternehmen!

(Beifall bei der LINKEN)

- Jetzt passiert Folgendes: Herr Schäuble, in der EU-Kommission gibt es immer mehr Menschen, die das Ganze so sehen wie die Linke in Deutschland. Die sagen: Das geht so nicht weiter. Sie wollen eine europäische öffentlich-rechtliche Bank, die entsprechende Kredite gewähren kann. Warum? Weil sie gemerkt haben, dass die Abhängigkeit von den großen Privatbanken ins Fiasko führt; weil sie gemerkt haben, dass die Demokratie schwer beschädigt wird. (D)

Es gibt zwei Gegner in der EU-Kommission: Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble. Ich bitte Sie, doch mal zu erklären: Was haben Sie denn dagegen, ein Primat der Politik über die Banken wiederherzustellen? Was haben Sie denn gegen mehr Demokratie, gegen die Unabhängigkeit der Staaten von den privaten Finanzmärkten, gegen eine Unabhängigkeit der Euro-Staaten gegenüber den Privatbanken? Was haben Sie dagegen? Warum gehen Sie auf die Vorschläge der anderen Mitglieder der EU-Kommission nicht ein?

Übrigens, diese Unabhängigkeit erreichten wir natürlich schneller und konsequenter, wenn wir die Banken dezentralisierten und sie eben, wie es auch Frau Lagarde gefordert hat, öffentlich-rechtlich gestalteten. Ich sage es Ihnen noch einmal – ich habe es schon im Zusammenhang mit den Landesbanken gesagt –: Die Sparkassen in Deutschland waren und sind nicht unser Problem und werden es nicht sein. Selbst Brüssel hat inzwischen aufgehört, über die Sparkassen zu meckern. Hätten wir die Sparkassen nicht gehabt, wären wir in einer viel größeren Katastrophe.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi

(A) Wenn dieser staatliche Weg beschritten würde, könnte übrigens ein wirklicher Schuldenschnitt erfolgen. Ich weiß: Darüber redet noch keiner gern; aber – ich sage es Ihnen – er wird kommen. Jetzt sage ich Ihnen, was aus unserer Sicht hinter der Ausweitung des Rettungsschirms steht – wir glauben es sehr ernsthaft; darüber wird immer mehr gesprochen und niemand kann es widerlegen –: Über kurz oder lang wird es einen Schuldenschnitt geben. Wenn es einen Schuldenschnitt gibt, ist die Auszahlung der zweiten Tranche von 109 Milliarden Euro an Griechenland gar nicht mehr erforderlich, weil Griechenland dann sowieso nur noch die Hälfte der Schulden hat etc. Dann haben aber die großen Privatbanken riesige Verluste. Wer erstattet sie? Der Rettungsschirm. Deshalb wird er aufgestockt. Ich sage Ihnen: Das ist ein Rettungsschirm nicht für die Griechinnen und Griechen, sondern für die Banken. Genau deshalb sagen wir Nein dazu.

(Beifall bei der LINKEN)

Lieber Herr Brüderle, lieber Herr Kauder, Sie haben wieder mit großer Leidenschaft Euro-Bonds abgelehnt. Ich finde das unfair, und zwar deshalb, weil Sie der Bevölkerung nicht die Wahrheit sagen. Ich habe es hier schon am 7. September gesagt – ich muss mich aber gleich korrigieren, weil inzwischen schon wieder drei Wochen vergangen sind und mehr passiert ist –: Die Europäische Zentralbank, mithin das Eigentum der Steuerzahlerinnen und -zahler aller Euro-Staaten, damit vornehmlich auch der deutschen Steuerzahlerinnen und -zahler, hat Staatsschulden aufgekauft; damals habe ich gesagt: „im Wert von 129 Milliarden Euro“, und zwar „von Griechenland, Portugal, Irland, Italien und Spanien“. Ich habe Ihnen auch gesagt: „Den privaten deutschen Banken und Versicherungen hat sie ein Drittel dieser Staatsschulden abgekauft.“ Jetzt gehören sie alle uns. Da sagen Sie, es gebe keine Euro-Bonds? Damit haften wir doch dafür.

(B) In den drei Wochen ist aber etwas passiert, Herr Brüderle – Sie waren an der Regierung –: Die Europäische Zentralbank hat weitere Staatsanleihen gekauft. Nun besitzt sie solche im Werte von 150 Milliarden Euro. Warum sagen Sie denn der Bevölkerung nicht, dass das längst unser Eigentum ist? Da haben Sie doch die Euro-Bonds indirekt eingeführt. Lassen Sie doch die Diskussion um etwas, das längst Realität geworden ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir können aus diesen Gründen der Ausweitung des Rettungsschirms nicht zustimmen. Aber es gibt weitere Gründe: Bei Griechenland, Spanien und den anderen Ländern wird ein völlig falscher Weg beschritten. Man handelt nicht nur sozial ungerecht, sondern schwächt auch die Wirtschaft, senkt die Einnahmen des Staates und verbuddelt damit auch unser Geld. Diese Länder brauchen keinen Abbau der Investitionen, sondern mehr Investitionen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie brauchen keinen Abbau von Löhnen, Renten und Sozialleistungen, sondern eine Steigerung, auch um die Kaufkraft zu stärken und damit die Binnenwirtschaft zu

beleben. Nur über eine solche Politik fließen Steuern an die Staaten; damit flösse das Geld, das kreditiert wird, auch an uns zurück. Alles andere – der gegenteilige Weg, den Sie beschreiten – heißt auch, die deutschen Steuergelder zu veruntreuen. Sollte Griechenland pleitegehen oder in der Nähe der Pleite stehen, wird der Rettungsschirm, den sie heute ausweiten, eben nicht ihm zugutekommen, sondern den privaten Banken und – ich muss ergänzen – den Fonds, Versicherungen und Hedgefonds. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haften dafür.

Aber auch das reicht noch nicht. Es gibt Vermögende in Europa. Über dieses Vermögen muss hier gesprochen werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn die weltweite Verteilung des Vermögens, auch in Europa und Deutschland, wird immer ungerechter. Eine Linke ist keine Linke, wenn sie nicht Eigentumsgerechtigkeit fordert; sie wird sonst von keiner Fraktion im Bundestag gefordert.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen dazu etwas: Sie haben festgelegt, dass die Vermögen der Vermögenden in Europa und Deutschland nicht mit einem halben Cent zur Finanzierung der gesamten Krise herangezogen werden; die Vermögenden haben die Krise verursacht und sind dadurch reich geworden, aber sie müssen keinen halben Cent von ihrem Vermögen dafür zahlen. Das, was Sie hier an Ungerechtigkeit organisieren, ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN)

(D) Ich sage es noch einmal: Die Staatsschulden der Euro-Staaten belaufen sich auf 10 Billionen Euro. Das Vermögen nur der Vermögenden der Euro-Zone beträgt 7,5 Billionen Euro.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Alles wegnehmen!)

– Nein, nein. Ich sagte: eine angemessene Steuer. Das ist nicht Wegnehmen. Seien Sie doch nicht so plump! Machen Sie doch einmal eine richtige Steuer! Dann können wir gerne miteinander reden und über die Höhe verhandeln.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Staatsschulden in Deutschland belaufen sich auf 2 Billionen Euro. Das Vermögen der 10 Prozent, die den reichsten Teil der Bevölkerung ausmachen, beläuft sich auf 3 Billionen Euro. Die haben 1 Billion Euro mehr, als wir insgesamt an Staatsschulden haben. Diese Tatsache muss doch einmal genannt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich gebe zu: Ich war etwas naiv. Ich habe mich geirrt. Ich dachte, in der Finanzkrise nimmt die Zahl der Vermögenden ab; wie ich darauf gekommen bin, weiß ich heute gar nicht mehr. Die Zahl hat aber zugenommen. Es sind jetzt 51 000 mehr. Wir haben jetzt 861 000 Vermögenden, die, wie gesagt, nicht mit einem halben Cent haften.

Dr. Gregor Gysi

- (A) Herr Brüderle, ich bitte Sie um eines – Sie spucken hier schließlich immer große Töne für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer –: Erklären Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Rentnerinnen und Rentnern, den Arbeitslosen sowie den Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmern, weshalb die Löhne, die Renten und Sozialleistungen sowie die Einnahmen seit zehn Jahren real zurückgeschraubt wurden, während Sie das Vermögen der immer zahlreicher werdenden Vermögensmillionäre nicht mit einem halben Cent belasten. Erklären Sie es! Erklären Sie es der Bevölkerung!

(Beifall bei der LINKEN)

Nun komme ich zum letzten Punkt. Seitens der Regierung – das gilt insbesondere für Sie, Frau Bundeskanzlerin – fehlt eine notwendige Garantieerklärung. Ich möchte an Folgendes erinnern: Bei der ersten Finanzkrise im Jahre 2008 sind Sie zusammen mit Ihrem damaligen Bundesfinanzminister vor das Mikrofon getreten – das war übrigens die Zeit, als Sie Herrn Steinbrück noch zugeklatscht haben; das haben Sie auch schon vergessen – und haben eine Garantieerklärung für die Sparerinnen und Sparer abgegeben. Sie haben gesagt: Die Spareinlagen werden im Rahmen der Krise nicht gekürzt. Warum machen Sie heute nicht etwas Ähnliches? Die Frage wird man doch stellen dürfen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn der Rettungsschirm in Anspruch genommen wird, haftet die deutsche Bevölkerung für 211 Milliarden Euro. Die Deutsche Bank hat ausgerechnet, dass sich das Ganze durch die Zinslasten, die noch hinzukommen, auf bis zu 400 Milliarden Euro steigern kann. Sie organisieren, dass dieser Fall eintritt.

(B)

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: So ein Blödsinn!)

Es stellt sich mir die Frage, wer das bezahlen soll. Wir könnten es durch eine Millionärsteuer, einen höheren Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer, eine Finanztransaktionsteuer, eine höhere und gerechtere Körperschaftsteuer und eine endlich nennenswerte Bankenabgabe finanzieren. Oder müssen etwa wieder die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner, die Arbeitslosen und die Kleinunternehmerinnen und Kleinunternehmer das Ganze bezahlen? Auf diese Frage antwortet niemand aus der Regierung. Es wird aber höchste Zeit, dass Sie darauf antworten.

(Beifall bei der LINKEN)

Frau Bundeskanzlerin, ich erwarte, dass Sie heute eine Garantieerklärung abgeben und den Betroffenen sagen, dass sie nicht dafür bezahlen müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben noch etwas Zeit, Frau Bundeskanzlerin. Wenn Sie diese Garantieerklärung nicht vor der Ratifizierung der entsprechenden Verträge abgeben, dann wissen alle Bürgerinnen und Bürger, wen es treffen wird, wenn der Haftungsfall eintritt.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Das ist die Wahrheit!)

(C) Ich sage Ihnen: Es gibt wieder einen Riesenunterschied zwischen SPD und Grünen auf der einen und uns auf der anderen Seite. Wir verlangen die Garantieerklärung. Sie verlangen sie nicht. Warum eigentlich nicht? Warum machen Sie das nicht wenigstens zur Bedingung Ihrer Zustimmung?

(Beifall bei der LINKEN)

Nun gibt es auch Abgeordnete von FDP und Union, deren Gewissen ein Nein verlangt. Aber sie stehen vor der Frage, was sie höher bewerten: ihr Gewissen oder die Angst vor Neuwahlen. Wir werden es nachher sehen. Auf das Ja von SPD und Grünen können Sie sich verlassen. Unser Nein ist sicher. Ich weiß schon jetzt, dass Herr Trittin uns dann als europafeindlich bezeichnen wird. Deshalb möchte ich ihm sagen, dass er auch in diesem Punkt schwer irrt.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen, warum er sich irrt: Ich weiß aufgrund der Geschichte meiner Familie sehr gut, dass die vergangenen Jahrhunderte von Kriegen zwischen den Ländern in Europa, die heute Mitgliedsländer der Europäischen Union sind, gezeichnet waren. Der große Fortschritt der Europäischen Union ist, das verhindern zu können. Das ist eine zentrale Frage, an der in Deutschland niemand vorbeikommt. Das begrüßen wir in jeder Hinsicht.

(Beifall bei der LINKEN)

(D) Wir wissen auch, dass die EU für die Wirtschaft wichtig ist. Auch das muss man uns nicht erklären. Aber wir haben bei der Einführung des Euro vor Fehlentwicklungen gewarnt. Sie waren ja alle schlauer, auch die Grünen, und haben gesagt: Nichts davon wird passieren. – Vielleicht schauen Sie sich das noch einmal an und nehmen zur Kenntnis, dass unsere Warnungen gestimmt haben und nicht die Glorifizierung der gesamten Vorgänge, die Sie an den Tag gelegt haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen auch: Wir wollen die EU. Wir wollen auch den Euro. Wir machen ja Vorschläge zu seiner Rettung, aber keine unsozialen. Das ist der Unterschied. Wir wollen sogar mehr Europa. Jetzt nenne ich Ihnen den Unterschied – der Unterschied ist ganz klar –: Sie alle wollen ein Europa der Banken. Wir aber wollen ein Europa der Menschen, der Bürgerinnen und Bürger, der Bevölkerungen. Das ist der eigentliche Unterschied.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen.

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Gregor Gysi, wer für Europa ist, wer für internationale Solidarität ist, der darf sich heute nicht einem Instrument verweigern, das dazu dient, Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor der Spekulation an den Finanzmärkten in Schutz zu nehmen.

Jürgen Trittin

- (A) (Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]:
Ackermann! Nicht die Bürger!)

Das ist das Versagen von Solidarität, und das ist nicht europäisch; das ist national und klein und borniert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU –
Klaus Ernst [DIE LINKE]: So ein Unfug!)

Genau darum geht es. Es geht nicht darum, ob wir die nächste Tranche für Griechenland zahlen.

(Dr. Diether Dehm [DIE LINKE]: Doch!)

Es geht um etwas, das diese Bundesregierung um mehr als ein Jahr verschleppt hat. Es geht darum, wie dieses gemeinsame Europa künftig mit solchen Krisen besser umgehen kann, und zwar bevor man Hunderttausende Beamte entlassen muss, bevor man die Pensionen kürzen muss. Um solche Instrumente geht es. Die sollen heute hier verabschiedet werden. Es geht darum, liebe Freundinnen und Freunde von der Linken, dass Spekulationen gegen den Euro und Spekulationen gegen unser gemeinsames Europa erschwert und verhindert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Zurufe von der LINKEN)

Diese Aufgabe wird nicht länger einer getriebenen Regierung überlassen. Künftig muss die Bundesregierung den Bundestag fragen. Wir müssen zustimmen. Künftig gilt Schweigen nicht mehr als Zustimmung. Das ist ein Gewinn an demokratischer Souveränität. Das hat dieses Haus gegen diese Regierung durchgesetzt.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie des Abg. Dr. Frank-Walter Steinmeier
[SPD])

Diese Diskussion findet in einem bemerkenswerten Umfeld statt. Noch nie in der Geschichte der Europäischen Union war Deutschland so isoliert wie heute.

(Lachen des Abg. Hermann Gröhe [CDU/
CSU])

Sie haben über ein Jahr lang den Ankauf von Staatsanleihen durch die Stabilisierungsfazilität blockiert, angestiftet von den Neoliberalen und den Europafeinden aus Bayern in ihren eigenen Reihen. Sie haben sich öffentlich gegen einen europäischen Währungsfonds ausgesprochen.

Als Nächstes geht es um den Europäischen Stabilitätsmechanismus. Er stellt die Instrumente für eine Staatsinsolvenz zur Verfügung. Er ermöglicht einen Schuldenschnitt mit privater Gläubigerbeteiligung. Und was passiert? Während die Welt, die USA, China und der Rest Europas, darauf drängen, dass das möglichst schnell in Kraft gesetzt wird, höre ich heute Morgen von Herrn Seehofer und zuvor von Herrn Brüderle: Nein, so schnell geht das nicht; da müssen wir noch ein bisschen nachbessern und nachdenken. Was passiert mitten in der Krise? Diese Koalition spielt erneut auf Zeit.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, Sie haben versucht, dieses Auf-Zeit-Spielen bei Günther Jauch als Politik der kleinen Schritte zu verharmlosen. Aber ich sage Ihnen:

Dieses Zaudern und Zögern, diese kleinen Schritte haben die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler viel Geld gekostet, weil sie die Krise verlängert und damit verteuert haben. Das ist das Ergebnis der kleinen Schritte. Diese Krise ist zu groß für kleine Schritte und offensichtlich zu groß für Sie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ich neige ja manchmal auch zu Lautstärke, lieber Kollege Brüderle. Aber bei Ihrer Lautstärke habe ich mich gefragt: Woran mag das wohl liegen? Ich will es Ihnen sagen. Wann hat es so etwas schon einmal gegeben? Nicht nur Gewerkschaften, sondern auch der Bundesverband der deutschen Industrie, die Industrie- und Handelskammern und die deutschen Arbeitgeber mussten öffentlich einen Brief an die Abgeordneten Ihrer Koalition schreiben, um sie aufzufordern, der Erweiterung des Euro-Rettungsschirms zuzustimmen. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen. Ausgerechnet diejenigen, die immer Schwarz-Gelb wollten, die Ihren Wahlkampf mit Millionen gesponsert haben,

(Unruhe bei der FDP)

müssen nun für eine Kanzlermehrheit für den Rettungsschirm werben. Ich glaube, da haben Sie eine Erklärung für Ihre Lautstärke. Sie wissen, dass Sie sich fürchterlich verrannt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Ja, es ist wahr. Es gibt keine gemeinsame Währung ohne eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Es war ein sehr harter Kampf, lieber Kollege Kauder, den das Europäische Parlament und die Kommission zu führen hatten, um diesen neuen Wachstums- und Stabilitätspakt auf den Weg zu bringen. Interessant ist nur, wenn Sie denen jetzt auch noch gratulieren. Gegen wen musste dieser Kampf geführt werden? Er musste geführt werden gegen die deutsche Bundesregierung; denn sie war es, die nicht wollte, dass auch die Überschussländer in Ergänzung zu den Regeln dieses Stabilitäts- und Wachstumspakts überwacht werden. Da haben Sie eine krachende Niederlage erlitten, und das ist gut so. Es ist gut so, dass Sie sich nicht haben durchsetzen können, sondern das Europäische Parlament.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nämlich so, dass die Defizite der einen die Überschüsse der anderen sind.

(Gunther Krichbaum [CDU/CSU]: Das ist
Unsinn!)

– Lieber Kollege Krichbaum, Sie wissen das als Vorsitzender des Europaausschusses sehr gut. Es ist an der Zeit, dass Deutschland seine gravierende Nachfrageschwäche endlich behebt. Es ist Zeit dafür. Ich sage Ihnen, es ist deswegen Zeit dafür, weil nur das dazu führen wird, dass diese Krise, die keine Krise der Defizitländer ist, sondern eine Krise des gesamten Euro-Raumes, überwunden wird. Das ist der Grund, warum das Parla-

Jürgen Trittin

- (A) ment recht hatte und die deutsche Bundesregierung diese Auseinandersetzung zu Recht verloren hat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen eine europäische Wirtschaftsregierung. Aber José Manuel Barroso hatte recht, als er gestern sagte: Die Kommission ist die wirtschaftspolitische Regierung der Union. – Ihr Versuch, Frau Merkel, die Kommission in dieser Frage zu entmachten, ist schädlich. Wir brauchen starke, demokratisch legitimierte europäische Institutionen. Das ist der Weg zu mehr Souveränität in einer globalisierten Welt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer der Krise begegnen will, der muss sich auch einmal klarmachen, um was für eine Krise es sich handelt. Diese Krise ist keine staatliche Verschuldungskrise. Diese Krise begann 2007, als Michel Glos – ich will Ihnen nicht ersparen, zu sagen, dass auch Herr Steinbrück zu dieser Zeit im Kabinett gesessen hat – noch gesagt hat, das könnte nie zu uns hinüberschwappen. Diese Krise hat uns 6 Prozent des Bruttosozialprodukts gekostet. Sie hat in Deutschland allein in einem Jahr 80 Milliarden Euro neue Staatsschulden verursacht. Sie hat ein Land wie Spanien, das bei der Staatsverschuldung immer besser war als Deutschland, mittlerweile an die Kante der Maastricht-Kriterien gebracht.

- (B) Das Schlimme ist: Diese Krise ist nicht beendet. Bis heute haben Sie es nicht geschafft, die Krise der Banken von der Schuldenkrise der Staaten zu trennen. Es gibt keine schlagkräftige europäische Bankenaufsicht. Wo ist Ihre Initiative für ein europäisches Insolvenzrecht? Warum gibt es immer noch keine Schuldenbremse für Banken? Wir brauchen sie so dringend wie für Staaten!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt Alternativen – nicht die von Herrn Gysi; vielleicht ist das für Sie kompatibler –: Schauen Sie einmal in die Schweiz. Die Schweiz hat ihre beiden Großbanken zu saftigen Erhöhungen des Eigenkapitals gezwungen. Bei uns kann die Deutsche Bank 4 Milliarden Euro Gewinn machen, ohne dass sie gezwungen wird, ihr Eigenkapital zu erhöhen.

(Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister:
Aber wir halten uns an das Gesetz!)

Sie sabotieren Maßnahmen gegen Spekulationen. Angeblich sind Sie für eine Finanztransaktionsteuer. Gestern hat die Kommission ihren Vorschlag vorgelegt. Die erste Reaktion von Herrn Brüderle? Er ist gegen diese Finanztransaktionsteuer. Liebe Frau Merkel, ich frage Sie: Wer hat in Ihrer Koalition eigentlich die Richtlinienkompetenz,

(Zuruf von der SPD: Keiner!)

Sie oder der rheinland-pfälzische Dampfplauderer?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, Ihr Zickzackkurs hat die Krise verlängert, verschlimmert und verteuert. Ohne

diese regierungsunfähige Koalition hätten wir schon lange einen dauerhaften Krisenmechanismus, und ohne sie wären wir bei der Errichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung weiter. Nun sollen wir sogar die Urabstimmung bei der FDP abwarten. Stellen Sie sich einmal vor, was passieren würde, wenn sich die Mitstreiter von Herrn Schäffler durchsetzen würden und sich die größte Wirtschaftsmacht in der Europäischen Union gegen die Installation eines permanenten Rettungsmechanismus stellen würde. Ich möchte mir das nicht vorstellen; denn das würde für Deutschland unendlich teuer werden. Das muss verhindert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist auch besser so!)

Die Welt schaut zurzeit auf dieses Land. Müsste sie sich nur auf die Bundesregierung verlassen, wäre sie verlassen. Dass sich unsere Nachbarn auf Deutschland verlassen können, liegt auch daran, dass es in diesem Hause eine verantwortungsbewusste und europaverlässliche Opposition gibt.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die bürgerlichen Tugenden, die Sie so gerne in Anspruch nehmen – dazu gehört Verlässlichkeit –, haben sich in Ihrem Koalitionszoff schon lange in schwarz-gelben Rauch aufgelöst. Damit muss Schluss sein. Deutschland hat eine Verantwortung. Wir müssen dieser Verantwortung in Europa bei dieser Krise gerecht werden. Das geht nicht mit dem Dauerzoff in Ihren Reihen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Bundesminister der Finanzen Dr. Wolfgang Schäuble.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir führen diese Debatte in einer Zeit, in der die Menschen in unserem Lande mit großen Sorgen auf das, was wir hier zu behandeln und zu entscheiden haben, schauen. Nicht nur die Menschen in unserem Lande, sondern auch die Menschen in vielen anderen Ländern in Europa und auf anderen Kontinenten dieser Welt machen sich Sorgen, dass sich die unruhige Lage auf den Finanzmärkten – anders als 2008, aber in einer vergleichbaren Weise – zu einer großen Krise ausweiten könnte. Das hat auch die Tagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds in der vergangenen Woche sehr geprägt. Wir müssen uns dieser Verantwortung bewusst sein.

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) Wir müssen uns im Übrigen auch bewusst sein – ich glaube, das gilt auch für die Art und Weise, wie wir diese Debatte führen, nämlich mit Respekt vor den Argumenten des einen und den Bedenken des anderen; denn keinem fällt diese Entscheidung leicht –, dass sich die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande fragt: Ist die Politik in der Lage, diese Entwicklungen zu steuern? Sind die Entscheidungen, die wir treffen, zu verantworten? Haben wir die Chance, das, was wir in Jahrzehnten erreicht haben, für die Zukunft zu sichern?

Es ist wichtig, dass man klarmacht: Wir haben im vergangenen Jahr, in der Nacht vom 9. auf den 10. Mai 2010, beschlossen, übergangsweise eine Finanzstabilisierungsfazilität in Europa zu schaffen, die ermöglichen soll, Ansteckungsgefahren zu bekämpfen, bis wir, um den Zeitraum zu überbrücken, eine dauerhafte Regelung in Europa zustande bringen. Das braucht in Europa manchmal mehr Zeit, als wir für wünschenswert halten; aber es ist so.

Diese ist auf ein Volumen von 440 Milliarden Euro festgelegt worden. Diese 440 Milliarden Euro werden durch die Entscheidungen, die wir jetzt in nationale Gesetzgebung umsetzen, bereitgestellt. Die Mechanik dieser Finanzstabilisierungsfazilität ist so ausgestaltet, dass wir unter der Bedingung der Bewertung mit der höchsten Bonitätsstufe nur dann 440 Milliarden Euro – dieser Betrag ist die Obergrenze – auf den Anleihemärkten aufnehmen können, wenn die Garantien der Länder, die über diese Bonität verfügen, entsprechend aufgestockt werden. Deswegen beträgt der deutsche Garantierahmen 211 Milliarden Euro; er wird nicht erhöht und steht nicht zur Debatte. Das ist die Entscheidung, die getroffen wurde.

- (B) Im Übrigen treffen wir heute auch die Entscheidung – der Vorsitzende der Unionsfraktion, Volker Kauder, hat das ausgeführt –, dass in Zukunft alle Entscheidungen in diesem Zusammenhang – niemand weiß, was die Zukunft bringt; das ist immer so gewesen – der Zustimmung des Deutschen Bundestags bedürfen. Insofern sollten wir uns nicht gegenseitig fragen: Was kommt als Nächstes? Wer hat dies oder jenes vor? Entweder führt dies zu Verunsicherung oder es ist unseriös. In Wahrheit ist es auch unanständig.

Herr Kollege Schneider, da gestern Vormittag unter den Sprechern im Haushaltsausschuss verabredet worden ist, dass die persönliche Anwesenheit des Bundesfinanzministers im Haushaltsausschuss nicht erwartet wird, sollte man abends nach der Sitzung nicht das Gegenteil sagen. Das ist eine Form der Diffamierung, die ich persönlich für nicht in Ordnung halte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Das ist nicht verabredet worden! Sie hätten sich dem stellen müssen!)

Es wird auch nichts verheimlicht und verschwiegen.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Ach ja!)

Natürlich darf man aber nicht zu jedem Zeitpunkt jede Spekulation auf dem Markt austragen.

- (C) Herr Kollege Oppermann, von der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, die ein Gesamtvolumen von 440 Milliarden Euro hat – auch dazu braucht es keine Aufforderung; die entsprechenden Zahlen sind oft genug im Deutschen Bundestag genannt worden –, sind bisher durch das Programm für Portugal insgesamt 26 Milliarden Euro und durch das Programm für Irland insgesamt 17,7 Milliarden Euro zulasten der EFSF belegt worden. Davon wurden jeweils die bisherigen Raten ausbezahlt, nicht mehr und nicht weniger. Das ist im Haushaltsausschuss zu jeder Zeit dargelegt worden. Hier wird also nichts verschwiegen. Ich habe Ihre Aufforderung aber gerne zum Anlass genommen, dies noch einmal klarzustellen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Minister, darf der Kollege Schick Ihnen eine Zwischenfrage stellen bzw. eine Zwischenbemerkung machen?

(Zurufe von der CDU/CSU: Oh nein! – Muss das sein? – Gegenruf der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum denn nicht?)

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen:

Bitte, ja.

Dr. Gerhard Schick (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (D)

Herr Minister, ich habe gestern in der Fragestunde die Frage gestellt, ob die Bundesregierung eine Nutzung der in Washington diskutierten Instrumente, die ein Leveraging bezüglich der Garantien im Rahmen der EFSF vorsehen, ausschließt. Daraufhin hat der Staatsminister bei der Bundeskanzlerin, Herr von Klæden, gesagt: Ja. Dann hat Herr Kampeter weitere Ausführungen gemacht, mit denen er meine Frage aber nicht beantwortet hat.

Ich möchte gerne von Ihnen wissen, was Sie mit der Formulierung der effizienten Nutzung der EFSF, die Sie in Washington getroffen haben, gemeint haben – alle Fachleute verstehen darunter die Hebelung der EFSF; das heißt, dass mit den gewährten Garantien ein wesentlich größerer Umfang an Krediten ausgereicht werden kann – und ob diese Hebelung vor dem Hintergrund der Entscheidung, die der Bundestag heute zu treffen hat, möglich ist oder ob es dazu einer neuen Parlamentsentscheidung bedarf. Wenn es dazu nämlich keiner neuen Parlamentsentscheidung bedarf, dann müssen die Abgeordneten dieses Hauses wissen – das gilt auch mit Blick auf die Öffentlichkeit –, dass sie mit ihrer heutigen Entscheidung auch eine Hebelung ermöglichen. Mein Kenntnisstand dazu ist, dass darüber bereits verhandelt wird. Ich finde, dem Bundestag muss bekannt sein, ob dem so ist oder nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

(A) **Dr. Wolfgang Schäuble**, Bundesminister der Finanzen:

Herr Kollege, die Antwort ist völlig eindeutig: Die Guidelines, die für die erweiterte EFSF angewendet werden, sind noch nicht abschließend verhandelt.

(Zuruf von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Aha!)

– Warten Sie vor dem „Aha“ doch meinen zweiten Satz ab. – Der Bundestag hat die Absicht, zu beschließen – genau das steht in dem Gesetzentwurf, den wir hier in zweiter und dritter Lesung behandeln –, dass diese Guidelines der Zustimmung des Deutschen Bundestags bedürfen. Danach werden wir das in diesem Rahmen behandeln. Deswegen ist jede Verdächtigung und jede Verunsicherung unanständig und unangemessen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im Übrigen bleibt es dabei: Wir beschließen einen deutschen Garantierahmen von 211 Milliarden Euro. Der ist hoch genug.

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Was ist mit den Hebeln?)

– Ich habe das doch gerade beantwortet. Durch Wiederholung der Frage wird es nicht besser. Herr Kollege Schneider, Ihre Methoden habe ich gerade an einem konkreten Beispiel dargelegt.

(Klaus Ernst [DIE LINKE]: Können Sie es ausschließen?)

(B) Die Sache ist zu ernst,

(Carsten Schneider [Erfurt] [SPD]: Ja, eben!)

als dass Sie die Bevölkerung, die verunsichert genug ist, auf diese Weise weiter durch falsche Behauptungen und Insinuationen verunsichern sollten, wenn Sie mit uns gemeinsam Verantwortung dafür tragen wollen, dass wir Europas Sicherheit und unsere Währung erhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ich will eine zweite Bemerkung machen. Herr Kollege Steinbrück, man muss sich entscheiden. Wir sind übereinstimmend der Auffassung, dass die Europäische Zentralbank auch in Extremsituationen – Sie wissen, was alles Extremsituationen sein können; Sie haben das im Amt des Bundesfinanzministers erlitten – nicht die Aufgabe hat oder nicht haben sollte, am Sekundärmarkt zu intervenieren. Gerade deswegen ist es richtig, dass wir der EFSF diese Möglichkeit unter engen Voraussetzungen einräumen. Es bedarf in jedem Fall eines Memorandum of Understanding, und auf jeden Fall ist durch das, was wir heute beschließen, die Beteiligung des Deutschen Bundestages an diesen Entscheidungen sichergestellt. Das eine oder das andere müssen wir machen. In Ihrer Rede haben Sie beides kritisiert. Das war eines zu viel. Darauf wollte ich aufmerksam machen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt noch einmal in großer Klarheit: Wir sind in einer außergewöhnlich schwierigen Lage, weil die Nervosität an den Finanzmärkten hoch ist und weil die Gefahr besteht, dass sich

die Beunruhigung der Finanzmärkte auch auf die Realwirtschaft auswirken kann. (C)

(Bärbel Höhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das sagen Sie einmal der FDP!)

Das haben wir erlebt. Sie haben das vor drei Jahren nicht für möglich gehalten. Es ist dann so gekommen; man kennt die Zukunft nicht genau im Vorhinein. Deswegen ist es klug, dass wir unsere Verantwortung mit großem Ernst wahrnehmen und dass über jeden Schritt offen diskutiert und auch entschieden wird.

Ich will daher die nächsten Schritte beschreiben: Wir gehen jetzt hinsichtlich des Kreditprogramms für Griechenland, das im April des vergangenen Jahres beschlossen wurde, weiter vor. Internationaler Währungsfonds, Europäische Zentralbank und Europäische Kommission, die zu prüfen haben, ob die Voraussetzungen für die Auszahlung der nächsten Tranche gegeben sind, werden ihre Mission heute wieder aufnehmen. Nur wenn diese Voraussetzungen gegeben sind, wird die nächste Tranche ausgezahlt werden. Darüber wird voraussichtlich in der Sitzung der Euro-Gruppe am 13. Oktober 2011 eine Entscheidung zu treffen sein. Die Entscheidung ist offen, weil wir den Bericht noch nicht haben. Erst wenn wir den Bericht haben, werden und können wir entscheiden.

Dann wird sich zeigen – darüber haben wir im Juni und Juli schon diskutiert –, welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen, damit Griechenland auf längere Sicht tragfähig wird. Der griechische Ministerpräsident hat in diesen Tagen auch auf Initiative der deutschen Bundesregierung – Herr Kollege Rösler, wir beide haben uns da sehr engagiert – mit vielen verantwortlichen Vertretern der deutschen Wirtschaft darüber geredet, ob die deutsche Wirtschaft bereit ist, sich stärker am Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft in Europa zu beteiligen. (D)

Die Europäische Kommission soll die Fonds noch effizienter und noch schneller nutzen können. Die Bundesregierung drängt darauf; die Staats- und Regierungschefs haben das verlangt. Aber jeder weiß: Die Entscheidungsprozesse in Brüssel sind nicht so schnell und einfach, wie wir uns das gelegentlich wünschen würden.

Um auch dieses zu sagen: Ich bin froh, dass die Europäische Kommission endlich – ich habe anderthalb Jahre darauf gedrängt – eine Initiative für eine Finanztransaktionssteuer ergriffen hat; denn sie alleine hat das Recht für solche Initiativen. In den letzten anderthalb Jahren haben wir hier wieder und wieder darüber geredet. Gestern hat sie endlich den Vorschlag gemacht. Sie können sich darauf verlassen, dass die Bundesregierung alles daransetzen wird, dass diese Initiative so schnell wie möglich zu einem Erfolg gebracht wird. Ich glaube, dass das ein weiterer guter Schritt ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Zuruf des Abg. Sigmar Gabriel [SPD])

– Wir sind uns doch in diesen Fragen einig. Das ist eine gemeinsame Position der Bundesregierung. Die Staats-

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) und Regierungschefs der Euro-Zone haben das am 21. Juli wieder gefordert.

Übrigens, das, was jetzt in den fast sechs Gesetzgebungsvorschlägen zur Verstärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im Parlament akzeptiert worden ist, geht auf die Arbeiten der Taskforce unter dem Ratspräsidenten Van Rompuy zurück, die auf Initiative der Bundeskanzlerin zur Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes im vergangenen Jahr eingeleitet wurden. Das wird jetzt umgesetzt, und ich bin froh, dass es endlich erreicht worden ist.

Herr Kollege Trittin, mit allem Respekt: Überschüsse und Defizite sind etwas Unterschiedliches. Im Gesetzgebungspaket ist genau festgelegt, dass das nicht das Gleiche ist. Die Euro-Zone als Ganzes hat ein Gleichgewicht nur deswegen, weil Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss hat. Sonst wäre der Euro eine Defizitwährung. Gott sei Dank hat Deutschland einen Leistungsbilanzüberschuss, mit dem wir Europa insgesamt stabilisieren können. Deswegen sollten Sie das nicht kritisieren und nicht sagen, die Überschüsse seien schuld an den Problemen. Nein, die Schulden und die Defizite sind die Ursache der Probleme, und die müssen wir gemeinsam bekämpfen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich will auch sagen: Wir werden jede Möglichkeit nutzen. Was wir national noch an Gesetzgebungsspielraum hatten, haben wir ausgeschöpft. Wir haben in Deutschland im Gegensatz zu anderen ein Restrukturierungsgesetz für die Banken verabschiedet. Wir haben im Gegensatz zu anderen im Alleingang – viel kritisiert – bereits im vergangenen Jahr ungedeckte Leerverkäufe national verboten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Mehr Spielraum hat der nationale Gesetzgeber nicht. Aber wir werden darauf drängen – ich hoffe, alle im Europäischen Parlament, auch Ihre Kollegen und Freunde –, dass wir mehr und schneller regulieren. Ich bin in der Tat der Meinung, dass die Frage, ob die Politik für die Märkte schnell genug ist, so beantwortet werden muss, dass wir als Politik die Märkte so regeln, dass klar ist, dass die demokratisch legitimierte Politik die Regeln macht, Grenzen setzt und dies auch durchsetzt.

Es darf nicht sein, dass wir wegen des Arguments der Standortvorteile am Ende nicht in der Lage sind, zu Entscheidungen zu kommen. Nein, wir wollen besser regulierte Märkte. Wir wollen die strukturierten Produkte transparenter und besser regulieren. Bei jedem Schritt in diese Richtung werden wir im europäischen und weltweiten Rahmen darauf drängen, so schnell wie möglich voranzukommen. Es muss klar sein: Gerade bei der Frage der demokratischen Legitimation geht es einerseits darum, dass die Märkte der Welt nicht sicher sind, ob die westlichen Demokratien noch schnell genug die notwendigen Entscheidungen treffen können –

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Minister, lassen Sie noch eine weitere Frage zu?

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen: (C)

– Herr Präsident, ich würde gerne den Satz zu Ende führen –, und andererseits darum, dass unsere Bürgerinnen und Bürger hinsichtlich der Frage verzweifeln, ob die Märkte die Oberhand haben oder ob die Politik entscheidet. Wenn die freiheitlich und rechtsstaatlich verfasste Demokratie stabil bleiben will, muss sie klarmachen, dass sie die Regeln setzt und diese auch durchsetzt, und dazu ist die Bundesregierung entschlossen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Herr Präsident.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Es gab noch den Wunsch nach einer Zwischenbemerkung durch den Kollegen Schlecht, die ich, auch wenn die gemeldete Redezeit eigentlich überschritten ist, noch gerne zulassen würde, weil sie vorher angemeldet war, wenn Sie damit einverstanden sind.

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen:

Bitte, Herr Präsident.

Michael Schlecht (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie haben eben die Außenhandelsüberschüsse Deutschlands angesprochen und behauptet, sie seien nicht das eigentliche Problem, sondern das eigentliche Problem sei die Verschuldung. Sie müssten schon noch einmal erläutern, weshalb jenseits der deutschen Grenzen – rauf und runter – insbesondere die deutschen Außenhandelsüberschüsse und die Schwäche des deutschen Binnenmarktes im Grunde genommen als eine der zentralen Ursachen dafür benannt wird, dass die Verschuldung der anderen Länder spiegelbildlich zu dieser Entwicklung zustande gekommen ist. Man muss konstatieren: Wir haben in Deutschland über die letzten zehn Jahre einen aufsummierten Außenhandelsüberschuss von 1,2 Billionen Euro. Dieser wurde nur möglich, weil sich die anderen Länder verschulden mussten. (D)

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Hanebüchene Logik!)

Die Frage ist, weshalb Sie diesen Zusammenhang einfach negieren und nicht sehen, dass wir in Deutschland etwas dafür tun müssen, dass dieser Außenhandelsüberschuss abgebaut wird, insbesondere durch eine Stärkung der Binnennachfrage.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Wolfgang Schäuble, Bundesminister der Finanzen:

Schauen Sie, Herr Kollege, das Problem liegt darin: Wenn man wie die Linke davon überzeugt ist, dass eine Wirtschaft möglichst staatlich durchreguliert und zentralisiert verwaltet werden muss

(Zurufe von der LINKEN)

– lassen Sie mich doch die Frage beantworten –, und man nicht an die Überlegenheit einer Ordnung, die auf Markt und Wettbewerb gründet, glaubt, dann hält man

Bundesminister Dr. Wolfgang Schäuble

- (A) natürlich den Wettbewerb für etwas Negatives. Wenn man aber an den Wettbewerb glaubt, dann heißt das, dass derjenige, der erfolgreicher ist, von den anderen natürlich etwas beneidet wird. Es ist leicht, zu sagen: Wärt ihr nicht so erfolgreich, würde unsere Schwäche nicht so auffallen. – Aber Europa hängt an der Stärke der deutschen Wirtschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen, liebe Freunde: Die Solidarität der Deutschen ist klar. Sie muss sich auch darin zeigen, dass wir weiterhin eine Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben, die dafür sorgt, dass Deutschland ein Anker der Stabilität in Europa und ein Motor des europäischen Wachstums bleibt. Die Bundesregierung wird auf diesem erfolgreichen Weg weiter vorangehen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Carsten Schneider für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Carsten Schneider (Erfurt) (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Europa ist in einer kritischen Situation. Aber noch viel kritischer als die Situation an den Finanzmärkten in Europa ist die Situation dieser Koalition; denn nicht anders kann ich die Büttenrede interpretieren, die Sie, Herr Brüderle, heute an die Adresse Ihrer Koalition gerichtet gehalten haben.

- (B)

(Beifall bei der SPD)

Sie war weder angemessen noch in der Sache irgendwie berechtigt.

Herr Minister Schäuble, Sie haben eben gesagt, wir hätten darauf verzichtet, Sie gestern im Haushaltsausschuss zu hören. Das Gegenteil ist richtig: Ich habe beantragt, dass Sie uns im Haushaltsausschuss, bevor wir hier im Bundestag über diesen Gesetzentwurf abstimmen – das auch nach Ihren Aussagen das wichtigste Gesetz dieser Legislaturperiode ist –, Klarheit darüber verschaffen, ob weitere Maßnahmen geplant sind oder nicht, ob wir in Richtung einer weiteren Verschuldung gehen oder nicht. Sie sind diese Antwort, auch im Rahmen der Frage des Kollegen Schick, schuldig geblieben. Ich finde das nicht hinnehmbar!

Ich habe den Eindruck, dass wir, insbesondere vor dem Hintergrund der wackligen Koalitionsmehrheit, hinter die Fichte geführt werden sollen. Worum geht es in diesem Paket? Es wird nicht nur um die 750 Milliarden Euro gehen. Es wird auch um die Frage gehen, ob das Risiko eventuell noch höher ist. Das wird mit dem Begriff „Hebel“ beschrieben.

Ich will zitieren, was in der heutigen Ausgabe des *Handelsblatts* steht:

Berlin habe Barroso „dringend gebeten“, das heikle Thema in seiner Grundsatzrede zur Lage der EU am

Mittwoch im Straßburger Europaparlament nicht zu erwähnen, sagte ein hochrangiger Vertreter der Euro-Zone. ... Dabei ist der Hebel längst beschlossene Sache. Frankreichs Premier François Fillon hat ihn vorgestern im französischen Parlament bereits angekündigt: „Wir werden Vorschläge machen, um den Kampf gegen die spekulativen Angriffe auszuweiten.“ Dabei sprach er ausdrücklich von einer „Hebelung der Mittel“ des Fonds. (C)

Herr Minister, ich finde, Sie wären Ihrer Verantwortung als Bundesfinanzminister vor dem deutschen Volk, aber auch vor den Kollegen, die hier im Bundestag abstimmen, dann gerecht geworden, wenn Sie Auskunft darüber gegeben hätten, was Sie beim Internationalen Währungsfonds beraten und bereits zugesagt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht so, dass der Deutsche Bundestag darüber entscheiden wird, ob es diesen Hebel geben wird. Es ist so, dass der Haushaltsausschuss darüber entscheiden wird. Jeder, der heute diesem Gesetzentwurf seine Stimme gibt, muss wissen, dass er diese Entscheidung an die Mitglieder des Haushaltsausschusses delegiert. Das muss man wissen, bevor man abstimmt! Sie wollen das aber nicht transparent machen, weil Sie Angst um die eigene Mehrheit in Ihrer Koalition haben. Das ist der Grund.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Diese Angst und Unsicherheit ziehen sich ebenso wie Ihr permanenter Zickzackkurs, wenn überhaupt von einem Kurs die Rede sein kann, durch die gesamte Griechenland-Krise. (D)

Ich will kurz daran erinnern, wie das Ganze abgelaufen ist. Im Februar 2010 haben Sie gesagt: Griechenland ist kein Problem. Es wird kein deutsches Geld geben. – Im Mai haben wir ein Hilfspaket in Höhe von 22 Milliarden Euro beschlossen. Der Kollege Fricke sagte hier noch: 22 Milliarden Euro und keinen Cent mehr. Dem hat keiner von Ihnen widersprochen. Am selben Tag, an einem Freitag, ist die Bundeskanzlerin nach Brüssel gefahren und hat dort ein Paket über 123 Milliarden Euro vereinbart.

Meine Damen und Herren, Sie sind in Europa Getriebene der Märkte. Sie führen nicht. Sie haben Deutschland isoliert, und Sie haben mit Ihrem fehlerhaften Krisenmanagement die Krise verschärft, statt zu deeskalieren.

(Beifall bei der SPD)

Dass Sie Angst um Ihre eigene Mehrheit haben, kann ich nachvollziehen. Denn bei allem, was Sie bisher beschlossen haben, ist das Gegenteil eingetreten; denn Sie sind von den Märkten und der Notwendigkeit, die anderen europäischen Länder zu überzeugen, überholt worden.

Ich habe einen Entschließungsantrag herausgesucht, den die Fraktionen der CDU/CSU und der FDP am

Carsten Schneider (Erfurt)

- (A) 26. Oktober 2010 zu dem Thema vorgelegt haben. Darin geht es um den Stabilitätspakt, der gestern im Europäischen Parlament beschlossen worden ist. Unter Punkt 3 des Antrags steht – ich zitiere –:

Diese Sanktionen müssen zudem früher als bisher und weitgehend automatisch zum Einsatz kommen.

Genau diesen Automatismus hat die Bundeskanzlerin einen Tag später in Deauville geopfert. Der Stabilitätspakt war nicht Bestandteil ihrer Verabredung mit Herrn Sarkozy. Erst das Europäische Parlament hat ihn wieder eingebracht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Unter Punkt 5 des Antrags steht:

Dies beinhaltet zur Vermeidung von Fehlanreizen den Verzicht auf die Einrichtung eines dauerhaften Fonds für überschuldete Staaten, in dem andere Staaten der Währungsunion oder die EU Kredite oder Garantien bereitstellen müssen. Auch eine Entfristung des gegenwärtigen Rettungspakets wird abgelehnt ...

Heute beschließen wir wieder das glatte Gegenteil von all dem, was Sie uns vor einem Jahr vorgetragen haben.

(Beifall bei der SPD)

Das, was wir heute beschließen wollen, ist zwar richtig, es hätte aber ein Jahr früher kommen müssen. Dann hätte es erst gar keine Krisensituation in Italien und Spanien gegeben, die dazu führt, dass wir heute mit mehr Geld gegen die Finanzmärkte vorgehen müssen. Diesen Punkt muss man Ihnen vorhalten; denn Sie sind nicht bereit, Führung zu übernehmen und der deutschen Öffentlichkeit zu sagen, was für Vorteile wir von Europa haben. Sie setzen auf Populismus, sind damit aber letztlich zu Recht gescheitert.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie machen uns, die wir die Verantwortung mittragen, Vorwürfe. Wir sind an dieser Stelle von Ihrer Seite beschimpft worden. Ich habe in Washington viele Gespräche mit Vertretern anderer Länder geführt. Ihre erste Frage war immer: Wird denn die Opposition mit dafür stimmen? Das ist uns wichtig. Denn auch wir wissen, dass diese Regierung nicht mehr lange hält, und wir brauchen Sicherheit in Europa.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

All das, was dazu geführt hat, dass wir in Europa so stark sind, dass wir wirtschaftlich prosperieren und dass die Arbeitslosigkeit sinkt, haben Sie abgelehnt. Sie haben die Konjunkturprogramme, das Kurzarbeitergeld und die Investitionsprogramme abgelehnt. Das alles aber macht uns heute stark. Nichts davon ist Ihr Thema gewesen. Sie haben das in der Oppositionszeit abgelehnt und keine Alternativen gehabt.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Sie sollten still sein und dankbar dafür sein, dass Sie trotz dieser Regierung eine breite Mehrheit im Bundestag bekommen werden.

Zum Thema Schuldenbremse: Sie tun jetzt so, als wären Sie der intellektuelle Urheber gewesen. Wenn ich mich richtig entsinne, geht der Entwurf der Schuldenbremse – die hoffentlich auch in anderen nationalen Parlamenten eingeführt wird und dazu führt, dass Europa auch eine Stabilitätsunion wird und letzten Endes stärker daraus hervorgeht als bisher, dass die Länder zusammenrücken, die Finanzpolitiken vereinheitlicht werden und das bisherige Steuerdumping unterbunden wird – auf Peer Steinbrück zurück. Wie haben Sie sich damals in der Abstimmung im Deutschen Bundestag verhalten, Herr Brüderle? Sie haben sich enthalten. Sehr mutig!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von SPD: Oh! – Hört! Hört!)

Wir Sozialdemokraten werden heute dem Gesetzentwurf zustimmen. Wir sind der Auffassung, dass wir ein wehrhaftes Europa brauchen, das zusammenhält, und zwar unter der klaren Kondition, die Haushalte zu sanieren und die Wettbewerbsfähigkeit herzustellen, aber auch den sozialen Zusammenhalt in Europa nicht zu gefährden. Das bedeutet, auch die Finanzmärkte an den Kosten der Krise zu beteiligen. Das haben Sie in den letzten Jahren verhindert.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet, dass die Finanzmärkte, diejenigen, die Spekulationsgewinne erzielen und noch heute enorme Gewinne mit griechischen Papieren machen, besteuert werden und dass die daraus resultierenden Steuereinnahmen genutzt werden, um die Investitionstätigkeit in Griechenland und anderen südeuropäischen Ländern voranzubringen. Reines Sparen ist zu wenig. Wir brauchen einen Ansatz, der die Investitionstätigkeit wieder anregt.

(Beifall bei der SPD)

All dies bleiben Sie leider schuldig. Meine Hoffnung ist, dass die anderen europäischen Länder Sie so wie bisher auf den rechten Weg bringen. Eine weitere Hoffnung, die ich habe, ist: Jede Abstimmung in diesem Parlament wird zu einem Lackmuster für diese Regierung. Über kurz oder lang werden Sie daran zerbrechen. Heute werden Sie vielleicht noch einmal die Mehrheit bekommen. Aber das wird nicht auf Dauer so sein. Je früher Ihre Regierungszeit endet, desto besser für Europa und für Deutschland!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Wunschbilder der Opposition! Das kann man nicht verstehen!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Bundesminister für Wirtschaft, Philipp Rösler.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

(A) **Dr. Philipp Rösler**, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in Deutschland nicht nur großartige Wachstumswahlen.

(Zurufe von der SPD: Trotz Ihrer Partei! – Aber nicht bei der FDP!)

Gerade heute hat Frau von der Leyen auch großartige Zahlen zu verkünden, was die Beschäftigung angeht. Im September ist die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland unter 2,8 Millionen gesunken.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dass wir Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung haben, ist unter anderem ein Verdienst eines starken, gemeinsamen Europas und eines starken, stabilen Euro. Deswegen ist es richtig, dass wir alles dafür tun, beide zu stärken. Wir brauchen ein starkes gemeinsames Europa, aber auch eine gemeinsame, starke Währung, eben einen stabilen Euro.

Das ist das Problem: Die Menschen haben längst das Vertrauen verloren.

(Zurufe von der SPD: Ja! – In euch! – Klaus Ernst [DIE LINKE]: In Ihre Partei! – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Wir haben leider eine geordnete Insolvenz der FDP! – Weitere Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(B) – Ich komme gleich auf Sie zu sprechen, aber das Schreien nutzt Ihnen nichts. – Es schadet der Politik insgesamt, dass die Menschen das Vertrauen verloren haben. Sie glauben nicht, dass ihnen Europa guttut und dass Europa richtig ist. Deswegen müssen wir alles dafür tun, das Vertrauen zurückzugewinnen. Jeder, der proeuropäisch denkt und fühlt, muss alles dafür tun, die Akzeptanz Europas zu erhöhen.

(Zuruf von der SPD: Wo haben Sie Ihre Wahlplakate in Berlin gelassen?)

Das heißt, man muss alles, was man macht, vernünftig erklären. Man muss die Frage beantworten, in welche Richtung sich Europa in den nächsten Jahren entwickeln soll. Wir beantworten diese Frage sehr klar. Wir wollen nicht wie Sie ein Schuldeneuropa, sondern endlich eine echte Stabilitätsunion in Europa.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Sie haben die Maastricht-Kriterien aufgeweicht. Sie wollen Euro-Bonds für alle. Obwohl Sie hier anders reden, haben Rot und Grün gestern im Europäischen Parlament gegen eine Verschärfung der Stabilitätskriterien gestimmt. Das hat nichts mit proeuropäischer Geisteshaltung zu tun und erst recht nichts mit wirtschaftspolitischer Kompetenz.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Minister, darf der Kollege Heil Ihnen eine Zwischenfrage stellen?

Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Nein.

Es ist richtig, dass wir heute gemeinsam über die EFSF und das Gesetz zum Stabilisierungsmechanismus diskutieren.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie, wir diskutieren heute doch nicht mehr darüber! Was ist das denn schon wieder? – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Wir stimmen heute ab!)

Denn hier werden klare Kriterien vorgegeben. Rettungspakte sind immer nur das letzte Mittel.

(Zuruf von der SPD: Wir wollen Guido wiederhaben!)

Sie können und dürfen niemals der Ersatz für verfehlte Haushaltspolitik und verfehlte Wirtschaftspolitik in anderen Mitgliedstaaten der Euro-Zone sein. Künftig wird es Hilfen nur unter klar definierten Bedingungen geben. Ob es solche Hilfen gibt, wird dann positiv beschieden, wenn Einstimmigkeit in den entsprechenden Gremien herrscht. Das ist ein eindeutiger Vorteil im Vergleich zu anderen Gremien, in denen Deutschland wie in der EZB überstimmt werden kann und Entscheidungen manchmal vielleicht gegen die ordnungspolitische Vernunft und den ordnungspolitischen Sachverstand getroffen werden. Das wird jetzt durch die zu beschließenden Maßnahmen eindeutig besser werden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Haftungsobergrenze ist selbstverständlich festgelegt. Natürlich kann es hier nur mithilfe des Deutschen Bundestages zu Änderungen kommen. Das heißt, das, was immer gefordert wurde und was vollkommen richtig ist, nämlich dass der Haushaltsgesetzgeber immer das letzte Wort hat, wird hiermit verwirklicht. Damit bleibt es dabei: Das Königsrecht, das Haushaltsrecht, bleibt beim Parlament. Das ist eine richtige und kluge Entscheidung und eine vernünftige Ausgestaltung der im Änderungsgesetz enthaltenen Maßnahmen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich kann deswegen nur an Sie appellieren, nicht aus parteitaktischen Erwägungen zuzustimmen, sondern weil Sie wissen, dass Sie damit den richtigen Weg in Richtung einer Stabilitätsunion gehen, die klare Regeln vorgibt. So muss die Schuldenbremse in allen Mitgliedstaaten verankert werden, es muss ein Wettbewerbsfähigkeitstest, für den wir heute im Anschluss im Wettbewerbsfähigkeitsrat werben werden, eingeführt werden, und es müssen Maßnahmen für all die Staaten ergriffen werden, die nicht aus eigener Kraft in der Lage sind, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit herzustellen. Dafür

(C)

(D)

Bundesminister Dr. Philipp Rösler

- (A) brauchen diese Staaten die neuen Instrumente der EFSF und später des ESM. Das zeigt, dass wir mit den Maßnahmen, die jetzt noch anstehen, genau die richtigen Schritte in eine Stabilitätsunion tun; denn man muss den Menschen die Frage beantworten: Wohin soll sich Europa in den nächsten Jahren entwickeln? Nur wenn man diese Frage beantworten kann, dann wird man wieder Vertrauen in die Politik insgesamt herstellen können. Dafür steht die Regierungskoalition aus CDU/CSU und FDP.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich mache jetzt einige wenige geschäftsleitende Bemerkungen. Es gibt zwei Wünsche auf Kurzintervention, und zwar des Kollegen Heil und des Kollegen Ernst. Die Kollegen werde ich gleich der Reihe nach aufrufen. Danach wird der Minister Gelegenheit haben, darauf zu antworten.

Des Weiteren will ich, wie von Einzelnen gewünscht, gerne darauf aufmerksam machen, dass im weiteren Verlauf der Debatte sowohl der Kollege Willsch als auch der Kollege Schäffler das Wort erhalten, sie aber nicht für die jeweiligen Fraktionen, denen sie angehören, reden. Sie machen von dem Rederecht Gebrauch, das sie als Mitglieder des Deutschen Bundestages selbstverständlich haben, mit und ohne Zugehörigkeit und Zuordnung zur jeweiligen Fraktion. Ich denke, es entspricht sowohl unserem Selbstverständnis als auch der völlig unmissverständlichen Verfassungslage, dass wir diesem Anspruch Rechnung tragen.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Nun bekommt der Kollege Heil die Gelegenheit zu einer Kurzintervention.

Hubertus Heil (Peine) (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Bundesminister Rösler, Sie haben eben davon gesprochen, dass es darum gehe, eine klare proeuropäische Position zu beziehen, dazu zu stehen und Vertrauen zu schaffen. Ich frage Sie deshalb, warum Sie als Vorsitzender der FDP in den Tagen vor der Berliner Abgeordnetenhauswahl, als Ihre Partei in dieser Stadt in unverantwortlicher Art und Weise plakatiert und mit antieuropäischen Ressentiments gespielt hat, wobei die Strategie Gott sei Dank gescheitert ist, so beredt geschwiegen haben, wenn es Ihnen angeblich um Verantwortung geht. Im Gegenteil: Sie haben die Stimmung noch befeuert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Bei aller persönlichen Wertschätzung, Herr Rösler, kann ich Ihnen einen Vorwurf nicht ersparen. Mich hat Ihr Verhalten, kurz vor der Wahl populistische Strömungen Ihrer Partei nicht nur laufen zu lassen, sondern sie sogar noch zu befeuern, an das Verhalten Ihres Vorgän-

gers, der neben Ihnen sitzt, in einer Wahlkampfsituation mit Herrn Möllemann erinnert. Ich sage Ihnen: Wenn Sie nicht verhindern, dass Ihre Partei – wir werden gleich Herrn Schäffler hören – in unverantwortlicher Art und Weise antieuropäischen Populismus schürt, dann tragen Sie dazu bei, dass sich die Bevölkerung in diesem Land in die falsche Richtung orientiert. Herr Rösler, erklären Sie einmal den Menschen hier, warum Sie heute so reden, vor einigen Wochen aber geschwiegen oder den Populismus sogar noch befeuert haben.

(C)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nun hat Kollege Ernst Gelegenheit zu einer Kurzintervention.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Herr Rösler, ich habe eigentlich eine sehr einfache Frage. Können Sie in dem Fall, dass die vielen Bürgschaften und Verpflichtungen, die wir heute, wenn wir Ihrem Antrag folgen würden, in Deutschland eingehen, wirksam werden, ausschließen, dass nicht die Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland durch sinkende Renten, durch sinkende Löhne und durch sinkende Sozialleistungen zur Kasse für das gebeten werden, was wir hier beschließen?

(Beifall bei der LINKEN)

(D)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Minister, Sie haben Gelegenheit zur Antwort.

Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Heil, Sie haben von antieuropäischen Tendenzen gesprochen. Ich habe die Wortmeldung des Abgeordneten eben sehr wohl als antieuropäisch verstanden. Das ist aber ausdrücklich nicht unsere Linie. Ich habe immer gesagt: proeuropäische Ausrichtung gepaart mit wirtschaftspolitischer Vernunft. Daran werden Sie unsere Worte, aber auch unser Handeln messen müssen.

Jetzt frage ich Sie – am Abstimmungsverhalten sollt ihr sie erkennen –: Wo ist denn Ihre proeuropäische Haltung gewesen, als Sie das aufgeweicht haben, was unsere Vorväter bei der Einführung des Euro bedacht haben, nämlich die Maastricht-Kriterien?

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wo ist denn Ihre proeuropäische Haltung, wenn es bei Diskussionen um Euro-Bonds genau darum geht, solchen Wortbeiträgen wie gerade entgegenzutreten? Wir wollen nicht, dass Schulden vergemeinschaftet werden. Die Menschen dürfen auch nicht das Gefühl haben, es würde in Deutschland so kommen. Wo waren Sie denn gestern, als die Sozialdemokraten und die Grünen im

Bundesminister Dr. Philipp Rösler

- (A) Europäischen Parlament bei den wichtigen Abstimmungen zu den weiteren Stabilitätsmaßnahmen und Stabilitätsmechanismen auf europäischer Ebene ihre Zustimmung verweigert haben? Am Abstimmungsverhalten sollt ihr sie erkennen. Sie haben klar entgegen dem europäischen Geist und auch klar gegen wirtschaftspolitische Vernunft gehandelt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Herr Rösler, was ist mit meiner Frage?)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Klaus-Peter Willsch.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte es auch noch selbst gesagt: Ich spreche heute leider nicht für meine Fraktion und bin dem Bundestagspräsidenten dankbar dafür, dass ich meine Gedanken gleichwohl hier vortragen kann.

Ich kämpfe seit meines politischen Lebens dafür, dass wir in dieser Konstellation christlich-liberal miteinander arbeiten. Der Wirtschaftsminister hat die Erfolge gerade aufgezählt, die sich sehen lassen können: 3,6 Prozent Wirtschaftswachstum im letzten Jahr, und die Arbeitslosigkeit liegt unter 2,8 Millionen. Das ist eine stolze Leistung. Wir haben hier gut vorgelegt.

Da ich jetzt in einer Sachfrage nicht folgen kann, möchte ich erläutern, was ich an diesem Weg für falsch halte.

- (B) Erster Punkt: Im letzten Mai haben wir begonnen, uns mit dem Griechenland-Paket auf eine schiefe Ebene zu begeben. Danach gab es bekanntlich kein Halten mehr: einmalig, befristet, konditioniert – aber es wurde immer mehr. Das Konzept, zu versuchen, mit immer mehr Schulden übermäßige Schulden zu bekämpfen, geht nicht auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es funktioniert nicht, Disziplin in Haushaltsfragen zu erreichen, indem man Zinsen heruntersubventioniert. Das einzige Mittel gegen eine übermäßige Verschuldung sind hohe Zinsen. Ich befürchte, dass dieser Weg viel Geld kosten wird, das wir nicht haben.

Das Geld, das sich in Bürgschaften ausdrückt und sich jetzt auf 211 Milliarden Euro summiert, wenn heute hier entsprechend abgestimmt wird – alleine für die EFSF; Griechenland kommt noch hinzu –, haben wir nicht. Ich glaube, das Risiko, das wir den kommenden Generationen damit aufladen, ist zu groß. Wir leihen dieses Geld, das wir ins Schaufenster stellen, von unseren Kindern und Enkeln; wir haben es nicht.

(Beifall der Abg. Arnold Vaatz [CDU/CSU] und Frank Schäffler [FDP])

Auch deshalb kann ich das nicht mittragen. – Das ist der zweite Punkt.

Der dritte Punkt: Wir haben, als wir den Euro eingeführt haben, viel Überzeugungsarbeit leisten müssen. Die

D-Mark, die als weltweites Markenzeichen und als Anerkennung des Wiederaufstiegs, des wirtschaftlichen Erfolgs nach dem Krieg galt, hatte für uns Deutsche einen hohen Symbolwert. Als wir die D-Mark aufgegeben haben, haben wir den Menschen versprochen: Der Euro wird genauso sicher und genauso stabil, wie die D-Mark es war. Zudem wird er nachhaltig von der Europäischen Zentralbank geschützt, die der Geldwertstabilität verpflichtet ist. – Der Euro ist stark. Er ist mit 88 US-Cent gestartet und liegt jetzt je nach Tagesform zwischen 130 und 145 US-Cent. Der Euro ist in dieser Zeit stabil gewesen. Aber ich befürchte, diese Stabilität werden wir nicht aufrechterhalten können, wenn wir diesen Weg weiter gehen.

Wir haben den Menschen ein weiteres Versprechen gegeben. Wir haben gesagt: Niemand wird für die Schulden eines anderen Staates in diesem Währungsraum aufkommen müssen. Jeder muss seinen Haushalt selbst ausgleichen. Genau das brechen wir mit dieser Schirm-Politik.

(Beifall des Abg. Frank Schäffler [FDP])

Ich halte dies ökonomisch für den absolut falschen Weg, der meinen Grundüberzeugungen widerspricht. Natürlich gibt es Alternativen. Wir haben nach der Finanzkrise Instrumente geschaffen, um Banken stützen und rekaptalisieren zu können. Es wäre aber ein sehr viel treffsicherer Weg, wenn wir sagen würden: Lasst die Gläubiger ihren Teil tragen! Erst wenn es Probleme gibt, sollten wir unterstützend helfen, damit systemrelevante Bereiche unserer Volkswirtschaft nicht infiziert werden.

(D) Zum Thema Gläubigerbeteiligung. Wir müssen uns einmal einen Moment zurückbesinnen und uns fragen, über was wir da eigentlich reden. Es gibt ein Vertragsverhältnis zwischen dem Gläubiger, also demjenigen, der Geld gibt, und dem Schuldner, also demjenigen, der den Kredit in Anspruch nimmt. Wenn der Kredit ausfällt, dann ist das Sache des Gläubigers. Dass wir jetzt darüber reden, ob nur ein Teil des Kreditausfalls von den Gläubigern getragen werden muss und ob nicht vielmehr der Staat für dieses private Geschäft automatisch im Obligo ist, zeigt, dass wir hier die Dinge auf den Kopf gestellt haben. Wir sollten uns daher bemühen, die Diskussion wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen.

Ich appelliere im Interesse der nachfolgenden Generationen an Sie alle, dass wir diesen Weg möglichst schnell beenden, anstatt ihn mit immer höheren Volumen zu verlängern. Ich glaube, dass wir ansonsten dem Euro und Europa schaden würden. Es wird in den Hauptstädten nicht mehr gegen die jeweiligen Regierungen demonstriert, sondern gegen Europa und einzelne Länder wie Deutschland. Wir können nicht jedem unsere Art zu leben aufdrängen. Wir können aber auf der Einhaltung selbstakzeptierter Regeln bestehen. Genau das sollten wir tun.

Ich bedanke mich ausdrücklich, dass es mir möglich war, hier vorzutragen. Mit Blick auf meine eigene Fraktion sage ich: Danke, dass ihr das ertragen habt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

(A) Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Priska Hinz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Priska Hinz (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Reden aus den Reihen der Koalition zeigen bislang ganz deutlich, dass Sie ein echtes Problem haben. Ihnen fehlt schlichtweg die Orientierung in dieser Krise.

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Ach was!)

Das hängt damit zusammen, dass der Regierung ein Kompass fehlt und damit jegliche Überzeugungskraft, wie man diese Krise in Europa, in der Europäischen Union, in der Euro-Zone überwinden kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das findet Ausdruck in Ihrer Salamipolitik. Seit anderthalb Jahren markieren Sie rote Linien, die Sie regelmäßig übertreten haben. Zunächst hieß es: kein Cent für Griechenland; dann gab es das Rettungspaket für Griechenland. Die nächste rote Linie war: kein Rettungsschirm; dann gab es umgehend diesen Rettungsschirm. Dann hieß es: kein dauerhafter Rettungsschirm; jetzt wird es den ESM geben. Dann wurde gesagt: keine Ankäufe auf dem Sekundärmarkt, und heute werden wir sie beschließen. Euro-Bonds haben Sie heute wieder abgeschlossen. Über die Frage der Hebelung der jetzt erweiterten EFSF wird in der Regierung schon wieder trefflich gestritten. Zumindest hat der Finanzminister dies vorhin nicht ausgeschlossen. Es wäre aber notwendig, dass Sie vor Abstimmungen der Bevölkerung und nicht nur den Parlamentariern die Wahrheit sagen, damit Sie Vertrauen in diesen Kurs herstellen können.

(B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dieses Verfahren kostet nicht nur Zeit und Geld, sondern es kostet vor allen Dingen Vertrauen in der Bevölkerung. Herr Bundesminister Rösler, ich fand es schon vergnüglich, dass Sie hier vom fehlenden Vertrauen in das Handeln der Regierung und in ihre Fähigkeit, die Euro-Krise zu überwinden, sprechen. Sie tragen doch höchstpersönlich dazu bei, dass dieses Vertrauen fehlt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Sie fabulierten über die Insolvenz Griechenlands. Dabei haben wir noch keinen Mechanismus für eine geordnete Insolvenz. Die FDP war gegen Aktionen auf dem Sekundärmarkt. Das führte dazu, dass die EZB tätig werden musste, was Sie hinterher umgehend wieder kritisiert haben. Sie sind gegen Finanzmarktregulierung und sprechen sich noch heute gegen eine Finanztransaktionsteuer aus. Wie soll da Vertrauen in Regierungshandeln entstehen?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch wir Grünen führen Diskussionen. Auch wir Grünen haben viele Fragen bezüglich der Euro-Rettung

und fragen, ob der eingeschlagene Weg richtig ist. Wissen Sie aber, was den Unterschied ausmacht? Wir haben ein Ziel vor Augen: ein geeintes, starkes, soziales Europa. **(C)**

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Heidemarie Wieczorek-Zeul [SPD])

Wir wollen den Erhalt der Euro-Zone, und wir wollen weitere Schritte der politischen Integration. Danach können wir die ergriffenen Maßnahmen bewerten. Wir sagen Ihnen seit über einem Jahr: Ihre Trippelschritte reichen nicht aus. Wir sagen das nicht, weil wir immer alles besser wissen, sondern weil wir einen Maßstab haben, an dem wir diese Maßnahmen messen können.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind für umfangreiche Lösungen, und Sie folgen uns ja auch immer – allerdings leider nur mit Verzögerung. Wir brauchen die Entkopplung von Schulden- und Bankenkrise. Wir brauchen die schnellere Einführung des dauerhaften Rettungsschirms. Wir brauchen eine strengere haushalts- und finanzpolitische Koordinierung, und wir brauchen mindestens die Finanztransaktionsteuer als wichtigen Teil der Finanzmarktregulierung. Außerdem brauchen wir künftig gute Euro-Bonds unter bestimmten Konditionen. Wenn es weitere Änderungen der europäischen Verträge für eine bessere europäische Integration braucht, dann müssen wir dafür kämpfen. Dafür brauchen wir aber eine proeuropäische Regierung und keine zaudernde Regierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – **(D)**
Norbert Barthle [CDU/CSU]: Oje, oje!)

Dr. h. c. Wolfgang Thierse (SPD):

Frau Kollegin, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

Priska Hinz (Herborn) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Eine letzte Bemerkung. – Meine Damen und Herren, das Gesetz ist nicht hinreichend, aber notwendig, und wir stimmen ihm zu – nicht wegen, sondern trotz der Regierung. Europa hat nämlich Besseres verdient als die Tatsache, dass eine Regierung auf zufällige schwarzgelbe Mehrheiten im Parlament angewiesen ist.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Gerda Hasselfeldt für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema der

Gerda Hasselfeldt

- (A) heutigen Debatte verdient meines Erachtens eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Fakten, den konkreten Entscheidungsalternativen und deren Konsequenzen. In einer solch ernsthaften Debatte haben Spekulationen, Unterstellungen oder gar Fehlinterpretationen keinen Platz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deshalb will ich für die CSU klarstellen: Für uns – auch für mich persönlich – ist Europa das größte Friedensprojekt unserer Geschichte.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Dazu gehört die gemeinsame europäische Währung, der Euro. Zur Wahrheit gehört auch, dass wir in Deutschland davon auch ökonomisch profitiert haben und profitieren. Deshalb haben wir eine ganz besondere Verantwortung für die Stabilität dieser Währung und für den Zusammenhalt in Europa.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir sind für den Europäischen Stabilitätsmechanismus in dieser Form, weil damit Solidarität verankert wird, und zwar nicht wegen irgendeines einzelnen Landes, sondern wegen des gemeinsamen Euro-Raumes, wegen unserer gemeinsamen Währung und wegen unserer nationalen Betroffenheit und Verantwortung. Es geht also einerseits um Solidarität und andererseits um die Eigenverantwortung der einzelnen Nationalstaaten. Beides gehört zusammen und ist im Projekt des Europäischen Stabilitätsmechanismus sowie im Projekt der Ertüchtigung der EFSF enthalten.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der Debatte darüber, was sonst noch notwendig ist, will ich hinzufügen: Dieses Europa, wie wir es verstehen, ist ein Europa souveräner Nationalstaaten. Wenn Kompetenzen abgegeben werden, muss ganz genau untersucht werden, ob das notwendig ist, ob das der Stabilität Europas und der Stabilität der gemeinsamen Währung dient, ja nicht nur, ob das der Stabilität dient, sondern auch, ob das unabdingbar notwendig ist. Das muss geprüft werden, weil wir an der nationalen Verantwortung festhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Zur Klarstellung gehört aber auch, dass das Problem durch die Nichteinhaltung von Regeln entstanden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die rot-grüne Koalition hat damals nicht nur ein bisschen dazu beigetragen, sondern sie hat die Weichen dafür gestellt, dass diese Regeln nicht eingehalten werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Peer Steinbrück [SPD]: Das sind doch Unterstellungen!)

Das gehört auch zur Wahrheit. Die Konsequenzen daraus waren nämlich das Aufweichen der Stabilitätskriterien, der Weg in die Verschuldung einiger Euro-Staaten und die fehlende Wettbewerbsfähigkeit einer Reihe von Euro-Staaten, die zum Teil schon gegeben war, aber dann noch verstärkt wurde. All das wirkt sich auf den gesamten Euro-Raum und somit auch auf uns aus. Deshalb stehen wir mit in der Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Hendricks?

Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU):

Ja.

Dr. Barbara Hendricks (SPD):

Frau Kollegin Hasselfeldt, wir mögen uns persönlich sehr. Außerdem glaube ich, dass wir in der Finanzpolitik ähnliche Herangehensweisen haben. Deshalb will ich Ihnen auch nicht zum Vorwurf machen, was ich jetzt sage. Vielmehr möchte ich ein für alle Mal für das ganze Haus klarstellen – das habe ich schon häufiger versucht –: Als die Stabilitätskriterien in Europa geändert wurden, in der Tat auf Betreiben der französischen und der deutschen Regierung

(Zuruf von der CDU/CSU: Aha!)

– das ist gar nicht zu bestreiten –, wurden die Maastricht-Kriterien neu gefasst.

(Zuruf von der CDU/CSU: Aufgeweicht!)

Das ist offenbar Teufelszeug für die andere Seite des Hauses.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Schuldenbremse, die in unserer Verfassung steht und die wir nach ganz Europa exportieren wollen, genau diesen Maastricht-Kriterien nachgebildet worden ist. Das ist offenbar aber kein Teufelszeug.

(Beifall bei der SPD)

Wir sollten einfach einmal fachlich und redlich miteinander umgehen. Außerdem sollte die andere Seite dieses Hauses diese falsche Behauptung einfach nicht mehr aufstellen.

(Beifall bei der SPD)

Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU):

Frau Kollegin Hendricks, ich lege großen Wert darauf, dass meine Behauptung nicht falsch war. Im Gegenteil, Sie haben sie sogar noch bekräftigt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie haben zugegeben, dass auf deutsches und französisches Betreiben hin die Stabilitätskriterien auf europäischer Ebene geändert und damit in ihrer Wirkung aufgeweicht wurden. Das ist unbestritten. Die Schul-

Gerda Hasselfeldt

- (A) denbremse im nationalen Bereich hingegen ist auf eine nationale Entscheidung zurückzuführen, die mit der europäischen nichts zu tun hatte. Diese finanzpolitische Bindung der Haushalte des Bundes und der Länder hat nichts mit der europäischen Regelung zu tun.

(Petra Merkel [Berlin] [SPD]: Doch!)

Diese hat im Übrigen eine ganz andere Qualität, weil wir keine gemeinsame Finanzpolitik auf europäischer Ebene haben. Auf nationaler Ebene haben wir aber sehr wohl eine gemeinsame Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Jetzt bin ich bei der Situation in Europa. Gestern hat das Europäische Parlament die Verschärfung des Stabilitätspakts beschlossen; das wurde schon angesprochen. Ich muss schon sagen: Sie haben keine Konsequenzen aus Ihren Fehlern gezogen; denn hier haben Sie den gleichen Fehler gemacht. Die Grünen, die Sozialdemokraten und die Linken haben bei der Abstimmung über die Verschärfung des Stabilitätspakts wieder den Versuch unternommen, die Kriterien aufzuweichen und zwischen guten Schulden und schlechten Schulden zu unterscheiden. Sie wollten differenzieren und haben, weil das nicht gelungen ist, nicht zugestimmt. Den gleichen Fehler, den Sie damals gemacht haben, begehen Sie jetzt wieder. Das ist wirklich unverantwortlich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

- (B) Sie haben wohl nichts aus dem gelernt, was wir in den letzten Monaten erlebt haben.

Aufgrund unserer Erfahrungen aus der Aufweichung der Kriterien und der Verschuldungssituation einiger Länder haben wir einen europäischen Rettungsschirm aufgespannt mit den entsprechenden Garantien und Kreditmöglichkeiten, aber auch in Verbindung mit strengen Auflagen. Dass das Konzept grundsätzlich richtig ist, zeigen die Entwicklungen in Irland und in Portugal. Da funktioniert dieser Rettungsschirm mit genau diesem Mechanismus. Das ist ein Zeichen dafür, dass wir mit unserem Grundansatz richtig liegen.

Was wir mit der Verabschiedung dieses Gesetzes anstreben, ist eine Ertüchtigung dieses Rettungsschirms, und zwar in dreierlei Hinsicht: Erstens kann sich die EZB wieder auf ihre geldpolitische Verantwortung konzentrieren. Zum Zweiten kann die EZB Vorsorgemaßnahmen treffen. Zum Dritten – das ist das Wichtigste – stehen bei definitiver Zahlungsunfähigkeit eines Landes Instrumente zur Verfügung, um das Überschwappen der Krise eines Landes auf die anderen Länder im Euro-Raum zu verhindern.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das ist der Kern dessen, was wir heute beschließen. Wenn wir diese Instrumente nicht bekommen sollten, dann riskieren wir eine Krise mit verheerenden und unkalkulierbaren Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Sparanlagen, Versicherungen und unsere Wirtschaft – nicht

- nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, vielleicht sogar darüber hinaus. Das ist nicht zu verantworten. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Klar ist aber auch – das haben wir schon bei der Einrichtung des Rettungsschirms entschieden –, dass das Ganze nur als Ultima Ratio in Betracht kommt, dass Einstimmigkeit herrschen muss und dass es vor allem verbunden sein muss mit strengen Auflagen und der Überprüfung dieser Auflagen. Mindestens so wichtig wie die Auflagen selbst sind die Überprüfung der Auflagen und die konsequente Einhaltung der Sanktionen, also die Nichtkreditgewährung, wenn die Auflagen nicht eingehalten werden.

Das ist etwas ganz anderes als das, was Rot-Grün immer wieder vorschlägt und wovon Sie sich jetzt zu distanzieren versuchen: die Euro-Bonds. Damit wären nämlich keine Auflagen für die einzelnen nationalen Staaten verbunden. Damit wären auch nicht der Druck zur Durchsetzung von Reformen sowie der Druck hin zu Veränderungen der Strukturen verbunden. Ebenso wenig wäre damit die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Nationen verbunden. Das wäre der Weg in eine unbegrenzte Schuldenunion – zulasten der deutschen Steuerzahler noch dazu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Diesen Weg kann niemand verantworten. Diesen Weg werden wir mit Sicherheit nicht durchgehen lassen. Sie haben schon einmal eine falsche Weichenstellung vorgenommen. Noch einmal werden wir Sie diesen Fehler nicht machen lassen. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf haben wir durch die intensive Diskussion über die Fraktionsgrenzen hinweg eine umfassende, fast einmalige Parlamentsbeteiligung erreicht. Diese Parlamentsbeteiligung geht weit über das hinaus, was wir bisher bei vergleichbaren Entscheidungen erlebt haben. Bei jeder einzelnen Maßnahme, über die auf europäischer Ebene im Zusammenhang mit dem Rettungsschirm entschieden wird, muss nämlich vorher die Zustimmung des Parlaments, mindestens eines Parlamentsgremiums, eingeholt werden. Dieses Votum des Parlaments ist dann bindend. Das heißt, der deutsche Vertreter ist quasi an der Leine des Parlaments.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: So ist das!)

Man muss sich das einmal vor Augen halten. Ich finde, das, was die Kolleginnen und Kollegen hier fraktionsübergreifend in den Verhandlungen erreicht haben, ist ein großartiger Erfolg, der bei der Gesamtabstimmung deutlich macht: Der Herr des Verfahrens ist das nationale Parlament. Das, meine Damen und Herren, ist nicht etwa gegen die Regierung durchgesetzt worden, sondern im Einvernehmen mit der Regierung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Gerda Hasselfeldt

(A) Nun wissen wir alle, dass sich keiner und keine von uns heute die Entscheidung leicht macht. Wir haben viel diskutiert, nicht nur in vielen Gremien des Parlaments, sondern darüber hinaus mit vielen Fachleuten, die uns im Übrigen ganz unterschiedliche Ratschläge gegeben haben. Die einzige Bemerkung, die bei all diesen Ratschlägen einhellig fiel, lautete: Aber die Verantwortung habt ihr.

Für mich ist klar, dass der vorgesehene Weg besser verantwortbar ist als jeder andere Weg, der bisher diskutiert wurde. Er gibt uns Instrumente, um einen möglichen Flächenbrand einzugrenzen. Er stärkt der Regierung bei den schwierigen Verhandlungen auf EU-Ebene den Rücken. Ich bin fest davon überzeugt, dass dies in der schwierigen Situation, die wir zu bewältigen haben, der richtige Weg ist. Deshalb empfehle ich Ihnen die Zustimmung zu diesem Gesetz.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun der Abgeordnete Frank Schäffler.

Frank Schäffler (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 11. Februar 2010 haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union zum kollektiven Rechtsbruch verabredet. Griechenland sollte auf jeden Fall finanziell geholfen werden. Damit haben die Staats- und Regierungschefs nichts anderes verkündet als den Bruch der Nichtbeistandsklausel in den europäischen Verträgen.

(B)

Uns wurde im Deutschen Bundestag versprochen, dass die Griechenland-Hilfe eine einmalige Hilfe ist, die absolute Ausnahme, und sonst nichts. Die Tinte war noch nicht trocken, schon wurde einen Tag später in Brüssel der jetzige Schuldenschirm, die Einrichtung der EFSF, vereinbart. Als der Deutsche Bundestag das sogenannte Euro-Rettungspaket verabschiedete, wurde hier erklärt, dass ohnehin niemand unter diesen Schirm flüchten wird. Bereits wenige Monate später drängten sich erst Irland, dann Portugal und bald auch Griechenland unter den Schirm.

Am 27. Oktober 2010 erklärten Sie, Frau Bundeskanzlerin, hier im Hohen Hause:

Er läuft 2013 aus. Das haben wir auch genau so gewollt und beschlossen. Eine einfache Verlängerung kann und wird es mit Deutschland nicht geben, weil der Rettungsschirm nicht als langfristiges Instrument taugt, weil er Märkten und Mitgliedstaaten falsche Signale sendet und weil er eine gefährliche Erwartungshaltung fördert.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, keine vier Wochen später galt all dies nichts mehr.

Am 11. März 2011 wurde dann in Brüssel sogar ein Weg zur Änderung der europäischen Verträge eingeschlagen, der erstens ein Weg zur Ausweitung des bestehenden Euro-Schuldenschirms ist, die der Bundestag nie wollte, der zweitens ein Weg zur unbefristeten Verlänge-

zung der Laufzeit des Euro-Schuldenschirms ist, die der Bundestag nie wollte, und drittens ein Weg zur qualitativen Veränderung der europäischen Wirtschaftsverfassung ist, die der Bundestag nie wollte. (C)

Allen Bekundungen zum Trotz hat bereits die erste Griechenlandhilfe die Situation für Griechenland nicht entschärft, sondern verschärft. Griechenland nimmt weniger Steuern ein als 2010 und gibt – absolut und prozentual, auch ohne Zinsen – mehr Geld aus. Allen Bekundungen zum Trotz hat der Schuldenschirm die Überschuldungskrise von Staaten und Banken nicht entschärft, sondern verschärft. Es wird nur teure Zeit gekauft. Doch Griechenland kann aus seiner Überschuldung nicht herauswachsen, erst recht nicht mit noch mehr Schulden.

Die angeforderten Hilfen und die Aufstockung des Schuldenschirms werden die Lage noch weiter verschärfen. Am 17. März und am 10. Juni dieses Jahres haben wir hier in diesem Hohen Hause beschlossen:

Der Deutsche Bundestag erwartet aus verfassungsrechtlichen, europarechtlichen und ökonomischen Gründen, dass gemeinsam finanzierte oder garantierte Schuldenaufkaufprogramme ausgeschlossen werden.

Genau diese Schuldenaufkaufprogramme sind Gegenstand des heutigen Gesetzes. Not bricht nicht jedes Gebot. Der Verfassungsbruch ist nicht alternativlos! Papst Benedikt XVI. zitierte in seiner großen Rede vor dem Deutschen Bundestag den Heiligen Augustinus mit den Worten: „Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande?“ (D)

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Räuberbandenkoalition!)

Nun wird beim Internationalen Währungsfonds, bei der Zentralbank und bei der Kommission in Brüssel bereits über die Vervierfachung des Schuldenschirms gesprochen. Sie wollen ihn hebeln.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist die Zukunft der FDP! Das ist die Zukunft der Regierung!)

Die Wirkung wird dann jedoch sein, dass der Schuldenschirm dieselben Risiken ermöglicht wie ein Hedgefonds. Er wird auf Kredit spekulieren. Die europäischen Steuerzahler aber haften für diese Spekulationen.

(Christian Lange [Backnang] [SPD]: Das ist die FDP! Das ist Teil Ihrer Regierung! Eine Schande!)

Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber. Aber mit Angst wird seit September 2007 eine Politik gemacht, die Recht und Freiheit schleift. Sie fördert die Angst vor dem Zusammenbruch unseres Finanzsystems.

Das vereinte Europa ist von seinen Gründervätern als ein Ort der Freiheit gegen alle Formen der Diktatur, Unfreiheit und Planwirtschaft erträumt worden. Das heutige Europa ist auf dem Weg in die monetäre Planwirtschaft und in den politischen Zentralismus. Wir sind auf dem Weg in die Knechtschaft, weil wir uns aus Angst vor ei-

Frank Schäffler

- (A) nem Zusammenbruch des Finanzsystems erpressen lassen.

Die Gründerväter Europas wollten ein Europa des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit. Die heutigen Regierungen des Euro-Raums, die EU-Kommission und die Zentralbank verabreden sich hingegen wiederholt zum kollektiven Rechtsbruch, obwohl die EU-Kommission als Hüterin der Verträge und die nationalen Regierungen zum Schutz des Rechts verpflichtet sind.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Frank Schäffler (FDP):

Sie nutzen die Angst vor einem Zusammenbruch des Finanzsystems, um Europa in eine neue Stufe des Zentralismus zu leiten.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Das Wort hat nun Kollege Hermann Otto Solms für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Klären Sie den Kollegen mal auf! Das ist ja ein Trauerspiel, was hier vorgeführt wird!)

(B)

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als wir im Mai letzten Jahres die EFSF eingeführt haben, habe ich damals schon der Einführung nicht zugestimmt, weil ich folgende Sorge hatte – ich will das aus meiner persönlichen Erklärung von damals zitieren –:

Die institutionellen Veränderungen bedeuten einen irreversiblen Schritt hin zur Transferunion, bei der die Steuerzahler der stabilitätsorientierten Länder automatisch für die Disziplinlosigkeit und Verschwendungssucht der anderen Staaten haften.

Das galt es zu verhindern. Wir haben aber jetzt eine andere Erfahrung gemacht. Deswegen komme ich jetzt zu einer anderen Schlussfolgerung als die Kollegen Willsch und Schäffler.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Die letzten anderthalb Jahre haben gezeigt, dass der Prozess zurück zur Stabilitätsunion zwar nicht schlagartig, aber doch langsam und mühsam begonnen worden ist und Früchte gezeigt hat. Man muss sich doch nur einmal die Ergebnisse und die Fakten anschauen: Irland war eines der am schwersten belasteten Länder. Irland wird heute schon zu niedrigeren Zinsen auf den Märkten bewertet als noch vor wenigen Wochen. Das zeigt: Die Märkte haben den Aufschwung und die Entwicklung akzeptiert. Portugal und Griechenland unternehmen riesige Anstrengungen. Portugal hat ebenfalls eine sehr positive Perspektive. Griechenland ist ein extremer anderer Fall.

- Spanien hat die Schuldenbremse in seiner Verfassung bereits eingeführt. (C)

(Jörg van Essen [FDP]: So ist es!)

Wer hätte vor einem halben Jahr gedacht, dass das so schnell ginge? Italien und Frankreich haben im Übrigen zugesagt, sie ebenfalls einführen zu wollen, und haben Sparprogramme auf den Weg gebracht. Das heißt, die Philosophie „Zurück zum Stabilitätspakt“ hat gezündet. Was wir mit dieser Ertüchtigung des EFSF jetzt machen, ist nichts anderes, als diesen Weg noch fachlicher zu begleiten, mit noch klareren Konditionen zu verbinden und die Instrumente nachzureichen, die wir im Moment nicht haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

In diesem Zusammenhang möchte ich zwei Dinge ganz besonders herausheben:

Erstens. Endlich wird die Möglichkeit vorgesehen, im Falle einer Krise eine Bankenrekapitalisierung zu finanzieren. Das wird die Union in die Lage versetzen, sich aus der Situation einer ständigen Erpressung durch die Finanzmärkte zu befreien. Dann kann dieser Infektionsprozess – von Bank zu Bank, von Land zu Land – nicht mehr stattfinden. Wenn das Geld bereitsteht, ist es möglich, die gefährdeten Banken zu sichern, so wie das 2008 bei der Commerzbank gemacht worden ist. Sie haben gesehen, dass die Commerzbank den größten Teil des Darlehens bereits mit Zinsanteil zurückgezahlt hat.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

- Das war für den Staat und den Steuerzahler die viel preiswertere Variante. (D)

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das Zweite ist: All diese finanzwirksamen Entscheidungen stehen unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Deutschen Bundestag.

(Beifall des Abg. Patrick Kurth [Kyffhäuser] [FDP])

Das ist eine fundamentale Veränderung im Verhältnis zwischen Bundestag und Bundesregierung. Das wird den Mitgliedern der Bundesregierung nicht immer ganz angenehm sein.

(Otto Fricke [FDP]: Ist aber gut so!)

Es hilft ihnen aber auch. Es stärkt ihre Position in den Verhandlungen mit den anderen Staaten.

Herr Gysi hat sich wegen dieses kleinen Gremiums aufgeregt. Das ist doch klar: Wenn am Wochenende eine Krise wegen einer oder zwei Banken entsteht, dann muss schnell gehandelt werden. Dann können wir nicht den Deutschen Bundestag einberufen, sondern dann muss ein kleines Gremium handeln, und zwar vertraulich, weil diese Banken sonst sofort in eine Krise geraten würden. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Der Bundestag kann aber die Zustimmung für diese Genehmigung immer an sich ziehen, sodass die Verdächtigungen, die in diese Richtung zielen, wirklich unberechtigt sind.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Dr. Hermann Otto Solms

- (A) Lassen Sie mich noch eine letzte Bemerkung machen. Wir haben uns bei der Einführung der Schuldenbremse für Deutschland gemeinsam mehrere Jahre Zeit genommen, nämlich von 2011 bis 2016. Wir können von unseren Partnerländern nicht verlangen, dass sie das alles viel schneller hinbekommen, obwohl sie eine schlechtere Ausgangsposition haben. Auch diese Länder brauchen natürlich einige Jahre der Anpassung. Diese Jahre der Anpassung müssen begleitet werden, auch durch diese gemeinschaftlichen Finanzinstrumente. Es müssen aber immer strikte Bedingungen und Auflagen bestehen, damit der Weg zur Stabilitätsunion gesichert ist.

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Dr. Hermann Otto Solms (FDP):

Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Kommt noch einmal jemand von der FDP?)

Deswegen bin ich überzeugt davon, dass die heutige Entscheidung eine richtige ist, die man gerade auch als kritisch denkender Ökonom mit voller Überzeugung treffen kann. Wir werden zustimmen.

Danke.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

- (B) Nun hat Norbert Barthle für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Sprechen Sie jetzt für die Fraktion? – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sprechen jetzt nicht für die FDP, oder?)

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst zwei Vorbemerkungen machen:

Erstens. Das, was die Kollegen Schneider und Schick hier versucht haben, nämlich die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung zu untergraben, halte ich für einen wirklich unanständigen Vorgang.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wie kann man von der Bundesregierung Aussagen zu einem Vorgang erwarten, der noch gar nicht abgeschlossen ist? Sich abschließend zu den Guidelines zu äußern, die erst verhandelt werden, ist schlechterdings unmöglich.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie können uns doch sagen, wie Sie das haben möchten!)

Nebenbei bemerkt: Wenn wir dieses Gesetz heute beschließen und der Bundespräsident unterschrieben hat, dann muss über diese Guidelines zuerst im Haushaltsausschuss entschieden werden, bevor der Bundesfinanzminister auf europäischer Ebene zustimmen kann. Das

weiß der Kollege Schneider ganz genau. Deshalb halte ich sein Vorgehen für schäbig. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Zweite Vorbemerkung. Es ist sicherlich ein bemerkenswerter Vorgang, dass zwei der bekannten Neinsager in dieser regulären Debatte reden konnten.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als Fraktionslose! – Hubertus Heil [Peine] [SPD]: Weil Sie ihnen keine Redezeit abgegeben haben!)

Ich denke, das ist einerseits bemerkenswert, aber andererseits auch Ausweis einer besonderen demokratischen Kultur; denn in der Öffentlichkeit wurde ständig der Eindruck erweckt, die sogenannten Abweichler würden unterdrückt oder gar gemobbt. Heute haben wir das Gegenteil dessen erlebt. Darauf kann dieses Parlament auch stolz sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Johannes Kahrs [SPD]: Dann sollten die auf Ihre eigene Fraktionszeit reden! Das ist doch unglaublich!)

Jetzt zur Sache. Ich glaube, abschließend kann man drei Aspekte nochmals in den Vordergrund rücken:

Erstens. Verantwortung für Stabilität muss gelebte Kultur aller Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion sein. Das ergibt sich, meine Damen und Herren, schon aus der Architektur dieses Rettungsschirms; denn der Rettungsschirm dient der zielgerichteten, befristeten Krisenhilfe, die immer an strikte Auflagen für Reformen und für Haushaltskonsolidierung geknüpft ist. Es wird also aus diesem Fonds keine dauerhafte Unterstützung überschuldeter Staaten, keine Transferunion geben. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aus diesem Rettungsfonds resultiert auch kein Einfallstor für die sogenannten Euro-Bonds; denn wir agieren generell nach dem Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Wir geben also betroffenen Ländern mehr Zeit, um sich selbst helfen zu können. An dieser Stelle sage ich eindeutig und klar: Ich bin froh, dass Rot-Grün dieses Land derzeit nicht regiert; dann hätten wir nämlich die Euro-Bonds schon.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb ist es gut für unser Land, dass wir eine christlich-liberale Regierung haben. Es ist gut für unser Land, dass wir regieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Johannes Kahrs [SPD]: Aber das hört auch bald auf!)

Nebenbei bemerkt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Erfreulicherweise lernt die SPD bei dieser Frage inzwischen dazu und distanziert sich vorsichtig von der Idee der Euro-Bonds.

Norbert Barthle

- (A) Was ist Ursache all dieser krisenhaften Entwicklungen? Das, meine Damen und Herren, sind unsolide Staatsfinanzen. Deshalb sind unsolide Staatsfinanzen auch der Ansatzpunkt für die Lösung der Probleme. Deshalb brauchen wir einen Wandel der Stabilitätskultur. Aus diesem Grunde ist dieses Projekt in den betroffenen Ländern nicht nur ein ökonomisches Projekt. Es ist – erlauben Sie mir, dies zu sagen – auch ein soziokulturelles Projekt. Wir sollten alles dafür tun, dass bei den sogenannten Wackelkandidaten genau dieser Gesinnungswandel unterstützt wird. Das betrifft auch das Europäische Parlament. Das betrifft selbstverständlich auch europäische Institutionen, die entsprechend gestärkt werden müssen. Da halte ich die gestrigen Entscheidungen zum sogenannten Sixpack für einen ersten wichtigen und guten Schritt.

Für alle, meine Damen und Herren, die an der Wirksamkeit dessen zweifeln, kann ich nur sagen: Von Schlittschuhläufern wissen wir, dass das richtige Maß an Druck auch das härteste Eis zum Schmelzen bringt, und dann flutscht es. Genau in dem Sinne gehen wir weiter voran.

Was wir derzeit an Veränderungen in Griechenland erleben, sollten wir mit großem Respekt zur Kenntnis nehmen; denn es geht letztlich um die simple Einsicht: Ohne Verantwortung für Stabilität kann die Währungsunion nicht funktionieren. Genau deshalb ist auch unsere Schuldenbremse mittlerweile für ganz Europa ein Exportschlager geworden. Wir setzen darauf, dass Stabilität Grundlage ist für Vertrauen in der Wirtschaft und für Vertrauen in den Märkten. Darin unterscheiden wir uns übrigens auch von einigen anderen Staaten. Wir halten eben nichts davon, die Notenpresse anzuwerfen und letztlich über Inflation Haushalte zu sanieren, sondern wir setzen auf Stabilität.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ein zweiter Aspekt. Dieser größere Rettungsfonds reduziert die Gefahr, dass kleine Länder die Stabilität der gesamten Euro-Zone gefährden. Gerade deshalb ist die Ausweitung, die Ertüchtigung dieses Rettungsschirms von so großer Bedeutung. Um es auf den Punkt zu bringen – auch im Hinblick auf die Reden unserer beiden Neinsager –: Derjenige, der ein gefährdetes Euro-Land retten will, muss der Ausweitung der EFSF zustimmen. Aber auch derjenige, der die Insolvenz eines Landes in Kauf nehmen will, muss diesem Rettungsschirm zustimmen, damit wir die Folgen besser beherrschen können.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

An dieser Stelle haben diejenigen, die diesem Gesetzentwurf nicht zustimmen, einen echten Bruch in der Logik ihrer Argumentation. Diesen Vorwurf kann ich ihnen nicht ersparen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf den dritten wichtigen Aspekt, der schon von mehreren Vorrednern benannt wurde, noch einmal zusammenfassend eingehen. Mit diesen neuen Regeln zur Parlamentsbeteiligung wird die demokratische Legitimation europäischer Entscheidungen massiv gestärkt. Wir erleben eine Weichenstellung, die mit Sicherheit Strahlkraft auch auf zukünftige europäische Projekte ausüben wird, denn es geht um eine bessere demokratische Legitimation fundamentaler Entscheidungen auf europäischer Ebene, die aber die nationale Politik im Kern betreffen.

Unsere Aufgabe als Parlamentarier ist, die Arbeit dieses Rettungsschirms in Zukunft konstruktiv und auch kritisch zu begleiten und dabei immer das Haushaltsrecht des deutschen Parlaments zu wahren. Darum geht es im Kern. Deshalb bin ich überzeugt: Mit der Regelung, die wir getroffen haben, mit dem abgestuften Verfahren der Parlamentsbeteiligung, haben wir eine Lösung gefunden, die Entscheidungen der Bundesregierung künftig auf eine ganz neue Form der demokratischen Legitimation stellt. Das ist ein Quantensprung in dieser Richtung. Ich danke an dieser Stelle Herrn Regling, dass er – dies hat er in der Anhörung gesagt – darin keine Nachteile für die Wirksamkeit der EFSF sieht. Das ist eine bedeutsame Aussage.

Ich komme zum Schluss und darf zusammenfassend sagen: Die Erweiterung des europäischen Rettungsfonds ist ein wichtiger Schritt hin zu einer stabileren und zukunftsfähigeren Währungsunion. Der italienische Finanzminister Tremonti hat kürzlich gesagt:

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Herr Kollege, Sie müssen wirklich zum Schluss kommen.

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Ich bin am Schluss. – „Jetzt hängt alles an Europa und Europa hängt von Deutschland ab“. In diesem Sinne bitte ich alle, der Verantwortung, die wir haben, gerecht zu werden und diesem Gesetzentwurf mit großer Einigkeit zuzustimmen.

Danke.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den von den Fraktionen der CDU/CSU und FDP eingebrachten Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus. Der Haushaltsausschuss empfiehlt unter Buchstabe a seiner Empfehlung auf Drucksachen 17/7067 und 17/7130, den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/6916 in der Ausschussfassung anzunehmen.

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion Die Linke vor, über den wir zuerst abstimmen. Wer stimmt

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

- (A) für den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/7179? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen gegen die Stimmen der Linken abgelehnt.

Ich bitte nun diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist damit in zweiter Beratung mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Dritte Beratung

und Schlussabstimmung. Wir stimmen nun über den Gesetzentwurf namentlich ab. Dazu liegen eine ganze Reihe schriftlicher Erklärungen vor.¹⁾ Ebenso haben elf Abgeordnete der Fraktion der Linken beantragt, mündliche Erklärungen zur Abstimmung abzugeben. Diese Erklärungen werden nach den Abstimmungen zu diesem Thema abgegeben, damit wir jetzt eine reibungslose Abstimmung haben.

Ich bitte nun die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. – Vorne rechts fehlen noch Schriftführer. – Ich glaube, jetzt kann die Abstimmung beginnen.

Ich eröffne die Abstimmung.

- (B) Nun die obligate Frage: Haben alle anwesenden Mitglieder des Hauses ihre Stimme abgegeben? – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das offensichtlich der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen. Das Ergebnis der Abstimmung wird Ihnen später bekannt gegeben.²⁾

Wir kommen zu den Abstimmungen über die Entschließungsanträge.

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie herzlich, Platz zu nehmen, damit wir diese Abstimmungen ordnungsgemäß, also übersichtlich, durchführen können. Vor allem vor der Regierungsbank ist eine gewisse Unübersichtlichkeit eingetreten.

(Johannes Kahrs [SPD]: Die Regierung ist unübersichtlich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, könnten Sie Platz nehmen?

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/7175. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der CDU/CSU, der FDP und der Linken gegen die Stimmen der SPD und der Grünen abgelehnt.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/7180. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? –

- (C) Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke von allen anderen Fraktionen abgelehnt worden.

Wir kommen zum Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/7194. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den gleichen Mehrheitsverhältnissen wie zuvor abgelehnt.

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/7195: Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP und Linken gegen die Stimmen der SPD und der Grünen abgelehnt.

Wir setzen die Abstimmungen zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht des Haushaltsausschusses auf den Drucksachen 17/7067 und 17/7130 fort.

Der Ausschuss empfiehlt unter Buchstabe b seiner Beschlussempfehlung, den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/6945 mit dem Titel „Parlamentsrechte im Rahmen zukünftiger europäischer Stabilisierungsmaßnahmen sichern und stärken“ für erledigt zu erklären. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen von CDU/CSU, FDP, Grünen und der Linken bei Stimmenthaltung der SPD angenommen.

- (D) Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, kommen wir nun zu den mündlichen Erklärungen nach § 31 unserer Geschäftsordnung. Aus der Fraktion der Linken haben elf Kolleginnen und Kollegen verlangt, solche mündlichen Erklärungen abzugeben. Das geschieht nun nacheinander und könnte eine Stunde dauern; mal sehen, wie lange es dauert.

Es beginnt Sahra Wagenknecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Sahra Wagenknecht (DIE LINKE):

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen: Ich habe selten eine Parlamentsdebatte im Deutschen Bundestag erlebt, in der so viel und so schamlos geheuchelt und gelogen wurde wie in der heutigen Debatte.

(Beifall bei der LINKEN – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Das ist doch Ihr Metier! – Georg Schirmbeck [CDU/CSU]: Oh!)

Ich habe gegen die Erweiterung des sogenannten Euro-Rettungsschirms gestimmt;

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Jo mei!)

denn durch diesen Euro-Rettungsschirm wird die europäische Währung nicht gerettet, und schon gar nicht werden die Lebensverhältnisse der Menschen in Europa abgesichert und gerettet. Das Einzige, was durch diesen Rettungsschirm wirklich gerettet wird, sind die Gewinne der Banken, der Hedgefonds und der Spekulanten, und das ist perfide.

(Beifall bei der LINKEN)

¹⁾ Anlagen 2 bis 5

²⁾ Ergebnis Seite 15236 C

Sahra Wagenknecht

- (A) Dass Sie das hier dann auch noch mit schönen Worten und schönen Ideen verklären, ist unglaublich, zumal Sie den Leuten noch nicht einmal reinen Wein darüber einschenken, wie hoch die Haftung wirklich ist, die hier eingegangen wird – gerade auch vor dem Hintergrund der aktuellen Pläne zur weiteren Hebelung.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Nebelkerze!)

Das ist kein Programm für weniger Schulden, sondern das ist ein Programm für mehr Schulden und mehr Verschuldung,

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Ohne Hand und Fuß!)

und zwar einerseits in der Bundesrepublik Deutschland, wenn nämlich all diese Bürgschaften irgendwann tatsächlich bedient werden müssen, und andererseits ist es ein Programm für mehr Schulden und mehr Verschuldung in den betroffenen Ländern, denen damit angeblich geholfen werden soll. In Wirklichkeit müssen diese Länder ihre Wirtschaft aber mit martialischen Sparprogrammen in die Knie zwingen. Es sollte Ihnen schon irgendwie zu denken geben, dass Griechenland eineinhalb Jahre nach Beginn der angeblichen Rettung 20 Milliarden Euro mehr Schulden als vorher hat.

Wer Schulden wirklich reduzieren will, der muss erstens auch Vermögen reduzieren, aber bitte schön nicht die Vermögen der einfachen Leute, die mit diesem ganzen Desaster nichts zu tun haben, sondern bitte schön die Vermögen derer, die profitiert haben von der steigenden Staatsverschuldung,

(B)

(Beifall bei der LINKEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: So wie es die Kommunisten immer getan haben!)

profitiert haben von Steuerdumping, profitiert haben von der Bankenrettung, profitiert haben von der ganzen Spekulation. Es ist doch kein Zufall, dass die Vermögen der Millionäre und Multimillionäre in Europa in den letzten Jahren ähnlich explodiert sind wie die Schulden der Staaten. Das hängt doch zusammen. Das sind zwei Seiten einer Medaille.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: So wie SED und PDS es in der Vergangenheit getan haben!)

Darüber reden Sie nicht, weil Sie darüber nicht reden wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wer Schulden wirklich reduzieren will, der muss zweitens dieses aberwitzige System beenden, das dafür sorgt, dass die Finanzierungsspielräume der Staaten am Ende davon abhängen, ob Banker oder Ratingagenturen den Davon heben oder senken. Das ist ein völlig absurdes System. Wer nichts dafür tut, die Staaten aus der Geiselhaft dieser Finanzhaie zu befreien, der hat die Demokratie abgeschrieben.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Warum war denn die Staatsbank in der DDR pleite?)

Sie haben die Demokratie abgeschrieben, und Sie haben auch abgeschrieben, einen wirklichen Ausweg aus dieser Krise zu finden, und zwar nicht, weil es keine Auswege gibt, sondern weil Sie alle – die Regierung und auch die angebliche Opposition aus SPD und Grünen, die heute wieder einmal belegt hat, dass sie mit der Regierung in solchen Fragen absolut einer Meinung ist – schlicht und ergreifend zu feige und zu devot sind, eine Politik zu machen, die sich mit den Bankern anlegt und die gegen die Banker gerichtet ist. Das tun Sie alle nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Weg, den Sie gehen, ist unverantwortlich; denn es ist das hart erarbeitete Steuergeld von Millionen Menschen, das hier verpulvert wird, um die Ackermänner zufriedenzustellen. Der Weg, den Sie gehen, ist ökonomischer Aberwitz; denn er wird am Ende sehr wahrscheinlich die Währungsunion sprengen. Und der Weg, den Sie gehen, ist antieuropäisch; denn er trägt dazu bei, das Vertrauen der Menschen in das europäische Projekt restlos zu untergraben. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei der LINKEN)

Deswegen meine ich: Jeder, dem die europäische Idee oder die ökonomische Vernunft irgendwie am Herzen liegt, musste bei dieser Abstimmung gegen die Erweiterung des sogenannten Rettungsschirms stimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nun hat Andrej Hunko das Wort.

(D)

Andrej Hunko (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gebe eine persönliche Erklärung zur Abstimmung zur EFSF als jemand ab, der aus der Europastadt Aachen kommt, der dort im Dreiländereck Belgien-Niederlande-Deutschland aufgewachsen ist und der in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates aktiv an der europäischen Integration beteiligt ist. Ich gebe sie auch als Mitglied von Attac ab, einer europaweiten Organisation, die schon sehr frühzeitig etwa die Finanztransaktionssteuer gefordert hat.

Diese Debatte heute hat allerdings nichts mit proeuropäisch oder antieuropäisch zu tun, sondern sie hat etwas damit zu tun, wer für die Kosten der Krise zahlen soll.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe die EFSF erstens abgelehnt, weil sie in erster Linie ein Airbag für die Finanzindustrie sowie für die Spekulanten und Finanzhaie ist, die aus Steuermitteln gerettet werden sollen. Anstatt die Gläubiger an den Kosten der Krise zu beteiligen, wird ein Mechanismus zur Risikoabsicherung der Spekulationsgewinne, eine dauerhafte Pipeline aus Steuergeldern in den Finanzsektor, geschaffen.

Der zweite Grund, warum ich das ablehne, ist, dass die mit dieser EFSF verknüpften Austeritätsprogramme die Krise gerade in Griechenland weiter verschärfen werden. Anstatt etwa in Griechenland Sozialleistungen

Andrej Hunko

- (A) zu kürzen und öffentliches Eigentum dem Ausverkauf preiszugeben, wäre in Griechenland ein sozial-ökologisches Aufbauprogramm, finanziert durch Gläubigerbeteiligung, kräftige Vermögensabgaben und Reduzierung der überhöhten Militärausgaben, notwendig.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens lehne ich die EFSF ab, weil sie innerhalb der Europäischen Union eine Entdemokratisierung – gerade auch gegenüber dem griechischen Parlament; Griechenland ist ja die Wiege der Demokratie in Europa – bedeutet. Gerade jetzt in der Krise wäre es notwendig, zu einem Mehr an Demokratie zu kommen – etwa auch zu einer Beteiligung der Bevölkerung durch Referenden wie zum Beispiel in Island, wo darüber abgestimmt wurde, wer die Kosten der Krise im Fall der Icesave-Bank zahlen soll. Wir brauchen mehr Demokratie und keine Entdemokratisierung in der Krise.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Euro-Krise steht im Zusammenhang mit den exorbitant gestiegenen privaten Vermögen, die in etwa den gesamten Staatsschulden auf EU-Ebene entsprechen, sowie mit den extremen Leistungsbilanzunterschieden innerhalb des Euro-Raums. Um die Krise zu lösen, müssen die Staatsschulden durch eine kräftige Vermögensabgabe reduziert, die deutschen Exportüberschüsse durch nachhaltige Lohnerhöhungen ausgeglichen und die Finanzmärkte endlich reguliert werden. All das ist in der EFSF nicht vorgesehen.

- (B) Besonders peinlich bin ich von dem Brief des griechischen Parlamentspräsidenten berührt, der uns allen vorgestern zugestellt wurde. Er bittet uns um Würdigung all der Kürzungen im Sozialbereich, die er detailliert auflistet: Rentenkürzungen, Kürzungen im öffentlichen Dienst usw. Sie kennen die Liste.

Ich kann diese Politik nicht würdigen. Ich kann ihr auch nicht entsprechen. Im Gegenteil: Dieses Programm findet nicht in meinem Namen und nicht im Namen der Fraktion Die Linke statt. Ich würdige hingegen den Widerstand der griechischen Bevölkerung gegen die soziale Barbarei, die dort stattfindet, und gegen die wirtschaftliche Unvernunft.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte auch würdigen, dass jetzt von der spanischen Bewegung „Democracia real YA!“ versucht wird, in Zusammenarbeit mit Attac europaweit endlich eine Bewegung von unten zu schaffen: für ein anderes Europa, ein soziales Europa. Ich möchte dazu aufrufen, beim europaweiten Aktionstag am 15. Oktober vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt mitzumachen. Das ist der Weg der direkten Bürgerbeteiligung. Wir brauchen ein anderes Europa, ein Europa, das sozial ist, sonst wird uns diese EU um die Ohren fliegen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Meine Damen und Herren, zwischendurch darf ich, damit die Ungeduld nicht zu groß wird, das von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelte **Ergebnis der namentlichen Abstimmung** zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines Europäischen Stabilisierungsmechanismus, Drucksachen 17/6916, 17/7067 und 17/7130, mitteilen: abgegebene Stimmen 611. Mit Ja haben gestimmt 523, mit Nein haben gestimmt 85, Enthaltungen 3. Der Gesetzentwurf ist damit angenommen.

Endgültiges Ergebnis		
Abgegebene Stimmen:	611;	Steffen Bilger
davon		Clemens Binninger
ja:	523	Peter Bleser
nein:	85	Dr. Maria Böhmer
enthalten:	3	Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
		Norbert Brackmann
		Klaus Brähmig
		Michael Brand
		Dr. Reinhard Brandl
		Helmut Brandt
		Dr. Ralf Brauksiepe
		Dr. Helge Braun
		Heike Brehmer
		Ralph Brinkhaus
		Cajus Caesar
		Gitta Connemann
		Alexander Dobrindt
		Marie-Luise Dött
		Dr. Thomas Feist
		Enak Ferlemann
		Ingrid Fischbach
		Hartwig Fischer (Göttingen)
		Dirk Fischer (Hamburg)

Ja

CDU/CSU

Ilse Aigner
Peter Altmaier
Peter Aumer
Dorothee Bär
Thomas Bareiß
Norbert Barthle
Günter Baumann
Ernst-Reinhard Beck
(Reutlingen)
Manfred Behrens (Börde)
Dr. Christoph Bergner
Peter Beyer

Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land)	Monika Grütters
Dr. Maria Flachsbarth	Olav Gutting
Klaus-Peter Flosbach	Florian Hahn
Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof)	Dr. Stephan Harbarth
Michael Frieser	Jürgen Hardt
Erich G. Fritz	Gerda Hasselfeldt
Dr. Michael Fuchs	Dr. Matthias Heider
Hans-Joachim Fuchtel	Helmut Heiderich
Ingo Gädechens	Mechthild Heil
Dr. Thomas Gebhart	Ursula Heinen-Esser
Norbert Geis	Frank Heinrich
Alois Gerig	Rudolf Henke
Eberhard Gienger	Michael Hennrich
Michael Glos	Jürgen Herrmann
Peter Götz	Ansgar Heveling
Dr. Wolfgang Götzer	Ernst Hinsken
Ute Granold	Peter Hintze
Reinhard Grindel	Christian Hirte
Hermann Gröhe	Robert Hochbaum
Michael Grosse-Brömer	Karl Holmeier
Markus Grübel	Franz-Josef Holzenkamp
Manfred Grund	Joachim Hörster
	Anette Hübingner
	Thomas Jarzombek

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

- | | | | | | |
|-----|--|--|---|---|-----|
| (A) | Dieter Jasper
Dr. Franz Josef Jung
Andreas Jung (Konstanz)
Dr. Egon Jüttner
Bartholomäus Kalb
Hans-Werner Kammer
Steffen Kampeter
Alois Karl
Bernhard Kaster
Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen)
Volker Kauder
Dr. Stefan Kaufmann
Roderich Kiesewetter
Eckart von Klaeden
Ewa Klamt
Volkmar Klein
Jürgen Klimke
Axel Knoerig
Jens Koeppen
Dr. Rolf Koschorrek
Hartmut Koschyk
Thomas Kossendey
Michael Kretschmer
Gunther Krichbaum
Dr. Günter Krings
Rüdiger Kruse
Bettina Kudla
Dr. Hermann Kues
Günter Lach
Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Andreas G. Lämmel
Dr. Norbert Lammert
Katharina Landgraf | Ulrich Petzold
Dr. Joachim Pfeiffer
Sibylle Pfeiffer
Beatrix Philipp
Ronald Pofalla
Christoph Poland
Ruprecht Polenz
Eckhard Pols
Thomas Rachel
Dr. Peter Ramsauer
Eckhardt Rehberg
Katherina Reiche (Potsdam)
Lothar Riebsamen
Josef Rief
Klaus Riegert
Dr. Heinz Riesenhuber
Johannes Röring
Dr. Norbert Röttgen
Dr. Christian Ruck
Erwin Rüddel
Albert Rupprecht (Weiden)
Anita Schäfer (Saalstadt)
Dr. Wolfgang Schäuble
Dr. Annette Schavan
Dr. Andreas Scheuer
Karl Schiewerling
Norbert Schindler
Tankred Schipanski
Georg Schirmbeck
Christian Schmidt (Fürth)
Patrick Schnieder
Dr. Andreas Schockenhoff
Nadine Schön (St. Wendel)
Dr. Kristina Schröder
Dr. Ole Schröder
Bernhard Schulte-Drüggelte
Uwe Schummer
Armin Schuster (Weil am Rhein)
Detlef Seif
Johannes Selle
Reinhold Sendker
Dr. Patrick Sensburg
Bernd Siebert
Johannes Singhammer
Jens Spahn
Carola Stauche
Dr. Frank Steffel
Erika Steinbach
Christian Freiherr von Stetten
Dieter Stier
Gero Storjohann
Stephan Stracke
Max Straubinger
Karin Strenz
Thomas Strobl (Heilbronn)
Lena Strothmann
Michael Stübgen
Dr. Peter Tauber
Antje Tillmann
Dr. Hans-Peter Uhl
Arnold Vaatz
Volkmar Vogel (Kleinsaara)
Stefanie Vogelsang
Andrea Astrid Voßhoff
Dr. Johann Wadephul
Marco Wanderwitz
Kai Wegner
Marcus Weinberg (Hamburg) | Peter Weiß (Emmendingen)
Sabine Weiss (Wesel I)
Ingo Wellenreuther
Karl-Georg Wellmann
Peter Wichtel
Annette Widmann-Mauz
Elisabeth Winkelmeier-Becker
Dagmar G. Wöhrl
Dr. Matthias Zimmer
Wolfgang Zöllner
Willi Zylajew | Petra Hinz (Essen)
Frank Hofmann (Volkach)
Dr. Eva Högl
Christel Humme
Josip Juratovic
Oliver Kaczmarek
Johannes Kahrs
Dr. h. c. Susanne Kastner
Ulrich Kelber
Lars Klingbeil
Hans-Ulrich Klose
Dr. Bärbel Kofler
Daniela Kolbe (Leipzig)
Fritz Rudolf Körper
Anette Kramme
Nicolette Kressl
Angelika Krüger-Leibner
Ute Kumpf
Christine Lambrecht
Christian Lange (Backnang)
Dr. Karl Lauterbach
Steffen-Claudio Lemme
Burkhard Lischka
Gabriele Lösekrug-Möller
Kirsten Lühmann
Caren Marks
Katja Mast
Hilde Mattheis
Petra Merkel (Berlin)
Ullrich Meßmer
Dr. Matthias Miersch
Franz Müntefering
Dr. Rolf Mützenich
Andrea Nahles
Dietmar Nietan
Manfred Nink
Thomas Oppermann
Holger Ortel
Aydan Özoğuz
Heinz Paula
Johannes Pflug
Joachim Poß
Florian Pronold
Dr. Sascha Raabe
Mechthild Rawert
Stefan Rebmann
Gerold Reichenbach
Dr. Carola Reimann
Sönke Rix
René Röspel
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Karin Roth (Esslingen)
Michael Roth (Heringen)
Marlene Rupprecht (Tuchenbach)
Anton Schaaf
Axel Schäfer (Bochum)
Bernd Scheelen
Marianne Schieder (Schwandorf)
Werner Schieder (Weiden)
Ulla Schmidt (Aachen)
Silvia Schmidt (Eisleben)
Carsten Schneider (Erfurt)
Sven Schulz (Spandau)
Ewald Schurer
Frank Schwabe
Dr. Martin Schwanholz
Rolf Schwanitz | (C) |
| | | SPD
Ingrid Arndt-Brauer
Rainer Arnold
Heinz-Joachim Barchmann
Doris Barnett
Dr. Hans-Peter Bartels
Klaus Barthel
Sören Bartol
Bärbel Bas
Sabine Bätzing-Lichtenthäler
Dirk Becker
Uwe Beckmeyer
Lothar Binding (Heidelberg)
Gerd Bollmann
Klaus Brandner
Willi Brase
Bernhard Brinkmann (Hildesheim)
Edelgard Bulmahn
Marco Bülow
Martin Burkert
Petra Crone
Dr. Peter Danckert
Martin Dörmann
Elvira Drobinski-Weiß
Garrelt Duin
Sebastian Edathy
Ingo Eglöff
Siegmund Ehrmann
Dr. h. c. Gernot Erler
Petra Ernstberger
Karin Evers-Meyer
Elke Ferner
Gabriele Fograscher
Dr. Edgar Franke
Dagmar Freitag
Sigmar Gabriel
Michael Gerdes
Martin Gerster
Iris Gleicke
Günter Gloser
Ulrike Gottschalck
Angelika Graf (Rosenheim)
Kerstin Griese
Michael Groschek
Michael Groß
Hans-Joachim Hacker
Bettina Hagedorn
Klaus Hagemann
Michael Hartmann (Wackernheim)
Hubertus Heil (Peine)
Rolf Hempelmann
Dr. Barbara Hendricks
Gustav Herzog
Gabriele Hiller-Ohm | | | |
| (B) | Ulrich Lange
Dr. Max Lehmer
Paul Lehrieder
Dr. Ursula von der Leyen
Ingbert Liebing
Matthias Lietz
Patricia Lips
Dr. Jan-Marco Luczak
Daniela Ludwig
Dr. Michael Luther
Karin Maag
Dr. Thomas de Maizière
Hans-Georg von der Marwitz
Andreas Mattfeldt
Stephan Mayer (Altötting)
Dr. Michael Meister
Dr. Angela Merkel
Maria Michalk
Dr. h. c. Hans Michelbach
Dr. Mathias Middelberg
Philipp Mißfelder
Dietrich Monstadt
Marlene Mortler
Dr. Gerd Müller
Stefan Müller (Erlangen)
Dr. Philipp Murmann
Bernd Neumann (Bremen)
Michaela Noll
Dr. Georg Nüßlein
Franz Obermeier
Eduard Oswald
Henning Otte
Dr. Michael Paul
Rita Pawelski | | | (D) | |

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

(A)	<p>Stefan Schwartz Rita Schwarzelühr-Sutter Dr. Carsten Sieling Sonja Steffen Peer Steinbrück Dr. Frank-Walter Steinmeier Christoph Strässer Kerstin Tack Dr. h. c. Wolfgang Thierse Franz Thönnes Wolfgang Tiefensee Rüdiger Veit Ute Vogt Dr. Marlies Volkmer Andrea Wicklein Heidemarie Wieczorek-Zeul Dr. Dieter Wiefelspütz Uta Zapf Dagmar Ziegler Manfred Zöllmer Brigitte Zypries</p> <p>FDP</p> <p>Christian Ahrendt Christine Aschenberg-Dugnus Daniel Bahr (Münster) Florian Bernschneider Sebastian Blumenthal Claudia Bögel Nicole Bracht-Bendt Klaus Breil Rainer Brüderle Angelika Brunckhorst Ernst Burgbacher Marco Buschmann Helga Daub Reiner Deutschmann Dr. Bijan Djir-Sarai Patrick Döring Mechthild Dyckmans Rainer Erdel Jörg van Essen Ulrike Flach Otto Fricke Paul K. Friedhoff Dr. Edmund Peter Geisen Dr. Wolfgang Gerhardt Hans-Michael Goldmann Heinz Golombeck Miriam Gruß Joachim Günther (Plauen) Dr. Christel Happach-Kasan Heinz-Peter Haustein Manuel Höferlin Elke Hoff Birgit Homburger Dr. Werner Hoyer Heiner Kamp Michael Kauch Dr. Lutz Knopek Pascal Kober Dr. Heinrich L. Kolb Gudrun Kopp Dr. h. c. Jürgen Koppelin Sebastian Körber Holger Krestel Patrick Kurth (Kyffhäuser) Heinz Lanfermann</p>	<p>Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Lars Lindemann Christian Lindner Dr. Martin Lindner (Berlin) Michael Link (Heilbronn) Dr. Erwin Lotter Oliver Luksic Horst Meierhofer Patrick Meinhardt Gabriele Molitor Jan Mücke Petra Müller (Aachen) Burkhardt Müller-Sönksen Dr. Martin Neumann (Lausitz) Dirk Niebel Hans-Joachim Otto (Frankfurt) Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Christiane Ratjen-Damerau Dr. Birgit Reinemund Dr. Peter Röhlinger Dr. Stefan Ruppert Björn Sänger Christoph Schnurr Jimmy Schulz Marina Schuster Dr. Erik Schweickert Werner Simmling Judith Skudelny Dr. Hermann Otto Solms Joachim Spatz Dr. Max Stadler Dr. Rainer Stinner Stephan Thomae Florian Toncar Serkan Tören Johannes Vogel (Lüdenscheid) Dr. Daniel Volk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein Dr. Volker Wissing Hartfrid Wolff (Rems-Murr)</p> <p>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p> <p>Kerstin Andreae Marieluise Beck (Bremen) Volker Beck (Köln) Cornelia Behm Birgitt Bender Viola von Cramon-Taubadel Ekin Deligöz Katja Dörner Harald Ebner Hans-Josef Fell Dr. Thomas Gambke Kai Gehring Katrin Göring-Eckardt Britta Haßelmann Bettina Herlitzius Priska Hinz (Herborn) Dr. Anton Hofreiter</p>	<p>Bärbel Höhn Ingrid Hönlinger Thilo Hoppe Uwe Kekeritz Katja Keul Memet Kilic Sven-Christian Kindler Maria Klein-Schmeink Ute Koczy Tom Koenigs Sylvia Kotting-Uhl Oliver Krischer Agnes Krumwiede Fritz Kuhn Stephan Kühn Renate Künast Markus Kurth Undine Kurth (Quedlinburg) Monika Lazar Dr. Tobias Lindner Nicole Maisch Agnes Malczak Jerzy Montag Kerstin Müller (Köln) Beate Müller-Gemmeke Ingrid Nestle Dr. Konstantin von Notz Omid Nouripour Friedrich Ostendorff Dr. Hermann E. Ott Lisa Paus Brigitte Pothmer Tabea Rößner Claudia Roth (Augsburg) Krista Sager Manuel Sarrazin Elisabeth Scharfenberg Christine Scheel Dr. Gerhard Schick Dr. Frithjof Schmidt Till Seiler Dorothea Steiner Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn Dr. Harald Terpe Markus Tressel Jürgen Trittin Daniela Wagner Wolfgang Wieland Dr. Valerie Wilms Josef Philip Winkler</p> <p>Nein</p> <p>CDU/CSU</p> <p>Wolfgang Bosbach Thomas Dörflinger Herbert Frankenhauser Alexander Funk Dr. Peter Gauweiler Josef Göppel Manfred Kolbe Dr. Carsten Linnemann Thomas Silberhorn Klaus-Peter Willsch</p> <p>SPD</p> <p>Wolfgang Gunkel</p>	<p>FDP</p> <p>Jens Ackermann Frank Schäffler Torsten Staffeldt</p> <p>DIE LINKE</p> <p>Jan van Aken Agnes Alpers Dr. Dietmar Bartsch Herbert Behrens Karin Binder Matthias W. Birkwald Heidrun Bluhm Steffen Bockhahn Eva Bulling-Schröter Dr. Martina Bunge Roland Claus Sevim Dağdelen Dr. Diether Dehm Heidrun Dittrich Werner Dreibus Dr. Dagmar Enkelmann Klaus Ernst Wolfgang Gehrcke Nicole Gohlke Diana Golze Annette Groth Dr. Gregor Gysi Heike Hänsel Dr. Rosemarie Hein Inge Höger Dr. Barbara Höll Andrej Hunko Ulla Jelpke Katja Kipping Harald Koch Jan Korte Jutta Krellmann Katrin Kunert Caren Lay Sabine Leidig Ralph Lenkert Michael Leutert Stefan Liebich Ulla Lötzer Dr. Gesine Lötzsch Thomas Lutze Ulrich Maurer Dorothee Menzner Cornelia Möhring Kornelia Möller Niema Movassat Wolfgang Nešković Petra Pau Jens Petermann Richard Pitterle Yvonne Plötz Ingrid Remmers Paul Schäfer (Köln) Michael Schlecht Dr. Ilja Seifert Kathrin Senger-Schäfer Raju Sharma Dr. Petra Sitte Kersten Steinke Sabine Stüber Alexander Süßmair Dr. Kirsten Tackmann</p>	(C)
(B)	<p>Ernst Burgbacher Marco Buschmann Helga Daub Reiner Deutschmann Dr. Bijan Djir-Sarai Patrick Döring Mechthild Dyckmans Rainer Erdel Jörg van Essen Ulrike Flach Otto Fricke Paul K. Friedhoff Dr. Edmund Peter Geisen Dr. Wolfgang Gerhardt Hans-Michael Goldmann Heinz Golombeck Miriam Gruß Joachim Günther (Plauen) Dr. Christel Happach-Kasan Heinz-Peter Haustein Manuel Höferlin Elke Hoff Birgit Homburger Dr. Werner Hoyer Heiner Kamp Michael Kauch Dr. Lutz Knopek Pascal Kober Dr. Heinrich L. Kolb Gudrun Kopp Dr. h. c. Jürgen Koppelin Sebastian Körber Holger Krestel Patrick Kurth (Kyffhäuser) Heinz Lanfermann</p>	<p>Dr. Hermann Otto Solms Joachim Spatz Dr. Max Stadler Dr. Rainer Stinner Stephan Thomae Florian Toncar Serkan Tören Johannes Vogel (Lüdenscheid) Dr. Daniel Volk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein Dr. Volker Wissing Hartfrid Wolff (Rems-Murr)</p>	<p>Dr. Harald Terpe Markus Tressel Jürgen Trittin Daniela Wagner Wolfgang Wieland Dr. Valerie Wilms Josef Philip Winkler</p>	<p>Krista Sager Manuel Sarrazin Elisabeth Scharfenberg Christine Scheel Dr. Gerhard Schick Dr. Frithjof Schmidt Till Seiler Dorothea Steiner Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn Dr. Harald Terpe Markus Tressel Jürgen Trittin Daniela Wagner Wolfgang Wieland Dr. Valerie Wilms Josef Philip Winkler</p>	(D)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse

(A)	Frank Tempel Dr. Axel Troost Alexander Ulrich Kathrin Vogler Johanna Voß Sahra Wagenknecht	Halina Wawzyniak Harald Weinberg BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Hans-Christian Ströbele
-----	---	---

Enthalten	SPD Ottmar Schreiner FDP Sylvia Canel	(C)
CDU/CSU		
Veronika Bellmann		

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie der Abg. Dr. Barbara Hendricks [SPD])

Wir setzen jetzt die Serie der mündlichen Erklärungen fort. Ich erteile das Wort Kollegin Sevim Dağdelen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sevim Dağdelen (DIE LINKE):

Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe heute gegen die Erweiterung des sogenannten Euro-Rettungsschirms gestimmt, weil ich es einfach verantwortungslos finde, dass jetzt schon wieder Milliarden an Steuergeld versenkt werden, um Bankprofite und Spekulationsgewinne zu sichern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Erweiterung des sogenannten Euro-Rettungsschirms wird weder den Euro retten, noch Europa retten, noch wird es den Menschen in Griechenland, Portugal, Irland oder irgendwo anders helfen. Das Gegenteil ist der Fall: Die wirtschaftlich unsinnigen und sozial ungerechten Kürzungsprogramme in den Krisenländern sind Rettungsringe aus Blei, die zu noch mehr Schulden führen werden und diese Länder weiter in die Rezession treiben werden. Das können wir ja aktuell in Griechenland beobachten.

(B)

Sie sagen, Sie wollen die Demokratie retten. Dabei haben Sie heute wieder eine Politik gegen die Mehrheit der Menschen im Land gemacht. Sie setzen heute das Diktat der Finanzmafia um, statt den Willen der Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland, die gegen die Erweiterung dieses Rettungsschirms ist. Zu Recht ist die Mehrheit der Bevölkerung gegen diesen Rettungsschirm; denn für die mindestens 253 Milliarden Euro Bürgschaft Deutschlands muss letztlich der Steuerzahler geradestehen. Ich werde mich nicht daran beteiligen, weder heute noch morgen, dass weiterhin die kleinen Leute für die Party der Zockerbuden und der Superreichen zahlen sollen. Deshalb habe ich heute die Erweiterung dieses sogenannten Euro-Rettungsschirms abgelehnt.

Sie sagen, Sie wollen die Schulden reduzieren und abbauen. Wer die Schulden aber wirklich abbauen will, der muss auch die Vermögen reduzieren. Die Schuldenkrise und auch der wachsende private Reichtum der Vermögenden sind nämlich zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe heute diesen sogenannten Rettungsschirm abgelehnt, weil ich eine Politik ablehne, die sich den Profitwünschen der Banken und Konzerne bedingungslos unterordnet. Ich sagte heute Nein zu einer Politik, die nicht den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, son-

dern vor allem denen der Banken, Spekulanten und oberen Zehntausend dient.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Was für ein Unsinn!)

Ihre Solidarität gilt nur diesen Zockerbanden, der Finanzmafia. Unsere Solidarität gilt stattdessen den Menschen in den Ländern, die diese Krise aufgrund der von Ihnen betriebenen deutschen Wirtschaftspolitik, die in den letzten Jahre zu Lohndumping führte, durchleben müssen. Unsere Solidarität gilt den Menschen, die sich in Griechenland gegen die Kürzungsprogramme und die Rettungsringe aus Blei, die Sie ihnen vorwerfen, erheben. Wir sind solidarisch mit den Menschen in Portugal und Irland, die Nein sagen zu einem Europa, das uns sozial und ungerecht ist. Deshalb habe ich heute mit Nein gestimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Die nächste mündliche Erklärung gibt Diether Dehm ab. (D)

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Michael Goldmann [FDP]: Na endlich! Singen Sie sie am besten!)

Dr. Diether Dehm (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe heute gegen die Aufstockung der EFSF gestimmt,

(Jörg van Essen [FDP]: So eine Überraschung!)

weil mit dem Gesetzentwurf erneut gegen die großartige Idee eines friedlichen und sozialen Europa verstoßen wird. Mit der EFSF-Aufstockung werden nicht die Griechen gerettet, sondern die Besitzer griechischer Schuldverschreibungen.

Die mit der EFSF verordnete Austeritätspolitik für Griechenland hat antieuropäische Konsequenzen, übrigens so wie das deutsche Lohndumping, das den Export verbilligt und zu den Überschüssen führt. Wenn man, wie in Deutschland, innerhalb von zehn Jahren die Real-löhne um 4,5 Prozent senkt,

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Wir haben mehr Arbeitsplätze in Deutschland!)

dann werden zwar der Export verbilligt und die Exportüberschüsse gesteigert, dann führt das aber auch dazu, dass die Binnennachfrage nicht steigt, und das in dem Land mit der höchsten Bevölkerungszahl in Europa.

Dr. Diether Dehm

- (A) Ich weiß nicht, ob Herr Brüderle noch anwesend ist. Er verbreitet sich ja gelegentlich in Interviews darüber, dass der Druck auf die Griechen weiter verschärft werden muss. Aber richten Sie bitte den Blick auf die Konsequenzen: Die Streichung von 174 000 Stellen im öffentlichen Dienst bis Ende dieses Jahres, wie es die griechische Regierung vorhat, und zwar 84 000 letztes Jahr und 90 000 dieses Jahr, entspräche in Deutschland dem Statistischen Bundesamt zufolge der Streichung von 917 000 Stellen im öffentlichen Dienst.

Die Kürzung der Sozialausgaben in Griechenland, die Sie verordnen, entspricht 1,5 Prozent des griechischen BIP. Auf Deutschland übertragen entspräche das 131,8 Milliarden Euro, also fast einem Viertel der im Einzelplan für Arbeit und Soziales veranschlagten Ausgaben.

Unter den europäischen Völkern zählen die Deutschen gewiss eher zu den duldsamen. Aber mit diesen Kürzungen würden Sie auch in diesem Land ein Pulverfass anrühren.

Das alles geschieht, ohne die Ackermänner und Großprofiteure der Krise in Deutschland und die Jachtbesitzer in Griechenland zur Steuerkasse zu bitten.

(Lachen des Abg. Hans-Michael Goldmann
[FDP])

Ich denke, auch der soziale Frieden ist ein Wirtschaftsfaktor. Jedenfalls wurde das an diesem Rednerpult in der Vergangenheit oft gesagt.

- (B) Wo der Staat seine in Art. 20 unseres Grundgesetzes verbrieftete Sozialstaatlichkeit aufgibt, verspielt er das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und nährt die Rechtspopulisten, die sich europaweit in einem einzigen Siegeszug wähnen. Die deutsche und griechische Politik verwalten den Mangel. Überall wird gekürzt. Aber die europäischen Banken haben allein in diesem Jahr bereits Dividenden in Höhe von 40 Milliarden Euro ausgeschüttet.

Die Großzocker werden weder gezähmt noch reguliert noch gerecht zur Kasse gebeten. Eine echte Gläubigerbeteiligung findet nicht statt. Bei der Deutschen Bank ist bei einem gesamten Bilanzvolumen von 2 000 Milliarden Euro nur ein hartes Eigenkapital von 30 Milliarden Euro vorhanden. Das entspricht nicht dem, was wir uns von der Aufstockung des Eigenkapitals erwartet haben.

Dieser unsozialen und ungerechten Politik, die nicht zugunsten der Opfer, sondern zugunsten der Ackermänner und anderer Täter auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger ausgetragen wird, kann ich nach bestem Wissen und Gewissen meine Stimme nicht geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Die nächste mündliche Erklärung gibt Inge Höger ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Inge Höger (DIE LINKE):

(C)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich lehne die Ausweitung und Stärkung des sogenannten EU-Rettungsschirmes ab. Das Gesetz ist eine schlechte Nachricht für die Menschen in Europa. Es ist eine schlechte Nachricht für die Beschäftigten in Griechenland. Sie sollen dank der EU-Auflagen künftig noch weniger Geld in der Tasche haben, dafür aber länger arbeiten – wie irrwitzig! Es ist eine schlechte Nachricht für Griechenlands Rentnerinnen und Rentner. Auch sie sollen für eine Krise zahlen, die sie nicht verursacht haben.

Den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes droht nun Arbeitslosigkeit. Und die Menschen in Griechenland, die auf öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind, sind die Leidtragenden dieses ungerechten Krisenmanagements. Ich denke zum Beispiel an kranke Menschen, die es sich nicht leisten können, die hohen Kosten in privatisierten Krankenhäusern zu tragen. Der Rettungsschirm sieht nämlich weitere Privatisierungen vor. Das ist auch eine schlechte Nachricht für die Studierenden, die sich keine Studiengebühren leisten können. Zweiklassenbildung, Zweiklassenmedizin, Zweiklasseneuropa!

Das alles gilt letztendlich nicht nur für Griechenland, sondern übt auch Druck auf andere EU-Länder aus. Ich frage die Abgeordneten, die dafür gestimmt haben: Wissen Sie eigentlich, was Sie da anrichten? Ich befürchte, einige von Ihnen wissen es. Der EU-Rettungsschirm ist eine gute Nachricht für die europäischen Eliten, eine gute Nachricht für die Konzerne und Banken, die an Griechenland Kredite vergeben haben, denn sie können weiter ungehindert Geschäfte machen – ich denke da besonders an die deutsche Rüstungsindustrie –, eine gute Nachricht für Europas Spekulanten, denn sie können weiter zocken in dem Vertrauen, dass es eine EU gibt, die für ihren Schaden aufkommt. Zahlen müssen wieder die kleinen Leute. Ich kann nur hoffen, dass die Proteste und Streiks in Griechenland und anderswo so viel wie möglich von dem verhindern, was Sie heute beschlossen haben.

(D)

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Euro-Rettung ist auch eine gute Nachricht für diejenigen, die die Menschen in Europa gegeneinander aufbringen wollen; denn das Problem sind nicht in erster Linie die griechischen Staatsfinanzen. Schließlich sind andere Staaten auch hoch verschuldet. Das Problem ist vielmehr die Finanzmarktliberalisierung, die Rot-Grün 2004 eingeführt hat. Sie lenken von dieser gescheiterten Politik im Interesse der Ackermänner ab. Sie machen die Griechinnen und Griechen zu Sündenböcken und geben damit Anlass für rassistische Hetzkampagnen. Sie spielen damit Faschisten und Nazis in die Hände. Was das mit Völkerverständigung, Solidarität oder europäischer Integration zu tun haben soll, soll mir mal einer erklären.

Ich kann nur wiederholen, was in den Reihen der europäischen Linkspartei in diesen Tagen des Öfteren gesagt wird: Die EU wird entweder demokratisch, sozial und solidarisch werden, oder sie wird nicht bestehen.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) **Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**
Nächste persönliche Erklärung, Heidrun Dittrich.

(Beifall bei der LINKEN)

Heidrun Dittrich (DIE LINKE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich stimme gegen das Gesetz, weil ich gegen Ihre Politik des Lohndumpings stimme. Diese Politik hat erst recht in die Krise geführt. Sie wird fortgesetzt, sie wird aber keine Lösung bieten; denn das ist keine Europarettung. Das ist ein Angriff auf die arbeitenden Menschen in ganz Europa. Diesem Angriff widersetzen wir uns hier als Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Den Griechen wurde mit den Finanzhilfen der EU ein Kürzungsprogramm aufgezwungen. Das ist unsozial. Die Menschen in Griechenland mussten Rentenkürzungen, Erhöhungen des Renteneintrittsalters und Preiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr um 30 Prozent hinnehmen. Die Mindestlöhne wurden gesenkt und der Kündigungsschutz gelockert. Es ist noch nicht einmal sicher – so hat es der griechische Finanzminister im Fernsehen gesagt –, ob die Löhne und Renten überhaupt noch ausbezahlt werden können. Wenn das auch der deutschen Bevölkerung droht, dann werden alle aufwachen.

Ich verstehe nicht: Aus welchem Grund müssen die Schüler, die Rentner und die Beschäftigten die Krise allein bezahlen? Ich stimme dagegen, weil ich meine, dass die Verursacher und die Profiteure der Krise zur Kasse gebeten werden müssen.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Das sind die Banken, die Investmentfonds und die Versicherungen. Es ist die Aufgabe des Deutschen Bundestages, zum Wohle des Volkes zu handeln und nicht zum Wohle der Finanzmärkte.

Allein das Gesamtvermögen der Millionäre in Europa – das wurde heute schon gesagt – beläuft sich auf 7,5 Billionen Euro. Dem stehen Staatsschulden in Höhe von 10 Billionen Euro gegenüber. Da muss man nicht groß rechnen, sondern es wird klar: Besteuert die Superreichen, und es ist Geld da, um die Schuldenkrise zu überwinden.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Michael Goldmann [FDP]: Das sollten Sie noch mal nachlesen!)

Europa besteht nicht nur aus Vorstandsmitgliedern und Bankiers. Es besteht vor allem aus vielen Völkern. Mein Respekt gilt den streikenden Menschen in Griechenland, in Spanien und in Großbritannien, wo die Gewerkschaften für den 2. Oktober zur Verteidigung des Sozialstaats aufgerufen haben.

Ich stimme dagegen, weil die Linke für ein soziales Europa eintritt. Ich hätte dafür gestimmt, wenn wir soziale Mindeststandards eingeführt, höhere Mindestlöhne festgelegt und das Renteneintrittsalter gesenkt hätten. Europa kann nur funktionieren, wenn der Lebensstandard verbessert wird. Ebenso wie meine Kollegin vorhin

möchte ich François Mitterrand zitieren, der bereits 1973 festgestellt hat: Europa wird sozial sein, oder es wird nicht sein. (C)

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Es folgt Michael Schlecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Michael Schlecht (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mit Nein gestimmt, weil alle sogenannten Hilfskredite mit scharfen Lohn- und Sozialkürzungen verbunden sind, die das Leben der Menschen in Griechenland und in anderen Ländern wie zum Beispiel in Portugal nur noch weiter verschlechtern. Dies ist nicht nur unsozial, sondern die betroffenen Länder werden noch weiter in die Krise gestürzt. Deshalb habe ich mit Nein gestimmt. Ich habe auch mit Nein gestimmt, weil diese Euro-Rettung in Wirklichkeit ein Rettungsring aus Blei ist, der alles nur noch schlimmer macht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wohin dies führt, kann man am brutalsten am Beispiel von Griechenland sehen: 2009, als in Deutschland die Wirtschaft um 5 Prozent einbrach, ging es Griechenland noch einigermaßen gut. Aber als dann Griechenland im Jahr 2010, maßgeblich durch Intervention der deutschen Regierung, die ersten Schritte hin zu einer Austeritätspolitik und die ersten Lohn- und Sozialkürzungen aufgezwungen worden sind, brach das Wirtschaftswachstum in Griechenland um 4,5 Prozent ein. Es steht zu befürchten, dass es im Jahr 2011 noch schlimmer wird. Die Experten schätzen, dass das Wachstum in Griechenland um mindestens weitere 5 Prozent einbricht. Das führt dazu, dass sich die Wirtschaft Griechenlands schlechter entwickelt; denn die Leute haben kein Geld mehr, um Einkäufe zu tätigen, und die Unternehmer haben weniger zu tun. Es ist vollkommen klar, dass in einer solchen Situation die Steuereinnahmen noch stärker zurückgehen. Dadurch ist man von dem Ziel der Haushaltskonsolidierung und einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung nunmehr himmelweit entfernt. Ich plädiere dafür, dass man die Lohn- und Sozialkürzungen in Griechenland und den anderen Ländern stoppt und die Massenentlassungen, die jetzt diesen Ländern aufgebürdet werden, verhindert. (D)

Ich habe auch deswegen gegen das Gesetz gestimmt, weil nicht erkennbar ist, dass man dadurch dringend notwendige Maßnahmen auf den Weg bringt. Ich nenne als Beispiel Aufbauhilfen für Griechenland und andere Länder. Das wäre wirklich notwendig; denn auch Deutschland wurde nach dem Zweiten Weltkrieg geholfen. Es ist ein Skandal, dass das nicht im Fokus der Debatte steht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe auch deshalb dagegen gestimmt, weil weder das Gesetz noch die Debatten, die wir erlebt haben, davon zeugen, dass auch nur annähernd ein Verständnis da-

Michael Schlecht

- (A) für herrscht, wo die eigentlichen Ursachen der Krise liegen. Hier wird nur von der Verschuldung der Krisenländer wie Griechenland und Portugal geredet und so getan, als ob das deren eigene Schuld sei. Es gibt überhaupt keinen Anhaltspunkt, dass verstanden würde, dass die eigentlichen Ursachen dieser sogenannten Euro-Krise in Deutschland liegen. Von den anderen vier Fraktionen in diesem Haus ist in den letzten zehn Jahren insbesondere mit der Agenda 2010 über Befristungen, Leiharbeit, die Einführung von Minijobs und Hartz IV ein Repressionssystem am Arbeitsmarkt eingeführt worden, das dazu geführt hat, dass die Tariferosion deutlich zugenommen hat und die Löhne in Deutschland gesunken sind.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: Ist Arbeitslosigkeit besser als Arbeit? – Dr. Johann Wadephul [CDU/CSU]: Das ist doch keine Erklärung mehr!)

Ich habe gegen den Gesetzentwurf gestimmt, weil nicht erkennbar ist, dass auf dieser Grundlage irgendwelche Verbesserungen erreicht werden. Denn die Ursachen des Problems bestehen darin, dass die deutschen Exporte durch das Lohndumping immer stärker und der Binnenmarkt immer schwächer geworden sind. Dadurch konnten die anderen Länder immer weniger importieren. Der Außenhandelsüberschuss ist dramatisch auseinandergegangen, und die deutschen Unternehmer haben andere Märkte erobert. Das hat dazu geführt, dass die Verschuldung in den anderen Ländern dramatisch angestiegen ist. Das deutsche Lohndumping ist also die Ursache für die Verschuldung dieser Länder.

- (B) Ich habe gegen den Gesetzentwurf gestimmt, weil er überhaupt keine Elemente enthält, mit denen diesem Problem begegnet und das Ganze wieder rückgängig gemacht werden kann.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Das war wirklich schlecht!)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nun Kathrin Vogler.

(Beifall bei der LINKEN)

Kathrin Vogler (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe gegen die Erweiterung des sogenannten Euro-Rettungsschirms gestimmt. Dies habe ich als überzeugte Europäerin getan.

(Lachen des Abg. Max Straubinger [CDU/CSU])

Ich sage ganz klar Ja zu Europa; denn ich komme aus der deutsch-niederländischen Grenzregion und weiß, was Europa für uns, die wir dort leben, bedeutet. Ich sehe, wie wir uns unseren niederländischen Nachbarinnen und Nachbarn annähern, wie wir den Austausch verbessert haben und welche Erleichterung es für uns ist, den Euro als gemeinsame Währung zu haben. Auch bin

- ich Mitglied der Deutsch-Niederländischen Parlamentariergruppe, weil es mir wichtig ist, die Beziehungen zu vertiefen und zu pflegen. (C)

Dieser sogenannte Rettungsschirm ist aber nicht pro-europäisch. Er ist unsozial, ökonomisch unsinnig und ein weiterer Schritt zur Spaltung Europas.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Auflagen, die Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dem griechischen Volk heute verordnen wollen, sind absolut kontraproduktiv. Statt die griechische Wirtschaft anzukurbeln, werden Löhne und Gehälter gekürzt. Das Ergebnis dieser falschen Politik ist absehbar: Es wird einen weiteren Rückgang der Wirtschaftsleistung mit der Folge eines massiven Anstiegs der Arbeitslosigkeit geben. Gewerkschaften rechnen schon mit 26 Prozent Arbeitslosigkeit in Griechenland. In Spanien steht eine Generation gut ausgebildeter junger Leute bereit, denen der Einstieg in den Arbeitsmarkt vollständig verschlossen ist. Das ist eine soziale Katastrophe. Daran kann ich mich nicht beteiligen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hinzu kommt: Die Wählerinnen und Wähler in meinem Wahlkreis und auch in den benachbarten Niederlanden verstehen überhaupt nicht, dass die Europäische Zentralbank Geld für 1,5 Prozent an Privatbanken verleiht, die dieses Geld dann für Wucherzinsen zum Beispiel an Griechenland weitergeben. Dabei haben die Privatbanken überhaupt kein Risiko; denn wenn Griechenland nicht zahlen kann, müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Europa, also die Verkäuferin bei Lidl und der niederländische Tulpenzüchter, dieses Risiko tragen. Deshalb ist dieser Euro-Rettungsschirm aus meiner Sicht ein Rettungsschirm für die Banken und nicht für die Menschen. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Ich hätte zugestimmt, wenn wir die Banken mit einem entsprechenden Programm unter öffentliche Kontrolle bekommen hätten, wenn das Finanzsystem reguliert worden wäre, damit Ratingagenturen und Hedgefonds künftig nicht genauso weitermachen können wie bisher, und wenn die Sozialleistungen und Löhne in Europa erhöht worden wären. Dann könnte nämlich nicht nur der Euro gerettet werden, sondern dann könnte das Projekt Europa als soziales Friedensprojekt wieder von mehr Menschen akzeptiert werden.

Deshalb ist es mir gerade als Europäerin wichtig, dass dieses erfolgreiche Friedensprojekt – und das ist die Europäische Union – nicht einer falschen Wirtschaftspolitik und den Profiten der Banken sowie ihrer Aktionäre geopfert wird. Dafür kann ich meine Stimme nicht abgeben.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nun Annette Groth.

(Beifall bei der LINKEN)

(A) **Annette Groth** (DIE LINKE):

Auch ich habe heute gegen den sogenannten Rettungsschirm gestimmt, weil ich absolut davon überzeugt bin, dass dieser Bleischirm weitere soziale Verwerfungen nach sich ziehen und die Krise weiter verschärfen wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Als überzeugte Europäerin, aber auch als Internationalistin kämpfe ich seit langem für ein soziales, ökologisches und gerechtes Europa. Die Einhaltung der Menschenrechte und die Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit sind dabei von zentraler Bedeutung. Diesen Weg hat die EU seit dem Maastrichter Vertrag aufgegeben. Mit der Aufnahme der durch den damaligen Bundesfinanzminister Waigel durchgesetzten Stabilitätskriterien wurde der Weg in die Krise der EU vertraglich festgeschrieben.

Mit dem Rettungsschirm werden die Parlamente auf weitere Haushaltskürzungen verpflichtet. Mit dem angeblichen Ziel der Schuldenreduzierung werden Sozialleistungen, Renten und Löhne gekürzt. Massensteuern wie die Mehrwertsteuer dagegen werden erhöht. Das heißt, Arme und Bezieher mittlerer Einkommen werden immer stärker belastet. Reiche bleiben außen vor. Das, was ich hier so kritisiere, ist das neoliberale Grundkonzept.

(Beifall bei der LINKEN)

(B) Wir alle, glaube ich, wissen, dass mit diesen Maßnahmen eine Schuldenreduzierung nicht möglich ist. Sie versuchen aber, es uns glaubhaft zu machen. Eine effektive Schuldenreduzierung geht nur mit effektiven Umrichtungen des beispiellosen Privatvermögens von 10 Billionen Dollar. Profiteure der Krise sind Kapitalbesitzer, Großbanken und Hedgefondsmanager. Sie müssen an der Finanzierung beteiligt werden, sonst wird das nichts.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe bis heute nicht verstanden, warum die damaligen Versprechungen von Frau Merkel und anderen, Hedgefonds und andere toxische Papiere zu verbieten, nicht eingehalten worden sind. Hätten Sie das gemacht, wäre die Krise heute wesentlich kleiner.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe auch die Befürchtung, dass diese Politik der Regierungsparteien die europafeindlichen und rechtspopulistischen Grundströmungen in einem Teil unserer Gesellschaft noch weiter befördern wird. Damit werden nationalistische und sozialdarwinistische Positionen gestärkt. Das will ich nicht verantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich will ein soziales und gerechtes Europa. Darum bin ich solidarisch und stelle mich hinter die vielen Millionen Menschen, die seit Monaten in anderen europäischen Ländern auf die Straße gehen und ihren Protest gegen Lohnkürzungen und Sozialkürzungen vehement zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Weil ich ab und zu selbst auf der Straße protestiere, gehe ich natürlich am 15. Oktober nach Brüssel. Ich möchte, dass dieser europäische Aktionstag ein Riesenerfolg wird. Wir müssen zeigen, dass ein anderes Europa möglich und sehr, sehr nötig ist.

Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Nun Heike Hänsel.

(Beifall bei der LINKEN – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Habt ihr sie bald alle durch?)

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe heute gegen die Erweiterung des Rettungsschirms gestimmt, weil ich nicht länger zusehen will, wie die Finanzmärkte die Politik weiter vor sich hertreiben. Ich frage mich wirklich: Wo sind wir eigentlich angekommen, wenn Angela Merkel frühmorgens erst einmal die Kommentare der Ratingagenturen und die Börsenkurse anschauen muss, bevor sie ins Kabinett geht und ihre Politik weiterentwickelt? Das ist ein Versagen jeglicher Demokratie.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich kann das in dieser Form nicht verantworten.

(D) Die ganze Politik, alles, was hier heute beschlossen wurde, wird die Umverteilung von unten nach oben vorantreiben. Die Umverteilung ist eine Ursache dieser Krise. Deswegen hilft diese Politik nicht aus der Krise heraus; vielmehr verschärft diese Politik die Krise.

(Beifall bei der LINKEN)

Es wurde schon mehrfach angesprochen: Diese Politik gefährdet ernsthaft jeglichen Ansatz einer europäischen Integration. Wir erleben in vielen Ländern, wie rechtspopulistische Parteien und Bewegungen die Wut und das Gefühl der Ohnmacht der Menschen zu instrumentalisieren versuchen. Eine Politik, die diese Entwicklung ignoriert, ist verantwortungslos. Wir müssen eine soziale Politik für die Menschen dagegenstellen. Nur so können wir auch rechten Bewegungen eine klare Absage erteilen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe auch deswegen gegen den sogenannten Rettungsschirm gestimmt, weil darin viel Geld gebunden wird, das wir für gute, zukunftsweisende Ideen in Europa bräuchten. Wir könnten ganz Europa auf regenerative Energien umstellen. Wir könnten völlig neue Entwicklungen befördern. Das dafür benötigte Geld wird gebunden, und das steht der Zukunft Europas entgegen. Diese Politik ist negativ und zerstörerisch, und deswegen habe ich heute gegen diesen Gesetzentwurf gestimmt.

(Beifall bei der LINKEN)

Heike Hänsel

- (A) Ich möchte, dass wir ein Europa der Menschen entwickeln und nicht ein Europa der Banken. Dieses Signal muss von diesem Parlament ausgehen. Die Krise können wir nur überwinden, wenn das Finanzkasino – anders kann man es gar nicht mehr nennen – endlich geschlossen wird und die Staaten sich unabhängig von Kapitalmärkten finanzieren können. Deshalb ist die Schaffung einer Bank für öffentliche Anleihen so wichtig. Ich sage Ihnen: Früher oder später wird es eine solche Bank geben. Wir haben letztes Jahr vor so vielen Dingen gewarnt, und vieles ist mittlerweile eingetreten. Ich betone: Diese Entwicklung wird so stattfinden.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Wie bereits angesprochen wurde, werden nicht die Verursacher und die Profiteure der Krise zur Verantwortung gezogen – auch das ist ein Grund, gegen diesen Rettungsschirm zu stimmen –, sondern das Ganze wird auf dem Rücken der Mehrheit der Bevölkerung ausgetragen.

Ich war schockiert, als ich vor einigen Wochen in Griechenland war und dort mit vielen Menschen gesprochen habe. Die Lebenssituation vieler dort ist sehr schwierig. Viele fühlen sich von dieser Politik, die auch die Bundesregierung vorantreibt, gedemütigt. Es ist eigentlich beschämend, zu sehen, dass bei der Vergangenheit Griechenlands, die Deutschland zu verantworten hat, heute ausgerechnet die Bundesregierung und Angela Merkel den Menschen in Griechenland die Politik diktieren wollen. Ich wiederhole: Das ist beschämend. Deswegen habe ich heute gegen den Rettungsschirm gestimmt.

- (B) (Beifall bei der LINKEN)

Ich möchte mich mit den Menschen solidarisieren, die sich gegen diese Politik wehren. Ich unterstütze die Forderung der Griechen und Griechinnen, zum Ausdruck gebracht auf dem Syntagma-Platz in Athen. Diese Menschen sagen: Wir brauchen einen umfassenden Schuldschnitt für Griechenland; anders wird es keine Zukunft für unser Land geben. – Außerdem solidarisiere ich mich mit den Menschen, die dahin gehend mobilisieren, dass am 15. Oktober ein großer Marsch der Empörten nach Brüssel stattfindet, weil sie meinen: So kann es nicht weitergehen. – Es erschüttert die ganze Demokratie in Europa, wenn wir den aktuellen Entwicklungen nicht endlich eine Politik der Menschen entgegenstellen. Diese Menschen machen sich auf den Weg, und das unterstütze ich.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:

Letzte Rednerin derer, die eine mündliche Erklärung abgeben, ist nun Kollegin Sabine Leidig.

(Beifall bei der LINKEN)

Sabine Leidig (DIE LINKE):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich habe aus verschiedenen Gründen mit Nein gestimmt:

Erstens. Es macht mich zutiefst misstrauisch, dass die Investmentbank Goldman Sachs derzeit empfiehlt, ge-

gen den Euro und gegen Europa zu wetten, und dass dieselbe Investmentbank zum Beraterstab der europäischen Regierungen gehört. (C)

(Zuruf von der Linken: Unglaublich!)

Es macht mich zutiefst misstrauisch, dass der Chef dieser Bank, Alexander Dibelius, die Bundesregierung berät – ein Mann, der explizit erklärt, dass er bei den Banken keinerlei Verantwortung für das Allgemeinwohl sieht.

Ich habe mit Nein gestimmt, weil mit dieser Art der Euro-Rettung die Allgemeinheit in Haft genommen wird, um die Kapitalanleger zu bedienen. Die Macht der Investmentbanken hingegen wird nicht angetastet. Es ist nicht vorgesehen, dass große Geldvermögen abgeschöpft werden. Keines der grundlegenden Probleme der Europäischen Union und auch keines der Krisenprobleme der Weltwirtschaft wird auf diese Art und Weise auch nur angepackt.

(Beifall bei der LINKEN)

Im Gegenteil: Die verordneten Sparmaßnahmen werden vor allem die kleinen Leute treffen. Wir werden in eine Situation hineinmanövriert, die der großen Schuldenkrise der 80er-Jahre ähnlich ist, von der die lateinamerikanischen Länder betroffen waren. Damals hat der IWF die Spardiktate, die Schuldknechtschaft ausgesprochen. Dabei war völlig klar, dass damit die Masse der Bevölkerung in unerträgliche Zustände gebracht wurde.

Dieselbe Linie verfolgen Sie mit den Spardiktaten, die jetzt beschlossen worden sind; und mit dem Sixpack, das gestern im Europäischen Parlament verabschiedet worden ist, werden die Zustände noch massiv verschärft. Maastricht hoch zwei wird die Situation für die Menschen in Europa dramatisch verschlimmern, und zwar auch in der Bundesrepublik. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

An dieser Stelle möchte ich etwas sagen, was mich wirklich sehr bewegt. Ich kann nachvollziehen, dass die Gewerkschaften in einer bestimmten Situation hoffen und glauben, dass es, wenn es den deutschen Unternehmen besser geht, wenn die Unternehmen besser durch die Krise kommen, auch den Beschäftigten besser geht.

Ich selbst bin seit 32 Jahren Gewerkschaftsmitglied und war zehn Jahre lang hauptamtlich tätig. In dieser Zeit haben wir über den Pakt für Wettbewerb, Ausbildung und Arbeit diskutiert, der zur Folge hatte, dass sich die Situation der Beschäftigten durch die Stärkung der Wettbewerbssituation der deutschen Unternehmen insgesamt verschlechtert hat. Die Gewinne der DAX-Konzerne platzen aus allen Nähten; sie haben in der Nachkrisenzeit um 134 Prozent zugelegt.

Was ist davon bei den Beschäftigten angekommen? Ich schaue meinen Kollegen an, der weiß, wovon ich spreche. Ich glaube, dass die Gewerkschaften sich keinen Gefallen tun, wenn sie auf dieselbe Weise versuchen, die eigenen Beschäftigten zu stützen, aber nicht erkennen, dass Europa nicht nur ein Europa des Friedens, sondern auch ein Europa der Kultur ist. Das ist ganz

Sabine Leidig

- (A) wichtig. Europa ist ein großer Schatz. Man darf aber nicht vergessen, dass es in Europa auch oben und unten gibt. Die Beschäftigten in Griechenland stehen den Beschäftigten hier deutlich näher, wenn es um die Durchsetzung gemeinsamer Interessen geht.

(Beifall bei der LINKEN)

Schließlich möchte ich sagen, dass nicht nur die Linke diesen Stabilitätspakt ablehnt. Das europäische Attac-Netzwerk – es wurde schon angesprochen –, dem ich angehöre, appelliert an die Parlamentarierinnen und Parlamentarier: Es ist an der Zeit, Nein zu sagen, Nein zum Angriff auf soziale und demokratische Rechte in Europa. Diesem Appell folge ich aus voller Überzeugung.

(Beifall bei der LINKEN)

(B)

(C)

(D)

(A) **Anlagen zum Stenografischen Bericht** (C)

losen an Arbeit, gutem Lohn und Sicherheit bei Krankheit und im Alter dient.

Diesem Anspruch wird der europäische Stabilisierungsmechanismus in keiner Weise gerecht. Im Gegenteil: Das Gesetz vergrößert die soziale Spaltung der Gesellschaften in den Staaten, die auf die Hilfe der Euro-Staaten angewiesen sind.

Der Rettungsschirm zwingt die Menschen in den betroffenen Ländern zu Lohnverzicht, Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit. Das gefährdet den sozialen Frieden in Europa, fördert antieuropäische Ressentiments und Rassismus.

Veronika Bellmann (CDU/CSU): Der Euro ist unsere gemeinsame Währung. Seine Stabilität zu sichern, liegt in deutschem und im europäischen Interesse. Die gegenwärtige Krise einzelner Eurostaaten muss daher so bekämpft werden, dass die europäische Wirtschafts- und Währungsunion als Ganzes gestärkt hervorgehen kann.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht gegen die europäische Integration gerichtet, wenn ich der Aufstockung und Erweiterung der Europäischen Finanzierungsfazilität nicht zustimmen kann. Schon bei Einrichtung der Rettungsschirme habe ich mit meinem Stimmverhalten signalisiert, dass ich sie als Verstoß gegen Europarecht und das Verbot der Schuldenübernahme und damit als rechtswidrig betrachte. Für die Ausweitung des Rettungsschirms gilt das ebenfalls.

Die in oben genanntem Gesetz genannten Maßnahmen sind ungeeignet, die Krise zu lösen. Sie führen nicht zu einem Abbau der gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte und Fehlentwicklungen in der Euro-Zone, sondern verlängern sie nur mit immer höheren Kosten. Schon heute ist absehbar, dass die Gesetzesänderungen nicht ausreichen, um die Euro-Zone zu stabilisieren.

Es gilt aus der bisherigen Rettungslogik herauszukommen, um wieder vom Reagieren zum Agieren zu gelangen. Mit der Übernahme der Gewährleistung für verschuldete Staaten haben die Euro-Länder die Sozialisierung privater Verluste in Kauf genommen und das Verbot der Schuldenübernahme ausgehebelt. Der andere Ansatzpunkt ist die Europäische Zentralbank. Deren Übernahme von Staatsdefizitfinanzierung darf nicht weiter erlaubt sein. Die Quasigelddruckmaschine zeigt, dass sich die EZB nicht mehr der Geldwertstabilität verpflichtet fühlt, sondern der Finanzstabilität, also der Banken- und Staatsrettung. Die Banken wiederum müssen gezwungen werden, sich ausreichendes Kapital zu beschaffen, das dann als Puffer dienen kann für die Risiken von Staatspapieren. Erst nach diesem Eigenbetrag können öffentliche Hilfen zum Einsatz kommen. Wenn wir erst retten und dann erst zu eigener Anstrengung auffordern, bleibt jeglicher Reformwille auf der Strecke.

Staaten, die eine disziplinierte und solide Finanz- und Wirtschaftspolitik betreiben, bleiben in der Euro-Zone. Sie wird nicht zusammenbrechen. Diejenigen, die objek-

(B) (D)

Anlage 2

Erklärungen nach § 31 GO

zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (Tagesordnungspunkt 3 a)

Herbert Behrens (DIE LINKE): Ich stimme dem Gesetz zur Ausweitung des Euro-Rettungsschirms aus folgendem Grund nicht zu:

Meinen Kolleginnen und Kollegen aus meinem gewerkschaftlichen Umfeld habe ich bei meinem Einzug in den Bundestag versprochen: Ich mache mein Abstimmungsverhalten bei allen Entscheidungen davon abhängig, ob es den Interessen der Arbeitenden und Erwerbs-

- (A) tiv nicht fähig oder politisch nicht willens sind, die mit einer Währungsunion verbundenen anspruchsvollen Konvergenzbedingungen zu erfüllen und die wirtschaftspolitischen Einschränkungen ihrer Autonomie zu akzeptieren, werden sie – gegebenenfalls nur temporär – verlassen. Das stärkt den Euro nach innen und außen. Die ausscheidenden Staaten haben mit einer eigenständigen Geld-, Zins- und Währungspolitik die Chance, zum Wachstum zurückzukehren, und werden nicht weiter mit einer überzogenen Deflationspolitik gequält.

Eine nachhaltige Lösung der Staatsschuldenkrise von Euro-Ländern erfordert die Rückkehr zu einer strengeren Stabilitätskultur mit automatischer Sanktionierung von Verstößen, zu solider Haushaltsführung, zum Erhalt von Steuerungs- und Anreizmöglichkeiten über die Zinshöhen, zu starker Konditionalisierung der Hilfen, falls sie nötig werden, und zur Reformpolitik. Diese Maßnahmen dürfen immer nur Hilfe zur Selbsthilfe bleiben und nicht dazu verführen, sich günstig zu finanzieren. Die verschuldeten Staaten müssen in die Lage versetzt werden, zu eigenverantwortlichem Handeln zurückzukehren. Die vorgeschlagene Erweiterung geht darüber hinaus, weil sie keine wirksame Begrenzung von Finanzhilfen ermöglicht, sondern weiter Anreize zur Sozialisierung privater Verluste und Vergemeinschaftung nationaler Schulden zulasten der deutschen und europäischen Steuerzahler setzt.

- (B) Differenzen in den wörtlich unterschiedlichen Formulierungen des Gewährleistungsgesetzes und des EFSF-Rahmenvertrages werden zu Verunsicherung in der Auslegung und Anwendung beider führen. Sie sind nicht akzeptabel, da sie nicht dem Grundsatz von Wahrheit und Klarheit folgen.

Selbst wenn sie mir noch als unvollkommen erscheint, so befürworte ich doch ausdrücklich die Ausweitung der Parlamentsbeteiligung, die den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts folgt und auch meine Forderungen zumindest im Wesentlichen erfüllt. Durch dieses wichtige Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsrecht des Deutschen Bundestages ist zwar meine grundsätzliche Ablehnung der Rettungsschirmpolitik nicht aufgehoben, aber insofern günstiger gestellt, als dass ich mit Enthaltung votieren kann.

Karin Binder (DIE LINKE): Ich stimme dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines Europäischen Stabilisierungsmechanismus nicht zu. Diese Entscheidung möchte ich mit dieser Erklärung begründen.

In einer parlamentarischen Demokratie bedürfen Entscheidungen, die gravierende negative Folgen auch für kommende Generation haben, der Beratung und demokratischen Beteiligung des Parlaments. Dieser Grundsatz wird mit diesem Gesetz verletzt. Es soll nur noch eine Unterrichtungspflicht gegenüber dem Haushaltsausschuss, nicht aber gegenüber dem ganzen Parlament gelten. Damit werden Parlamentarier unterschiedlicher Rangordnung geschaffen. Das ist mit deren prinzipieller Gleichrangigkeit nicht zu vereinbaren.

- (C) Die Bundesregierung kann obendrein die Parlamentsbeteiligung ganz umgehen, wenn sie besondere Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit vorgibt. Dann soll nicht einmal mehr der Haushaltsausschuss, sondern ein aus nur wenigen Mitgliedern des Ausschusses bestehendes Sondergremium entscheiden. Diese Beratungen und Entscheidungen mit weitreichenden Folgen werden am Parlament und an der Bevölkerung vorbei getroffen. Das ist nicht hinnehmbar.

Doch noch schwerwiegender für meine Entscheidung sind soziale Gründe.

Meine Fraktion, Die Linke, und ich lehnen die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms vor allem deshalb ab, weil schon die bisherigen Maßnahmen zur Euro-Rettung die Ausweitung der Krise nicht verhindert haben. Im Gegenteil: Die an die „Hilfskredite“ aus dem Rettungsschirm geknüpften radikalen Kürzungsaufgaben würgen die Binnenkonjunktur der Krisenländer ab, verhindern eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft und verschärfen die Schuldenkrise. Die Finanzmärkte wurden dadurch nicht beruhigt. Weiterhin werden gegen die sogenannte Krisenstaaten Wetten abgeschlossen und es wird munter weiterspekuliert. Bereits heute gehen Expertinnen und Experten sowie Finanzmarktakteure davon aus, dass auch die Aufstockung der EFSF nicht ausreichen wird.

- (D) Anstatt Konsequenzen aus der gescheiterten Politik zu ziehen, wird der Kurs unerschüttert fortgesetzt. In den Krisenländern bezahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner und andere Bevölkerungsgruppen mit Lohn- und Rentenkürzungen.

Der größte Sozialabbau der europäischen Nachkriegsgeschichte sorgt dafür, dass private Banken weiter spekulieren können. In Deutschland werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Haftung für die milliarden schweren Garantien genommen. Solange die Finanzmärkte nicht strikt reguliert, Banken nicht vergesellschaftet und die Staatsfinanzierung nicht von den Kapitalmärkten abgekoppelt wird, ist diese Krise nicht unter Kontrolle zu bringen.

Mit dieser Politik wird die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt. Sie ist ökonomisch gefährlich, weil die Spardiktate eine ökonomische Belebung der Krisenländer verhindern. Die Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Euro-Zone und EU ist nicht vorgesehen. Dies gefährdet zunehmend die europäische Integration: Rechtspopulistische Parteien, die die Ängste und die Wut der Menschen gegen Spardiktate in europafeindliche und nationalistische Propaganda kanalisieren, sind in vielen Ländern auf dem Vormarsch. Das Argument der Koalition – auch von SPD und Grünen –, es gehe mit dem Rettungsschirm darum, „Europa zu retten“, ist daher schlicht falsch.

Das europäische Projekt hat nur dann eine Zukunft, wenn es sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig und demokratisch gestaltet wird. Da die „Euro-Rettung“ in genau die entgegengesetzte Richtung weist, kann Die Linke als Europa bejahende Partei nicht zustimmen.

(A) **Nicole Bracht-Bendt (FDP):** Die Lösungen der Koalition in der europäischen Haushalts- und Finanzpolitik sollen die derzeitigen Turbulenzen an den Finanzmärkten eindämmen und neues Vertrauen etablieren. Nicht alle bisherigen oder geplanten Maßnahmen finden meine Zustimmung.

Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren. Ich habe in der Fraktion mit Kolleginnen und Kollegen für eine andere Entscheidung gekämpft. Es ist uns nicht gelungen, die Mehrheit der FDP-Fraktion zu überzeugen. Das respektiere ich. Aus Fraktionsdisziplin und Solidarität werde ich daher heute mit meiner Fraktion stimmen. Weiteren wie auch immer gearteten Ausweitungen eines Rettungsschirms werde ich nicht zustimmen.

Die Schaffung eines kleinen Gremiums, das anstelle des Haushaltsausschusses entscheiden kann, lehne ich ab, zumal dieses Gremium der Vertraulichkeit unterliegt. Es steht zu befürchten, dass damit die Beteiligung des Deutschen Bundestages ausgehebelt wird.

Eine freie Abstimmung wäre eine gute Stunde für den Deutschen Bundestag gewesen. Es ist möglich, dass es noch zu stärkeren Unsicherheiten für die Märkte kommt, falls heute keine Mehrheit aus der Koalition zustande kommt. Die Kapitalmärkte könnten entsprechend reagieren. Auch mit Blick auf die europäischen Nachbarn und die Partner in der Welt ist es für Deutschland mit dem Ziel eines stabilen Euro wichtig, ein Zeichen für eine geschlossene und entschlossene Koalition zu setzen.

(B) Das habe ich heute ebenfalls bei meinem Abstimmungsverhalten berücksichtigt. Aufgrund dieser Abwägung stelle ich meine persönlichen Bedenken und Zweifel zu den im Gesetzesvorhaben getroffenen Regelungen zurück und stimme den Änderungen an dem Gesetz zum europäischen Stabilisierungsmechanismus zu.

Klaus Brähmig (CDU/CSU): Die heutige Entscheidung ist fälschlicherweise zur Abstimmung über Krieg und Frieden in Europa hochstilisiert worden. Mit der Abstimmung über das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus wird der Versuch unternommen, die Versäumnisse, die bei der Euro-Einführung in der Vergangenheit gemacht wurden, auszugleichen. Den Unmut der Bürger kann ich teilweise verstehen. Denn wir helfen heute den Staaten, die seit Jahren wider besseres Wissen ihre Strukturveränderungen bewusst nicht auf den Weg gebracht haben bzw. auf Kosten der zukünftigen Generationen leben. Damit verhöhnt man die Verträge von Maastricht und die Euro-Stabilitätskriterien, die wir als Deutsche damals wie ein Banner vor uns hergetragen haben, um den Euro so stark und solide wie die DM zu halten.

Leider mussten die politischen Voraussagen zum Thema „Eurostabilität und Griechenlandhilfe“ auch von unserer Regierung aufgrund der finanzpolitischen Wirklichkeit ständig überholt werden. Dennoch beanspruche ich für mich, dass ich bei der heutigen Abstimmung nach bestem Wissen und Gewissen und zum Wohle des deut-

schon Volkes entscheiden werde. Dies streite ich aber auch meinen Kollegen nicht ab, die vielleicht zu einer anderen Entscheidung gelangen. Persönlich hoffe ich, dass wir durch die Fraktionsführung, die betroffenen fachpolitischen Gremien und die Bundesregierung umfassend informiert worden sind. Allerdings hätte ich mir gewünscht, dass unsere Fraktion stärker auch die Kritiker mit eingebunden hätte, unter anderem Wissenschaftler und Persönlichkeiten aus der Wirtschaft. Beispielsweise hätte man dann in einer Art Synopse die Lösungsvarianten und die daraus abgeleiteten Risiken und Kosten aufzeigen können.

Meine heutige Entscheidung, das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus zu unterstützen, treffe ich auch als Schutzmaßnahme für die einheimische, mittel ständische Wirtschaft, die in einem europäischen und weltweiten Wettbewerb steht. Die Zeiten von Wechselkursschwankungen will ich im europäischen Raum für die deutsche Wirtschaft nicht wieder erleben.

Mit meiner heutigen Zustimmung verbinde ich die Hoffnung, dass die Bundesregierung all ihre Kraft einsetzt, die europäischen Stabilitätskriterien wieder in den Mittelpunkt der Betrachtungen zu rücken. Dabei sollte durch die Einführung von Schuldenbremsen auf Ebene der Nationalstaaten eine Kultur der Stabilität etabliert werden. Außerdem ist es unumgänglich, dass Nationalstaaten auch den Staatsbankrott erleiden können. Nur dann ist gewährleistet, dass der Markt als sensibler Währungshüter frühzeitig eingreift.

Wer aus meiner Zustimmung abliest, dass ich weitergehende Finanzbelastungen für die Bundesrepublik Deutschland automatisch und damit ohne die Zustimmung des Parlaments als gewählter Volksvertreter zulasse, der irrt. Eine nochmalige Ausweitung des Verhandlungsspielraums werde ich nicht mittragen und mir entsprechende Konsequenzen für die Zukunft offenhalten.

Gemeinschaftlich mit Griechenland sollte die europäische Staatengemeinschaft darüber nachdenken, ob und inwieweit Griechenland durch den Auf- und Ausbau von Solaranlagen einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung Europas leisten kann und damit die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes deutlich verbessert wird. Auch bei der Tourismusentwicklung gibt es Optimierungsmöglichkeiten, die Griechenland dringend nutzen muss, um einen der wichtigsten Wirtschaftszweige wieder zu einem neuen Boom zu verhelfen und die entstehenden Einnahmen der Gesundung seiner Volkswirtschaft zuzuführen.

Dem heute vorliegenden Gesetzentwurf stimme ich aus den oben genannten Gründen zu. Für die Zukunft wünsche ich mir objektivierende Diskussionen über solche Fachthemen. Jede Hausfrau und jeder Normalbürger weiß, dass er Probleme bekommt, wenn er mehr ausgibt, als er einnimmt. Aus diesem Grund muss die Politik dafür Sorge tragen, dass auch in schwierigen Zeiten Haushaltsdisziplin unser oberstes Ziel ist. Wir leben derzeit schon auf Kosten der kommenden Generationen. Eine

- (A) Umkehr von diesem Weg der Haushaltsdisziplin versündigt sich an der Zukunft Deutschlands und Europas.

Michael Brand (CDU/CSU): Diese heutige Entscheidung bedeutet eine große, eine sehr große Verantwortung. Es geht um mehr als um die akute Nothilfe für Griechenland und die Stabilisierung der Euro-Zone.

Es kommt darauf an, nach bestem Wissen und Gewissen zu entscheiden. Das Wissen um die Folgen dieser schwerwiegenden Entscheidung hat niemand für sich gepachtet, es gibt für diese Operation keine „Blaupause“, kein „Drehbuch“. Die üblichen Sicherheiten und auch manche voll überzeugte Position sind angesichts der sehr unterschiedlichen, gar widersprüchlichen Einschätzungen auch seriöser Experten nicht überzeugend.

Es ist jedem klar, dass es keinen Königsweg gibt – wir haben die Wahl und die Pflicht, uns für die Lösungsalternative zu entscheiden, die nach sorgfältiger Analyse die geringsten Risiken und die bestmögliche Aussicht auf die Lösung der Krise birgt.

Im Ergebnis aller dieser Sorgen, der Faktoren und Argumente habe ich mehrfach und vielfach nachgefragt und hinterfragt, mich mit den Argumenten der Gegner wie der Befürworter intensiv befasst, bis in die letzten Tage und Stunden hinein.

Ich will hier ausdrücklich nur sehr knapp die bekanntesten Argumente einbringen, die für eine dauerhafte Lösung erforderlich sind.

- (B) Wir haben keine Euro-, sondern eine Schuldenkrise. Wer zu lange zu stark über seine Verhältnisse gelebt hat, der muss nun die Richtung ändern. Wir haben in Deutschland als dem stärksten EU- und Euro-Land die Schuldenbremse in die Verfassung geschrieben. Wer die Schulden zu hoch treibt und damit die Verfassung bricht wie kürzlich die rot-grüne Regierung in NRW, wird zur Rechenschaft gezogen. Das muss auch in Europa so kommen, und andere Euro-Staaten haben begonnen, dies ebenfalls in ihren Verfassungen zu verankern. Dazu brauchen wir Sanktionsmechanismen, die den Bruch der Stabilitätskriterien teuer machen, ebenso wie präventive Maßnahmen zur Überwachung staatlicher Haushaltspolitik in den Euro-Ländern.

Wir brauchen endlich eine internationale Regulierung der Finanzmärkte, auch wenn das ein bekannt schwieriges Thema ist. Wir müssen das Kasino beenden, und wir brauchen wieder Finanzmärkte, die nicht zocken, sondern seriöse Kredite an seriöse Kreditnehmer vergeben. Auch die Ratingagenturen, die mit ihren falschen, offenbar nicht geprüften Ratings in der Vergangenheit einen Hauptanteil an der Finanzkrise hatten, müssen kontrolliert werden. Die private Finanzwirtschaft muss an der Schadensbehebung unmittelbar beteiligt werden; erste Schritte sind getan, aber weitere müssen folgen, in Europa und global.

Für Staaten und Banken, die der Krise am Ende doch nicht gewachsen sind, brauchen wir geordnete Verfahren für eine geordnete Insolvenz, die eben nicht andere mit in die Krise reißt. Hier könnten wir in Europa und bei

- (C) den G20 schon weiter sein, wenn die deutschen Argumente stärker berücksichtigt und Protektionismus für die eigene Finanzwirtschaft von Großbritannien und den USA nicht so massiv vorgebracht worden wären.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus – ESM – und der Europäische Rettungsfonds – EFSF – waren und sind neue Antworten und Instrumente, um auf eine völlig neue Herausforderung zu reagieren. Sie sollen vor allem eines bringen: die gemeinsame Kraft der weltweit immer noch starken Euro-Zone gegen die Krisen in einzelnen Euro-Ländern mit auf die Waagschale zu bringen, um ein Kippen der Lage zu verhindern und den schwierigen Weg aus der Krise geordnet zu gehen – statt in ein Finanz- und Wirtschaftschaos abzugleiten, mit enormen Wirkungen auf die Realwirtschaft, auf Mittelstand und Arbeitsplätze, auch hier in Deutschland.

Schon bei der letzten großen Finanzkrise hat sich gezeigt, dass es „Gegenmittel“ gibt, die wir erfolgreich eingesetzt haben – nicht ohne Grund hat Deutschland eine im Vergleich zu anderen noch stärkere Position nach der Krise. Wir haben in der Krise die richtigen, jeweils erforderlichen Schritte eingeleitet, um Wachstum und Beschäftigung abzusichern und den Weg aus der Krise einzuleiten.

Dass Wirtschaft und Gewerkschaften gleichermaßen dazu aufrufen, die Ausweitung des europäischen Rettungsschirms zu beschließen, ist ein nicht unwesentlicher Hinweis auf die breite Unterstützung des Kurses der Bundesregierung in dieser komplexen und nicht ungefährlichen Lage.

- (D) Nicht zuletzt haben wir, die Deutschen, am stärksten vom Euro profitiert. Und wir werden unseren Teil der Verantwortung zur Stabilisierung der Schuldenkrise auch wahrnehmen. Dabei gibt es keinen Freibrief für Schuldensünder – für Hilfe muss Gegenleistung erbracht werden, und das verbindlich.

Nachdem ich mich sehr bewusst während der Beratungen mit Argumenten und auch mit Abstimmungsverhalten für eine Verminderung der Risiken für die Steuerzahler und eine Stärkung der Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages eingesetzt habe, kann ich heute nicht übersehen, dass es hier auch Fortschritte gegeben hat.

Die Bürgerinnen und Bürger können sicher sein: Es wird keine zentralen Entscheidungen mehr geben ohne ausdrückliche Beteiligung ihres Parlamentes, in das sie die Abgeordneten mit ihrem Vertrauen entsendet haben. Wir Abgeordneten stehen umso mehr in der Pflicht, sorgfältig zu analysieren und die Sorgen der Menschen aufzunehmen.

Wo Unsicherheit vorherrscht, ist Vertrauen mit das höchste Gut. Darum geht es ganz zentral: wieder Vertrauen schaffen. Vertrauen darauf, dass wir in Europa, mit aktiver deutscher Hilfe – als größter Wirtschaft in der EU –, die Krise meistern, wenn auch nicht von heute auf morgen. Vertrauen darauf, dass wir kommende kritische Phasen ordentlich überstehen, mit weniger Erschütterungen.

(A) Mittel- und langfristig geht es um die Stabilität unseres Kontinentes in einer sich dramatisch verändernden Welt. Es geht für uns, auch für unsere Kinder, um die Möglichkeit, unsere Rolle in der Welt auch in Zukunft aktiv gestalten zu können.

Es ist viel von Vertrauen die Rede in diesen Wochen und Monaten. Und es geht um viel, und vor allem um viel Vertrauen in diejenigen, die handeln und entscheiden können, und müssen. Wir alle sollten ein gesundes, ja tiefes Misstrauen haben gegenüber solchen, die erkennbar alles genau wissen und in keiner Weise nachdenklich zu sein scheinen: Wer bei dieser Dimension nicht nachdenklich auftritt, lässt auch Zweifel aufkommen, dass genug nachgedacht wurde.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben sich mit Sorgen um den Euro, um ihr Erspartes, auch um die Alterssicherung und die Zukunft ihrer Kinder oder Enkel an mich gewandt. Für mich sind das ernste Sorgen, die ich selbstverständlich sehr ernst zu nehmen habe.

Bislang hat die Realwirtschaft in Deutschland keinen Schaden genommen, Deutschland stabilisiert mit seiner starken Wirtschaft, auch mit dem Export weltweit und in die EU den Euro-Raum mit. Die Sorgen der Menschen werden ernst genommen, und auch das schafft Vertrauen, wie die letzten Zahlen zum Konsumklima als einem der wesentlichen Indikatoren für das Vertrauen der Bevölkerung in die wirtschaftliche Zukunft unterfüttern.

(B) Keine Lösung ist die Haltung der Opposition, den europäischen Rettungsmechanismus in einen Automatismus auszudehnen, der keine effiziente Kontrolle für Schuldenänderungen vorsieht. Schon bei der ersten notwendigen Hilfe gegen den Zusammenbruch Griechenlands hatte sich die SPD enthalten, die Lehman-Pleite hatte der damalige Finanzminister Steinbrück in der Wirkung fatal falsch eingeschätzt. Das ist wenig vertrauenswürdig für die Position der Opposition, die zudem mit ihrer damaligen rot-grünen Regierung die fiskalischen Todsünden gegen den Euro-Stabilitätspakt begangen hat: Schröder-Fischer-Eichel waren die ersten, die den von Kohl und Waigel ausgehandelten Stabilitätspakt gebrochen und Kritiker an diesem Bruch verhöhnt haben. Zum anderen wurde ausgerechnet Griechenland in die Euro-Zone geholt, obwohl das Vertrauen in die offiziellen griechischen Zahlen schon damals bei Kennern erschüttert war. Wer so gehandelt hat, kann nicht auf großes Vertrauen zählen, wenn es um die Zukunft des Euro geht.

Dass die Bundesregierung sich mit ihrer Forderung nach einer strengeren Regulierung endlich bei der EU-Kommission durchgesetzt hat, ist ein später Erfolg der Bundesregierung. Ebenso klar muss jeder wissen, dass sich SPD und Grüne im Europäischen Parlament in diesen Tagen genau gegen diese Stabilitätskriterien geäußert und gegen diese Vorschläge gestimmt haben.

Es ist also kein polemisches, populistisches Theater, das uns hier weiterhilft. Im Gegenteil: Das schafft kein Vertrauen. Wir wollen, ich will für unsere Zukunft, für meine und unsere Kinder, dass wir ein durch die Krise gesteuertes, erstarktes Europa haben und kein geschwächtes oder gar wirtschaftlich abgeschafftes Europa.

(C) Insgesamt komme ich so in der Gesamtabwägung aller mir zur Verfügung stehenden Argumente, also des Wissens zu diesem komplexen Thema zur Entscheidung, dass ich diese Ausweitung des europäischen Rettungsschirms dieses Mal mittragen kann.

Das ist kein Freibrief für künftige Entscheidungen. Es hat die Entscheidung mitbeeinflusst, dass dank unseres deutlichen Auftretens als Parlament gegenüber unserer Regierung, auch des Präsidenten des Deutschen Bundestages, unseres Kollegen Professor Dr. Lammert, die Rechte des Deutschen Bundestages bei der Stabilisierung der Euro-Zone nochmals deutlich gestärkt wurden. Es wird keinen Automatismus zu weiteren Ausweitungen der Garantien der Bundesrepublik Deutschland geben, weil es diesen Automatismus nicht geben darf. Im Gegenteil: Jeder nächste Schritt wird vom Deutschen Bundestag geprüft, der Deutsche Bundestag muss entscheiden über Ja oder Nein – und erst dann wird, wiederum im Bundestag, im Haushaltsausschuss unter diesen Vorgaben über die Einzelheiten entschieden.

Das ist ein wichtiges Signal auch dafür, dass Demokratien diese nationalen und internationalen Herausforderungen besser bestehen als Länder wie China und andere, die keine Rücksichten auf die Sorgen ihrer Bevölkerung nehmen.

Der Deutsche Bundestag vertritt den Souverän, das deutsche Volk, auch in diesen Fragen, auch gegenüber und manches Mal gar gegen die Forderungen der EU oder der Euro-Partner.

(D) Unter diesen, auch vom Parlament erreichten Rahmenbedingungen fällt es mir nicht leicht, ist aber dennoch die nach Abwägung aller Positionen richtige Entscheidung, heute dem Gesetzentwurf zum europäischen Rettungsschirm zuzustimmen.

Bei den weiteren Beratungen bleibe ich kritischer Teilnehmer als Vertreter der Menschen, die mich mit dem Vertrauen ausgestattet haben, ihre Interessen nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten.

Marco Bülow (SPD): Zu meinem Abstimmungsverhalten am heutigen Tage erkläre ich Folgendes: Ich stimme dem Gesetzentwurf zu, möchte aber folgende Bedenken zu Protokoll geben:

Das vorliegende Gesetz hat eine Dimension und eine Tragweite, die selbst Fachleute nicht überblicken können. Ich bin kein Finanzexperte und muss eingestehen, dass ich mich auf die Vorgaben der Fachleute verlassen muss. Ich sehe keine inhaltliche Alternative, die ich für unproblematischer halte, und folge deshalb der SPD-Fraktion und stimme dem Gesetz zu.

Zur Darlegung meiner inhaltlichen Kritikpunkte. Eine Politik, die darauf abzielt, Sozialleistungen und Löhne abzubauen und Löhne zu senken, wie das jetzt in Griechenland und teilweise in Südeuropa – auch durch Druck der Bundesregierung – geschieht und wohl weiterhin geschehen wird, ist zweifelhaft. Dies ist eine neoliberale Politik, die ganz sicher zu keiner Stabilisierung der Verhältnisse in Griechenland führen wird.

(A) Die Binnenkonjunktur in Griechenland wird unter diesen Maßnahmen leiden. Auch auf die deutsche Exportwirtschaft wird dieses Gesetz Auswirkungen haben. Sie wird zukünftig einen schwächeren Absatzmarkt in Griechenland vorfinden. Zudem sind andere Länder wie Italien, Spanien oder Frankreich in der Gefahr, dieselben Konsequenzen tragen zu müssen. Die Regulierung der Finanzmärkte ist zwingend erforderlich, wenn wir das europäische Finanzsystem insgesamt stabilisieren wollen. Dies muss nun zügig durchgesetzt werden.

Neben der inhaltlichen Abwägung gibt es allerdings noch die Diskussion über die demokratische Kontrolle des Rettungsschirms.

Ich sehe meine Rechte aus Art. 38 GG, Art. 20 GG sowie dem Demokratieprinzip durch die vorgesehene Lösung gefährdet. Ich halte die Beteiligung des Bundestages bei konkreten Hilfszusagen in jedem neuen Einzelfall für unverzichtbar. Der Kompromiss, der auf Betreiben der SPD-Fraktion gefunden wurde, ist nur eine Mindestlösung. Danach darf der Vertreter der Bundesregierung in der EFSF, der European Financial Stability Facility, einem Beschlussvorschlag, der die haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Bundestages berührt, nur dann zustimmen, wenn das Parlament zuvor einen zustimmenden Beschluss gefasst hat. Bei besonderer Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit sollen die Beteiligungsrechte des Bundestages von einem Unterausschuss des Haushaltsausschusses wahrgenommen werden, dem neun Mitglieder aus allen Fraktionen angehören sollen. Die SPD hat dazu einen Änderungsantrag vorgelegt, nach dem auch in Fällen der Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit der Haushaltsausschuss zustimmen soll – und nicht das Sondergremium. Dies wurde von der Regierung leider abgelehnt.

Insgesamt wird es sehr wichtig sein, dass wir genau überprüfen, ob damit auch die erforderlichen Ziele erreicht werden können. Diese Entscheidung reiht sich ein in eine Politik, bei der die Rechte des Parlaments und der einzelnen Abgeordneten immer weiter eingeschränkt werden. Diese Entwicklung halte ich für bedrohlich. Es wird Zeit, darüber endlich ausgiebig zu diskutieren und gegenzusteuern.

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE): Ich stimme dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus aus zwei Gründen nicht zu:

Erstens: Die Aufstockung der Mittel des Stabilisierungsfonds ist im Ergebnis eine Unterstützung der Banken, der Finanzinstitute, der Reichen und der Superreichen. Im Haftungsfall werden wie immer die entstehenden Lasten aber von der großen Mehrheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler getragen. Ich befürchte auch eine Kürzung von Renten und anderen Sozialleistungen. Die Bundesregierung ist jedenfalls nicht bereit, für die gegenwärtigen Sozialstandards eine Garantieerklärung abzugeben. Deshalb lehne ich das Gesetz ab.

Den Menschen in den Ländern, die Mittel von der EFSF erhalten, wird nicht wirklich geholfen: Die stren-

gen Auflagen treffen dort vor allem die Geringverdienerinnen und Geringverdiener, die Rentnerinnen und Rentner. Die Folge davon ist, dass die Binnennachfrage einbricht. Dadurch werden weitere Menschen arbeitslos, und die Steuereinnahmen sinken. Die Fähigkeit zur Rückzahlung der gewährten Kredite wird immer weiter eingeschränkt. Das zeigt die Entwicklung in Griechenland. Auch deshalb sage ich Nein zu dem Gesetz. (C)

Wir wollen stattdessen die Regulierung der Finanzmärkte, also die Banken endlich an die Kette legen, die Heranziehung der Riesenvermögen zur Schuldentilgung und eine konstruktive Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland und anderen betroffenen Ländern.

Zweitens: Ich lehne das Änderungsgesetz auch deshalb ab, weil es die demokratisch-parlamentarische Kontrolle des Bundeshaushalts aushöhlt. Im Rahmen der EFSF werden Entscheidungen getroffen, die Auswirkungen für spätere Generationen haben – so viel zur viel beschworenen Generationengerechtigkeit.

Die demokratische Kontrolle durch uns gewählte Abgeordnete kann durch Unterrichtungen und Entscheidungen des Haushaltsausschusses nicht ersetzt werden. Noch weniger ist es mit demokratischen Grundsätzen vereinbar, wenn wichtige parlamentarische Entscheidungen an ein kleines Sondergremium delegiert werden. Auch deshalb sage ich Nein zu dem Gesetz, das die Unterordnung demokratischer Verfassungsprinzipien unter das Diktat der Finanzmärkte bedeutet.

Marco Buschmann (FDP): Wir debattieren heute über einen vom Bundesrat eingebrachten Gesetzentwurf zur Einführung von Kammern für internationale Handelssachen. Lassen Sie mich kurz einführen, warum ich es als wichtig erachte, diesen Gesetzentwurf hier im Deutschen Bundestag zu diskutieren. (D)

In einer globalisierten Handelswelt begegnen wir dem Wettbewerb nicht nur auf rein ökonomischer Ebene. Ebenso muss sich unser Rechtssystem im Vergleich zu anderen Rechtskreisen behaupten. Insbesondere in der internationalen Geschäftswelt ist das angelsächsische Recht auf dem Vormarsch. Das liegt nicht an der Überlegenheit des Common Law. Vielmehr herrscht in der juristischen Fachwelt die Auffassung vor, dass das deutsche Recht im internationalen Vergleich einen sehr hohen Qualitätsstandard für sich beanspruchen kann. Dieser hohe Qualitätsstandard setzt sich in der Rechtspflege fort. Deutsche Gerichtsverfahren führen in der Regel schnell und mit vergleichsweise niedrigen Kosten zu einem für die Rechtsuchenden befriedigenden Ergebnis. Somit eignen sich nicht nur unsere Waren als Exportschlager. Auch unser Rechtssystem könnte einer werden.

Jedoch ist das deutsche Recht im Vergleich zum Common Law einem Wettbewerbsnachteil ausgesetzt. Unser Rechtskreis könnte durch Abbau dieses Wettbewerbsnachteils attraktiver werden: Der angelsächsische Rechtskreis spielt bislang den Vorteil der englischen Sprache als internationale Handelssprache voll aus. Un-

- (A) ternehmen weichen häufig auf englischsprachige Gerichtsstände aus oder vereinbaren Schiedsklauseln unter Verwendung der Verfahrenssprache Englisch, weil Englisch meist allen Beteiligten geläufig ist.

Die Einführung von Kammern für internationale Handelsachen, in denen Englisch als Gerichtssprache zugelassen werden soll, kann dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Rechts international erheblich zu verbessern und die Ausweichbewegungen abzumildern.

Dass es bereits jetzt ein Bedürfnis für einen solchen Ansatz gibt, hat ein Modellprojekt des Oberlandesgerichtsbezirks Köln gezeigt. Die Landgerichte Köln, Bonn und Aachen haben in ihren Geschäftsverteilungsplänen Kammern eingerichtet, in denen auf Englisch verhandelt werden kann. Sie berufen sich dabei auf § 185 GVG, wonach bei Übereinstimmung des Klägers und des Beklagten die Verhandlung in englischer Sprache geführt wird, wenn beide auf einen Dolmetscher verzichten und der Prozess einen internationalen Bezug aufweist. Sowohl die Justiz als auch die Anwaltschaft in Köln sind sich sicher, dass ihre Region, die Sitz von vielen internationalen Unternehmen ist, nur so attraktiv bleiben kann.

Der vorliegende Gesetzentwurf will dabei nicht nur erreichen, dass nach § 185 GVG ausnahmsweise in englischer Sprache verhandelt werden kann, sondern dass auch Schriftsätze und Urteile entsprechend ausgefertigt werden können. Damit kann die Sprachbarriere des deutschen Rechts für internationale Unternehmen weiter abgebaut werden. Um dieses Vorhaben zu prüfen und weiterentwickeln zu können, wird der Rechtsausschuss zu diesem Gesetzentwurf im November eine öffentliche Anhörung durchführen.

- (B) Zuletzt möchte ich noch auf die Sorgen der Kritiker eingehen. Es geht nicht um die Ersetzung der deutschen Sprache als Gerichtssprache. Vielmehr geht es darum, unser hervorragendes Rechtssystem zu bereichern. Es geht lediglich um eine eng begrenzte Ausnahme für den internationalen Handelsverkehr, die das Einverständnis aller Beteiligten voraussetzt. Dagegen kann, wie ich meine, niemand etwas haben.

Sylvia Canel (FDP): Vertrauen in ein gemeinsames Europa mit einer gemeinsamen Währung setzt voraus, dass sich alle Länder an einen nachvollziehbaren und stabilitätsorientierten Ordnungsrahmen halten. Dieser Rahmen sollte eine schlüssige Perspektive und Anreize zum verlässlichen und nachhaltigen Handeln bieten. Eigenverantwortung, Haftung und Kontrolle gehören zusammen und sind Grundlage unserer europäischen Gemeinschaft und nicht voneinander trennbar.

Die Länder sind in hohem Maße eigenverantwortlich und dem Maastrich-Vertrag, der die Staatsverschuldung auf ein unkritisches Maß begrenzt, verpflichtet. Die Schwellenwerte von 3 Prozent für das laufende Defizit und 60 Prozent für den Schuldenstand – jeweils bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt – haben einen ausgeglichene Haushalt zum Ziel, ein Ziel, das mit Nach-

- druck verfolgt werden muss. Der, der dazu nicht bereit ist, gefährdet die Gemeinschaft und nicht der, der auf die Einhaltung des Ziels besteht. (C)

Trotz der Richtigkeit des gemeinsamen Vertrages wurde dieses Ziel immer weiter aus den Augen verloren. Es fehlte der politische Wille zur Umsetzung. Es existiert also kein unmittelbares Regelungsdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit, das die heutige Krise begründet. Die zunehmende Verflechtung der Finanzinstitutionen macht es jedoch auch erforderlich, nachzusteuern und neue Regelungen zu ergänzen. Meine Fraktion hat diese Instrumente maßgeblich erarbeitet. Diese Arbeit unterstütze ich, deshalb stimme ich nicht mit einem Nein.

Die vorgelegten Lösungen der Koalition in der europäischen Haushalts- und Finanzpolitik sollen die Grundlagen für Maßnahmen legen, die es erlauben zielorientierter zu fördern und konsequenter zu fordern. Bedauerlicherweise sind diese Instrumente damit verbunden, dass die Bürgschaftssumme für Deutschland ein weiteres Mal erheblich erhöht wird, was zu einer großen Belastung führt und am Ende zum Verlust der deutschen Kreditwürdigkeit führen könnte. Der Aufbau Europas auf Schulden ist ein Weg, der die politische Gestaltungsmöglichkeit kommender Generationen erheblich einschränkt und deshalb nicht meine Zustimmung finden kann.

In Abwägung der unterschiedlichen Positionen enthalte ich mich der Stimme.

- Dr. Peter Danckert (SPD):** Zu meinem Abstimmungsverhalten zum heutigen Tage erkläre ich Folgendes: Ich stimme dem Gesetzentwurf zwar zu, möchte aber folgende Bedenken zu Protokoll geben: (D)

Ich bin davon überzeugt, dass die Rettungsmaßnahmen, die mit dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines Europäischen Stabilitätsmechanismus einhergehen, der richtige Weg zur Rettung des Euro-Raums sind. Die haushaltsrechtliche Gesamtverantwortung des Deutschen Bundestages wird jedoch durch die in § 3 Abs. 3 vorgesehene Regelung nicht verfassungsgemäß ausgestaltet. Meine Rechte aus Art. 38 GG, Art. 20 GG sowie dem Demokratieprinzip werden durch die vorgesehene Lösung auf verfassungswidrige Weise unterlaufen. Deshalb werde ich voraussichtlich gegen das Gesetz Organklage vor dem Bundesverfassungsgericht erheben.

Die Tatbestandsmerkmale der Vertraulichkeit oder Eilbedürftigkeit sind meiner Ansicht nach keine überzeugenden Argumente, um die vorgesehene Ausgestaltung des § 3 Abs. 3 zu rechtfertigen.

Erstens. Fälle besonderer Vertraulichkeit:

In den letzte Jahrzehnten gab es meiner Kenntnis nach keinen Fall, in dem ein Abgeordneter die vorgesehene Vertraulichkeit der zu treffenden Entscheidungen – zum Beispiel Dokumente, die als Geheim klassifiziert sind – gebrochen hat. Daher ist es nicht nachvollziehbar, dass man zwischen denjenigen unterscheidet, denen man die Geheimhaltung zutraut, und solchen, die die Vertrau-

- (A) lichkeit mutmaßlich brechen. In dieser Handhabung sehe ich eine Verletzung meiner Rechte, sowohl als Abgeordneter, als auch als Person.

Zweitens. Fälle besonderer Eilbedürftigkeit:

Bei einer eilbedürftigen Situation, die zum Beispiel bei einer Intervention der EFSF am Sekundärmarkt vorliegt, könnten die Mitglieder des Haushaltsausschusses ebenso schnell zusammengerufen werden, wie die Mitglieder des Kleinstgremiums. Wenn mehrere Mitglieder des Kleinstgremiums sich zum besagten Zeitpunkt beispielsweise auf einer Dienstreise in Australien befinden, dann sind sie gleichermaßen schwer zu erreichen. Ich hoffe inständig, dass die verantwortlichen parlamentarischen Geschäftsführer nicht vorhaben, eine Telefon- oder Videokonferenz für diese Fälle vorzusehen, und so die Abstimmung aus der Ferne zuließen. Dies würde in entscheidender Weise die Geheimhaltung gefährden.

Ein solches Verfahren widerspricht darüber hinaus den organschaftlichen Verpflichtungen, die der Deutsche Bundestag sich selbst gegeben hat. Es ist in keinem Fall zulässig, die Zustimmung, beispielsweise zum Haushaltsgesetz, per Telefon zu erklären. Es ist stets die Anweisung im Plenum oder im Ausschuss erforderlich.

Reiner Deutschmann (FDP): Ich habe Zweifel, ob der zur Abstimmung vorliegende Gesetzentwurf der einzig richtige Weg ist, um die Schuldenkrise der Euro-Staaten wirksam zu bekämpfen. Auch wenn ich das Ziel grundsätzlich teile, in Not geratenen Euro-Staaten zu helfen, so muss es nach meiner Überzeugung möglich sein, diejenigen Staaten in eine geordnete Insolvenz zu überführen, die ihr Schuldenproblem nicht mehr bewältigen können oder wollen. Problematisch ist aus meiner Sicht auch, dass die Risiken, die aus der Schuldenkrise einiger Euro-Staaten resultieren, nicht vollumfänglich eingeschätzt werden können.

Ich stimme dem Gesetzentwurf dennoch zu, da es derzeit keine anderen schlüssigen Alternativen zur Rettung der Euro-Krisenstaaten gibt. Mit dem Gesetzentwurf beweist die Koalition von CDU/CSU und FDP, dass sie handlungsfähig ist und sich ihrer staatspolitischen Verantwortung stellt, im Bewusstsein der wirtschaftlichen Bedeutung Europas für unser Land sind Union und FDP gewillt, die zur Stabilisierung unseres Finanzsystems notwendigen Schritte einzuleiten, auch wenn dies bedeutet, Deutschland einer verschärften Bürgschaft für Euro-Krisenstaaten zu unterwerfen.

Meine Zustimmung erteile ich nur, da festgeschrieben ist, dass jede finanzielle Zusage auf Grundlage dieses Gesetzes von der Zustimmung des Deutschen Bundestages und seiner Gremien abhängig gemacht wird. Damit erfährt das deutsche Parlament eine bis dahin nie dagewesene Stärkung seiner Bedeutung bei finanzpolitischen Entscheidungen europäischen und weltweiten Ausmaßes.

Thomas Dörflinger (CDU): Die Erweiterung der EFSF wird nicht die gewünschten Effekte bringen. Nach meiner Überzeugung würde selbst der auf 780 Milliar-

den Euro erhöhte Garantierahmen nicht ausreichen, falls sich die Krise ausbreitet und Italien oder Spanien erreicht – zumal die EFSF künftig auch Anleihen angeschlagener Euro-Länder kaufen soll. Unklarheiten bestehen weiterhin dadurch, dass die zusätzlich vorgesehenen Kompetenzen des Rettungsschirms noch nicht abschließend geregelt sind. Fraglich ist auch, wie sich die Beschlüsse des Europäischen Rates vom 21. Juli 2011 auf die praktische Arbeit des Fonds auswirken, da die Ausführungsbestimmungen zum EFSF-Rahmenvertrag noch nicht vollständig vorliegen. Warum sollte Deutschland weitere Garantien geben und Gefahr laufen, selbst Kreditwürdigkeit einzubüßen? Eine Schuldentragfähigkeit Griechenlands ist bereits heute nicht mehr gegeben. Mit neuem Geld, neuen Schulden wäre Griechenland nicht geholfen, das schon in der Vergangenheit die Anforderungen der sogenannten Troika nicht erfüllen konnte.

Konditionalität: Das führt mich zu einem zentralen Punkt: Mit der Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts wurden Teile der nationalen Budgetkontrolle an die EU abgetreten. Bisher sehe ich aber nicht, dass die neuen Regeln greifen. Wahrscheinlicher ist, dass gerade hoch verschuldete Länder wie Griechenland immer wieder Wege finden werden, um Verschuldungsregeln zu umgehen. Wir geben zwar Geld, unsere Einflussmöglichkeiten und Durchgriffsrechte auf die zu rettenden Länder sind aber zu gering. Daher halte ich den eingeschlagenen Weg für falsch. Das Signal an die Märkte muss heißen: keine unbegrenzten Hilfen, keine Spekulation gegen ohnehin schon angeschlagene Länder, kein „Weiter-so“ um jeden Preis. Die Politik ist zum Spielball der Finanzmärkte geworden, eine Entwicklung, die dringend der Umkehrung bedarf.

Leverage-Effekt: Die aktuelle Diskussion um eine nachträgliche Ausweitung des Rettungsfonds macht außerdem deutlich, wohin die Reise gehen könnte. So existieren Planspiele, die EFSF mit einem „Hebel“ zu versehen, um ihr Ausleihvolumen erheblich zu vergrößern. Ich halte es für durchaus denkbar, dass der Fonds in die Lage versetzt werden soll, selbst Anleihen der Krisenstaaten zu kaufen; diese werden dann bei der EZB als Sicherheit hinterlegt und der Fonds bekäme dafür von der Zentralbank neues Geld für weitere Ankäufe. Das sind Stimmen, die bereits selbst aus der Kommission zu hören sind und einer praktisch unbegrenzten Kreditlinie für den Fonds das Wort reden.

Unabhängig davon, wie wahrscheinlich die Aufhebung des Rettungsschirms ist: Die Märkte eilen der Politik wieder einmal voraus. Der Bundestag stimmt heute über die Aufstockung des Rettungsschirms ab, während die Märkte längst über den nächsten Schritt spekulieren und damit neue Gefahren aufzeigen.

EZB-Risiken: Der Kauf von Staatsanleihen durch die EZB birgt erhebliche Risiken. Am Beispiel Italien zeigt sich, dass dadurch die Zinsen für Schuldverschreibungen sinken, wodurch der Anreiz für weitere Sparanstrengungen sinkt. Ein weiteres Problem sind die sogenannten Offenmarktgeschäfte. Bereits heute sind Banken in einigen Ländern allein auf die EZB angewiesen, können sich nicht mehr im Interbankenmarkt finanzieren.

- (A) Das Resultat ist die Akzeptanz minderwertiger Sicherheiten durch die EZB und für mich die Frage, wie beherrschbar die Risiken sind, die die EZB im Rahmen ihrer geldpolitischen Maßnahmen eingegangen ist.

Bonität Deutschlands: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die Preise für die Kreditausfallversicherungen deutscher Staatsanleihen deutlich gestiegen sind. Darin sehe ich zumindest ein Anzeichen, dass sich Deutschland mit weiteren Garantieübernahmen überfordern könnte, der Garantieansatz insgesamt an seine Grenzen stößt. Das Vertrauen in die deutsche Zahlungsfähigkeit ist jedoch in der gegenwärtigen Situation von zentraler Bedeutung, weil Deutschland einen Großteil der Unterstützungslieferungen für die Euro-Krisenländer aufbringt. Darauf hat auch jüngst Bundesbankpräsident Weidmann hingewiesen. Die Wahrscheinlichkeit, dass Deutschland für die Kreditzusagen auch tatsächlich in Haftung genommen wird, ist zumindest gegeben. Wir dürfen unsere Wirtschaftskraft auch nicht überschätzen.

Finalität: Die Erweiterung des deutschen Bürgschaftsrahmens für die EFSF steht in einer Reihe von zahlreichen Hilfsmaßnahmen für verschuldete Staaten, dessen Ende nicht absehbar ist. Bislang sind diese Maßnahmen ohne nachhaltige Wirkung geblieben, die angekündigten Ziele wurden nicht erreicht, insbesondere wurde das Vertrauen der Kapitalmärkte in Griechenland nicht gestärkt. Ich gehe weiterhin davon aus, dass an einer Umschuldung Griechenlands kein Weg vorbeiführt. Dem Argument, mit einer EFSF plus würden Ansteckungsgefahren vermieden, halte ich entgegen, dass neben Griechenland weitere Staaten in Bedrängnis gekommen sind – trotz des Rettungsschirms. Lediglich der formale Zahlungsausfall Griechenlands konnte bislang verhindert werden, das allerdings um den Preis einer europäischen Haftungsgemeinschaft, exorbitanter Garantieleistungen und eines Glaubwürdigkeitsverlustes der EZB.

(B)

Dagegen wäre der – für mich ohnehin nicht zu vermeidende – Haircut Griechenlands eine Alternative, die auf dieses Land beschränkt bliebe. Irland und Portugal haben nicht die strukturellen Probleme wie Griechenland und können mit dem bisherigen Rettungsschirm stabilisiert werden. Richtig ist, dass Ansteckungseffekte unvermeidlich sind. Jedoch können die tatsächlichen Kosten für beide Szenarien nicht berechnet werden, bei einer Insolvenz Griechenlands gäbe es – das ist der große Vorteil – aber immerhin einen Schlusspunkt.

Politisches Signal an die Märkte: Letztlich ist ebenso entscheidend, welches politische Signal an die Märkte gesandt wird. Die Installation von EFSF und ESM ist dem Grunde nach lediglich reaktiv. Der Gesetzentwurf versucht, künftige Risiken zu minimieren oder beherrschbar zu machen. Notwendig wäre ein deutliches proaktives Signal, das einerseits den Willen der Politik kenntlich macht, sowohl durch eine nachhaltige Etatpolitik in den EU-Mitgliedstaaten die Ursachen der Krise anzugehen als auch weitergehende Maßnahmen zur Regulierung der Märkte umzusetzen, zu denen eine Zulassungsprüfung von Finanzprodukten ebenso gehören muss wie das Verbot von Produkten, die die dienende Funktion des Bank- und Finanzsektors für die Realwirt-

- schaft konterkarieren. Das Verbot von Leerverkäufen war ein erster Schritt, dem weitere folgen müssten. Primat der Politik heißt folglich: Die Politik regelt den Markt und nicht umgekehrt! (C)

Werner Dreibus (DIE LINKE): Ich stimme aus folgenden Gründen gegen diesen Gesetzentwurf der Bundesregierung:

Erstens. Die Maßnahmen greifen nicht die Krisenursachen an. Von der Ausweitung des Euro-Rettungsfonds profitiert ausschließlich der Finanzmarkt. Banken und Spekulanten werden aus Steuergeldern bedient. Die Ursachen der Krise bleiben gleichzeitig unangetastet. Die Krisenländer werden nicht unterstützt, sondern durch falsches Sparen weiter ausgeblutet. So wird die Krise nicht bewältigt, sondern nur weiter befeuert.

Zweitens. Die Falschen müssen zahlen. Statt aus Steuergeldern die Banken zu bedienen, sollten die Krisenfolgen primär von denen getragen werden, die zuvor von dem System profitierten. Ohne eine Börsenumsatzsteuer, eine EU-weite Vermögensabgabe für Superreiche und eine Beteiligung großer privater Gläubiger sind die Belastungen und Risiken für diese Erweiterung des Euro-Rettungsschirms zutiefst ungerecht verteilt.

Drittens. Die möglicherweise enormen Aufwendungen sind demokratisch nicht ausreichend legitimiert. Nach dem vorliegenden Entwurf kann die Bundesregierung unter bestimmten Umständen die Parlamentsbeteiligung praktisch völlig umgehen. Die Unterrichtspflichtigen sind nicht ausreichend. Vielmehr müssen die Finanzmärkte streng reguliert werden, die Banken müssen unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Nur durch diese Maßnahmen ist sichergestellt, dass die Steuergelder im Sinne der Steuerzahler verwendet werden. (D)

Viertens. Der Schutz der großen Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger ist nicht ausreichend. Rentnerinnen und Rentner, Transferleistungsbeziehende und Menschen mit kleinen oder mittleren Einkommen sind auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen. Durch die möglichen immensen Ausgaben im Haftungsfall drohen europaweit ein weiterer drastischer Sozialabbau und Steuererhöhungen für niedrige und mittlere Einkommen. Heute schon verheerend sind die Auswirkungen für die Menschen in den sogenannten Krisenländern: Massenentlassungen, Sozialabbau, Einkommensverluste und Steuererhöhungen greifen in Griechenland bereits um sich und verstärken die Krisenfolgen noch.

Alexander Funk (CDU/CSU): Das Gesetz zur Erweiterung der EFSF setzt den aus meiner Sicht falschen Weg der Schuldenkrisenbewältigung durch Bürgschaftsübernahmen fort. Der weiteren Erhöhung der Risiken für unseren Haushalt, die sich durch die Anhebung des Garantierahmens auf 779,8 Milliarden Euro ergeben, sowie der Abschwächung der strikten Konditionalität bei der Gewährung von Kredittransfers kann ich nicht zustimmen und lehne das vorliegende Gesetz ab.

In dreifacher Weise ist die Intention der Einrichtung eines temporären Rettungsmechanismus vom 7. Mai

- (A) 2010 – vor der ich bereits damals gewarnt habe – als gescheitert anzusehen:

Mit der Einrichtung der Zweckgesellschaft EFSF nur einige Tage nach der Bewilligung des ersten Griechenlandpaketes in Höhe von 110 Milliarden Euro verband sich die Hoffnung, dass durch eine Gesamtgarantie von 440 Milliarden Euro seitens der Euro-Länder ein Instrumentarium geschaffen worden sei, dass alleine durch seine Existenz die weitere Spekulation auf Zahlungsausfälle überschuldeter Euro-Staaten eindämmen könnte und die notwendige Zeit zu strukturellen Anpassungen und haushälterischen Sparbemühungen schenken würde. Von einer Beruhigung der Finanzmärkte kann indes keine Rede sein, im Gegenteil: Ein Jahr später stehen nicht nur Portugal und Irland vor langjährigen und tief greifenden Anpassungsprozessen, deren Ausgang und Erfolg angesichts der weltweiten Wirtschaftssituation sowie der makroökonomischen und strukturellen Grundlagen der Länder selbst höchst fragwürdig ist. Die Ausweitung des Garantierahmens ist nun auch bereits vor der Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation der Banken in Frankreich, der berechtigten Herabstufung der Bonität Italiens sowie den Zweifeln an einer mittelfristigen Verbesserung der Wirtschaftslage in Spanien zu sehen.

- (B) Auch rächt es sich, dass seit über einem Jahr die unvermeidbare Insolvenz Griechenlands gegen alle Ratschläge ignoriert und durch Milliardenbürgschaften verschleppt wurde. Das neue Rettungspaket für Griechenland in Höhe von 109 Milliarden Euro reduziert bereits das effektive Ausleihvolumen der EFSF auf circa 280 Milliarden Euro. Es ist schon jetzt absehbar, dass jede weitere und naheliegende Zuspitzung der Schuldenkrise – etwa ihre Ausweitung auf Italien, Spanien oder gar Frankreich – weder durch die EFSF-Konstruktion noch überhaupt durch eine Erhöhung des Garantierahmens durch Länder mit AAA-Bonität zu beherrschen ist.

Überdies hegte man die Hoffnung, durch Kredittransfers in sogenannten Ultima-Ratio-Fällen einerseits Zeit zur Konsolidierung gewinnen zu können, andererseits aber die notwendige Disziplinierung der Schuldenstaaten durch Zinsaufschläge am freien Kapitalmarkt nicht völlig zu suspendieren. Dies ist offenkundig gescheitert, wie die neuen Instrumentarien der EFSF eindrucksvoll belegen: Jede Kompetenzerweiterung der EFSF in der vorgelegten Fassung ist dazu angetan, die disziplinierende Wirkung durch die Kapitalmärkte selbst weiter zu schwächen bzw. restlos auszuhebeln: Niedrigere Zinssätze und längere Laufzeiten für GRE, POR und IRL entlasten weiter von unvermeidlichen Restrukturierungen der Volkswirtschaften bzw. verzögern die griechische Schuldenagonie weiter. Anleihenkäufe durch die EFSF auf dem Primär- und Sekundärmarkt entkoppeln die Kreditaufnahme der Schuldenländer nahezu beliebig von den Bewertungen der Kapitalmärkte selbst und laden dazu ein, die Schuldenspirale weiter zu überdehnen. Die Möglichkeit des Aufkaufs ohne vorherige Integration des entsprechenden Landes in ein Hilfsprogramm führt die angestrebte Konditionalität der Hilfsmaßnahmen ebenso ad absurdum wie die Möglichkeit des präventiven Gebrauchs der Mittel.

- (C) Mit diesen Instrumentarien wird nun auch offensichtlich versucht, den Sündenfall der Degradierung der EZB zu einer Bad Bank vergessen zu machen: Die eigentlich der Geldwertstabilität verpflichtete EZB ist inzwischen mit 143 Milliarden Euro direkt in Staatsanleihen der Euro-Peripherie investiert, wobei pro Woche zwischen 10 und 15 Milliarden Euro in Stabilisierungskäufe für ITA- und ESP-Bonds hinzukommen. Selbst wenn diese ökonomisch falsche Maßnahme nun seitens der EFSF fortgeführt wird, ist eine Erschöpfung des Ausleihvolumens innerhalb des nächsten halben Jahres absehbar. Auch vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass der eingeschlagene Weg mit hoher Wahrscheinlichkeit entweder zu einer Erweiterung des Garantierahmens führen muss oder zu einer fortgesetzten Umwidmung der EZB zum Finanzierungsinstrument für die Euro-Peripherie.

Die Pervertierung ihrer eigentlichen Aufgabe und die Leichtigkeit, mit der offensichtlich die stabilitätsorientierten Vertreter im EZB-Rat überstimmt werden, ohne die nötige politische Rückendeckung zu erhalten, hat zu einem irreparablen Verlust des Vertrauens in die Unabhängigkeit der Notenbank geführt, vor dessen Folgen ich gewarnt habe und weiter warnen werde. Ich lehne es entschieden ab, die Refinanzierungsprobleme einzelner Staaten durch eine Aufhebung der Geldwertstabilität lösen zu wollen.

- (D) Den Vertretern unseres Landes im EZB-Rat, die sich bis zuletzt gegen die Bad-Bank-Politik gewehrt haben und verständlicherweise ihre persönlichen Konsequenzen gezogen haben, gilt mein Respekt und mein Dank für ihre Bereitschaft, zu ihren richtigen Überzeugungen zu stehen.

Auch mit der EFSF-Neufassung wird es nicht gelingen, verlorenes Vertrauen in die Schuldentragfähigkeit aller Euro-Staaten zurückzugewinnen. Zu Recht gehen Investoren nicht davon aus, dass durch eine Mischung aus rezessiven Mitteln – massive Ausgabenkürzungen und Einnahmeerhöhungen – und Kredittransfers auch nur annähernd die zur Schuldenreduktion benötigte wirtschaftliche Dynamik generierbar sein könnte. Diese Bewertung teile ich uneingeschränkt.

Dieser Weg erweist sich immer deutlicher als hoch riskant und zur Krisenbewältigung ungeeignet. Die von uns immer wieder angeregten Alternativen, (Teil-)Rekapitalisierungen von Finanzinstituten, Schuldenschnitte, direkte Verhandlungen zwischen Gläubigern und Schuldner, werden indes weiter ignoriert.

Aus diesen Gründen kann ich mich dem Mehrheitsvotum der Fraktion nicht anschließen.

Dr. Thomas Gebhart (CDU/CSU): Ich will deutlich machen, dass ich hinsichtlich der Entscheidungsfindung in dieser Frage sehr mit mir gerungen habe. Warum? Aus meiner Sicht mangelt es derzeit an Klarheit darüber, in welche Richtung Europa, insbesondere die Euro-Zone, sich weiterentwickeln soll und wird. Wie wird das Europa von morgen aussehen? Meine Überzeugung, insbesondere mit Blick auf die Euro-Zone, lautet: Wir brauchen einen neuen institutionellen Rahmen. Wir müssen

(A) die Regelungen zur Währungsunion verändern und in Ordnung bringen. Beispielsweise brauchen wir klare Stabilitätsregeln, echte und automatische Sanktionen und spürbare Konsequenzen bei Verstößen gegen die Stabilitätskriterien sowie Schuldenbremsen in den Verfassungen der Mitgliedsländer. Es muss klar sein: Wer zu hohe Schulden macht, kommt um Anpassungen nicht herum.

Hingegen entspricht es nicht meiner Vorstellung, dass wir für die Staatsschulden anderer Länder dauerhaft einstehen. Deshalb lehne ich entschieden sogenannte Euro-Bonds, das heißt die Vergemeinschaftung der Schulden im Euro-Raum als Regelfall, ab. Wir würden permanent für die Schulden, die andere machen, haften, ohne dass wir die Politik, die zu diesen Schulden führt, maßgeblich beeinflussen können – dies kann auf Dauer nicht gut gehen. Die Menschen werden dies, so meine Einschätzung, nicht akzeptieren. Die Zustimmung der Bevölkerung zum europäischen Integrationsprojekt würde weiter schwinden, und Europa könnte am Ende großen Schaden nehmen.

Bei der Abstimmung heute geht es um den temporären Euro-Rettungsschirm, der ertüchtigt werden soll. Es ist unabdingbar, dass die Mitgliedsländer die Zeit, die sie dadurch gewinnen, nutzen, um ihre Haushalte nachhaltig zu konsolidieren. Die Zeit muss zudem genutzt werden, um in dem oben beschriebenen Sinne die Regelungen zur Währungsunion zu verbessern. Es ist zu begrüßen, und es ist notwendig, dass der Deutsche Bundestag künftig bei Entscheidungen über die Vergabe von Hilfen im Rahmen des Rettungsschirms umfassend beteiligt wird. Hilfsmaßnahmen kann es jeweils nur mit Zustimmung des Bundestages geben, sodass es das Parlament künftig selbst immer wieder in der Hand haben wird, zu entscheiden, ob sich Hilfen im konkreten Fall rechtfertigen lassen oder nicht.

Würden wir den Rettungsschirm nicht ertüchtigen, so die Warnungen, besteht die Gefahr, dass es zu unkontrollierten Kettenreaktionen kommen könnte, mitunter mit der Folge erheblicher wirtschaftlicher und sozialer Verwerfungen. Dies in Kauf zu nehmen, scheint nur schwer verantwortbar. Der ertüchtigte Rettungsschirm soll künftig vorübergehend gerade besser als bisher ermöglichen, im Falle kritischer Situationen einzelner Länder Ansteckungsgefahren für die restliche Euro-Zone entgegenzutreten.

Nimmt man all dies zusammen, komme ich in der Abwägung zu dem Ergebnis, dem Gesetzentwurf, trotz Bedenken, zuzustimmen. Gleichwohl erwarte ich, und ich halte es für notwendig, dass die durch die temporären Hilfsmöglichkeiten gewonnene Zeit genutzt wird, um den Weg hin zu einer nachhaltigen Finanzpolitik in der Euro-Zone zu beschreiten und die währungspolitischen Regelungen zur Euro-Zone nachhaltig zu verbessern.

Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE): Erstens. Ich wünsche nicht, dass Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, Geringverdienende in Griechenland, möglicherweise später auch in Spanien, Portugal, Italien oder in anderen europäischen Ländern für falsches Regierungshandeln

und Spekulationen zur Kasse gebeten werden. Mir ist klar, dass die Millionäre in Griechenland, die keine Steuern zahlen, eng verbunden sind mit den Millionären und Bankspekulanten in Deutschland. Ich meinerseits bin eng verbunden den Menschen in Griechenland, die sich gegen diese Politik wehren. (C)

Zweitens. Ich befürchte, dass mit einer solchen Politik die Europäische Union und damit Europa immer mehr in einen schlechten Ruf gerät. Mir ist es unerträglich, dass Rechtsextreme und Rechtspopulisten in Europa an Terrain gewinnen. Ich sage Nein zum Gesetz der Bundesregierung, weil ich Ja sage zu Europa, Ja zu einem anderen Europa der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs. Ja zu einer anderen Europäischen Union.

Drittens. Ich sage Nein zum Gesetz der Bundesregierung, weil die deutsche Politik durch ihren Druck auf das Lohnniveau, durch die Aufweichung sozialer Stabilität, wie es die Hartz-Gesetze deutlich gemacht haben, durch eine fast ausschließlich auf den Export orientierte Wirtschaftspolitik den Boden für die heutigen Probleme wesentlich mit geschaffen hat. Heute beweist sich, dass die Haltung der PDS richtig war, die Einführung des Euro als Gemeinschaftswährung an eine Harmonisierung der europäischen Sozial- und Steuerpolitik zu binden.

Nicole Gohlke (DIE LINKE): Heute stimme ich gegen die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms. Gerettet werden die Banken, nicht die Menschen. Die Banken können weiter zocken, den Menschen in Griechenland, Portugal und Irland werden Sozialleistungen und Löhne gekürzt. Die Europäische Kommission erzwingt über den Rettungsschirm auch die Privatisierung öffentlichen Eigentums in diesen Ländern. Gegen das Kürzungsdiktat bin ich nicht nur aus Solidarität mit den Menschen in den betroffenen Ländern, die oft ohnehin nur sehr niedrige Löhne und Sozialleistungen bekommen. Die Kürzungspolitik verschärft auch die Krise insgesamt. Außerdem löst sie einen neuen Dumping-Wettbewerb in Europa aus. Der Sozialabbau in den betroffenen Ländern droht wie ein Bumerang zu uns zurückkehren und auch bei uns Renten, Löhne usw. unter Kürzungsdruck setzen. (D)

Die öffentlichen Schulden sind Ergebnis einer Steuerenkungspolitik für die Reichen und der Rettungspakete für die Banken. Öffentlichen Schulden stehen gewaltige private Vermögen gegenüber, die sich in den Händen weniger konzentrieren. Die Schuldenkrise kann letztlich nur durch die Umverteilung von Reichtum gelöst werden. Die aktuelle Krise der Staatsfinanzen kommt nicht aus dem Nichts. Sie ist eine neue Phase der tiefen Weltwirtschaftskrise, die 2008 offen ausgebrochen ist. Sie ist Folge eines Wirtschaftssystems, das darauf basiert, dass das eingesetzte Kapital sich beständig vermehrt. Ser wachsende Kapitalstock stellt immer größere Profitansprüche an die Gesellschaft. Die Profitansprüche müssen aus der gesellschaftlichen Wertschöpfung bezahlt werden. Deshalb entsteht ein Konflikt zwischen den Profitansprüchen einerseits und den Löhnen und der Finanzierung öffentlicher Leistungen andererseits. Notwendig ist eine Demokratisierung der Wirtschaft, damit nicht mehr

- (A) die Profitmaximierung, sondern das Allgemeinwohl Maßstab wirtschaftlicher Entscheidungen ist.

Josef Göppel (CDU/CSU): Das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines Europäischen Stabilisierungsmechanismus beinhaltet den dritten Rettungsschirm seit 2008: Deutschland erhöht seine Garantieverpflichtung von 123 auf 211 Milliarden Euro, ohne dass damit eine Regulierung spekulativer Finanzgeschäfte verbunden ist.

Das Marktversagen auf dem Finanzsektor ist neben der erhöhten Staatsverschuldung aber eine wesentliche Ursache der gegenwärtigen Krise. Der deregulierte Finanzmarkt ist der politischen Gestaltung entglitten. Täglich wird an den Börsen der Welt das 80-Fache des Produktionswerts aller Güter und Dienstleistungen gehandelt. Solche Summen können mit Steuererträgen aus der Realwirtschaft nicht mehr aufgefangen werden. Neue Anleihen für zusätzliche Rettungsschirme treiben vielmehr die Schuldenspirale weiter an und bieten Ansatzpunkte für neue spekulative Angriffe.

Deshalb sind weitere Rettungsschirme ohne rechtliche Regulierung des Finanzsektors nutzlos und nicht verantwortlich. Wir brauchen eine Finanzmarktordnung, die spekulative Überhitzungen eingrenzt, hochriskante Geschäfte verbietet und Finanzakteure zur persönlichen Haftung heranzieht. Der Finanzsektor muss seine Rettungsschirme in Zukunft selbst finanzieren. Die Bankenabgabe in Deutschland ist dafür ein Anfang. Der wirksamste Schritt zur Stabilisierung des Finanzsektors ist international die Finanztransaktionsteuer. Sie muss für die Euro-Zone vor weiteren Bürgschaften beschlossen werden, damit Rettungsaktionen nicht immer wieder verpuffen.

(B)

Ich bin entschieden für unsere Gemeinschaftswährung und deren Stützung. Das muss aber im Rahmen einer gerechten und nachhaltigen Finanzordnung geschehen, die den Grundwerten der Sozialen Marktwirtschaft entspricht. Das Konzept des europäischen Stabilisierungsfonds bindet in großem Umfang allgemeine Steuermittel, die für andere öffentliche Aufgaben fehlen, und konzentriert den Ertrag bei anonymen Finanzakteuren. Dieser ordnungspolitischen Fehlsteuerung kann ich nicht zustimmen. Die Politik muss ihre demokratische Gestaltungshoheit zurückholen, weil Machtlosigkeit gegenüber dem Markt und die Duldung einer faktischen Nebenregierung letztlich das Vertrauen in die repräsentative Demokratie zerstört.

Aus diesen Gründen lehne ich den Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines Europäischen Stabilisierungsmechanismus ab.

Dr. Christel Happach-Kasan (FDP): Für die Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen 60 Jahren ist die Einbindung in die westliche Welt und nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes in ein starkes Europa entscheidend gewesen. Wir haben wirtschaftliche Prosperität, Wohlstand und auch die deutsche Einheit erreicht, weil wir uns als verlässli-

cher Partner erwiesen haben. Diesen Weg sollte Deutschland auch in der jetzigen Krisensituation fortsetzen. (C)

Zur Einführung des Euro wurden im Maastricht-Vertrag Konvergenzkriterien vereinbart wie die Begrenzung der jährlichen Nettoneuverschuldung auf 3 Prozent und ein Gesamtschuldenstand von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diese Kriterien sind nicht von allen Staaten eingehalten worden, auch von Deutschland nicht. In der Folge haben sich verschiedene Länder in einer Höhe verschuldet, die jetzt die Stabilität unserer Währung gefährdet.

Die jetzige Situation zeigt die Notwendigkeit, die Einhaltung der Konvergenzkriterien der Länder der Euro-Zone stärker zu überwachen als bisher und gegebenenfalls Möglichkeiten zur Verfügung zu haben, die Einhaltung der Kriterien auch durchzusetzen. Gestern hat das Europaparlament bei Enthaltung von Grünen und Linken eine Verschärfung des Stabilitätspaktes beschlossen.

Deutschlands Volkswirtschaft ist sehr eng mit seinen Nachbarn verzahnt. Eine durch die Insolvenz Griechenlands ausgelöste Bankenkrise würde den deutschen Export und die durch ihn getragenen Arbeitsplätze hart treffen. Daraus ergibt sich, dass Deutschland ein starkes Eigeninteresse daran hat, eine Insolvenz Griechenlands zu vermeiden. Außerdem ist es wichtig, die derzeitige Verschuldungskrise auf die tatsächlich notleidenden Staaten zu begrenzen. Dies ist nach meiner Einschätzung gelungen. (D)

Ich werde dem Rettungsschirm zustimmen. Instrumente wie Euro-Bonds, die Schuldern neue Kredite zu niedrigen Zinsen verschaffen, lehne ich ab. Es dürfen verschuldeten Staaten keine Anreize für eine höhere Verschuldung gegeben werden. Gemeinsame Staatsanleihen sind nur im Rahmen einer gemeinschaftlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik denkbar, die es in der EU nicht gibt und auf weite Sicht nicht geben wird. Es muss gerade in den südeuropäischen Ländern das Verständnis dafür gestärkt werden, dass jedes Land die Mittel zu erwirtschaften hat, die es für die Finanzierung des eigenen Staatswesens braucht. Dafür sind dort grundlegende Reformen notwendig. Dabei sind wir in den letzten Monaten vorangekommen. Spanien wird zum Beispiel nach deutschem Vorbild eine Schuldenbremse in seiner Verfassung verankern. Auch Griechenland hat bereits Reformen auf den Weg gebracht.

Ich werde dem Gesetz auch deswegen zustimmen, weil es in den letzten Monaten gelungen ist, einen starken Parlamentsvorbehalt einzuziehen. In den 90er-Jahren hat die FDP darauf hingewirkt, dass Auslandseinsätze der Bundeswehr außerhalb des Bündnisgebietes der Zustimmung des Bundestags bedürfen. Darüber wird in namentlicher Abstimmung entschieden. Ebenso hat jetzt die FDP-Fraktion darauf hingewirkt und durchgesetzt, dass die Regierung bei allen wesentlichen den Bundeshaushalt betreffenden Fragen der Euro-Stabilisierung das Parlament vorab beteiligt. Das ist kein formaler Akt. Der Parlamentsvorbehalt bindet die Regierung.

(A) Das Risiko für die deutsche Volkswirtschaft ist bei einer Verweigerung der Zustimmung nach meiner Einschätzung deutlich größer als bei einer Zustimmung. Die genannten Zahlen sind angsteinflößend, 211 Milliarden sind fast die Hälfte des Volumens des Bundeshaushalts. Doch für eine Exportnation wie Deutschland ist die Zahlungsfähigkeit der Kunden ein hohes Gut. Unsere Bereitschaft zur Solidarität verbunden mit den Forderungen nach Konsolidierung der Haushalte, Reformen der Verwaltung, Privatisierungen hat in den verschuldeten Ländern bereits Wirkung gezeigt.

Mir ist das „gemeinsame Haus Europa“ sehr wichtig. Ich habe als Schülerin bereits im ersten Jahr am deutsch-französischen Austauschprogramm teilgenommen und dieses Programm begleitete mich während der Sommerferien in allen weiteren Jahren auf dem Gymnasium. Ich fühle mich meiner damaligen französischen Freundin noch immer verbunden. Mein Vater war Soldat in beiden Weltkriegen. Von ihm habe ich gelernt, dass die deutsch-französische Freundschaft ein sehr hohes Gut ist, die Überwindung der sogenannten Erbfeindschaft eine große politische Leistung und ein Gewinn für die Menschen.

Bei der Entscheidung zum vorliegenden Gesetzentwurf sind die eventuellen Auswirkungen auf den Bundeshaushalt wichtig. Es sind aber mindestens genauso wichtig die volkswirtschaftlichen und außenpolitischen Folgen zu bedenken. In diesem Bewusstsein werde ich für den Gesetzentwurf stimmen.

(B) **Heinz-Peter Hauste**in (FDP): Meine Kritik an der Politik der Bundesregierung in der Euro-Krise ist elementar. Meine Bedenken sind grundlegender Art und durch kein einziges der Argumente der Befürworter der diversen Hilfsprogramme und Rettungsschirme für schwächelnde Euro-Staaten ausgeräumt.

Einzig die Gefahr, dass bei Fehlen einer eigenen Mehrheit der Bundesregierung bei dem Gesetzesvorhaben die christlich-liberale Koalition zerbrechen und nach Neuwahlen eine neue – potenziell rot-grüne – Bundesregierung gebildet werden könnte, die Euro-Bonds den Weg ebnet, lässt mich dem Gesetz zustimmen. Denn Euro-Bonds wären ein noch größeres Übel als der erweiterte EFSF.

Im Einzelnen:

Aus gutem Grund wurde in der Europäischen Union vertraglich die sogenannte No-Bail-out-Klausel festgehalten, also das Verbot, dass weder die EU als Ganzes noch einzelne Staaten für die Schulden anderer Staaten aufkommen dürfen.

Hiermit und mit den Stabilitätskriterien sollte gewährleistet werden, dass die Mitgliedstaaten sorgfältig haushalten und die Staatsverschuldung nicht zu einer Staatsüberschuldung wird, mithin solide Finanzpolitik den Grundstein legt für ein wirtschaftlich starkes und prosperierendes Europa.

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihr Wirtschaftswunder und den daraus resultierenden und bis heute tra-

genden Wohlstand nach der auch wirtschaftlichen „Stunde null“ nach 1945 vor allem den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu verdanken. Das wohl wichtigste dieser Prinzipien ist der Zusammenhang zwischen Rendite und Verlustrisiko. Wer das Risiko trägt, fährt zu Recht den Gewinn ein. Und wer den Gewinn erhält, erhält ihn für ein getragenes Risiko. Diese Gesetzmäßigkeiten haben sich über Jahrzehnte in Deutschland, aber auch anderswo in der Welt mehr als bewährt. Hingegen sind alle staatlichen Versuche, davon abzuweichen und marktwirtschaftliche Prinzipien außer Kraft zu setzen, grandios gescheitert. Gerade für mich als ehemaligen DDR-Bürger ist die Soziale Marktwirtschaft daher nicht verhandelbar.

Diese beiden elementaren Grundsätze, die No-Bail-out-Klausel und der Zusammenhang zwischen Rendite und Verlustrisiko, werden mit den Milliardenhilfen für Griechenland, Rettungsschirmen und Stabilitätsmechanismen ausgehebelt.

Selbstverständlich gibt es eine Solidarität innerhalb der EU. Das erkenne ich nicht nur an, sondern unterstütze es ausdrücklich. Und selbstverständlich gibt es eine Notwendigkeit zu staatlicher Intervention bei systemrelevanten Gefährdungen, also solchen Schwierigkeiten Einzelner, die das ganze System gefährden. Auch dies ist selbstverständlich.

Doch beides, Solidarität und Systemgefährdung, darf nicht dazu führen, dass Grundprinzipien unserer Wirtschaft und geltender Verträge außer Kraft gesetzt werden.

Das ist mit den bereits beschlossenen Maßnahmen der Fall und es ist auch bei der Erweiterung des Rettungsschirmes nun wieder der Fall.

Immer springen die wirtschaftlich starken Staaten für die wirtschaftlich schwachen Staaten ein. Das bedeutet, dass, wer solide gewirtschaftet, in Krisenzeiten den Konsum gedrosselt und sparsam gehaushaltet hat, bestraft wird und derjenige, der jahre- und teilweise jahrzehntelang über die eigenen Verhältnisse gelebt hat, nun insofern belohnt wird, als dass andere für die entstandenen Schulden wenigstens indirekt oder teilweise aufkommen.

Dadurch geht der Leistungsanreiz verloren. Wo aber der Leistungsgedanke untergraben wird, soll Wohlstand auf Kosten der Allgemeinheit möglich sein. Das hat weder in der DDR noch in irgendeinem anderen Land der Welt jemals funktioniert.

Wer also von marktwirtschaftlichen Grundprinzipien abweicht, muss diese Abweichung sehr gut begründen. Abweichungen können nur in absoluten Notfällen erfolgen.

Insofern ist auch nicht derjenige unter Legitimationszwang, der – wie ich – die Hilfsmaßnahmen ablehnt. Generell müsste die Beweislast bei den Befürwortern der Außerkraftsetzung der Marktwirtschaft liegen. Sie müssen alle Gegenargumente entkräften und erklären, warum hier ausnahmsweise anders verfahren werden soll.

- (A) Das können sie nicht. Denn niemand kann erklären, welche Risiken noch zu erwarten sind.

Alljährlich wird über den deutschen Länderfinanzausgleich diskutiert. Insbesondere den sogenannten Geberländern Bayern und Baden-Württemberg ist nicht zu vermitteln, warum sie dauerhaft die finanzschwachen Länder unterstützen sollen, wenn diese sich Ausgaben leisten, die im Süden Deutschlands längst eingespart worden sind. Auch dabei wird der Leistungsanreiz unterminiert und die Soziale Marktwirtschaft ausgehebelt.

Die Aufrechterhaltung dieser Regelung ist nur damit zu erklären, dass es mehr Nehmerländer gibt als Geberländer. Ein hinreichender Grund für den Quasiexport des deutschen Länderfinanzausgleichs nach Europa ist es nicht.

In der Sicherheitspolitik gilt aus gutem Grund die Prämisse, dass der Staat nicht erpressbar ist. Mit Terroristen, gleich wen sie als Geisel genommen haben oder welches Drohpotenzial sie haben, wird nicht verhandelt. Denn jedes Entgegenkommen des Staates würde in einer Art Lerneffekt Nachahmer auf den Plan rufen. Wenn ein „Geschäftsmodell“ Erfolg verspricht, mangelt es nicht an Nachahmern. So funktionieren auch die Wirtschaft und die Finanzwelt. Wo ein Geschäftsmodell Erfolg hatte, sind Nachahmer sofort zur Stelle.

- (B) Mit den Hilfsmaßnahmen ist diese Prämisse, dass der Staat nicht erpressbar ist, aufgehoben worden. Die Euro-Staaten sind erpressbar geworden. Weil alles für systemrelevant erklärt wird, soll immer und überall geholfen werden müssen. Und weil kein Fachmann die noch auf uns zukommenden Risiken benennen kann, droht eine Endlosschleife.

Die Wirtschaft ist imstande, schnell zu reagieren. Wenn sich die Situation ändert, sterben Geschäftsmodelle in Sekunden, neue werden geboren.

Wo sich zeigt, dass Rendite entsteht, während andere die Risiken tragen – der utopische Traum jedes Geschäftsmannes –, wird mehr und mehr investiert, nicht weniger, solange das Geschäftsmodell trägt. Dieser Mechanismus wirkt bereits: Während andere unglaubliche Zinsen einnehmen, tragen die wirtschaftlich gesunden Euro-Staaten die finanziellen Lasten und halten Griechenland künstlich am Leben.

Dieses Wirkprinzip muss zwangsläufig früher oder später zum Systemzusammenbruch führen, und zwar unabhängig davon, wie viele Milliarden vorher gerade mit dem Argument der Systemerhaltung geflossen sind, weil auch die Finanzkraft der wirtschaftlich starken Länder nicht so groß sein kann wie der Renditehunger der Investoren.

Es kann kein Weg daran vorbeiführen, dass die ins Straucheln geratenen Länder mit aller Kraft ihre Hausaufgaben machen, ihre Haushalte konsolidieren und notwendige Strukturreformen einleiten. Das und nur das wird die Märkte nachhaltig beruhigen und verloren gegangenes Vertrauen in die betroffenen Länder wieder herstellen.

(C) Jede Stützmaßnahme nimmt Reformdruck von den betroffenen Ländern. Das ist kontraproduktiv, weil damit der zwangsläufige Zusammenbruch hinausgezögert und der letztlich verursachte Schaden größer und größer wird, gleich Buchverlusten, die man eine Zeit lang ignorieren, aber früher oder später realisieren muss. Der Volksmund weiß: Wer den Kopf in den Sand steckt, wird früher oder später mit den Zähnen knirschen. Auch die Kanzlerin erklärt mittlerweile, dass wir uns nur immer wieder Zeit erkaufen.

Sind Staaten nicht zu den notwendigen Strukturreformen in der Lage, befürworte ich eine geordnete Insolvenz dieser Länder. Eine über Nothilfe hinausgehende Transferunion kann es nicht geben.

Und dass Reformen schmerzhaft, aber möglich sind, zeigen Länder wie Irland und Portugal, die große Fortschritte machen und insgesamt auf einem guten Weg sind, wenngleich noch eine große Strecke vor ihnen liegt.

Das alles lässt mich zu dem Schluss kommen, dass getreu dem Motto „Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende“ der Zeitpunkt überfällig ist, an dem wir die Konsequenzen tragen für das völlig entfesselte Schuldenmachen mancher Länder einerseits und für den Irrsinn, dass man mit Schrottanleihen Geld verdienen kann. Und zwar wir alle in den Eurostaaten. Das Kasino muss schließen.

Im Übrigen bin ich gewählter Abgeordneter des Deutschen Bundestages und fühle mich daher zu allererst Deutschland verpflichtet und dann Europa.

(D) Nur ein Szenario ist noch schrecklicher als die Vorstellung, dass die bisherige Praxis der Finanzhilfen und Rettungsschirme beibehalten wird: Die Idee, der Marktwirtschaft mit Euro-Bonds noch schneller den Garaus zu machen. Sozialdemokraten und Grüne sind sich in dem Ziel der Einführung von Euro-Bonds einig. Sie wollen also die gute Kreditwürdigkeit Deutschlands und anderer wirtschaftlich und finanziell starker Länder aufgeben, um den wirtschaftlich strauchelnden Ländern mit besseren Kreditratings das Schuldenmachen noch zu erleichtern. Dass damit auf Deutschland auch deutlich höhere Zinsen in Milliardenhöhe zukommen würden, ist zwangsläufig. Das wäre eine weitere Unterhöhlung des Leistungsgedankens, der kein Anhänger der Sozialen Marktwirtschaft zustimmen kann. Und eine rot-grüne Regierung ist ein reales Szenario, wenn man aktuellen Umfragen im Falle von Neuwahlen glauben mag.

Nur diese Vorstellung lässt mich heute dem Gesetzentwurf zustimmen, obwohl meine tiefste Überzeugung wie auch die etlicher Experten ist, dass es grundlegend falsch ist und uns die Rechnung für diese Entscheidung in nicht allzu ferner Zukunft präsentiert wird. Leider ist es dann nicht mehr nur unsere Rechnung, sondern auch die unserer Kinder, Enkel und Urenkel.

Ich trage am heutigen Tag in Loyalität zu unserem Land und der christlich-liberalen Bundesregierung diesen Gesetzentwurf mit, in einer der entscheidendsten Fragen der deutschen Politik seit Langem und gewiss auf absehbare Zeit. Ich trage damit die christlich-liberale

- (A) Bundesregierung mit. Ich tue das in der Überzeugung, dass diese Regierung noch immer die viel bessere Alternative für unser Land und seine Menschen ist als eine rot-grüne „Euro-Bond-Regierung“.

Aber ich tue es auch in der Überzeugung, dass es ein Fehler ist, der sich rächen wird.

Dr. Matthias Heider (CDU/CSU): Ich stimme dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus zu.

Die gemeinsame europäische Währung ist ein Meilenstein der europäischen Integration. Der Erfolg Deutschlands und seiner Wirtschaft hängt entscheidend vom Euro ab, eine Rückkehr in nationale Währungen ist aus heutiger Sicht nicht vorstellbar. Die Stabilisierung des Euro liegt damit im ureigenen Interesse Deutschlands und seiner Europäischen Partner.

Ein umfassendes System der Stabilisierung, bestehend aus Reduktion der Staatsverschuldung, Koordinierung der Wirtschaftspolitiken der EU-Mitgliedstaaten und Stabilisierung der Finanzmärkte, ist meines Erachtens unabdingbar. Die EFSF und ihr Nachfolger, der ESM, als Notfallhilfen dürfen dabei lediglich einen Teil der Gesamtstrategie bilden. Dass der Schutz des Euro-Rettungsschirms dabei nicht „kostenlos“ sein darf, wurde hinreichend erörtert und klargestellt und von meiner Seite als selbstverständlich vorausgesetzt.

- (B) Dennoch bin ich der Meinung, dass bestehende sowie neu einzuführende finanz- und wirtschaftspolitische Überwachungsinstrumente verstärkt in den Fokus des Stabilisierungssystems gerückt werden müssen. Hierzu zählen insbesondere das kontinuierliche Monitoring der Defizit- und Verschuldensregeln, die Einführung schneller und umfassender Sanktionen bei Nichteinhaltung der Stabilitäts- und Wachstumsregeln, die Etablierung präventiver nationaler Überwachungsmechanismen und die Förderung nachhaltiger Wirtschaftsstrukturen zur Belebung des Wettbewerbs.

Nach meiner festen Überzeugung brauchen wir darüber hinaus ein Regelwerk, das vorgibt, wie die europäische Währungsgemeinschaft mit Euro-Mitgliedstaaten umgeht, die ihren Zahlungsverpflichtungen dauerhaft nicht nachkommen können und damit zahlungsunfähig sind. Daher ist dringend an einem geordneten Verfahren zur Wiederherstellung der Schuldentragfähigkeit von betroffenen Mitgliedstaaten zu arbeiten. So wie wir Unternehmen und Verbrauchern ein System der geordneten Insolvenz an die Hand geben, müssen Institutionen, Instrumente und Regeln geschaffen werden, die zahlungsunfähigen Staaten die Chance auf eine echte Sanierung ermöglichen. Hierzu müssen Regelwerke geschaffen werden, die in verfassungs- und europarechtlicher Abstimmung in der demokratisch dafür vorgesehene Institution, dem Deutschen Bundestag debattiert werden müssen.

Die parlamentarische Beteiligung des Deutschen Bundestages und seiner Ausschüsse bleibt ein wesentliches Element bei der Bekämpfung der Schuldenkrise

- und bei der Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus. (C)

Christian Hirte (CDU/CSU): Dem Gesetz, das eine Ausweitung des bisherigen Rettungsschirms vorsieht, stimme ich zu.

Dem eingeschlagenen Weg der vergangenen Monate, der mit dieser Ausweitung des Rettungsschirms weiter beschritten wird, stehe ich mit großer und wachsender Skepsis gegenüber. Ich halte die abermalige Ertüchtigung der EFSF für falsch. Immer neue Kredite helfen Staaten wie Griechenland nicht weiter. Statt konkreter Hilfe, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, werden lediglich Gläubiger mit hohen Zinsen bedient.

Warum dennoch die Zustimmung? Die deutliche Kritik der vergangenen Wochen und Monate und die Ablehnung einzelner Abgeordneter für Griechenland- und Portugal-Hilfen, denen ich mich angeschlossen hatte, hat zu spürbaren Verbesserungen der Bedingungen geführt. Vor allem die Beteiligungsrechte des Bundestages wurden erheblich gestärkt. Nicht zuletzt das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat deutlich gemacht, dass vor konkreten Hilfen für einzelne Länder das Parlament befragt werden muss. Kein Geld ohne Zustimmung des Bundestages. Diese Linie darf nach meiner festen Überzeugung nie überschritten werden. Der Widerstand auch in den Reihen der Koalition hat dies ermöglicht.

Die aktuelle Diskussion über mögliche nochmalige Ausweitungen der Maßnahmen beunruhigt mich sehr. Die Zusicherung von Kanzlerin Angela Merkel, in einem solchen Fall nichts ohne die Zustimmung des Bundestages zu tun, ermöglicht für die Zukunft, immer im Einzelfall zu prüfen, was richtige Schritte sein können. Die klaren Zustimmungsrechte des Bundestages sind eine wichtige institutionelle Einschränkung des Rettungsschirmes. (D)

Dem vorliegenden Gesetz stimme ich auch und vor allem zu, um die Regierung nicht zu destabilisieren. Die parlamentarische Mehrheit bei der Abstimmung ist vorab eindeutig. Die Opposition stimmt weit überwiegend zu, stilisiert aber das Ergebnis der Stimmverteilung innerhalb der Reihen der Koalition zu einer rein politischen Frage, zu einer Machtfrage. Sie möchte die Skepsis gegenüber einer Sachfrage, bei der es um mehrere hundert Milliarden Euro geht, zu einer Personalfrage machen. Diesem Ansinnen der Opposition bin ich nicht bereit nachzugeben.

In der von Angela Merkel geführten Koalition sehe ich einen Garanten, eine noch größere Haftung Deutschlands zu verhindern. Insofern ist mein Ja auch ein Nein. Ein Nein zu den Bestrebungen der Oppositionsparteien nach völliger Vergemeinschaftung aller Schulden und der Einführung von Euro-Bonds. Es ist ein Ja zu europäischer Solidarität, von der auch wir profitieren haben, aber ein Nein zur Schuldenunion. Jeder Staat muss zunächst seine Krisen selbst bewältigen, seine Schuldenprobleme selbst in den Griff bekommen. Die ausgeweitete EFSF ändert daran nichts, sondern erhält diesen Status. Es bleibt dadurch zum Beispiel bei jeweils eige-

- (A) nen Zinssätzen der Staaten. Dies halte ich für unverzichtbar, weil nur so der Druck in den jeweiligen Ländern zur Konsolidierung und Lösung der eigenen Probleme möglich wird.

Im Hinblick auf künftige Entscheidungen und Abstimmungen, auch mit Blick auf den ESM, sind folgende Punkte Maßstab meiner Entscheidungen:

Ich bin für die Erhaltung des Euro. Er ist nicht nur eine Errungenschaft eines geeinten Europa, sondern eine große Hilfe für unsere exportorientierte Wirtschaft.

Stabilität der Währung ist ein Wert an sich. Sie ist wohlstandsfördernd für die Bürger in Deutschland und Europa. Eine zu hohe Staatsverschuldung ist eine Gefahr für diese Stabilität.

Subsidiarität ist mehr als ein Füllwort für Sonntagsreden. Europa wird nur gelingen, wenn zunächst jeder in seinem Verantwortungsbereich seine Arbeiten erledigt. Dazu gehört auch, Schulden zu machen und diese zurückzuzahlen.

Daher halte ich grundsätzlich eine generelle Schuldenhaftung für Staaten bzw. besonders für deren jeweilige Gläubiger für falsch.

Eine über den nun festgelegten Rahmen hinausgehende Verschuldungskompetenz des EFSF ist abzulehnen. Dem scheinbaren Vorteil der Hebelwirkung stünde die Austrocknung der regulären Kapitalmärkte für die Euro-Staaten gegenüber.

- (B) Die jetzt erneut „gekaufte“ Zeit muss dringend genutzt werden, klare Haftungsregelungen für die Gläubiger zu entwickeln. Der Markt, vor allem aber die Bürger, haben einen Anspruch darauf, zu wissen, woran sie sind und wann Grenzen erreicht sind. Europa droht nicht an mangelnder Solidarität zu scheitern, sondern an den nebulösen Unklarheiten, wohin die Kredithilfen führen. Ohne Haftungsausschluss droht ein permanentes Hangeln von Rettungsaktion zu Rettungsaktion. Damit würde sich dauerhaft jede Regierung und Politik als Ganzes unglaubwürdig machen.

Ulla Jelpke (DIE LINKE): Gemeinsam mit meiner Fraktion Die Linke lehne ich den erweiterten Euro-Rettungsschirm ab. Anstatt die Konsequenzen aus der gescheiterten neoliberalen Politik zu ziehen, wird der Kurs fortgesetzt.

Während Banken und Finanzinvestoren geschützt wurden, warfen die Regierungen der Euro-Zone, EU-Kommission, Europäische Zentralbank und IWF den Krisenländern Rettungsringe aus Blei zu. In den Krisenländern bezahlen die Werktätigen mit Lohn- und Rentenkürzungen und dem größten Sozialabbau in der europäischen Nachkriegsgeschichte für die Spekulationen der Privatbanken. In Deutschland werden die Steuerzahler in Haftung für die milliardenschweren Garantien genommen. Diese Politik beschleunigt die Umverteilung von unten nach oben und setzt so eine zentrale Krisenursache fort.

- (C) Die Spardiktate verhindern eine ökonomische Belebung der Krisenländer, es sind keine effektiven Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Euro-Zone und EU vorgesehen. Rechtspopulistische und faschistische Parteien, die die Ängste und die Wut der Menschen gegen Spardiktate in nationalistische und europafeindliche Propaganda kanalisieren, sind in vielen Ländern auf dem Vormarsch. Das Argument der Koalition – auch von SPD und Grünen –, es gehe mit dem Rettungsschirm darum, „Europa zu retten“ ist daher schlicht falsch.

Ich habe heute gegen den erweiterten Rettungsschirm gestimmt, weil man die Krise nur lösen kann, wenn man das Kasino schließt, wenn man die Spekulanten an die Kette legt. Die Staaten müssen sich unabhängig von den Kapitalmärkten über eine Bank für öffentliche Anleihen finanzieren können. Die Finanzmärkte müssen endlich streng reguliert werden. Die Banken gehören unter öffentliche Kontrolle durch Verstaatlichung. Und die Verursacher und Profiteure der Krise müssen zur Kasse gebeten werden: Durch eine EU-weite Vermögensabgabe für Superreiche, durch eine Finanztransaktionsteuer und durch eine Beteiligung großer privater Gläubiger.

- (D) **Katja Kipping (DIE LINKE):** Ein geeintes Europa ist als Vision nur vorstellbar als ein solidarisches Europa. Das, was in den vergangenen Wochen als Euro-Rettungsschirm diskutiert wurde und nun vom Bundestag beschlossen werden soll, hat mit Solidarität nichts zu tun. Mitgliedsländern brutale Sparprogramme als Gegenleistung für Finanzhilfen abzuverlangen, verschärft deren Krise, anstatt sie zu lindern. Die Folge sind Entlassungen, Rentenkürzungen, Kürzungen im Sozialbereich und damit das Bedienen der Abwärtsspirale der Binnenkonjunktur. Reagierte die Bundesregierung mit dem Konjunkturpaket und der Abwrackprämie im Jahr 2010 selbst noch streng antizyklisch, möchte sie nun anderen Ländern das Gegenteil verordnen. Um Hilfe geht es hier nicht – es geht einzig und allein um die Geschäfte deutscher Banken und der deutschen Wirtschaft.

Die deutsche Politik deckt die Risiken deutscher Banken und deutscher Rüstungskonzerne auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler – auf diesen Satz lässt sich das, was als Rettungsschirm wirklich ist, ganz einfach reduzieren. Mit keinem Wort erwähnt die Bundesregierung die Waffengeschäfte mit Griechenland – Verträge, bei denen es um Milliarden geht –: Panzer, U-Boote, Kampfflugzeuge. Einzig und allein die „gierigen“ Frührentnerinnen und Frührentner sowie die kleinen Beamtinnen und Beamten sollen schuld sein an der Misere der Staatsfinanzen eines Landes, das pro Kopf, auf die Einwohnerzahl gerechnet, die größte Armee Europas hat. Über 50 Milliarden Euro hat sich Griechenland die Modernisierung seiner Armee in den letzten zehn Jahren kosten lassen – und Deutschland war und ist dick im Geschäft.

Von den Finanzjongleuren und Krisengewinnlern, die auf die die Pleite ganzer Staaten wetten, ist bei den Bedingungen für den Rettungsschirm ebenso wenig die Rede. Wer die europäischen Superreichen, deren Vermö-

(A) gen sich auf etwa 10 Billionen Dollar beläuft, nicht zur Kasse bittet, um den Schaden, den sie mit angerichtet haben, zu beheben, vergibt die Chance auf Veränderung. Ich kann im „Euro-Rettungsschirm“, so wie er ist, keinen Sinn erkennen, der mehr als der Egoismus derer wäre, die diese Zustände herbeigeführt haben. Deshalb stimme ich dagegen – für ein gerechtes, friedliches und solidarisches Europa!

Harald Koch (DIE LINKE): Ich habe heute gegen den erweiterten Rettungsschirm gestimmt, weil ich Ja zu einem sozialen und solidarischen Europa sage.

Die Euro-Krise ist nur zu lösen, wenn man das Zockerkasino schließt, wenn man die Spekulanten und die staatlich gedeckte Finanzmafia an die Kette legt. Die Staaten müssen sich unabhängig von den Kapitalmärkten finanzieren können, über eine Bank für öffentliche Anleihen. Die Finanzmärkte müssen endlich streng reguliert werden, schädliche Finanzprodukte sind zu verbieten, und Banken gehören unter öffentliche Kontrolle. Verursacher und Profiteure der Krise muss man stattdessen zur Kasse bitten: durch eine EU-weite Vermögensabgabe für Reiche und Superreiche, durch eine Finanztransaktionsteuer und durch eine Beteiligung großer privater Gläubiger. Den Ländern, die Gelder aus dem Rettungsfonds erhalten, wird in Wirklichkeit ein Rettungsring aus Blei zugeworfen. Die ökonomisch unsinnigen und sozial ungerechten Kürzungsprogramme treiben diese Länder in die Rezession.

(B) Fest steht: Die Krise kann und darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten und sozial Benachteiligten Europas gelöst werden.

Manfred Kolbe (CDU/CSU): Ich stimme heute gegen das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus auf Bundestagsdrucksache 17/6916, weil die bisherige Rettungsschirmpolitik nicht funktioniert hat. Im Monatsrhythmus beschließen wir neue Rettungsschirme, garantieren Hunderte von Milliarden, und Griechenland geht es dennoch immer schlechter. Tatsächlich finanzieren wir mit den Rettungsschirmen die hohen Zinsen an Banken und Hedgefonds, nicht aber Griechenland. Für Griechenland brauchen wir eine Umschuldung, das heißt, die Gläubigerbanken müssen auf mindestens 50 Prozent ihrer Forderungen verzichten, damit das Land wieder eine echte Chance hat.

Wir brauchen in Europa eine Politik der finanziellen Eigenverantwortung und keine Anleiheankäufe durch die EZB oder gar Euro-Bonds, für die alle gesamtschuldnerisch haften. Das einziger wirksame Druckmittel, überschuldete Staaten zur Konsolidierung zu zwingen, sind steigende Marktzinsen, wie bei Berlusconi jüngst erlebt. Eine gesamtschuldnerische Schuldenhaftung gibt es nicht einmal unter den Bundesländern, den Kommunen eines Landkreises oder Geschwistern. Nur ein finanziell solides Europa kann in der Welt mitreden.

Meiner Meinung nach stärken Neinstimmen aus der CDU die Bundeskanzlerin. Ihre internationale Verhandlungsposition hat sich, sowohl aufgrund des ihren Spiel-

(C) raum einengenden Urteils des Bundesverfassungsgerichtes als auch durch den Widerstand im Deutschen Bundestag verbessert. Vor Ort ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger sehen, dass die CDU zwar solidarisch hilft, aber klare Gegenleistungen fordert und eine uferlose Verschuldung nicht zulässt.

Gunther Krichbaum (CDU/CSU): Durch die heutige Änderung des StabMechG werden die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages bei den Maßnahmen zur Euro-Stabilisierung deutlich ausgeweitet. Dies ist uneingeschränkt zu begrüßen. Insbesondere ist hervorzuheben, dass die Bundesregierung Beschlüssen, durch die die haushaltspolitische Gesamtverantwortung berührt wird, nur nach einem positiven Votum des Deutschen Bundestages zustimmen darf.

Die Struktur der gefundenen Beteiligung kann allerdings nicht zufriedenstellen. Zum einen ist es unbefriedigend, dass sich das nach § 3 Abs. 3 StabMechG zu bildende Gremium zur Beschlussfassung in eilbedürftigen oder vertraulichen Fällen ausschließlich aus Mitgliedern des Haushaltsausschusses zusammensetzt. Hier wäre ein breiter aufgestelltes Gremium wünschenswert gewesen.

Zum anderen hätte eine Aufnahme des bewährten Instruments der Mitberatung durch weitere Ausschüsse des Deutschen Bundestages in § 4 StabMechG die Möglichkeit geboten, die fachliche Expertise des gesamten Hauses einzubinden.

(D) Daher darf die jetzt gefundene Regelung kein Präjudiz für die Beteiligungsstruktur des Deutschen Bundestages im Zustimmungsgesetz für den dauerhaften Stabilisierungsmechanismus ESM sein.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Die Ausmaße der Schuldenkrise sind immens. Der Euro-Raum ist durch einige Mitgliedstaaten in eine bedrohliche Schiefelage geraten. Daran hat Deutschland unter der damaligen Regierung aus SPD und Grünen erheblichen Anteil, wenn sie nicht gar eine wesentliche Ursache für die Probleme sind. Es rächt sich bitterböse, dass die Regierung Schröder/Fischer in unverantwortlicher Weise den Maastricht-Vertrag aufweichte und Griechenland den Weg in den Euro frei machte.

Es ist erschütternd, dass erst 2010, ein halbes Jahr nach dem Regierungswechsel, das dramatische Ausmaß in Griechenland bekannt wurde. Die Frage stellt sich, warum frühere Bundesfinanzminister über die Vorgänge und Zustände nicht informiert waren oder – viel wahrscheinlicher – die Öffentlichkeit bzw. das Parlament nicht informiert haben. Es ist schwer nachvollziehbar, warum die Bundesfinanzminister Hans Eichel und Peer Steinbrück entweder kein Wissen über die Zahlungsschwierigkeiten hatten oder vielmehr ihr Wissen der Öffentlichkeit vorenthielten.

Nicht nur die Ursachen der jetzigen Krise gehen zu einem gehörigen Teil auf das Konto von SPD und Grünen, sondern auch die verschleppte und vernachlässigte Prüfung seit der Griechenland-Aufnahme in den Euro-Raum. Es ist unerhört, dass die Schuld, die die damals

- (A) Verantwortlichen auf sich geladen haben, nunmehr nachfolgende Abgeordnetengenerationen abzutragen haben. Geradezu unappetitlich ist es, wenn die damals Verantwortlichen heute meinen, oberkluge Hinweise und wohlfeile Kritiken von sich geben zu müssen.

Ich persönlich bin außerordentlich unzufrieden darüber, dass wir nicht nur zur Lösung von Problemen beitragen müssen, die durch falsches politisches Handeln, das meinen politischen Überzeugungen widerspricht, entstanden sind, sondern dafür auch noch von den Verursachern dieser Krise regelrecht beschimpft werden. Diese dramatische und sich stets verschärfende Situation wurde – grob ausgedrückt – durch Ausgabenwollust und unzureichende Einnahmeerhebung politisch Agierender hervorgerufen.

Die eigene Schuld verdrängen SPD und Grüne und wollen nunmehr mit Maßnahmen der Schuldenkrise begegnen, die diese Krise erst verursachten. Wäre es nach Rot-Grün gegangen, hätte Deutschland seit 2010 immense Programme aufgelegt und Gelder zur Verfügung gestellt. Diese Gelder wären nicht zur Stabilisierung der Währung oder zur Sanierung der Haushalte genutzt worden, sondern in erster Linie zur Finanzierung der politisch Regierenden aufgebracht worden. Damit hätte sich die Schuldenkrise durch diese rot-grünen Vorstellungen von Anfang an immens vergrößert.

Die schwarz-gelbe Koalition muss nun vor allem Vertrauen herstellen, das durch die Schulden verloren ging. Dabei gibt es aus meiner Sicht Zweifel, ob dies durch die bisherigen Maßnahmen gelingen kann. Hilfen für andere Euro-Staaten gehören nicht zu den Kernaufgaben im Euro-Raum. Die Risiken gerade für Deutschland und den deutschen Steuerzahler sind erheblich. Eine geordnete Insolvenz Griechenlands halte ich nach wie vor für einen Weg, der nicht ausgeschlossen werden darf.

- (B) Fraglich ist für mich, ob unter den vorgegebenen Bedingungen die Höhe des EFSF-Schirms bewusst ausgereizt wird oder für die EFSF gar die Möglichkeit besteht, sich selbst – entgegen seinem eigentlichen Auftrag und Sinn – eigenständig weitere Finanzmittel zu akquirieren. So befürchte ich, dass der Fonds angekaufte Anleihen als Sicherheit zum Beispiel bei der EZB hinterlegt, um sich weitere Mittel zu beschaffen. Dies könnte meiner Auffassung nach zu einer Kreditblase mit erheblichen Folgen führen.

Ich habe Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble in der Fraktionssitzung der FDP am 26. September 2011 explizit auf den Umstand der Beleihung von Anleihen aufmerksam gemacht und darauf hingewiesen, dass diese mögliche zusätzliche, aber sehr riskante Einnahmequelle weder Sinn der EFSF noch Wille der Gesetzgeber sein kann. Finanzminister Schäuble hat erklärt, dass dieser Fall durch die Guidelines geklärt werde. Außerdem werde es ausdrücklich keinen Hebel oder einen sogenannten Leverage geben. Auf diese Aussagen vertraue ich.

Nach Durchsicht der rar gesäten Vorschläge der Opposition und mit Blick auf die sonstigen dargebotenen Verfahrensvorschläge muss ich als Parlamentarier nach

- möglichst bestem Wissen und Gewissen abwägen und entscheiden. Diese Entscheidung fällt ohnehin schwer. (C)

Inzwischen hat sich allerdings eine öffentliche Meinung aufgebaut, die durch effekthaschende Oppositionsführer und darauf abzielende Medien derart befeuert wurde, dass die eigentliche Sachfrage zunehmend in den Hintergrund rückt und es immer schwerer geworden ist, sachliche Antworten zu geben. Auf der anderen Seite wird vielmehr die Koalition auf den Prüfstand gestellt. Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass diese Koalition in der Lage ist, Deutschland zu regieren und eben nicht wie unter Rot-Grün in Sachfragen in inflationärer Weise mit Vertrauensfragen zu verbinden.

Insbesondere die Erwartungshaltung und der öffentliche Druck der Opposition sowie die dies verstärkende Medien sorgten dafür, dass ein Zerrbild aufgebaut wurde: Die EFSF-Entscheidung gilt nunmehr als Quasi-Vertrauensfrage – was an sich unfassbar ist – bzw. als Bewährungsprobe für Schwarz-Gelb. Diese Situation macht es mir als Parlamentarier unmöglich, ausschließlich in der Sache abzustimmen.

All dies muss ich berücksichtigen und in mein Abstimmungsverhalten einfließen lassen. Globale Umstände, öffentliche Haltung, das geschlossene Vorgehen der Koalition sowie das in der Sache zu berücksichtigende Wissen und Gewissen müssen in ein Verhältnis gesetzt werden. In dieser Abwägung habe ich der EFSF meine Zustimmung erteilt.

- Ralph Lenkert (DIE LINKE):** Die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms treibt die Spaltung Europas voran! (D)

Meine Fraktion, Die Linke, und ich lehnen die Aufstockung und Ausweitung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, EFSF, ab, denn damit wird ein gescheitertes Krisenmanagement fortgesetzt, das die soziale und wirtschaftliche Spaltung der Euro-Zone und der EU weiter vertieft.

Die bisherige Euro-Rettung hat die Ausweitung der Krise nicht verhindert, im Gegenteil: Während Banken und Finanzinvestoren geschützt und die Ursachen der Krise ausgeblendet wurden, zwingen die „Rettungsringe“ von Ländern der Euro-Zone, EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und IWF die Krisenländer zu Boden. Die an die Hilfskredite aus dem Rettungsschirm geknüpften radikalen Kürzungsaufgaben würgten die Binnenkonjunktur der Krisenländer ab, verhinderten eine Erholung der Wirtschaft und verschärften durch wegbrechende Einnahmen die Schuldenkrise. Zu einer Beruhigung der Finanzmärkte reichten die Maßnahmen nicht, es wird weiter gegen angeschlagene Euro-Staaten spekuliert. Bereits jetzt gehen Fachleute und Finanzmarktakteure davon aus, dass auch die aufgestockte EFSF nicht ausreichen wird.

Die Linke lehnt den erweiterten Euro-Rettungsschirm ab, denn der gescheiterte Kurs wird fortgesetzt. In den Krisenländern bezahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Schülerinnen, Schüler, Studentinnen und Studenten mit Lohn- und Renten-

(A) kürzungen, dem größten Sozialabbau der europäischen Nachkriegsgeschichte und dem Zusammenstreichen der Bildungsausgaben dafür, dass private Banken weiter spekulieren können. In Deutschland wird die gesamte Bevölkerung in Haftung für die milliarden schweren Garantien genommen. Solange die Finanzmärkte nicht strikt reguliert, die Großbanken vergesellschaftet und die Staatsfinanzierung nicht von den Kapitalmärkten abgekoppelt werden, ist die Krise nicht unter Kontrolle zu bringen.

Die EFSF-Politik ist ungerecht, weil sie die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt und so eine zentrale Krisenursache fortschreibt. Sie ist ökonomisch gefährlich, weil die Spardiktate eine ökonomische Belebung der Krisenländer verhindern und keine effektiven Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Euro-Zone und EU vorgesehen sind. Sie gefährdet zudem zunehmend die europäische Integration: Rechtspopulistische Parteien, die die Ängste und die Wut der Menschen gegen Spardiktate in europa-feindliche und nationalistische Propaganda kanalisieren, sind in vielen Ländern auf dem Vormarsch. Das Argument von Union, FDP, SPD und Grünen, es gehe mit dem Rettungsschirm darum, Europa zu retten, ist für mich falsch.

Das europäische Projekt hat nur dann eine Zukunft, wenn es sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig und demokratisch gestaltet wird. Da die Euro-Rettung in genau die entgegengesetzte Richtung weist, kann ich der EFSF nicht zustimmen.

(B) **Dr. Carsten Linnemann (CDU/CSU):** Der erweiterte Rettungsschirm EFSF trägt nicht zur Beseitigung der aktuellen Staatsschuldenkrise oder zur Verhinderung künftiger Schuldenkrisen bei. Durch den Rettungsschirm drohen die Schulden vielmehr vergemeinschaftet zu werden. Dann haben wir die Haftschaftsunion, die wir nie haben wollten. Aus diesem Grunde kann ich dem vorliegenden Gesetz nicht zustimmen.

Unbestritten ist, dass Deutschland als Exportnation ganz besonders vom Euro profitiert. Unbestritten ist auch, dass der Euro nur in einer Stabilitätsunion eine erfolgreiche Zukunft haben kann und nicht in einer Schuldenunion. Daher haben bereits die Gründerväter des Euro wichtige Instrumente zur Errichtung einer Stabilitätskultur geschaffen: die Europäische Zentralbank zur Sicherung der Geldwertstabilität, den Stabilitäts- und Wachstumspakt zur Sicherung solider Staatshaushalte sowie die sogenannte No-Bail-out-Klausel, die sichern sollte, dass kein Staat für die Schulden eines anderen EU-Mitgliedstaates haften oder aufkommen muss. Gegen alle drei Grundsätze ist mittlerweile verstoßen worden. Die Folge ist, dass Europa heute in einer tiefen und strukturellen Staatsschuldenkrise steckt. Die Krisenursache ist daher mitnichten das Scheitern der Idee einer Europäischen Währungsunion, sondern das konsequente Ignorieren der Regeln.

Angesichts dieses Befundes kann es grundsätzlich nur einen glaubwürdigen Ausweg aus der Staatsschuldenkrise geben: Man greift den Kerngedanken des ursprüng-

lichen Regelwerks wieder auf, indem man zukünftig Verstöße gegen die Stabilitätsziele automatisch ahndet und das Prinzip des Haftungsausschlusses konsequent anwendet. Nur mithilfe dieser klaren Perspektive kann man Staaten zu verlässlichen und nachhaltigen Haushalten disziplinieren. (C)

Daher unterstütze ich die derzeit zur Verschärfung der Stabilitätsverpflichtungen diskutierten Durchgriffsrechte voll und ganz. Zu diesen gehört beispielsweise, dass Parlamente im Falle von massiven Regelverstößen ihre fiskalpolitische Souveränität einbüßen oder sogar ganz verlieren. Diese Regelung bedarf freilich vertraglicher Änderungen. Die Erfahrung zeigt, dass solche vertraglichen Änderungen nur schwer durchsetzbar sind. Es bedarf besonderer Umstände, die einen Handlungsdruck erzeugen. Die entscheidende Frage ist nun, ob nach Erweiterung des Rettungsschirms EFSF, der in den ständigen Rettungsmechanismus ESM – Europäischer Stabilitätsmechanismus – übergehen soll, überhaupt noch Handlungsdruck vorhanden ist. Ich meine, nein.

Des Weiteren krankt der Rettungsschirm EFSF daran, dass er kein überzeugendes Anreizsystem zur Schuldenvermeidung bietet. Schlimmer noch: Der Rettungsschirm EFSF erlaubt es, dass künftig marode Staatsanleihen angekauft werden können. Der Ankauf von Staatsanleihen aber kommt einer Zinssubvention gleich und verhindert dadurch, dass der Markt für Staatsanleihen die Staaten mit hoher Verschuldung durch eine effiziente Preissetzung zügelt. Gerade ein hoher Anleihezins würde Staaten zu Reaktionen zwingen. Damit ist ein zentraler Hebel zur Disziplinierung von Staaten außer Kraft gesetzt. (D)

Kurzum: Der erweiterte Rettungsschirm wird weder das Verschuldungsproblem in Europa noch das Zahlungsbilanzdefizit der Peripheriestaaten oder deren fehlende Wettbewerbsfähigkeit lösen. Meine Sorge ist, dass das Schuldenproblem einzelner Staaten auf ganz Europa übergreifen könnte und damit das Projekt Euro insgesamt gefährdet wird.

Ulla Lötzer (DIE LINKE): Ich stimme gegen den erweiterten Euro-Rettungsschirm, weil nicht die Krisenverursacher, die Finanzmarktakteure und Vermögenden für die Kosten der Krise herangezogen werden, sondern die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Arbeitslosen, die Rentnerinnen und Rentner, hier wie auch in Griechenland. Stattdessen wäre eine europaweite Vermögensabgabe und eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Kapitaleinkünften zwingend.

Die Sparauflagen für die südeuropäischen Schuldnerstaaten verschärfen die wirtschaftliche Krise in den Ländern und führen die Staaten tiefer in die Schuldenkrise. Mit den Delegierten des Gewerkschaftstages von Verdi trete ich daher für ein sofortiges Ende der ökonomisch und sozial schädlichen Sparpolitik in den Schuldnerländern ein.

Die europäischen Regierungen und die EU unterwerfen alle Länder nach wie vor dem Diktat der Finanzmarktakteure, statt sie endlich zu regulieren. Eine euro-

- (A) päische Finanztransaktionsteuer kann nur der erste Schritt sein.

Ich stimme gegen den erweiterten Rettungsschirm, weil ich für Europa bin.

Statt Sparprogrammen ist ein europäisches Zukunftsprogramm zur Sicherung von Beschäftigung und sozialer Gerechtigkeit erforderlich.

Nur mit gleichen und gerechten Bedingungen für Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik ist Europa vor den Banken und Hedgefonds noch zu retten.

Dorothee Menzner (DIE LINKE): Ich stimme dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus, EFSF, aus folgenden Gründen nicht zu:

Eine weitere Aufstockung der Mittel des Euro-Rettungsschirmes ohne eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte, die Heranziehung der Riesenvermögen zur Schuldentilgung sowie eine konstruktive Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland und anderen betroffenen Ländern ist ein Doktern am System ohne Bekämpfung der Ursachen. Es werden keine Konsequenzen aus der gescheiterten Politik gezogen.

Die an die Hilfskredite aus dem Rettungsschirm geknüpften Auflagen radikaler Kürzungen würgen in den Krisenländern die Binnenkonjunktur weiter ab, verhindern eine nachhaltige Entwicklung und Erholung der Wirtschaft und verschärfen somit die Schuldenkrise. In den Krisenländern bezahlen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner, Studentinnen und Studenten und andere Gruppen der ganz normalen Bevölkerung mit Lohn- und Rentenkürzungen, Entlassungen und dem größten Sozialabbau der europäischen Nachkriegsgeschichte, während die Reichen und Superreichen, die Banken und Profiteure der ökonomischen Entwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte ein weiteres Mal ungeschoren davonkommen.

In Deutschland werden im Haftungsfall ebenfalls die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und nicht die Profiteure des Casinos die Zeche für eine Veranstaltung zahlen, an der sie nie teilgenommen haben. Die Risiken werden mittlerweile selbst von der Deutschen Bank auf über 400 Milliarden beziffert, die im Haftungsfall über lange Jahre die Bürgerinnen und Bürger immens belasten werden. Im Zusammenhang mit Bankenhilfe ohne Gegenleistung, Sozialkürzungen und Demokratieabbau ist dies für mich nicht zu verantworten.

Die europäische Integration der letzten Jahrzehnte, die Voraussetzung für Frieden unter den Ländern Europas, wirtschaftliche Entwicklung und die Entwicklung sozialstaatlicher Mechanismen in seinen Ländern war, wird mit dieser Art der vermeintlichen Stabilisierung aufs Spiel gesetzt. Europa ist mehr als eine gemeinsame Währung. Gerade in der Krise dürfen soziale Standards und Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger Europas, demokratische Mechanismen und Teilhabe aller nicht zur Disposition stehen. Ich verwahre mich gegen alle

Ansätze, die Ängste von Bürgerinnen und Bürgern schüren und nationalistisches Denken befördern können. Sie stehen einer zukunftsfähigen Entwicklung Europas entgegen. Ein Europa der Menschen ist notwendiges Ziel und nicht ein Europa, das sich nach den Interessen der Konzerne, Banken und Ratingagenturen entwickelt.

Cornelia Möhring (DIE LINKE): Ich stimme heute gegen die Ausweitung und Aufstockung des Euro-Rettungsschirms, weil ich Ja zu einem solidarischen Europa sage. Dieser Rettungsschirm, über den wir heute abstimmen, verhindert ein solches Europa. Er rettet weder den Euro noch die EU oder gar die Menschen in Griechenland – er rettet in Wahrheit nur die Banken und Spekulanten.

Statt die Gewinner der Krise für die Folgen ihrer verantwortungslosen Gier zur Kasse zu bitten, soll die Bevölkerung in Europa zahlen: In der Bundesrepublik kommen die Milliarden Euro für den Rettungsschirm aus Steuergeldern. In Griechenland, Irland und Portugal bezahlen die Studierenden, Angestellten und Rentnerinnen und Rentner durch Massenentlassungen, Rentenkürzungen und andere sozial verheerende und volkswirtschaftlich völlig unsinnige Kürzungsprogramme.

Zu einer solchen Politik der Entlastung von Banken und Spekulanten und der Belastung der Bevölkerung sage ich Nein. Ich will, dass die Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse gebeten werden. Wir brauchen eine Finanztransaktionsteuer, eine europaweite Vermögensabgabe und eine wirkliche Bankenabgabe.

Statt den Finanzjongleuren weitere Milliarden für ihre Spekulationen in den Rachen zu werfen, sollte die Bundesrepublik an den Ursachen der Krise ansetzen.

Die Europäische Union kann nur gerettet werden, wenn sie endlich zu einer wirklichen Sozialunion wird, deren Ziel die Verbesserung der Lage der Beschäftigten und der Armen in allen Ländern der Gemeinschaft ist.

Zusammen mit meiner Fraktion fordere ich deshalb: Weg mit Hartz IV und her mit dem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Wir brauchen ein EU-weites Investitionsprogramm und eine stärkere, sozial ausgerichtete Politikkoordination, um den sozial-ökologischen Umbau in der EU voranzutreiben.

Ich sage heute Nein zu einem Europa der Banken und Millionäre und Ja zu einem Europa der Millionen.

Niema Movassat (DIE LINKE): Ich stimme aus folgenden Gründen gegen den Gesetzentwurf zur Erweiterung der EFSF.

Erstens. Die EFSF ist im Ergebnis eine Unterstützung der Banken, der Finanzinstitute, der Spekulanten, der Reichen und der Superreichen. Im Haftungsfall werden die entstehenden Lasten aber von der großen Mehrheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler getragen. Zu befürchten ist auch eine Kürzung von Renten und anderen Sozialleistungen. Die Bundesregierung ist auch nicht bereit, für die gegenwärtigen Sozialstandards eine Garantierklärung abzugeben.

(A) Zweitens. Den Menschen in den Ländern, die Mittel von der EFSF erhalten, wird nicht geholfen: Die diesen Ländern aufgegebenen strengen Sparauflagen treffen dort vor allem die Geringverdiener, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Rentnerinnen und Rentner. Die Binnennachfrage bricht ein, Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen sinken. Die Fähigkeit zur Rückzahlung der gewährten Kredite wird immer weiter eingeschränkt. Das zeigt die Entwicklung in Griechenland.

Drittens. Die demokratische Kontrolle des Bundeshaushalts durch das Parlament wird mit dem Änderungsgesetz ausgehöhlt. Die Unterrichtung des Haushaltsausschusses ersetzt die parlamentarische Beteiligung nicht. Mit der EFSF findet eine Unterordnung demokratischer Verfassungsprinzipien unter das Diktat der Finanzmärkte statt.

Es braucht einen völlig anderen politischen Weg zur Lösung der Krise: Notwendig ist eine strikte Regulierung der Finanzmärkte und eine Vergesellschaftung der privaten Banken. Die Riesenvermögen in der EU, die in etwa den gesamten Staatsschulden in der EU entsprechen, müssen für die Schuldentilgung herangezogen werden. Es braucht eine konstruktive Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland und anderen betroffenen Ländern. Dazu gehört auch, dass Deutschland durch nachhaltige Lohnerhöhungen, unter anderem durch Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns, die eigene Binnennachfrage stärkt und so Exportüberschüsse, die Teil der Ursachen für die Krise in Europa sind, abbaut.

(B) Zuletzt möchte ich sagen, dass der Widerstand der griechischen Bevölkerung gegen die soziale Barbarei und wirtschaftliche Unvernunft meine Solidarität hat.

Jan Mücke (FDP): Der Haushaltsausschuss hat in seiner Beschlussempfehlung vom 22. September 2011 – Drucksache 17/7067 – den Mitgliedern des Deutschen Bundestages empfohlen, den Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“ – Drucksache 17/6916 – in geänderter Fassung anzunehmen. Ich folge dieser Empfehlung.

Meine Zustimmung zur vorgenannten Beschlussempfehlung verknüpfe ich mit folgender persönlicher Erklärung:

Die Ertüchtigung und Flexibilisierung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität – EFSF – ist zwar notwendig, um die konkrete Gefahr einer ungeordneten Insolvenz Griechenlands und die möglichen Zuspitzungen von Zahlungsschwierigkeiten auch anderer Krisenländer ohne weitere Anleihekäufe durch die Europäische Zentralbank – EZB – zu gewährleisten. Diese Befugnisweiterung reicht aber nicht aus, um die Krise dauerhaft einzudämmen.

Die Unabhängigkeit der EZB ist gegeben. Dennoch kam es – und kommt es noch immer – zu Anleihekäufen durch die EZB, die dadurch bereits beträchtliche Risiken

(C) in ihre Bücher genommen hat. Es ist sehr zweifelhaft, ob die EZB dafür die notwendige Legitimation besitzt, da letztlich die einzelnen Nationalstaaten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dafür haften. Die Gefahr besteht, dass die EZB auch nach Ertüchtigung der EFSF an ihrer Politik festhält und dass sich dieser ordnungspolitische Sündenfall insbesondere auf Kosten Deutschlands perpetuiert. Daher ist es zwingend notwendig, der EZB die Grundlage für weitere Anleihekäufe zu entziehen, ohne ihre Unabhängigkeit anzutasten. Dies sollte durch zweierlei Maßnahmen geschehen:

Die Zielformulierung der Zentralbankpolitik muss sich ausschließlich auf die Gewährleistung der Preisstabilität reduzieren. Die Erfolgsgeschichte der Deutschen Bundesbank lässt sich insbesondere darauf zurückführen.

Die Stimmrechte im EZB-Zentralbankrat sind nach Kapitalanteilen zu gewichten. Andernfalls besteht weiterhin die Gefahr, dass die Länder, die insbesondere für risikoreiche Anleihen haften, von kleineren Ländern überstimmt werden und weiterhin Risiken auf Deutschland und andere kapitalstarke Staaten abgewälzt werden.

Beides macht eine Änderung der Satzung der EZB dringend erforderlich.

Zudem sind mögliche Regeln einer geordneten Insolvenz eines Staates auszuloten. Diese müssen einen automatischen Schuldenschnitt unter Beteiligung privater Gläubiger beinhalten, sobald ein Staat über eine bestimmte Zeit hinaus nicht in der Lage ist, seine Schulden zu bedienen.

(D) Den derzeitigen Gefahren für die Realwirtschaft, die mit möglichen Insolvenzen von Banken einhergehen, müssen wir entschieden entgegentreten. Kurzfristig sollte das durch höhere Eigenkapitalquoten geschehen. Mittelfristig ist es notwendig, sogenannte systemrelevante Banken in kleinere Institute zu zerschlagen, sodass diese einzeln insolvent gehen können, ohne die gesamte Realwirtschaft mitzureißen.

Diese Forderungen stellen nichts anderes als eine Rückkehr zu grundlegenden Prinzipien der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft dar. Insbesondere das Primat der Währungspolitik wurde missachtet und das Prinzip der Haftung grob verletzt. Unter der Voraussetzung, dass die Wiederherstellung dieser Prinzipien eisern verfolgt wird, stimme ich für den Gesetzentwurf. Ich bin zuversichtlich, dass dieser Weg von der Koalition weiter verfolgt wird.

Burkhardt Müller-Sönksen (FDP): Die Lösungen der Koalition in der europäischen Haushalts- und Finanzpolitik sollen die derzeitigen Turbulenzen an den Finanzmärkten eindämmen und neues Vertrauen etablieren. Nicht alle der bisherigen und geplanten Maßnahmen finden meine Zustimmung.

In verschiedenen Punkten bleiben bei mir auch weiterhin Zweifel. Einer geordneten Insolvenz zum Beispiel für Griechenland hätte ich dem angestrebten Verfahren den Vorzug gegeben und vertrete die Auffassung, dass diese

- (A) auch weiterhin als mögliches Instrument in Betracht gezogen werden sollte. Im Grundsatz lehne ich jedoch Hilfen für andere Euro-Staaten nicht ab, wenn diese unter den passenden Rahmenbedingungen gewährt werden.

Ich kann jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennen, welche Risiken von anderen Staaten des Euro-Raums noch zu erwarten sind. Diese Risiken konnten bisher nicht benannt und meine Zweifel daher nicht vollständig ausgeräumt werden.

Ich begrüße ausdrücklich, dass nach Angaben des Bundesministers der Finanzen die Erhöhung der Ausleihkapazitäten der EFSF für Deutschland auf 211 Milliarden Euro beschränkt ist. Die Befassung des Bundestages bzw. in bestimmten Fällen des Haushaltsausschusses im Falle jedweder Änderung oder Erweiterung der EFSF ist für mich Grundlage meiner Zustimmung; dieses gilt insbesondere auch für den Ausschluss der sogenannten Hebelwirkung.

Auch das Bewusstsein, dass es, falls heute keine Mehrheit aus der Koalition zustande kommt, zu noch stärkeren Unsicherheiten für die Märkte kommen wird, ist ausschlaggebend für mein Abstimmungsverhalten. Die Kapitalmärkte würden entsprechend negativ reagieren und die Bemühungen zur Stabilisierung somit konterkarieren. Auch mit Blick auf die europäischen Nachbarn und die Partner in der Welt ist es für Deutschland mit dem Ziel eines stabilen Euro wichtig, ein Zeichen für eine geschlossene und entschlossene Koalition zu setzen.

- (B) Das habe ich heute ebenfalls bei meinem Abstimmungsverhalten zu berücksichtigen.

Aufgrund dieser Abwägung stelle ich meine persönlichen Bedenken und Zweifel zu den im Gesetzesvorhaben getroffenen Regelungen zurück und stimme den Änderungen an dem Gesetz zum europäischen Stabilisierungsmechanismus zu.

Dr. Georg Nüßlein (CDU/CSU): Jede Krise markiert einen Wendepunkt. Insofern kann man auch der Euro-Schulden-Krise etwas Positives abgewinnen: Ein Weiter-So kann es politisch nicht geben. Der vermeintlich einfache Weg, Politik zu machen, indem man Schulden anhäuft und Probleme fremdfinanziert und zinslastig vor sich her schiebt, endet in einer Sackgasse.

Ich bin stolz darauf, dass die CSU das längst erkannt und Bayern als erstes Bundesland Haushalte ohne Neuverschuldung aufgestellt hat.

Ich bin stolz darauf, dass wir im Grundgesetz eine Schuldenbremse verankert haben. Das war richtungsweisend – nicht nur für den Bund, sondern für Europa.

Seither sind die Finanzkrisen allerdings dazu angetan, uns von dem Weg abzubringen. Auch die „impliziten“ Schulden, beispielsweise die Pensionslasten, machen mir Sorgen.

Der heutige Beschluss mag im engsten Sinne parlamentarischer Gepflogenheiten keine Gewissensentscheidung sein. Es ist aber eine Entscheidung, die mich

(C) schwer belastet – angesichts der finanziellen Dimensionen und der vielen ungeklärten Fragen. Die wiederum wurden von der Wissenschaft nur vieldeutig und widersprüchlich beantwortet. Das Orakel von Delphi wäre hier hilfreicher gewesen.

Medien und Opposition haben ihren zweifelhaften Beitrag dazu geleistet, die kritische Sachfrage zu einer Machtfrage hochzustilisieren. Die Frage, ob die Koalition eine eigene Mehrheit hat, ist eben minder komplex als die vielfältigen Sachfragen, die mit der europäischen Schuldenkrise verbunden sind.

Die Verunsicherung der Bürger durch eine mitunter unverantwortliche Berichterstattung mancher Medien ist Ausdruck dafür, dass die sogenannte Vierte Gewalt sich ihrer Verantwortung für die Demokratie in unserem Staat oft nicht bewusst ist, und das nicht einmal mit Blick auf das Eigeninteresse der Pressefreiheit.

Diese konstruierte Machtfrage muss man heute klar beantworten. Die rot-grün-dunkelrote Opposition bietet eine Alternative, die ich für katastrophal halte: Die Vergemeinschaftung aller europäischen Schulden über Euro-Bonds, die Schuldnerstaaten geradezu animiert, zulasten unserer Bonität und mit entsprechend niedrigen Zinsen weiter Schulden zu machen. Das ist, als wolle man einen Alkoholiker mit Freibier zur Abstinenz bringen.

(D) Die EFSF wird heute eine breite Mehrheit bekommen. Eine Gegenstimme ändert daran nicht nur nichts, sie würde dagegen den Eindruck erwecken, dass wir in einer so schwierigen Situation keinen Fonds bräuchten, um eine neuerliche Finanzkrise zu verhindern. Eine Sanierung Griechenlands halte ich persönlich für unwahrscheinlich. Die notwendigen Einsparungen im öffentlichen Bereich und der unabdingbare Reallohnverzicht sind meines Erachtens nicht durchsetzbar. Damit brauchen wir die EFSF als Brandmauer, um bei einer Insolvenz Griechenlands einen Flächenbrand zu vermeiden. Ich habe aber trotz dieser Einsicht während der Debatte innerhalb meiner Fraktion mit Nein gestimmt. Es gehört zu meinen politischen Erfahrungen der letzten neun Jahre, dass ohne diesen Druck gerade in der Europapolitik demokratiefeindliche Lösungen gesucht werden. Wer das anzweifelt, der möge den Antrag zum Parlamentsbeteiligungsgesetz zum Lissabon-Vertrag der Union aus Oppositionszeiten mit dem vergleichen, was dann später in der Regierungsphase beschlossen wurde. Das Ergebnis ist mindestens so beschämend wie die Regelungen zur Subsidiarität im Lissabon-Vertrag selbst. Oder die Tatsache, dass wir mittlerweile das Bundesverfassungsgericht brauchen, um das durchzusetzen, was eigentlich Ehrensache für das Parlament sein müsste: parlamentarische Mitsprache. Richter zu fragen, wie weit man sich entreechten lassen darf: Zeichnet das selbstbewusste, aufrechte Volksvertreter aus?

Die, die uns einreden wollen, Europa gehe nur mit Demokratieverzicht, verraten die europäische Idee. Ohne die Rückbindung europäischer Entscheidungen an nationale Parlamente und damit an das Volk wird die geniale europäische Idee scheitern. Es ist dann schon der Gipfel der Ironie, wenn dieselben ihre Kritiker als Euro-

(A) pagegner diffamieren. Und es schadet der Sache, wenn sie in einer kritischen (Krisen-)Phase der EU versuchen, ihre Fantasien von den „Vereinigten Schuldenstaaten von Europa“ zu realisieren.

Die CSU hat das Europa der Regionen in der Bayerischen Verfassung verankert. Das bleibt unsere Richtschnur.

Für geradezu schändlich halte ich es, wenn bei Diskussionen um Ausgestaltung und Vorgehen in einer Krise nicht auf Argumente eingegangen wird, sondern mit viel Pathos über Krieg und Frieden philosophiert wird. Diese Ablenkungsmanöver sind durchschaubar und Teil des Problems.

Wir waren noch immer in der Lage, ökonomische Kriterien richtig zu beschreiben: bei der Euro-Einführung beispielweise das Schuldenübernahmeverbot und den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Wider besseren Wissens müssen diese Ansprüche aber dann offenbar immer wieder angeblich höherrangigeren politischen Erwägungen weichen.

Die Aufnahme Griechenlands in den Euro-Raum ist ein klassisches Beispiel dafür. Man kann sagen: Die Griechen haben ihre Zahlen geschönt. Aber die Gegenseite, allen voran die Regierung Schröder, hat die falschen Zahlen doch glauben wollen. Jedenfalls kann man den Bundestagsprotokollen von damals entnehmen, dass CSU-Kollegen auf die Manipulation hingewiesen und von „einem schweren Fehler“ gesprochen haben. Von Europapathos befeuert, wollte man Griechenland im Euro haben. Die Griechen hätten übrigens wegen ihrer Produktivitätsdefizite, die sie nur durch die Abwertung der Drachme hätten ausgleichen können, gut daran getan, dem Euro-Raum nicht beizutreten.

Rot-Grün hat im Nachgang auch noch den Stabilitäts- und Wachstumspakt aufgeweicht – auch das wider besseres Wissen. Ein wenig mehr Demut in der Debatte hätte ich mir auch von dieser Seite gewünscht.

Jetzt geben wir die No-Bail-out-Regel auf, wonach eine gegenseitige Schuldenübernahme wohlweislich nicht infrage kommt. Das beschwert mich besonders. Wir müssen zu einem Weg zurückfinden, der die disziplinierenden Kräfte des Marktes sicherstellt. Höhere Zinsen müssen Schuldner zum Sparen zwingen. Die Griechen haben den Realzinsvorteil nicht für Investitionen, sondern für Konsum genutzt.

Mein Anliegen ist es, das, was zu Zeiten Theo Waigels richtig vereinbart wurde, zu verteidigen, insbesondere dem Stabilitäts- und Wachstumspakt Geltung zu verschaffen.

Ich werde weiter eine Insolvenzordnung für Staaten einfordern. Die haushalterischen Eingriffsmöglichkeiten der EU gehören in diesen Kontext. Die EU darf nur in Funktion eines „Insolvenzverwalters“ in nationale Haushalte eingreifen. Alle anderen Maßnahmen zur wirtschafts- und finanzpolitischen Koordination bedürfen einer demokratischen Rückbindung an die nationalen Parlamente. Sie müssen wir stärken, um das Befremden über einsame Brüsseler Entscheidungen zu beseitigen.

Ehe wir den ESM dauerhaft installieren, müssen die Wirkmechanismen der EFSF analysiert werden. Hier geht Gründlichkeit vor Schnelligkeit. (C)

Mit der heutigen Debatte ist jedenfalls sicher kein Schlusspunkt gesetzt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich stimme gemeinsam mit meiner Fraktion gegen den erweiterten Euro-Rettungsschirm, weil er in eklatanter Weise demokratische Prinzipien in ganz Europa verletzt.

Ich bedaure es, dass CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD nicht nur diesem neuen Rettungspaket für Banken und Spekulanten zustimmen, sondern auch den Einschränkungen der demokratischen Abgeordnetenrechte und der Rechte des Bundestags im Hinblick auf die Kontrolle des Euro-Rettungsfonds. Ich halte es in diesem Zusammenhang für eine Demokratie nicht würdig, dass alle anderen Fraktionen gegen die Vorschläge der Linken gestimmt haben, wenigstens den Bundestag über die Vergabe der zusätzlichen Milliarden abstimmen zu lassen.

Ich stimme gegen den erweiterten Euro-Rettungsschirm, weil damit die Demokratie den sogenannten Finanzmärkten geopfert wird.

Ich stimme gegen den erweiterten Euro-Rettungsschirm, weil unüberschaubare finanzielle Risiken auf die Bevölkerung zukommen. Mittlerweile qualifiziert selbst die Deutsche Bank die Risiken aus den Bürgschaften des Euro-Rettungsschirms für die Steuerzahler auf über 400 Milliarden Euro. Es ist grob fahrlässig, diesem Bündel aus Demokratieabbau, Sozialkürzungen und Bankenhilfe ohne Gegenleistung mit unabsehbaren finanziellen Risiken die Zustimmung zu erteilen. (D)

Ich stimme gegen den erweiterten Rettungsschirm, weil die Euro-Krise nur durch Schließung des Spekulationskasinos gelöst werden kann. Den Spekulanten muss der Boden entzogen werden. Die Staaten müssen sich unabhängig von den Kapitalmärkten finanzieren können, über eine Bank für öffentliche Anleihen. Die Finanzmärkte müssen endlich streng reguliert werden. Und die Verursacher und Profiteure der Krise müssen zur Kasse gebeten werden: Dies kann man durch eine EU-weite Vermögensabgabe für Superreiche, durch eine Finanztransaktionsteuer und durch eine Beteiligung großer privater Gläubiger realisieren.

Mein Nein zum erweiterten Euro-Rettungsschirm ist ein Ja zu Europa, ein Ja zur Demokratie und ein Ja zum Primat der Politik über die Finanzmärkte.

Richard Pitterle (DIE LINKE): Bei der Abstimmung über die Aufstockung und Ausweitung des Euro-Rettungsschirms, EFSF, im Deutschen Bundestag habe ich mit Nein gestimmt.

Auch ich bin der Überzeugung, dass Maßnahmen erforderlich sind, um die Staatsfinanzierung von den privaten Finanzmärkten abzukoppeln, um zu verhindern, dass einzelne Staaten der Spekulation der Finanzmafia ausgesetzt werden.

(A) Die Einführung des Euro hatte die PDS im Bundestag zu Recht kritisiert, weil diese nicht mit einer Wirtschafts- und Sozialunion verbunden war. Dennoch ist die Erhaltung des Euro ein richtiges Ziel, weil der Euro, von dem insbesondere die deutsche Wirtschaft profitiert hat, inzwischen mehr als ein ökonomisches Projekt ist. Wenn der Euro scheitert, besteht die große Gefahr, dass auch der europäische Gedanke und das Projekt der Europäischen Union massiv beschädigt werden und dies mit einer Renationalisierung der Politik einher geht. Wir brauchen zur Lösung der gewaltigen Probleme aber nicht weniger, sondern mehr europäische Integration. Wir brauchen und wollen als Linke auch gegenseitige Solidarität und Hilfe in Europa. Darin unterscheiden wir uns von den Gegnern des Euro-Rettungsschirms, deren Motivation darin liegt, den anderen in Schwierigkeiten geratenen Staaten die Solidarität ausdrücklich zu verweigern.

Die Politik der Bundesregierung ist darauf gerichtet, den Europäischen Rettungsschirm nicht als Hilfe für die Menschen auszugestalten, sondern im Ergebnis zur Rettung von Banken und Versicherungen. Die Bedingungen, die an die Inanspruchnahme der Mittel aus dem Rettungsschirm geknüpft werden, sind nicht akzeptabel. Senkung der Löhne, Renten, Entlassungen, Erhöhung der Verbrauchsteuern, kurz massiver Sozialabbau für breite Bevölkerungskreise, sind Gift für das wirtschaftliche Wachstum der betreffenden Staaten und machen die Rückzahlung von Krediten objektiv unmöglich. Die Banken und Gläubiger sind durch die Bürgerschaft des Rettungsschirms, für die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haften, gegen Forderungsausfall gesichert. Die wirklich Vermögenden in den betreffenden Ländern, ebenso wenig wie in Deutschland, werden hingegen nicht zur Kasse gebeten. Eine Finanztransaktionsteuer, wird halbherzig angekündigt, aber bisher immer noch nicht eingeführt. Mit dieser würden die Spekulanten, die die Finanzkrise verursacht haben, endlich zur Kasse gebeten.

Hinzu kommt, dass ohne eine tiefgreifende und nicht nur kosmetische Regulierung der Finanzmärkte die Ursachen, die zur der Notwendigkeit des Rettungsschirms geführt haben, weiter fortwirken und der Rettungsschirm in Kürze von der Dimension her nicht ausreichen wird.

Dieser ungerechten Politik, die die Mehrheit der Bevölkerung belastet und die Finanzmafia ungeschoren lässt, kann ich nicht zustimmen, sondern kann nur mit Nein stimmen.

Yvonne Ploetz (DIE LINKE): Gerade als Anhängerin der europäischen Idee kann es für mich heute nur ein klares Nein geben. Die von der Bundesregierung geplante Erweiterung des Euro-Rettungsschirms, der sogenannten EFSF, geht an den anstehenden Aufgaben schlicht vorbei. Ohne eine Lösung der gegenwärtigen Lohnkrise wird es auch keine Lösung der Euro-Krise geben. Denn die Kanzlerin sieht nur die Oberfläche, aber nicht die tieferliegenden Ursachen der Krise. Die schwarz-gelbe Regierung setzt bei ihrer Euro-Politik abermals auf das falsche Pferd – wie so häufig in den letzten Wochen und Monaten.

(C) Die Krise der Euro-Zone ist letztlich eine globale Verteilungskrise. Jetzt rächt sich die Umverteilungspolitik von unten nach oben, die in den letzten Jahren alle neoliberalen Parteien in Deutschland mitgetragen haben – von Schwarz, Gelb über Rot und Grün. Die Lohneinkommen stagnieren seit geraumer Zeit weltweit, in Deutschland sind die Realeinkommen der Mehrheit der Menschen sogar gefallen. Nur die Vermögen einiger weniger sind stark angewachsen, die breite Mehrheit hat deutlich verloren. Die Menschen reagieren darauf in der einzig für sie möglichen Art und Weise, nämlich indem sie ihre Nachfrage nach Konsumgütern einschränken. Deshalb stockt die Konjunktur, deshalb stockt die Binnennachfrage, deshalb spekulieren die großen Kapitalien in einem unverhältnismäßigen Umfang, da Realinvestitionen aus ihrer systemimmanenten Sicht sich nicht mehr für sie lohnen.

Ohne eine demokratische Kontrolle des Banken- und Finanzsektors, ohne einen enormen Anwuchs der Löhne der „normalen Menschen“, ohne ein Ende des Lohndumpings und ohne eine Besteuerung der Vermögenden wird diese Krise nicht gelöst werden können. Das Missverhältnis von Finanz- und Realwirtschaft kann nur gelöst werden, wenn die Massenkaukraft und die Masseneinkommen wieder steigen. Aber die Regierung zeigt sich konsequent orientierungslos. Derzeit ist es, als würden Politiker und Politikerinnen der Regierung „Steuerbord“ oder „Backbord“ rufen, ohne zu merken, dass sie eigentlich in einem Zug sitzen.

(D) **Ingrid Remmers (DIE LINKE):** Ich stimme gegen dieses Gesetz, weil die Bedingungen für Länder, die Kredite im Rahmen der EFSF in Anspruch nehmen müssen, nicht akzeptabel sind und die „Rettung“ von einzelnen europäischen Ländern nichts als eine weitere Bankenrettung mit Steuergeldern ist.

Die Schuldenkrise ist vor allem eine Folge der Bankenkrise, in deren Rahmen die Verluste von privaten Banken auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler abgewälzt wurden – Verluste von jenen privaten Banken, die mit Wucherzinsen für neue Staatsanleihen den Rettungsschirm erst notwendig machen. Statt die Finanzmärkte endlich strikt zu regulieren, Banken zu vergesellschaften und die Staatsfinanzierung von den Kapitalmärkten abzukoppeln, würgen radikale Kürzungsaufgaben die Binnenkonjunktur der Krisenländer ab.

Die Ungleichgewichte im Euro-Raum sind auch Ergebnis der überdimensionierten Exportorientierung der deutschen Wirtschaft bei gleichzeitig stagnierenden Reallohnen und dauerhaft hohen Exportüberschüssen. Sie führen automatisch zu Defiziten und damit zur weiteren Verschuldung anderer Euro-Länder. Das beste Mittel dagegen ist die Stärkung der Kaufkraft durch Mindestlöhne, die der hohen Produktivität in Deutschland angemessen sind.

Die von der Bundesregierung geforderten Zumutungen für die griechischen, irischen oder portugiesischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind nicht akzeptabel. Lohnkürzungen, radikale Verkleinerung des öf-

(A) fentlichen Dienstes und Privatisierungen von öffentlichen Gütern führen zu mehr Arbeitslosigkeit, weniger Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und damit in die Rezession. Die unsägliche Neiddebatte vor allem gegenüber Griechenland ist ein Schlag ins Gesicht aller, die vor, in und nach der Krise unter der hohen Arbeitslosigkeit und den niedrigen Löhnen in vielen Ländern Europas leiden.

Europa ist kein armer Kontinent – bei strikter Regulierung der Finanzmärkte, einer konsequenten Verfolgung von Steuerhinterziehung, echter Umverteilung durch wesentlich höhere Besteuerungen großer Vermögen und Einkommen und den Verzicht auf kostspielige Rüstungsprojekte wären die Staatshaushalte relativ einfach zu sanieren. Dafür steht die Linke.

Swen Schulz (*Spandau*) (*SPD*): Ich stimme dem Gesetzentwurf zu, möchte aber auf erhebliche Bedenken hinsichtlich der Verfassungsmäßigkeit der vorgesehenen Parlamentsbeteiligung im Rahmen des europäischen Stabilisierungsmechanismus hinweisen.

Verfassungsrechtliche Bedenken bestehen meines Erachtens insbesondere in folgenden Punkten:

Ich halte die Übertragung der Entscheidungsbefugnis des Plenums auf einzelne Mitglieder des Haushaltsausschusses – gemäß § 3 Abs. 3 StabMechGÄndGE – für äußerst problematisch. Die Budgethoheit liegt beim Bundestag als Ganzem. Eine Delegation dieser Befugnis auf den Haushaltsausschuss und noch weiter auf einige wenige – deren Status bislang nicht geklärt ist – verhindert die im Grundgesetz – Art. 38 Abs. 1 Satz 2 – garantierte Beteiligung aller Abgeordneten am parlamentarischen Willensbildungsprozess.

(B) Daneben sieht das StabMechGÄndGE für bestimmte Fälle regelmäßig eine – von der Bundesregierung definierte – besondere Eilbedürftigkeit und Vertraulichkeit vor, sodass automatisch statt dem Plenum nur einige wenige Abgeordnete an Entscheidungen, die zum Teil Garantien in großem Umfang betreffen, beteiligt werden. Eine Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit im Hinblick auf Entscheidungen über vorsorgliche Maßnahmen oder für Kredite zur Rekapitalisierung von Finanzinstituten, wie sie das Gesetz vorsieht, halte ich für nicht zwingend gegeben.

Darüber hinaus ist die Pflicht der Bundesregierung zur umfassenden und frühestmöglichen Unterrichtung des Bundestages und des Bundesrates im Grundgesetz garantiert – Art. 23 Abs. 2 Satz 2 GG. Im StabMechGÄndGE – § 5 Abs. 7 – wird jedoch von „Unterrichtungsrechten“ gesprochen und somit impliziert, dass es in der Hand der Bundesregierung liegt, zu entscheiden, ob und wann sie das Parlament unterrichtet. Diese Beschränkung der Unterrichtung auf einzelne Abgeordnete halte ich für verfassungswidrig.

Trotz der verfassungsrechtlichen Bedenken erscheint mir die Zustimmung zum Gesetzentwurf zwingend, da durch die Anpassung der Gewährleistungsermächtigung die auch weiterhin erforderlichen Notmaßnahmen zum Erhalt der Zahlungsfähigkeit einzelner Euro-Mitglied-

(C) staaten, durch die die Finanzstabilität in der Währungsunion insgesamt sichergestellt werden, ermöglicht werden.

Betonen möchte ich jedoch, dass – wie im Entschließungsantrag meiner Fraktion ausgeführt (Drucksache 17/7175) – ich die von der Regierungskoalition vorgelegten Maßnahmen zur Bewältigung der derzeitigen Krise zwar als erforderlich, aber nicht für hinreichend erachte. Insbesondere sind weitere Maßnahmen zur Regulierung des Finanzsektors, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie die Schaffung von wirksamen Wachstumsimpulsen nötig.

Ich verbinde meine Zustimmung mit der Erwartung, dass bei der vorgesehenen Einrichtung des dauerhaften Stabilitätsmechanismus ESM die Frage der Parlamentsbeteiligung verfassungskonform gelöst wird und die weiteren erforderlichen Schritte zur Krisenbewältigung gegangen werden.

Dr. Patrick Sensburg (*CDU/CSU*): Ich stimme dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus trotz massiver sachlicher Bedenken zu.

(D) Ausschlaggebend für mein Stimmverhalten sind die verantwortungslosen Alternativen der Opposition, welche die Aufgabe der deutschen Haushaltsverantwortung bedeuten würden. Zwischen dem falschen Weg, den Peer Steinbrück in seiner heutigen Rede dargestellt hat, und des aus meiner Sicht noch unzureichend ausgestalteten EFSF und einem noch unklaren ESM ist die Zustimmung zur Ertüchtigung des EFSF der verantwortungsvollere Beitrag.

Ein stabiles Europa fußt auf einem stabilen Euro. Seine Stabilität liegt deshalb im tiefsten deutschen Interesse. Die bisherigen Versuche, den Euro dauerhaft zu stabilisieren, sind gescheitert. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat nicht dazu geführt, Verstöße gegen Stabilitätskriterien wirkungsvoll zu sanktionieren. Auch die im Mai 2010 vom Bundestag beschlossenen Hilfen für Griechenland führten nicht etwa zu einer Stabilisierung der Situation. Entgegen der formulierten Erwartungen ist es Griechenland bis heute nicht gelungen, an den Kapitalmarkt zurückzukehren. Griechenland wird es auch durch die Maßnahmen, die wir einfordern, in absehbarer Zeit nicht schaffen, an die Kapitalmärkte zurückzukehren. Griechenland wird nach meiner Überzeugung nicht um eine Insolvenz herumkommen, und wir müssen Griechenland hierbei helfen und die notwendigen Mechanismen zur Verfügung stellen.

Auch die derzeitige Konstruktion des Euro-Stabilisierungsfonds EFSF kann nach meiner Überzeugung auf Dauer nicht zu der notwendigen Stabilisierung führen. Er löst weder das Verschuldungsproblem, noch wird ein überzeugendes Anreizsystem zur Schuldenvermeidung in den Euro-Staaten geschaffen. Im Ergebnis ermöglicht der EFSF neue Kreditzahlungen. Wenn das Problem in der zu hohen Verschuldung einiger Staaten der Euro-Zone besteht, vergrößern wir das Problem durch weitere

- (A) Garantien nur. Dieses Vorgehen verhindert das notwendige Umdenken in der gesamten Euro-Zone. Der Kapitalmarkt wird sich nicht disziplinieren, wenn er weiß, dass jedes Land stets gerettet wird. Ein Rettungsschirm darf daher nur zwei Auswege kennen: erfolgreiche Sanierung oder Insolvenz. Die Insolvenz Griechenlands ist faktisch sogar schon im Gange.

Sollte für eine erfolgreiche Sanierung Griechenlands ein Schuldenschnitt unvermeidlich sein, muss ein Rettungsschirm die Kapitalisierung der Banken sicherstellen, um Ansteckungsgefahren zu minimieren. Um diese Kapitalisierung zu gewährleisten, ist allerdings heute schon absehbar, dass der Umfang des EFSF zu klein ist. Für meine heutige Abstimmung ist aber maßgeblich, dass wir besser einen Rettungsschirm haben, der 440 Milliarden Euro aktivieren kann, als gar keinen Rettungsschirm; denn nach meiner Meinung wird die griechische Umschuldung sehr zeitnah kommen.

Mit meiner Zustimmung zur Ertüchtigung des EFSF möchte ich den Weg eröffnen, dass wir zügig über die richtige Konstruktion des ESM nachdenken. Nur durch ein geschlossenes Auftreten des Deutschen Bundestages haben wir die nötige Durchsetzungskraft, in Europa für unsere Position der Stabilität zu werben. Aus diesem Grund stimme ich der Ertüchtigung des EFSF trotz der aufgeführten Bedenken und großer Sorge um Europa zu.

Raju Sharma (DIE LINKE): Ich habe dem Euro-Rettungsschirm EFSF heute meine Zustimmung verweigert, denn er stellt keine sinnvolle Lösung zur dauerhaften Beseitigung der Euro-Krise dar. Stattdessen ist der Euro-Schutzschirm eine Maßnahme, die dem privaten Bankensektor einseitig Vorteile zulasten aller Bürgerinnen und Bürger zukommen lässt.

Deutsche Banken gehören zu den größten Gläubigern der Mitgliedstaaten der Union, bei denen Zahlungsschwierigkeiten bestehen oder erwartet werden. Im Falle Griechenlands sind es 23 Milliarden Euro, die deutsche Banken an Forderungen in den Büchern stehen haben. Im Falle Portugals sind es 34 Milliarden Euro. Nachdem diese Banken jahrzehntelang gute Gewinne mit Staatsanleihen gemacht haben, sollen nun – geht es nach der Bundesregierung – die Bürgerinnen und Bürger für das Kreditrisiko der Banken haften. Dabei haben die Banken ihre Praxis weder nach dem Platzen der Dotcom-Blase vor zehn Jahren noch nach der Erfahrung Finanzkrise des Jahres 2009 geändert. Sie zocken an den Börsen und belohnen kurzfristige Profite mit hohen Boni. Den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern darf diese Haftung nicht aufgebürdet werden.

Die Bundesregierung setzte unabhängig davon, ob sie von Union, FDP, SPD oder Grünen gebildet wurde, darauf, Märkte radikal zu deregulieren und nahm die Risiken billigend in Kauf. Während die Gewinne in privater Hand blieben, mussten und müssen Verluste von der Allgemeinheit getragen werden. Wir müssen dieses Schema endlich durchbrechen und für eine Stärkung der Europäischen Idee streiten, die ein gemeinsames Europa nicht als Spielplatz ohne Regeln für die Finanzwirtschaft sieht, sondern vielmehr auf eine gemeinsame Wirt-

schafts- und Sozialpolitik setzt, die diesen Namen verdient und den Ursachen der Krise grundlegend entgegenwirkt. Die Vorschläge der Bundesregierung sind dazu gänzlich ungeeignet. (C)

Thomas Silberhorn (CDU/CSU): Der Euro ist unsere gemeinsame Währung. Seine Stabilität zu sichern, liegt im deutschen und europäischen Interesse. Gerade unser Land als Exportnation profitiert von einem stabilen Euro. Die Europäische Union gewinnt durch die Gemeinschaftswährung an internationalem Gewicht. Die gegenwärtige Schuldenkrise einzelner Euro-Staaten muss daher so bekämpft werden, dass die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion als Ganzes gestärkt daraus hervorgehen kann.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht gegen die europäische Integration gerichtet, wenn ich der Aufstockung und Erweiterung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität nicht zustimmen kann. Im Gegenteil: Eine Gefährdung des Integrationsprojekts ist dann zu befürchten, wenn die Bemühungen zur Stabilisierung des Euro nicht den erhofften Erfolg zeitigen, weil dadurch das Vertrauen in die Staaten der Euro-Zone geschwächt würde. Schon heute ist absehbar, dass die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität auch nach der Änderung des Rahmenvertrags nicht ausreichend wirksam sein kann, um die Euro-Zone zu stabilisieren. Es muss daher alles daran gesetzt werden, dauerhaft tragfähige Lösungen für die europäische Staatsschuldenkrise zu entwickeln. (D)

Mit der Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion wurden die Grundlagen für die Geldwertstabilität des Euro gelegt: der Stabilitäts- und Wachstumspakt, die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und das Verbot der Schuldenübernahme. Doch wie vielfache, stets sanktionslose Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt zeigen, haben die Euro-Staaten die vorhandenen Instrumente zur Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik – unter deutscher Mitwirkung – ausgehöhlt. Im Zuge der Schuldenkrise hat die Europäische Zentralbank durch den Ankauf von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt ihre geldpolitischen Kompetenzen weit überdehnt und den Weg zur Vergemeinschaftung nationaler Schulden beschritten. Mit der Übernahme von Gewährleistungen für verschuldete Staaten haben die Euro-Mitglieder die Sozialisierung privater Verluste in Kauf genommen und das Verbot der Schuldenübernahme de facto ausgehebelt.

Dennoch wende ich mich nicht generell gegen Finanzhilfen. Dem ersten Hilfsprogramm für Griechenland habe ich ebenso zugestimmt wie der Errichtung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität als befristetem Rettungsschirm. In Notfällen können Finanzhilfen durchaus dazu beitragen, die Stabilität der Euro-Zone als Ganzes zu wahren, sofern sie als letztes Mittel – Ultima Ratio – unter strikten Auflagen und zeitlich befristet gewährt werden. Der dadurch erkaufte Zeitgewinn muss jedoch genutzt werden – können –, um die Ursachen der Schuldenkrise zu beheben, also um die Staatsverschuldung abzubauen

- (A) und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft wiederherzustellen.

Die Solidarität mit unseren europäischen Partnern stelle ich daher nicht infrage. Doch Hilfe darf nicht grenzenlos gewährt werden. Sie muss zum Ziel haben, dass ein verschuldeter Mitgliedstaat der Euro-Zone zu einer eigenverantwortlichen Finanz- und Wirtschaftspolitik zurückfindet. Handeln und Haften müssen wieder zusammengeführt werden. Werden Finanzhilfen unter Konditionen vergeben, dann darf es nicht folgenlos bleiben, wenn vereinbarte Sanierungsziele nicht erreicht werden. Hier darf die Grenze von temporären Liquiditätshilfen zu dauerhaften Transferleistungen nicht überschritten werden. Andernfalls würde ein europäischer Finanzausgleich geschaffen, der keinerlei Anreiz zur Lösung der Staatsschuldenkrise böte. Stattdessen würde die Verschuldung noch vergrößert und auf andere Euro-Staaten sowie nachfolgende Generationen abgewälzt.

Der Konstruktionsfehler der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität liegt darin, dass dieser Rettungsschirm einseitig auf die Gewährung von Finanzhilfen ausgerichtet ist. Solange aber die politische Zielsetzung aufrechterhalten bleibt, den Zahlungsausfall eines Euro-Mitglieds unter allen Umständen zu vermeiden, wird Investoren die Möglichkeit eröffnet, weiter gegen einzelne Staaten der Euro-Zone zu wetten, weil das Risiko solcher Wetten die Steuerzahler tragen. Der Rettungsschirm setzt damit eine Ursache für spekulative Attacken gegen Euro-Staaten.

- (B) Das Kalkül solcher Investoren muss gezielt durchkreuzt werden, damit die Staaten nicht zum Spielball der Finanzmärkte werden. Andernfalls droht der Dominoeffekt, dass immer mehr Mitglieder der Euro-Zone unter den Rettungsschirm flüchten müssen – und wegen der niedrigeren Kreditzinsen auch flüchten wollen. Im Gegenzug setzen die Geberländer – und in letzter Konsequenz die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität selbst – ihre eigene Bonität aufs Spiel. Der politische Preis dieses „Euro-Rettungswesens“ wird sehr hoch sein: Die Empfängerländer werden auf Jahre hinaus ihre politische Handlungsfreiheit weitgehend verlieren. Den Geberländern droht die finanzielle Überforderung.

Die Staaten der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion müssen ihre Gestaltungshoheit wahrnehmen und ihre Handlungsfähigkeit wiedergewinnen. Das erfordert zum Einen eine Regulierung der Finanzmärkte, die deren dienende Funktion für die volkswirtschaftliche Wertschöpfung zum Tragen bringt. Zum anderen müssen Leistungsbilanzdefizite innerhalb der Euro-Zone reduziert werden, indem die nationalen Haushalte entschuldet und wettbewerbsfähige Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen geschaffen werden.

Ziel muss es sein, unter den Euro-Staaten eine gemeinsame Stabilitätskultur zu entwickeln, die im Vertrag von Maastricht angelegt ist, zu der bislang aber der politische Wille gefehlt hat. Dazu gehört die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit früheren und schärferen Sanktionen bei Regelverstößen, deren Ahndung allerdings politischem Ermessen entzogen werden muss. Des Weiteren ist die Unabhängigkeit der Europäischen Zentral-

- (C) bank wiederherzustellen, indem der Ankauf von Staatsanleihen beendet wird. Schließlich ist das Verbot der Schuldenübernahme aufrechtzuerhalten, indem eine Restrukturierung überschuldeter Staaten ermöglicht wird.

Ein Sanierungsverfahren für überschuldete Staaten ist unverzichtbar, um die Gewährung von Finanzhilfen zu begrenzen und eine Überforderung der Geberländer zu vermeiden. Gerade wer vor den Ansteckungsgefahren eines unkontrollierten Zahlungsausfalls warnt, muss ein Verfahren kontrollierter Sanierung schaffen, das rechtzeitig vor einem Zahlungsausfall eingeleitet werden kann. Ein solches Sanierungsverfahren muss einen Schuldenschnitt einschließlich der zwingenden Haftung aller Gläubiger für die von ihnen bewusst eingegangenen Risiken, die Rekapitalisierung von Banken und ein Programm für den Wiederaufbau beinhalten. Die Feststellung mangelnder Schuldentragfähigkeit ist ohne politisches Ermessen ausschließlich anhand objektiv nachprüfbarer Kriterien zu treffen. Schließlich muss im Rahmen dieses Sanierungsverfahrens – gewissermaßen als letzter denkbarer Schritt zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit – die Mitgliedschaft des überschuldeten Staates in der Euro-Zone zeitweise ausgesetzt werden können, um diesem eine Abwertung zu ermöglichen.

Ich bin mir darüber im Klaren, dass eine solche Vorgehensweise nicht nur die sofortige Realisierung von Verlusten mit sich bringt, sondern zusätzlich den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel erfordert. Doch nachdem es eine günstige Lösung ohnehin nicht gibt, ist die schiere Größe der Garantiesumme und des Ausleihvolumens des Rettungsschirms sowie des deutschen Haftungsanteils (D) zwar von hoher Bedeutung, aber nicht entscheidend. Vielmehr kommt es maßgeblich darauf an, dass die Bemühungen zur Stabilisierung des Euro – wenn sie denn schon enorme Anstrengungen erfordern – tatsächlich greifen und nicht erneut von der Wirklichkeit überholt werden.

Eine nachhaltige Lösung der europäischen Staatsschuldenkrise erfordert Solidarität unter allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, namentlich unter den Mitgliedern der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Notmaßnahmen dürfen jedoch nicht die Retter selbst in Not bringen, sondern müssen Hilfe zur Selbsthilfe bleiben. Die verschuldeten Staaten müssen mit vereinten Kräften in die Lage versetzt werden, zu eigenverantwortlichem Handeln zurückzukehren. Die vorgeschlagene Erweiterung und Aufstockung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität geht darüber weit hinaus, weil sie keine wirksame Begrenzung von Finanzhilfen ermöglicht, sondern Anreize zur Sozialisierung privater Verluste und zur Vergemeinschaftung nationaler Schulden setzt. Dies kann ich nicht mitverantworten. Die wirtschafts- und finanzpolitische Handlungsfähigkeit der verschuldeten Staaten muss wiederhergestellt werden, wenn die Stabilität des Euro dauerhaft erhalten bleiben soll.

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem Gesetz, mit dem für Notmaßnahmen zugunsten eines Mitgliedstaates des Euro-Währungs-

- (A) gebiets Gewährleistungen bis zur Höhe von insgesamt 211 Milliarden Euro übernommen werden können, stimme ich nicht zu. Ich stimme mit Nein.

Auch ich will der griechischen Bevölkerung helfen, aus der Krise zu kommen. Auch ich bin deshalb grundsätzlich für die Verstärkung des Rettungsschirms, EFSF, durch weitere Milliarden. Lieber wäre mir ein drastischer Schuldenschnitt oder eine geregelte Insolvenz, die so gesteuert werden könnte, dass der sozial und einkommensmäßig schwächere Teil der Bevölkerung Griechenlands nicht die Hauptlast trägt. Aber dafür fehlen noch die Regeln im EU-Währungsraum. Eine solche Regelung für eine Staatsinsolvenz muss dringend geschaffen werden. Aber solange es sie nicht gibt, bleibt nur die Hoffnung auf die Wirksamkeit des Rettungsschirms, wenn auch die Hoffnung sehr trügerisch ist und mit weiteren finanziellen Nachschüssen in Milliardenhöhe gerechnet werden muss.

Der jetzt eingeschlagene Weg birgt allerdings Risiken für das europäische Währungssystem, die schon jetzt kaum noch zu verantworten sind.

Der wesentliche Grund für meine Nichtzustimmung ist die mangelhafte parlamentarische Kontrolle, die das Gesetz vorsieht.

- (B) Zwar sieht es vor, dass die Bundesregierung einem EU-Beschluss, der die „haushaltspolitische Gesamtverantwortung des Bundestages“ berührt, nur zustimmen darf, wenn der Bundestag vorher zustimmt. Und diese haushaltspolitische Gesamtverantwortung sei berührt bei Abschluss einer Vereinbarung über eine Notmaßnahme, wesentlicher Änderung einer solchen, Änderungen des EFSF-Rahmenvertrages und bei der Überführung von Teilen daraus in den dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus – ESM.

Aber bei besonderer Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit sollen dem Gesetz zufolge die Rechte des gesamten Bundestages von nur wenigen Abgeordneten wahrgenommen werden dürfen – höchstens neun. Die Mitglieder dieses Geheimgremiums werden über die erhaltenen Informationen niemandem berichten dürfen, nicht einmal ihrem Fraktionsvorsitzenden.

Ich befürchte, dies wird nicht Ausnahme, sondern die Regel werden. Dann bleibt im Regelfall der Bundestag außen vor. Denn eilbedürftig sind Notmaßnahmen stets; jedenfalls wird die Bundesregierung sich darauf berufen. Und Vertraulichkeit macht diese Bundesregierung ebenfalls sehr häufig geltend; damit habe ich bereits reichlich schlechte Erfahrungen gemacht.

Mit vielen parlamentarischen Anfragen in den vergangenen Jahren wollte ich zum Beispiel erfahren, zu welchen Bedingungen Kredite, Bürgschaften oder Garantien in Milliardenhöhe für notleidende Banken gegeben wurden und wie hohe Vergütungen sowie Boni deren Manager erhielten. Daraufhin berief sich die Bundesregierung dann regelmäßig auf eben solche Vertraulichkeit wegen Geschäfts- bzw. Betriebsgeheimnissen der Banken und verweigerte die Antwort.

- (C) Ich fürchte, ebenso wird die Bundesregierung auch in Zukunft begründen, dass Maßnahmen zur Euro-Rettung „vertraulich“ seien, sodass der Bundestag nicht beteiligt werden könne.

Nach dem Gesetz soll allein die Bundesregierung die „Eilbedürftigkeit“ oder „Vertraulichkeit“ festlegen. Das Geheimgremium kann zwar widersprechen, aber nur mit Mehrheit, also nur wenn die Abgeordneten mitmachen, welche die Regierung tragen.

Wenn es um vorsorgliche Notmaßnahmen geht oder um Kredite zur Rekapitalisierung von Banken oder Ankauf von Staatsanleihen, sind diese regelmäßig eilbedürftig oder vertraulich. Ausgenommen sind nur Änderungen des Rahmenvertrages, Überführung in ESM oder der erstmalige Antrag eines Mitgliedstaates. Wenn es um weniger wichtige Entscheidungen geht, muss der Haushaltsausschuss zustimmen. Aber auch dies kann ersetzt werden durch Zustimmung des Geheimgremiums, wenn die Bundesregierung Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit reklamiert.

Damit wird das Haushaltsrecht des Parlaments weitgehend abgeschafft und auf ein Rumpfparlament übertragen: und zwar für Beträge in jeder Höhe, selbst wenn diese größer sind als der gesamte Bundeshaushalt eines Jahres.

Das will ich mir als Bundestagsabgeordneter nicht gefallen lassen.

- (D) Schlimmer noch, außer meinem Entscheidungsrecht soll selbst mein Recht auf Information und Unterrichtung darüber, was mit dem Geld der Steuerzahler geschieht, beschränkt werden können: in Fällen behaupteter besonderer Vertraulichkeit, solange die Gründe dafür angeblich fortbestehen. Das kann Jahre dauern.

So etwas geht überhaupt nicht. Wie soll ich dann mein Kontrollrecht wahrnehmen? Es ist doch das Geld der Bürgerinnen und Bürger, um das ich mich sorgen soll. Das ist eine meiner wichtigsten Aufgaben als Abgeordneter. Wie soll das gehen und wie soll ich diese Aufgabe wahrnehmen können, wenn ich nichts erfahre?

Es gäbe doch durchaus die Möglichkeit, alle Abgeordneten vertraulich wenigstens zu unterrichten.

Ich will nicht, dass ich und 98 Prozent der Abgeordneten unwissend gehalten werden können und außen vor bleiben, wenn für den Gesamtstaat sowie alle Bürgerinnen und Bürger existenzielle Entscheidungen getroffen werden. Die Finanzmärkte sind nicht das Maß aller Dinge. Nach ihnen darf sich nicht richten, was die Vertreter des ganzen Volkes wissen und entscheiden dürfen.

Dagegen stimme ich.

Sabine Stüber (DIE LINKE): Ich stimme dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus aus zwei Gründen nicht zu:

Erstens. Die Aufstockung der Mittel des Stabilisierungsfonds ist im Ergebnis eine Unterstützung der Banken, der Finanzinstitute und der Reichen. Im Haftungs-

(A) fall werden die entstehenden Lasten aber von der großen Mehrheit der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu tragen sein. Es ist dann auch eine Kürzung von Renten und anderen Sozialleistungen zu befürchten. Die Bundesregierung ist jedenfalls nicht bereit, für die gegenwärtigen Sozialstandards eine Garantieerklärung abzugeben. Deshalb lehne ich das Gesetz ab.

Den Menschen in den Ländern, die Gelder aus dem europäischen Rettungsfonds erhalten, wird nicht wirklich geholfen: Die strengen Sparauflagen, mit denen die „Hilfe“ für diese Länder verbunden ist, treffen dort vor allem die Geringverdienenden, die Rentnerinnen und Rentner. Deshalb wird die Binnennachfrage zurückgehen. Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen sinken. Damit wird die Fähigkeit zur Rückzahlung der gewährten Kredite immer weiter eingeschränkt. Das zeigt die Entwicklung in Griechenland jetzt schon. Auch deshalb stimme ich dem Gesetz nicht zu.

Wir wollen stattdessen die Regulierung der Finanzmärkte, die Beteiligung der Reichen mit riesigem Vermögen an der Schuldentilgung und eine konstruktive Unterstützung für die wirtschaftliche Entwicklung in Griechenland und anderen betroffenen Ländern.

Zweitens. Ich lehne das Gesetz auch deshalb ab, weil es die demokratisch-parlamentarische Kontrolle des Bundeshaushalts untergräbt. Im Rahmen des Euro-Krisenfonds, EFSF, werden Entscheidungen getroffen, die Auswirkungen für spätere Generationen haben. Die demokratische Kontrolle kann nur funktionieren, wenn Unterrichtungen und Entscheidungen durch den zuständigen Fachausschuss, den Haushaltsausschusses, vorbereitet werden. Es ist auch nicht mit demokratischen Grundsätzen vereinbar wenn wichtige parlamentarische Entscheidungen an ein kleines Sondergremium delegiert werden. Mit dem Gesetz beugt sich der Bundestag dem Diktat der Finanzmärkte.

Auch deshalb sage ich Nein zu diesem Gesetz.

Alexander Süßmair (DIE LINKE): Ich lehne die Aufstockung und Ausweitung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, EFSF, ab, denn damit wird ein marktradikales und gescheitertes Krisenmanagement fortgesetzt, das die soziale und wirtschaftliche Spaltung der Euro-Zone und der EU weiter vertieft.

Die an die „Hilfskredite“ aus dem Rettungsschirm geknüpften radikalen Kürzungsaufgaben würgten die Binnenkonjunktur der Krisenländer ab, verhinderten eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft und verschärften die Schuldenkrise. Die Finanzmärkte wurden dadurch nicht „beruhigt“; es wird weiter gegen Krisenstaaten spekuliert. Bereits jetzt gehen Expertinnen und Experten sowie Finanzmarktakteure davon aus, dass auch die aufgestockte EFSF nicht ausreichen wird!

Ich lehne den erweiterten Euro-Rettungsschirm ab, denn anstatt die Konsequenzen aus der gescheiterten marktradikalen Politik zu ziehen, wird der Kurs fortgesetzt. In den Krisenländern bezahlen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner, Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Er-

werbslose und sozial Benachteiligte mit dem größten Sozialabbau der europäischen Nachkriegsgeschichte dafür, dass private Banken weiter spekulieren können. Damit wird die Agenda 2010 mit ihrem Sozialkahltschlag, Lohndumping und ihrer kurzfristigen Fixierung auf den Export, nach Deutschland nun in Europa installiert.

In Deutschland werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die milliardenschweren Garantien in Haftung genommen. Solange die Finanzmärkte nicht strikt reguliert, Banken nicht vergesellschaftet und die Staatsfinanzierung nicht von den Kapitalmärkten abgekoppelt wird, ist die Krise nicht unter Kontrolle zu bringen.

Diese Politik ist ungerecht, weil sie die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt und so eine zentrale Krisenursache fortschreibt. Sie ist ökonomisch gefährlich, weil die Spardiktate eine ökonomische Belebung der Krisenländer verhindern und keine effektiven Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der Euro-Zone und der EU vorgesehen sind.

Sie gefährdet zunehmend die europäische Integration: Rechtspopulistische Parteien, die die Ängste und die Wut der Menschen gegen Spardiktate in europafeindliche und nationalistische Propaganda kanalisieren, sind in vielen Ländern auf dem Vormarsch. Das gemeinsame Projekt eines vereinten und friedlichen Europas befindet sich durch diese Politik des grenzenlosen Kapitalismus in höchster Gefahr. Die Parlamente werden entmachtet und eine europäische „Wirtschaftsdiktatur“ errichtet.

Die EU wurde von Anfang an nur im Interesse der Wirtschaft und Vermögenden gestaltet und nicht als ein Europa für alle Menschen. Meine Solidarität gilt den Menschen und nicht Banken und Kapitalanlegern. Das europäische Projekt hat nur dann eine Zukunft, wenn es sozial, solidarisch, friedlich und demokratisch gestaltet wird. Dafür trete ich als demokratischer Sozialist ein. Da die „Euro-Rettung“ in genau die entgegengesetzte Richtung weist, kann Ich als Pro-Europäer nicht zustimmen.

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE): Ich lehne das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus aus folgenden Gründen ab:

Als Abgeordnete der Linken bin ich proeuropäisch, denn ich will eine soziale und solidarische europäische Gemeinschaft. Doch diesem Ziel wird der erweiterte Rettungsschirm nicht gerecht. Der Rettungsschirm lässt insbesondere die Bevölkerung von Europa im Regen stehen, denn sie soll für die Krise zahlen, nicht deren Verursacher und Profiteure. Damit vertieft er die soziale und wirtschaftliche Spaltung in der europäischen Gemeinschaft, statt sie sozial, ökologisch und wirtschaftlich zu einen.

Die Ursachen der Krisen, vor allem die hochspekulativen, entfesselten Finanzmärkte werden mit ihm nicht beseitigt, sondern fortgeschrieben. Um Profite von Banken, Versicherungen und Spekulationsgewinne zu sichern, werden weiter Milliarden Steuergelder verbrannt.

(C)

(D)

- (A) In den Krisenländern müssen dafür die Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Rentnerinnen und Rentner Lohn- und Rentenkürzungen und den größten Sozialabbau der europäischen Nachkriegsgeschichte hinnehmen. Auch in Deutschland haften die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die milliardenschweren Garantien.

Die Alternativen zu diesem schwarz-gelben Rettungsschirm liegen längst auf dem Tisch. Die Ursachen der Krise müssen bekämpft werden – und zwar europaweit. Ohne wirksame Regulierung des Finanzmarktes wird es nicht gehen. Schädliche Finanzinstrumente wie Leerverkäufe und hochspekulative Strukturen wie Hedgefonds oder Schattenbanken gehören verboten. Zur Sicherung einer finanzunabhängigen Staatsfinanzierung sollte eine europäische Bank für öffentliche Anleihen errichtet werden.

Das europäische Projekt hat nur eine Zukunft, wenn es demokratisch, sozial gerecht und wirtschaftlich gerecht gestaltet wird. Dazu braucht es dringend ein europäisches Konjunkturprogramm und eine koordinierte Wirtschafts- und Sozialpolitik innerhalb der EU. Der erweiterte Euro-Rettungsschirm zielt in die entgegengesetzte Richtung und gefährdet so das Projekt Europa. Ein so untaugliches Gesetz muss ich ablehnen.

Alexander Ulrich (DIE LINKE): Ja zu Europa heißt für mich ganz klar: Nein zur Ausweitung und Aufstockung des Rettungsschirms. Daher habe ich heute gegen die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms gestimmt.

- (B) Der Rettungsschirm rettet nicht den Euro, er rettet nicht die EU – er rettet Banken und Spekulanten.

Bezahlen müssen hierfür die Beschäftigten: die Beschäftigten hier, die einen Großteil der Steuergelder zahlen, und die Beschäftigten in Griechenland, Irland und Portugal, die unter sozial verheerenden und ökonomisch völlig unsinnigen Kürzungsprogrammen leiden, die durch den Rettungsschirm diktiert werden.

Steuergelder für Bankprofite – nicht mit uns!

Ich habe gegen den ausgeweiteten Euro-Rettungsschirm gestimmt, weil ich glaube, dass die EU nur auf anderen Wegen aus der Krise herauskommt: Die Verursacher und Profiteure der Krise müssen zur Kasse gebeten werden, die Spekulanten müssen an die Kette gelegt werden und die Banken unter öffentliche Kontrolle. Wir brauchen eine Finanztransaktionsteuer, eine europaweite Vermögensabgabe und eine wirkliche Bankenabgabe.

Die EU kann nur gerettet werden, wenn sie zu einem Projekt für sozialen Frieden wird. Dazu muss die Lage der Beschäftigten und der sozial Schwachen in der gesamten EU verbessert werden. Damit müssen wir in Deutschland anfangen: Weg mit Hartz IV, her mit dem gesetzlichen Mindestlohn! Auf diese Weise bauen wir die hohen Exportüberschüsse ab und setzen so an den Ursachen der Krise an. Ein EU-weites Investitionsprogramm und eine stärkere, sozial ausgerichtete Politikkoordination sollen den sozial-ökologischen Umbau in der EU vorantreiben.

Europa muss sozial sein, oder es wird nicht sein.

- Arnold Vaatz (CDU/CSU):** Der Haushaltsausschuss hat in seiner Beschlussempfehlung vom 22. September 2011 – Drucksache 17/7067 – den Mitgliedern des Deutschen Bundestages empfohlen, den Antrag der Fraktionen CDU/CSU und FDP „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus“ – Drucksache 17/6916 – in geänderter Fassung anzunehmen. Ich folge dieser Empfehlung.

Meine Zustimmung zur vorgenannten Beschlussempfehlung verknüpfe ich mit folgender persönlicher Erklärung:

Die Ertüchtigung und Flexibilisierung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität – EFSF – ist zwar notwendig, um die konkrete Gefahr einer ungeordneten Insolvenz Griechenlands und die möglichen Zuspitzungen von Zahlungsschwierigkeiten auch anderer Krisenländer ohne weitere Anleihekäufe durch die Europäische Zentralbank – EZB – zu gewährleisten. Diese Befugnis-erweiterung reicht aber nicht aus, um die Krise dauerhaft einzudämmen.

Die Unabhängigkeit der EZB ist gegeben. Dennoch kam es – und kommt es noch immer – zu Anleihekäufen durch die EZB, die dadurch bereits beträchtliche Risiken in ihre Bücher genommen hat. Es ist sehr zweifelhaft, ob die EZB dafür die notwendige Legitimation besitzt, da letztlich die einzelnen Nationalstaaten entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit dafür haften. Die Gefahr besteht, dass die EZB auch nach Ertüchtigung der EFSF an ihrer Politik festhält und dass sich dieser ordnungspolitische Sündenfall insbesondere auf Kosten Deutschlands perpetuiert. Daher ist es zwingend notwendig, der EZB die Grundlage für weitere Anleihekäufe zu entziehen, ohne ihre Unabhängigkeit anzutasten. Dies sollte durch zweierlei Maßnahmen geschehen:

Die Zielformulierung der Zentralbankpolitik muss sich ausschließlich auf die Gewährleistung der Preisstabilität reduzieren. Die Erfolgsgeschichte der Deutschen Bundesbank lässt sich insbesondere darauf zurückführen.

Die Stimmrechte im EZB-Zentralbankrat sind nach Kapitalanteilen zu gewichten. Andernfalls besteht weiterhin die Gefahr, dass die Länder, die insbesondere für risikoreiche Anleihen haften, von kleineren Ländern überstimmt werden und weiterhin Risiken auf Deutschland und andere kapitalstarke Staaten abgewälzt werden.

Beides macht eine Änderung der Satzung der EZB dringend erforderlich.

Zudem sind mögliche Regeln einer geordneten Insolvenz eines Staates auszuloten. Diese müssen einen automatischen Schuldenschnitt unter Beteiligung privater Gläubiger beinhalten, sobald ein Staat über eine bestimmte Zeit hinaus nicht in der Lage ist, seine Schulden zu bedienen.

Den derzeitigen Gefahren für die Realwirtschaft, die mit möglichen Insolvenzen von Banken einhergehen, müssen wir entschieden entgegenreten. Kurzfristig sollte das durch höhere Eigenkapitalquoten geschehen.

- (A) Mittelfristig ist es notwendig, sogenannte systemrelevante Banken in kleinere Institute zu zerschlagen, sodass diese einzeln insolvent gehen können, ohne die gesamte Realwirtschaft mitzureißen.

Diese Forderungen stellen nichts anderes als eine Rückkehr zu grundlegenden Prinzipien der Begründer der Sozialen Marktwirtschaft dar. Insbesondere das Primat der Währungspolitik wurde missachtet und das Prinzip der Haftung grob verletzt. Unter der Voraussetzung, dass die Wiederherstellung dieser Prinzipien eisern verfolgt wird, stimme ich für den Gesetzentwurf. Ich bin zuversichtlich, dass dieser Weg von der Koalition weiter verfolgt wird.

Johanna Voß (DIE LINKE): Meine Fraktion, Die Linke, und ich lehnen die Aufstockung und Ausweitung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität, EFSF, ab, denn damit wird ein marktradikales und gescheitertes Krisenmanagement fortgesetzt, das die soziale und wirtschaftliche Spaltung der Euro-Zone und der EU weiter vertieft.

Ich wende mich entschieden gegen diese Politik des sozialen Kahlschlags, die mithilfe des Rettungsschirms diktiert wird. Die Länder, die sich unter den Rettungsschirm begeben, werden zu Kürzungen gezwungen, die auf demokratischem Wege niemals durchsetzbar wären. Während sich alle Welt zum Richter über Griechenland aufschwingt und Frau Merkel nicht müde wird zu betonen, die Griechen müssten sich noch mehr anstrengen, wird völlig übersehen, was der griechischen Bevölkerung alles abverlangt wird. Als Gegenleistung für die Finanzhilfen aus der EU mussten sie unter anderem die Mehrwertsteuer von 19 auf 23 Prozent erhöhen, die Renten kürzen, das Rentenalter erhöhen, die Preise für den öffentlichen Nahverkehr um 30 Prozent erhöhen, die öffentlichen Investitionen um 1,2 Milliarden Euro kürzen, die Mindestlöhne senken und den Kündigungsschutz lockern. Für Portugal und Irland sieht es ähnlich aus.

- (B) Ich lehne das Gesetz ab, denn der Rettungsfonds ist von den Banken diktiert und nützt nur ihnen, nicht Europa, nicht Griechenland. Schon die bisherige Euro-Rettung hat die Ausweitung der Krise nicht verhindert, im Gegenteil: Die Banken und Finanzinvestoren wurden geschützt. Doch den Krisenländern warfen die Regierungen der Euro-Zone, die EU-Kommission, die Europäische Zentralbank und der IWF Rettungsringe aus Blei zu: Die an die Hilfskredite aus dem Rettungsschirm geknüpften radikalen Kürzungsaufgaben würgten die Binnenkonjunktur der Krisenländer ab, verhinderten eine nachhaltige Erholung der Wirtschaft und verschärften die Schuldenkrise. Die Ursachen der Krise wurden vollständig ausgeblendet. Die Finanzmärkte wurden durch die „Rettungsmaßnahmen“ nicht beruhigt; es wird weiter gegen Krisenstaaten spekuliert. Bereits jetzt gehen Expertinnen und Experten und sowie Finanzmarktakteure davon aus, dass auch die aufgestockte EFSF nicht ausreichen wird.

Die Linke lehnt den erweiterten Euro-Rettungsschirm ab, denn der neoliberale Kurs wird beibehalten, anstatt Konsequenzen aus der gescheiterten Politik zu ziehen. In

- (C) den Krisenländern bezahlen Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner sowie andere Bevölkerungsgruppen mit Lohn- und Rentenkürzungen und dem größten Sozialabbau der europäischen Nachkriegsgeschichte dafür, dass private Banken weiter spekulieren. In Deutschland werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Haftung für die milliardenschweren Garantien genommen.

Diese Politik ist ungerecht, weil sie die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt und so eine zentrale Krisenursache fortschreibt. Sie ist ökonomisch gefährlich, weil die Spardiktate eine ökonomische Belebung der Krisenländer verhindern und keine effektiven Maßnahmen zur Überwindung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Euro-Zone und EU vorgesehen sind. Sie gefährdet zunehmend die europäische Integration: Rechtspopulistische Parteien, die die Ängste und die Wut der Menschen gegen Spardiktate in europafeindliche und nationalistische Propaganda kanalisieren, sind in vielen Ländern auf dem Vormarsch. Das Argument der Koalition – auch von SPD und Grünen –, es gehe mit dem Rettungsschirm darum, „Europa zu retten“, ist daher schlicht falsch.

Solange die Finanzmärkte nicht strikt reguliert, Banken nicht vergesellschaftet und die Staatsfinanzierung nicht von den Kapitalmärkten abgekoppelt werden, ist die Krise nicht unter Kontrolle zu bringen.

- (D) Statt einer weiteren „Rettung“ müssen die öffentlichen Haushalte aus der Abhängigkeit von den Kapitalmärkten befreit werden. Dazu müssen die Staaten die Möglichkeit bekommen, über eine europäische Bank für öffentliche Anleihen zinsgünstige Kredite bei der EZB aufzunehmen. Gleichzeitig ist der Schuldenstand durch eine Beteiligung der Banken und privaten Gläubiger sowie durch eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre drastisch zu senken. Nur so können die Profiteure und Verursacher der Krise angemessen zur Kasse gebeten werden.

Das europäische Projekt hat nur dann eine Zukunft, wenn es sozial gerecht, wirtschaftlich vernünftig und demokratisch gestaltet wird. Da die „Euro-Rettung“ in genau die entgegengesetzte Richtung weist, kann ich dem Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus nicht zustimmen.

Marco Wanderwitz (CDU/CSU): Ein starker gemeinsamer Wirtschaftsraum und eine starke gemeinsame Währung der Europäer liegen in unserem nationalen Interesse. Gerade unser Land als „kleine“ große Exportnation profitiert davon besonders. Europa darf nicht scheitern, wollen wir in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts, wo China, Indien, die rohstoffreichen Länder Afrikas, Lateinamerikas und Russland aufstehen, bestehen.

Die aktuelle Staatsschuldenkrise Europas gefährdet das. Sie kam schleichend, aber nicht unvermittelt. Auch Deutschland ist nicht nur mittelbar betroffen; über alle staatlichen Ebenen in unserem Land waren ausgeglichene Haushalte jahrzehntelang Mangelware. Die damit

- (A) verbundene Lastenverschiebung in die Zukunft ist eine schwere Bürde für die jüngeren und künftige Generationen. Auch die Möglichkeit zu gestaltender Politik sinkt mit jedem weiteren Euro Staatsschulden.

Wir Deutschen erkannten erfreulicherweise früher als viele andere, dass ein „Weiter-so!“ in den Abgrund führt. Die neu im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse war die große Leistung der unionsgeführten Koalition der Jahre 2005 bis 2009.

Die christlich-liberale Koalition erfüllt die Schuldenbremse nun mit Leben. Wir sind auf solidem Weg, haben die Chance, bereits vor 2016 die schwarze Null im Bundeshaushalt zu erreichen. Leider sind aber auch in Deutschland noch nicht alle Bundesländer auf so solidem Pfad wie beispielsweise der Freistaat Sachsen seit Jahren und wir nun im Bund. Der Weg ist steinig, Besitzstände stehen infrage – aber wenn etwas ohne sinnvolle Alternative ist, dann das. Und es ist auch unser Erwartungsmaßstab an unsere europäischen Partner. Die Alternative heißt aufwachsende Inflation, Staatspleite, Währungsschnitt.

Schon einmal gab es eine deutsche Bundesregierung, die Stabilität für Europa suchte. Das Europabild von Helmut Kohl und Theo Waigel war eines der Stabilität. Der Europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt und die Euro-Kriterien waren die Pfeiler einer Euro-Zone der Stabilität. Das war damals genauso wenig Selbstzweck, wie heute. Ohne Stabilität kein dauerhaftes Prosperieren.

- (B) Der Fehler von damals war, nicht schärfere Instrumente der Stabilitätskultur zu schaffen. Der ehemalige Chefvolkswirt der Bundesbank und später der EZB, Issing, sagt zu Recht, dass das Mehrheitsprinzip dazu führe, dass Sünder über Sünder richten sollen, was nicht funktioniere.

Die ersten Jahre gingen gleichwohl in die richtige Richtung. Die niedergelegten Grundsätze wurden beachtet. Der erste Sündenfall war der Griechenland-Beitritt. Griechenland war zu keinem Zeitpunkt beitragsreif, alle wussten es. Darüber hinaus waren die schon schlechten Bilanzen noch „geschönt“. CDU und CSU haben damals gewarnt. Die damalige rot-grüne Regierung Schröder hat uns das jetzige Elend rund um Griechenland damals beschert. Und es kam noch schlimmer. Danach begann Deutschland unter Kanzler Schröder, die Schuldenmacherei zur politischen Handlungsmaxime zu machen. Wir wurden vom Vorbild zum schlechten Beispiel, waren die ersten, die das 3-Prozent-Neuverschuldungskriterium nicht einhielten. Und wir fanden Nachahmer. Das war leicht, da die deutsche Regierung zunächst in Europa die richtigen Grundsätze ihrer Vorgänger zugrunde richten musste, um Schulden machen zu können. Wieder gegen den Widerstand von CDU und CSU, die vergeblich kämpften.

Die damals gelegte Saat ging in den Jahren auf. Durch die weltweite Finanzkrise drehte sich die Spirale dann schneller. Die Konjunkturspritzen waren in ganz Europa schuldenfinanziert. Das Ergebnis sehen wir nun – wir stehen vor einem Scherbenhaufen und tiefer in den Krei-

- (C) debüchern der Kreditgeber. Ohne Verschuldung gäbe es keine Möglichkeit zur Spekulation.

Wir „kaufen“ nun bisher immerzu neue Zeit, nutzen sie aber nicht ausreichend. Die Gefahr, dass künftige Generationen später dafür viel Geld zahlen müssen, ist nicht unerheblich. Unsere Interessen als Zahlerland müssen wir stärker betonen, und, wenn das nicht möglich ist, auch die Konsequenzen zu ziehen bereit sein. Auch diese würden aber sehr schmerzhaft sein. Die uneinheitliche Sicht der Wirtschaftswissenschaft, insbesondere was „Endszenarien“ betrifft, macht die Entscheidung sehr schwierig. „Pest oder Cholera“, „Skylla oder Charybdis“ – leider sind die Szenarien genau so.

Der anstehende ESM-Vertrag, der eine Überarbeitung der Europäischen Verträge darstellt, wird entscheidend. Die Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit früheren und schärferen Sanktionen bei Regelverstößen, deren Ahndung politischem Ermessen entzogen, automatisiert werden muss, ist die Lösung. Für Griechenland wird das alles nichts mehr helfen; hier brauchen wir eine Sonderbehandlung.

Auch die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank muss dringend wiederhergestellt werden, indem baldigst der Ankauf von Staatsanleihen beendet wird.

- (D) Die Skepsis aufseiten der deutschen Regierungsfraktionen in den letzten Monaten, die auch mich betrifft, hat bereits zu spürbaren Verbesserungen geführt. Wir streiten dabei nicht mit unserer Regierung, sondern mit ihr gemeinsam in Europa. Die Beteiligungsrechte des Bundestages werden nun erheblich gestärkt, sind einzigartig in Europa. Keine neuen Länderprogramme mehr ohne vorherige Zustimmung des Bundestages. Kein „konkretes“ Geld mehr ohne vorherige Zustimmung des Bundestages. Dies wird aber gerade erst wirksam mit dem heutigen Gesetz.

Die von SPD und Grünen neben dem Weg in die offene Transferunion geforderten Euro-Bonds, die Vergemeinschaftung von fremden Schulden zu unseren Lasten, wären ein katastrophales Instrument für unser Land. Sie kosteten uns Jahr für Jahr Milliarden und hätten keinen Nutzen. Im Gegenteil reizten sie geradezu dazu, weiter unsolide zu haushalten. Sie wären für Deutschland die schlechteste aller denkbaren Optionen.

Dem heutigen Gesetz stimme ich zu, um die Regierung nicht zu destabilisieren, und weil endlich Verbesserungen erreicht wurden. Die rot-grüne Opposition stimmt zu, hebt aber medial das Ergebnis in den Reihen der Koalition zu einer rein politischen Machtfrage. Sie will das Ringen in unserer Fraktion um eine Sachfrage großer Tragweite zu einer Personalfrage machen. Das ist in höchstem Maße unverantwortlich. Diese Koalition und insbesondere Angela Merkel als Bundeskanzlerin sind Garanten für die bestmögliche Wahrnehmung unserer Interessen in Europa unter diesen schwierigen Bedingungen.

Harald Weinberg (DIE LINKE): Ich stimme gegen die Aufstockung des Euro-Rettungsschirms, EFSF, weil ich weiß, dass es auf die Krise nur eine linke Antwort

(A) geben kann. Die Euro-Stabilisierung darf nicht auf Kosten von Löhnen, Renten und Sozialleistungen gehen. Die Aufstockung der Mittel des Stabilisierungsfonds ist im Ergebnis eine Unterstützung der Banken, der Finanzinstitute, der Reichen und der Superreichen.

Den Menschen in den Ländern, die Mittel vom EFSF erhalten, wird nicht wirklich geholfen: Die diesen Ländern aufgegebenen strengen Auflagen treffen dort vor allem die Geringverdiener, die Rentnerinnen und Rentner. Die Binnennachfrage bricht ein. Wirtschaftswachstum und Steuereinnahmen sinken. Die Fähigkeit zur Rückzahlung der gewährten Kredite wird immer weiter eingeschränkt. Das zeigt die Entwicklung in Griechenland. Auch deshalb sage ich. Nein zu dem Gesetz.

Ich stimme gegen den erweiterten Euro-Rettungsschirm, denn ein Ja zu diesem erneuten Geschenk an die Banken und Spekulanten würde ein Nein zu Europa bedeuten. Es ist mehr als bedenklich, dass hier im Bundestag alle Fraktionen bis auf Die Linke eine Politik gegen die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland und in Europa machen. Die Entscheidung von CDU/CSU, FDP, Grünen und SPD hilft weder Griechenland, noch rettet sie den Euro. Im Gegenteil: Diese Entscheidung ist das Todesurteil für die griechische Ökonomie. Und solange man sich nicht entschließen kann, die Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse zu bitten, wird auch der Euro weiter gefährdet bleiben.

(B) Auch die große Mehrheit der Beschäftigten und Gewerkschaftsmitglieder lehnt diese erneute Sozialisierung der Verluste der Banken und Spekulanten ab. Ich begrüße in diesem Sinne auch die Erklärung zur Euro-Krise des letzten Verdi-Bundeskongresses, bei dem auch ich gewesen bin, in der zu Recht kritisiert wird „dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner sowie Arbeitslose die Zeche der großen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zahlen“. Banken, die es wie die Deutsche Bank lediglich gut verstehen, Gewinne zu privatisieren, aber dann der Öffentlichkeit ihre Unternehmensrisiken überhelfen wollen, sollten vergesellschaftet werden. Auch hier heißt es ganz richtig in der Verdi-Erklärung: „Wir kritisieren, dass Rettungshilfen für Banken, Investmentfonds und Versicherungen nicht nach dem Prinzip ‚Leistung nur für Gegenleistung‘ organisiert wurden.“

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Dr. Axel Troost und Dr. Barbara Höll (DIE LINKE): zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (Tagesordnungspunkt 3 a)

Wir stimmen gegen den Euro-Rettungsschirm.

Das Stolpern von Rettungspaket zu Rettungspaket ist hochgefährlich, weil es die Akzeptanz für ein solidari-

(C) sches Europa untergräbt und die Krise verschärft. Auch dieses Rettungspaket wird die Krise nicht lösen, sondern verlängern. Bereits jetzt ist ersichtlich, dass die Mittel der EFSF nicht ausreichen werden und das nächste Rettungspaket benötigt wird.

Die Griechenland aufgezwungene Schocktherapie hat die Finanzsituation des Landes wesentlich verbessert. Sie bedeutet für die Masse der Bevölkerung jedoch eine Katastrophe. Die strukturellen Probleme des Landes können nicht in kürzester Zeit behoben werden. Die drastischen Kürzungen haben die griechische Wirtschaft stranguliert und das Land in eine Rezession gestürzt. Das neue Rettungspaket stellt zwar eine Verbesserung gegenüber bisherigen Maßnahmen dar, weil es auf eine längere Frist angelegt ist und auf Strafzinsen verzichtet. Durch das späte Handeln, die fehlende Entschlossenheit und die unzureichenden Maßnahmen konnte die Krise aber endgültig auf Spanien und Italien übergreifen.

Durch Euro-Anleihen hätte die Spekulation gegen einzelne Staaten der Währungsunion wirkungsvoll unterbunden werden können. Staaten würden nicht länger zum Spielball von Spekulanten und Ratingagenturen. Sie hätten auch eine Umschuldung mit einer substanziellen und nicht bloß symbolischen Beteiligung der privaten Gläubiger ermöglicht, welche die drückende griechische Schuldenlast gemindert und Risiken von den Steuerzahlern abgewendet hätte.

Wir möchten auch ausdrücklich festhalten: Die Euro-Krise kann nicht ausschließlich auf Versäumnisse einzelner Staaten zurückgeführt werden. Die Währungsunion ist in der jetzigen Form eine Fehlkonstruktion, bei der (D) Krisen wie die jetzige vorprogrammiert sind.

Eine wesentliche Ursache für die Krise ist die völlig unzureichende makroökonomische Koordinierung. Die Euro-Mitgliedstaaten haben sich nicht über wesentliche Eckpunkte eines gemeinsamen Währungsraums wie Lohnentwicklung, Wirtschaftssteuerung und eine Politik des sozialen Fortschritts verständigt. Stattdessen haben sie mit der Währungs- und Freihandelsunion eine Staatenkonkurrenz festgeschrieben, von der vor allem das wirtschaftlich übermächtige Deutschland profitiert. Immer mehr Mitgliedstaaten können dem Unterbietungswettbewerb um die niedrigsten Sozial-, Lohn- und Steuerkosten nichts mehr entgegensetzen, seit Wechselkurse als Ausgleichsmechanismus wegfallen.

Eine Folge sind die gewaltigen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte. Die Leistungsbilanzdefizite von Staaten wie Griechenland sind nur die Kehrseite der gewaltigen Überschüsse von Staaten wie Deutschland. Sie konnten nur aufgebaut werden, weil Regierungen wie die deutsche sich keinen Deut um eine koordinierte Lohnentwicklung geschert haben. Stattdessen wurden durch Lohndumping Vorteile zu Lasten anderer Staaten und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschafft. Um die Verwerfungen abzubauen, bedarf es zwingend Anpassungsmaßnahmen auch in Deutschland, etwa durch höhere Löhne und öffentliche Investitionen.

Die Politik der Staatenkonkurrenz führt dazu, dass seit Jahren die Wohlstandszugewinne nur noch bei Rei-

- (A) chen und Unternehmen ankommen. Diese entziehen sich zunehmend der Besteuerung, mit entsprechenden Haushaltsproblemen. Der Masse der Menschen in Europa geht es zusehends schlechter. Aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit, aber auch der Stabilität bedarf es einer Umverteilung von oben nach unten – etwa in Form einer Finanztransaktionsteuer, Steuern auf hohe Vermögen und ein entschlossenes Vorgehen gegen Steueroasen und die Finanzvehikel der Reichen und Mächtigen.

Viele Probleme können nur noch international gelöst werden. Europa spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Gestaltung der Europäischen Union als Elitenprojekt war von Anfang an mit Demokratiedefiziten verbunden. Dies gilt auch für dieses Rettungspaket, das nicht das Europäische Parlament, sondern die Regierungschefs der EU zusammen mit Josef Ackermann und einem französischen Spitzenbanker ausgehandelt haben. Werden die Defizite der Währungsunion und das Demokratiedefizit nicht behoben, droht das gemeinsame Projekt gegen die Wand zu fahren.

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Dr. h. c. Jürgen Koppelin, Dr. Lutz Knopek und Joachim Günther (Plauen) (alle FDP) zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (Tagesordnungspunkt 3 a)

(B)

Die Lösungen der Koalition in der europäischen Haushalts- und Finanzpolitik sollen die derzeitigen Turbulenzen an den Finanzmärkten eindämmen und neues Vertrauen etablieren. Nicht alle bisherigen oder geplanten Maßnahmen finden unsere Zustimmung.

Es bleiben bei uns erhebliche Zweifel. Einer geordneten Insolvenz zum Beispiel für Griechenland hätten wir den Vorzug gegeben. Wir sind nicht grundsätzlich gegen Hilfen für andere Euro-Staaten. Wir können jedoch nicht erkennen, welche Risiken von anderen Staaten des Euro-Raums noch zu erwarten sind. Diese Risiken konnten bisher nicht benannt und Zweifel nicht ausgeräumt werden.

Die Schaffung eines kleinen Gremiums, das anstelle des Haushaltsausschusses entscheiden kann, lehnen wir ab, zumal dieses Gremium der Vertraulichkeit unterliegt. Es steht zu befürchten, dass damit die Beteiligung des Deutschen Bundestages ausgehebelt wird.

Leider sind auch von der Opposition keine Konzepte und Alternativen zu den Vorschlägen der Regierung gekommen, die wir für diskussionswürdig hätten halten können.

Eine freie Abstimmung wäre eine gute Stunde für den Deutschen Bundestag gewesen.

Aufgrund des durch die Opposition entworfenen Szenarios eines Endes der Koalition besteht nun die Notwendigkeit, die Kanzlermehrheit für das Gesetz zu si-

- chern. Die Aussage der Vorsitzenden von Bündnis 90/ Die Grünen, Renate Künast, dass die heutige Abstimmung über den erweiterten Euro-Rettungsschirm EFSF im Bundestag als Bewährungsprobe für die schwarzgelbe Koalition zu sehen sei, macht es uns unmöglich, nur in der Sache abzustimmen. (C)

Uns ist auch klar, dass es, falls heute keine Mehrheit aus der Koalition zustande kommt, zu noch stärkeren Unsicherheiten für die Märkte kommen wird. Die Kapitalmärkte werden entsprechend reagieren. Auch mit Blick auf die europäischen Nachbarn und die Partner in der Welt ist es für Deutschland mit dem Ziel eines stabilen Euro wichtig, ein Zeichen für eine geschlossene und entschlossene Koalition zu setzen.

Das haben wir heute ebenfalls bei unserem Abstimmungsverhalten zu berücksichtigen.

Aufgrund dieser Abwägung stellen wir unsere persönlichen Bedenken und Zweifel zu den im Gesetzesvorhaben getroffenen Regelungen zurück und stimmen den Änderungen an dem Gesetz zum europäischen Stabilisierungsmechanismus zu.

Anlage 5

Zu Protokoll gegebene Reden

Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Werner Schieder (Weiden), Klaus Barthel, Dr. Bärbel Kofler, Daniela Kolbe (Leipzig), Hilde Mattheis, René Röspel und Rüdiger Veit (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus (Tagesordnungspunkt 3 a)

(D)

Bei der namentlichen Abstimmung über die Erweiterung der EFSF haben wir mit Ja gestimmt. Das bedeutet aber keineswegs, dass wir ansonsten die falsche Antikrisenpolitik der Bundesregierung unterstützen.

Erstens. Wir haben zugestimmt, weil wir es grundsätzlich für richtig halten, mit einem handlungsfähigen Rettungsschirm die Attacken von spekulierenden Finanzmärkten gegen einzelne Länder abzuwehren und so die Refinanzierung von Krisenstaaten zu vernünftigen Zinsen sicherzustellen. Notwendig ist eine glaubwürdige Garantie der gesamten Euro-Zone. Deshalb bedarf es einer Institution, die als Vermittlungsstelle zwischen die Staaten, deren Refinanzierung sichergestellt werden muss, und die aggressiven Finanzmärkte, denen die einzelnen Länder mangels eigener Währung und Zentralbank schutzlos ausgeliefert sind, gestellt wird.

Zweitens. Vor diesem Hintergrund ist allerdings auch der erweiterte EFSF unzureichend. Erstens, weil erneut offen bleibt, ob und in welchem Umfang einzelnen Ländern tatsächlich geholfen wird, wenn sie in Refinanzierungsschwierigkeiten kommen. Zweitens ist das begrenzte Ausleihvolumen nicht ausreichend, wenn zum Beispiel auch Länder wie Italien und Spanien in solche

(A) Schwierigkeiten – ausgelöst durch Wetten im Finanzmarktkasino – geraten.

Drittens. Vielmehr ist es notwendig, den EFSF zu einer „Bank für Staatsanleihen“ weiterzuentwickeln – Euro-Bonds –, die eine verlässliche und glaubwürdige Garantie für die gesamte Euro-Zone darstellt. Diese Bank muss sich bei der EZB refinanzieren können. Ihr effektives Ausleihvolumen ist nicht begrenzt. Zudem entsteht dadurch ein hochliquider Markt für Staatsanleihen in Euro, der für Anleger attraktiv ist.

Viertens. Die Bundesregierung muss ihre einseitige Fixierung auf die Staatsverschuldung als angebliche Folge nachlässiger Haushaltspolitik aufgeben. Der Anstieg der Staatsverschuldung seit 2007/2008 ist eindeutig eine Folge der Finanzkrise und damit das Resultat unregulierter Finanzmärkte. Vor der Finanzkrise hatten alle Länder nachweisbar Konsolidierungserfolge erzielt. Das Hochschnellen der Staatsschulden seit Ausbruch der Krise hätte weder durch Schuldenbremsen noch durch einen verschärften Stabilitätspakt verhindert werden können.

Fünftens. Neben der Besicherung der Euro-Zone sind die Ungleichgewichte in Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsbilanzen in den Fokus zu nehmen, die den entscheidenden realwirtschaftlichen Hintergrund für die Krise der Euro-Zone bilden. Hier braucht vor allen Dingen Deutschland als mit Abstand größtes Überschussland einen Kurswechsel hin zu einer dauerhaften Ausweitung der Binnennachfrage und einer expansiveren Lohnpolitik. Dem verwehrt sich dogmatisch die Bundesregierung und steuert so die gesamte Euro-Zone in eine anhaltende Phase der Stagnation. Mehr noch: Das Risiko des Auseinanderbrechens der Währungsunion bleibt gerade deswegen virulent mit der wahrscheinlichen Folge, dass ein Teil der Rettungskredite nicht zurückgezahlt wird und die Steuerzahler belastet werden. Für diese denkbare Entwicklung übernehmen wir mit unserer Zustimmung zum Rettungsschirm keine Verantwortung – sie liegt einzig bei der Bundesregierung.

(B)

Sechstens. Die Bundesregierung hat mit ihrer fatalen Antikrisenpolitik den ökonomischen Niedergang Griechenlands beschleunigt. Ungeachtet der hausgemachten Probleme und Versäumnisse in Griechenland hat die von der Bundesregierung durchgesetzte Politik der radikalen Spardiktate und drastischer Lohn- und Ausgabenkürzungen Griechenland endgültig in eine schwere Rezession mit verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen getrieben. Die Bundesregierung trägt dadurch – aber auch, weil sie alle bisherigen Stabilisierungsmaßnahmen bis zum heute vorliegenden erweiterten EFSF immer erst monatelang abgelehnt hat – eine wesentliche Mitverantwortung für die Eskalation der Euro-Krise und die Gefahr der Ansteckung weiterer Euro-Länder.

Siebtens. Wir stellen fest, dass die gegenwärtige Krise nicht verursacht worden ist von Rentnern, Arbeitnehmern und der jüngeren Generation, sondern von unregulierten und maßlosen Finanzspekulanten, die aus rücksichtsloser Gier handeln. Wir treten daher weiterhin für eine strenge Regulierung und Redimensionierung der Finanzmärkte ein.

(C)

(D)